Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Kommunistische Volkszeitung

Zentralorgan des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Ausgabe Nord

10. März 1980
Jg. 8 Nr. 11

Ausgabe für die Bezirke Flensburg-Westküste, Holstein, Hamburg-Unterelbe. Herausgegeben vom Zentralen Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW)
Erscheint im Verlag Kühl KG, Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf, Mainzer Landstr. 147, 6000 Frankfurt

Wochenzeitung 70 Pfg.
D 21060 C

Ausnahmezustand in El Salvador
Prekäre Volkseinheit

z.gek. Von den US-Imperialisten mit massiver Militärhilfe auf den Beinen gehalten, hat die regierende Junta am 6.3. den Ausnahmezustand über das Land verhängt. Dem war am 26.2. der Zusammenschluß von vier Massenorganisationen, unter ihnen der „Revolutionäre Volksblock" und die von den Revisionisten beherrschte „National-demokratische Union", vorausgegangen. Diese „Revolutionäre Koordination" fordert in ihrem Programm den Sturz der Militärdiktatur und Grundbesitzer-Oligarchie, die Zerschlagung der regulären und irregulären Unterdrückungsorgane und Aufstellung einer Volksarmee; die Nationalisierung der Banken, der wichtigsten Industrien und des Außenhandels; eine Agrarreform, und weitere Reformen. In der Außenpolitik wird vor allem die enge Verbindung mit der Sandinistischen Regierung Nicaraguas hervorgehoben.

US-Vorwahl in Puerto Rico: Kein Votum für die USA

z.haj. Am 17. Februar und 1. März fanden zum ersten Mal in Puerto Rico Vorwahlen zu den US-Präsidentschaftswahlen im November statt. Die Einwohner Puerto Ricos haben als Kolonie der USA kein Wahlrecht. Mit den Vorwahlen sollten sie für die Aufnahme Puerto Ricos als 51. Bundesstaat der USA stimmen. Für das nächste Jahr ist darüber eine Volksbefragung angesetzt. Die Losung der Bundesstaatlichkeit unter der Fahne des US-Imperialismus soll der starken Bewegung für die nationale Unabhängigkeit Puerto Ricos gegen die US-Kolonialherrschaft das Wasser abgraben. Die für Unabhängigkeit eintretenden Kräfte riefen mit Erfolg zum Boykott auf: Bei der Ankunft der Kandidaten fanden Demonstrationen statt, nur 10% beteiligten sich an den Vorwahlen im Gegensatz zu 85% Wahlbeteiligung bei puertoricanischen Wahlen.

Kein Votum für die USA

z.haj. Am 17. Februar und 1. März fanden zum ersten Mal in Puerto Rico Vorwahlen zu den US-Präsidentschaftswahlen im November statt. Die Einwohner Puerto Ricos haben als Kolonie der USA kein Wahlrecht. Mit den Vorwahlen sollten sie für die Aufnahme Puerto Ricos als 51. Bundesstaat der USA stimmen. Für das nächste Jahr ist darüber eine Volksbefragung angesetzt. Die Losung der Bundesstaatlichkeit unter der Fahne des US-Imperialismus soll der starken Bewegung für die nationale Unabhängigkeit Puerto Ricos gegen die US-Kolonialherrschaft das Wasser abgraben. Die für Unabhängigkeit eintretenden Kräfte riefen mit Erfolg zum Boykott auf: Bei der Ankunft der Kandidaten fanden Demonstrationen statt, nur 10% beteiligten sich an den Vorwahlen im Gegensatz zu 85% Wahlbeteiligung bei puertoricanischen Wahlen.

Pakistan lehnt „Hilfsangebot" der US-Imperialisten ab

z.hot. Pakistan hat der US-Regierung offiziell mitgeteilt, daß es ihr „Hilfsangebot"ablehnt. Das seien sowieso nur „Erdnüsse", meinte Präsident Zia ul-Haq. Das Angebot sah vor, Pakistan für 200 Mio. $ Waffen älteren Typs zu verkaufen, sowie 200 Mio. $ Wirtschaftskredite für dieses und nächstes Jahr zu geben. Bedingung sollte sein, daß Pakistan sein selbstständiges Nuklearforschungsprogramm aufgibt und sich dem US-Brennstoffmonopol unterwirft. Pakistans Außenminister Agha Shahi erklärte, das Angebot sei im übrigen eher geeignet, Pakistans Sicherheit zu beeinträchtigen als zu stärken. Pakistan habe mit der Beistandsklausel aus dem inzwischen aufgelösten CENTO-Pakt schlechte Erfahrungen gemacht und werde in Zukunft seine Sicherheitspolitik im engen Bündnis mit den islamischen Staaten und der Blockfreienbewegung betreiben.

Afghanistan: Gegenoffensive der Invasionsarmee, verbrannte Erde

z.gek. Mit 200 Panzern und 65 Flugzeugen ist die sowjetische Armee, mit Resten von Regierungstruppen zusammen, in die fast völlig von Aufständischen kontrollierte Provinz Kunar eingefallen. Die Dörfer entlang des Kunar-Flusses wurden eingeäschert, die Kämpfer nach verlustreichen Gefechten in die Berge abgedrängt. Weitere 100000 Dorfbewohner flohen nach Pakistan, wo jetzt fast 1 Million Flüchtlinge leben. – Dieselbe Taktik wendeten die russischen Truppen entlang der Straße Kabul-Kandahar an. Britische Journalisten, die sie befuhren, sahen 250 km lang nur zerstörte Dörfer und verbrannte Erde. – Die „Islamische Allianz", eine Dachorganisation von fünf Befreiungsorganisationen, hat gegen die „Neutralisierungspläne" der EG erklärt: „Wir akzeptieren keine Lösung, die das afghanische Volk selbst außer acht läßt."

Mehr Kohle, um billiger ans Öl zu kommen

Länderregierungen unterstützen Kernenergieprogramm / Bau von Kohleveredelungsanlagen

z.rua. In der BRD hat sich der Primärenergieverbrauch seit 1957 mehr als verdoppelt. Um ihre Konkurrenzstellung auf dem Weltmarkt auszubauen, wälzen die westdeutschen Imperialisten die Produktion um. Wachsender Stromverbrauch ist die zwangsläufige Folge. Erdöl macht 54% der Primärenergieträger in der BRD aus. 1979 erhöhte die BRD ihre Rohölimporte um 12 Mio. t gegenüber 1978 auf 107,1 Mio. t. Sie mußte dafür 29,8 Mrd. DM zahlen, 9,6 Mrd. DM mehr als 1978.

Öl ist in der Produktion entschieden billiger als Kohle. 1979 betrugen die durchschnittlichen Förderkosten für Steinkohle in der EG 104 $. Die Förderung von 1 Tonne Rohöl, das einen um 43% höheren Heizwert hat, kostet auf der Hochsee maximal 75 $, im Nahen Osten nur 10 $. Die OPEC-Staaten haben durch ihren Zusammenschluß den Imperialisten einen Preis abgerungen, der dem ungleichen Tauschverhältnis von Industriewaren gegen Rohstoffe Schranken setzt. Diese Schranken wollen die Imperialisten einreißen, Der Aufbau einer begrenzten eigenen Energiebasis ist für sie nötig, um Druck auf den Ölpreis auszuüben und ihre strategischen Interessen zu wahren.

Die Kohle und die Kernenergie seien die sicheren Eckpfeiler der Energieversorgung, heißt es im Energieprogramm der Bundesregierung von 1977. Der zweite Eckpfeiler ist aufgrund des anhaltenden Kampfes der Volksmassen gegen dieses imperialistische Abenteuer etwas wacklig. Versprechungen auf die Erkundung „alternativer" Energiequellen und hohe Gefängnisstrafen für Kernkraftwerksgegner sollen die Bewegung brechen. Bis 1985 soll der Anteil der Kernenergie an den Primärenergieträgern von gegenwärtig 3% auf 10% steigen. Letzte Woche haben die Regie-

der dem ungleichen Tauschverhältnis von Industriewaren gegen Rohstoffe Schranken setzt. Diese Schranken wollen die Imperialisten einreißen, Der Aufbau einer begrenzten eigenen Energiebasis ist für sie nötig, um Druck auf den Ölpreis auszuüben und ihre strategischen Interessen zu wahren.

Die Kohle und die Kernenergie seien die sicheren Eckpfeiler der Energieversorgung, heißt es im Energieprogramm der Bundesregierung von 1977. Der zweite Eckpfeiler ist aufgrund des anhaltenden Kampfes der Volksmassen gegen dieses imperialistische Abenteuer etwas wacklig. Versprechungen auf die Erkundung „alternativer" Energiequellen und hohe Gefängnisstrafen für Kernkraftwerksgegner sollen die Bewegung brechen. Bis 1985 soll der Anteil der Kernenergie an den Primärenergieträgern von gegenwärtig 3% auf 10% steigen. Letzte Woche haben die Regie-

rungschefs der Bundesländer der Bundesregierung ihre Unterstützung bei der Durchsetzung des Kernenergieprogramms zugesichert. Der Landtag Lüchow-Dannenberg sprach sich für die Fortsetzung der Probebohrungen in Gorleben zur Errichtung einer Lagerstätte für Kernbrennstäbe aus.

Weiteres Schwerpunktprogramm der Bundesregierung ist die Herstellung synthetischer Brennstoffe. Im Dezember 1979 wurde in Wesseling bei Köln und in Völklingen mit dem Bau von „Pilotanlagen" zur Vergasung von Braunkohle und Verflüssigung von Steinkohle begonnen. Gegenwärtig berät die Bundesregierung über 13 weitere von Energiekonzernen empfohlene Projekte zur Veredelung von Kohle in Form von Erdgas, Benzin, Diesel, leichtem Heizöl und Naphta (Rohbenzin). Veranschlagte Kosten sind 12 Mrd. DM. Bis 1993 sollen synthetische Brennstoffe mit einem Volumen von 3% des Energieverbrauchs 1978 produziert werden.

Die westdeutschen Imperialisten stützen sich auf die Erfahrungen ihrer faschistischen Vorgänger und entwickeln sie weiter. Die bis 1945 angewandten Verfahren zur Kohleverflüssigung wurden in Forschungsprogrammen seit 1974 soweit entwickelt, daß jetzt aus derselben Menge Kohle die doppelte Menge Benzin hergestellt werden kann. Diese Erfahrungen verschaffen den westdeutschen Imperialisten einen bedeutenden Konkurrenzvorteil gegenüber den anderen Imperialisten. Im Rahmen des Energieforschungsprogramms der EG, das im Dezember von 125 auf 250 Mio. DM verdoppelt wurde, leiten sie die Forschungen für Kohleverflüssigung. Beim Essener Steinkohleverein wurde Ende Februar mit Untersuchungen begonnen. Bereits im Oktober 1979 hatte Forschungsminister Hauff in den USA ein Abkommen über eine gemeinsame Demonstrationsanlage für Kohleverflüssigung unterzeichnet, die 1983 in Betrieb gehen soll. Die Kosten werden zu jeweils 25% von der BRD und Japan, zu 50% von den USA getragen.

Die Kohle, die verflüssigt, vergast und zu vermehrter Stromproduktion in den Kraftwerken eingesetzt werden soll, muß erst einmal gefördert wer-

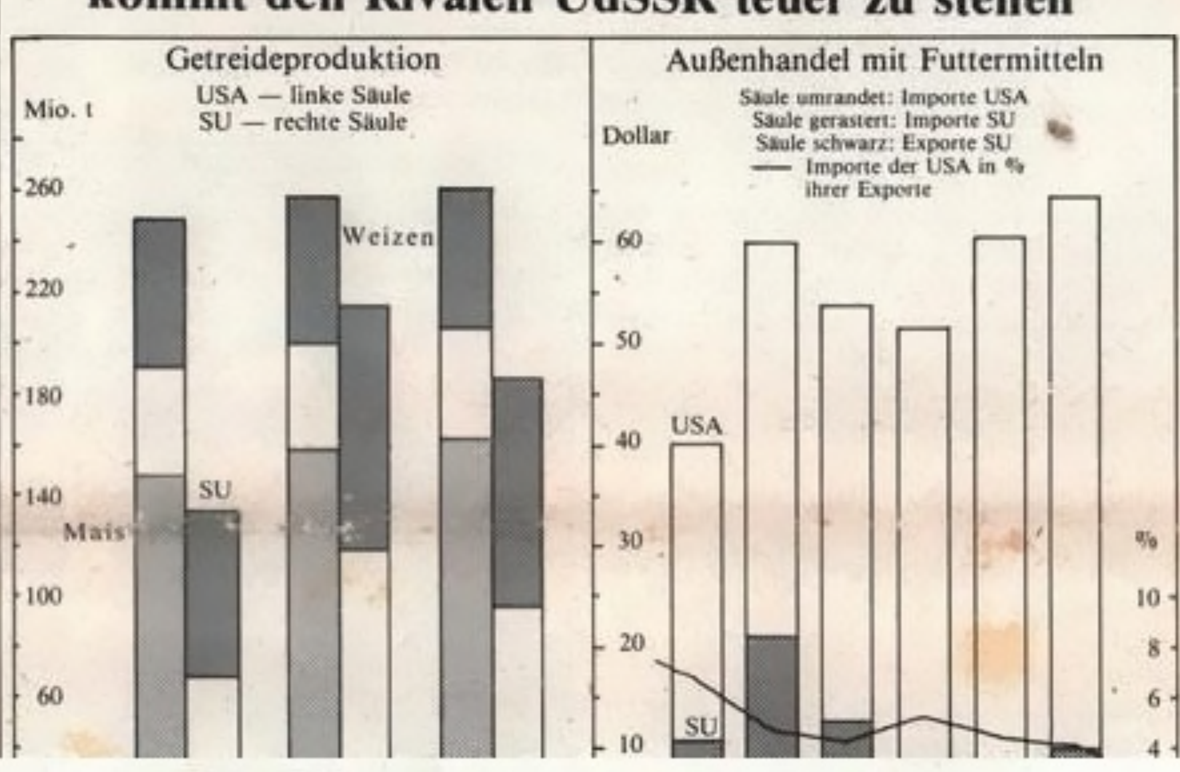
schaffen den westdeutschen Imperialisten einen bedeutenden Konkurrenzvorteil gegenüber den anderen Imperialisten. Im Rahmen des Energieforschungsprogramms der EG, das im Dezember von 125 auf 250 Mio. DM verdoppelt wurde, leiten sie die Forschungen für Kohleverflüssigung. Beim Essener Steinkohleverein wurde Ende Februar mit Untersuchungen begonnen. Bereits im Oktober 1979 hatte Forschungsminister Hauff in den USA ein Abkommen über eine gemeinsame Demonstrationsanlage für Kohleverflüssigung unterzeichnet, die 1983 in Betrieb gehen soll. Die Kosten werden zu jeweils 25% von der BRD und Japan, zu 50% von den USA getragen.

Die Kohle, die verflüssigt, vergast und zu vermehrter Stromproduktion in den Kraftwerken eingesetzt werden soll, muß erst einmal gefördert wer-

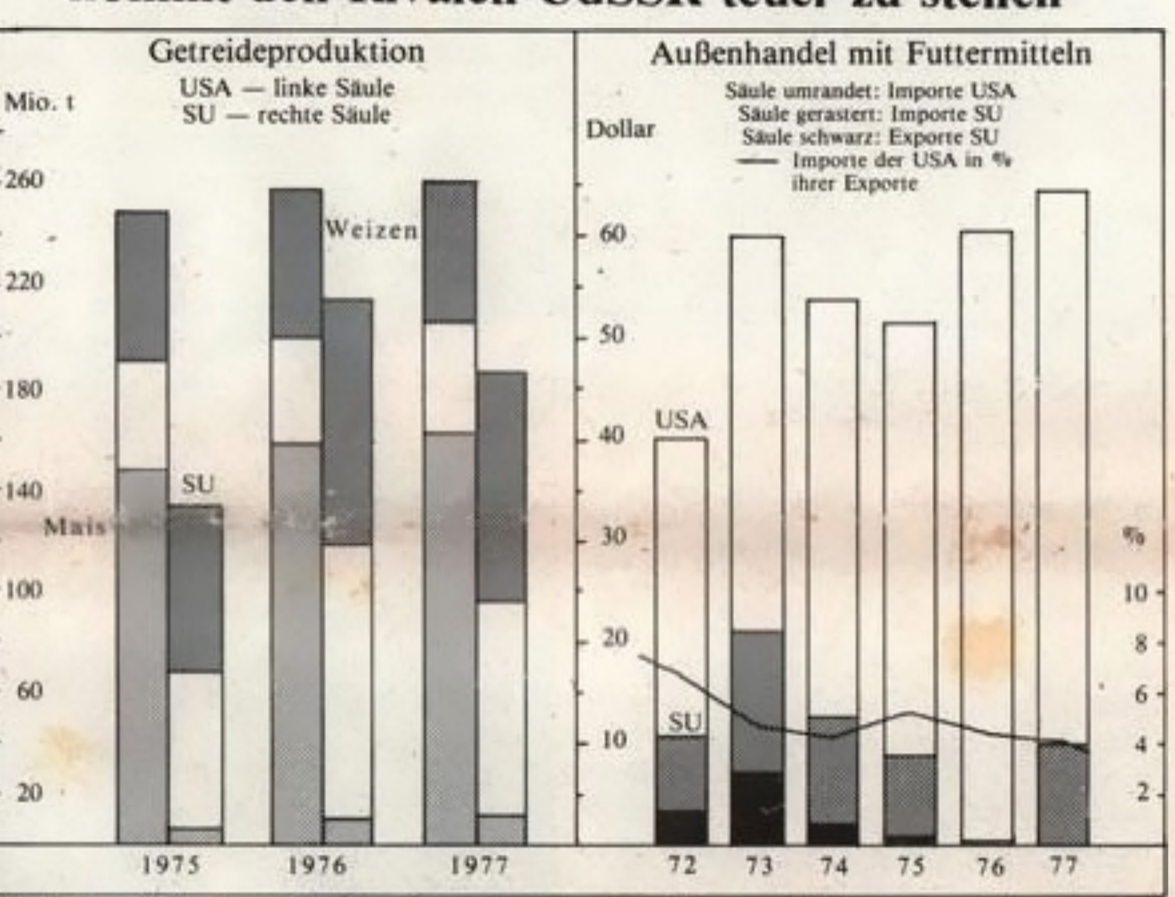
den. 20 Mrd. t Steinkohle sind bisher in Tiefen bis 1500 m erkundet; mit einem 500-Mio.-DM-Explorationsprogramm sollen bis 1990 weitere Lager erforscht werden. Das Neubauvolumen an Bergwerken innerhalb der nächsten zwei Jahrzehnte wird auf 15 – 18 Mrd. DM geschätzt. Aus immer größeren Tiefen müssen die Bergarbeiter immer mehr Kohle fördern. 1979 stieg die Förderleistung pro Mann/Stunde auf 546 kg gegenüber 533 kg 1978. Sie ist in der BRD mit Abstand die höchste in Europa. Zunehmend gesundheitsschädigender wird die Arbeit unter Tage; bei Strebhöhen von 40 – 60 cm ist sie häufig nur im Liegen zu verrichten. Die Zahl der Betriebsunfälle in den Bergwerken ist die höchste aller Branchen. Ein Krankenstand zwischen 13 und 15% ist normal. Kaum ein Tag vergeht, an dem nicht ein Bergarbeiter zu Tode kommt. Die mörderische Intensivierung der Arbeit wird durch Zechenstillegungen und Massenentlassungen beschleunigt. Verstärkt wollen die BRD-Imperialisten Kohle importieren, vor allem aus Südafrika, wo die Produktionskosten um die Hälfte unter denen der BRD liegen.

Zahlen müssen die Massen das imperialistische Energieprogramm. Strom- und Gaspreiserhöhungen und über die Erhöhung der Mineralölsteuer ständig steigende Benzinpreise werden ihnen aufgezwungen. Um die für die Industrie benötigten Energiekapazitäten verfügbar zu haben, soll innerhalb der nächsten Jahre der Energieverbrauch in den Haushalten um 50% und im Verkehr um 35% gedrosselt werden, in der Industrie nur um 15%. Kampagnen wie „Ein Tag ohne Strom" und „Autofreier Sonntag" werden geschürt. Der westdeutsche EG-Kommissar Brunner fordert einen „Stabilitätspakt für Energie": „Verzicht auf mehr Konsum, Verzicht auf größere Wohlfahrt, Verzicht auf interne Verteilungsauseinandersetzungen und Positionskämpfe." Die vor den Lohnauseinandersetzungen geschürte Hetze gegen die OPEC hat unter den Arbeitern nicht verfangen. Nach dem 6,8%-Tarifabschluß im Metallbereich setzte Werner Mühlbradt am 13.2. im ZDF nach: „Vielleicht ist auch noch ein reales Plus drin. Doch darüber befinden vor allem die Mitglieder des Kartells der ölexportierenden Länder."

Das US-Monopol auf Futtermittel kommt den Rivalen UdSSR teuer zu stehen



Das US-Monopol auf Futtermittel kommt den Rivalen UdSSR teuer zu stehen



Nahezu 80% der US-Getreideproduktion entfallen auf Futtergetreide, vorwiegend Mais, in der Sowjetunion sind es knapp 50%. Allein 1978 hat die UdSSR aus den USA 11,5 Mio. t Mais importiert, soviel wie die gesamte Inlandsproduktion. Bei Hektarerträgen, die 25 – 30% unter US-Standard liegen, ist ein wesentlich höherer Anteil der sowjetischen Getreideproduktion mit der Deckung des nötigsten Bedarfs an Brotgetreide gebunden, für die USA Ansatzpunkt ihrer Handelskriegsstrategie. Je mehr die kapitalistisch betriebene Viehzucht in Großfarmen die Umstellung der Futterbasis auf eiweißreiche Kraftnahrung erfordert, umso schmerzhafter das US-Monopol – bei Soja z.B. über ⅔ des Weltmarktes.

Verhandlungsbeginn im Öffentlichen Dienst

Baum bietet 5,4% und lehnt Mindestforderung ab

z.jük. Die Tarifverhandlungen öffentlicher Dienst sind am Freitag auf eine Woche später vertagt worden. Der oberste Dienstherr Baum hat sein Angebot von 5,4% mehr Lohn und Gehalt und einen Tag Urlaub verbunden mit weiterer Hetze gegen die Mindestforderung der ÖTV. Er sah sich „außerstande, ein Angebot im Hinblick eines Mindestbetrages zu machen" (ZDF). In der Metallindustrie ist ohne einen Mindestbetrag abgeschlossen worden. Kapitalistenverbände, Banken und staatlicher Dienstherr streben für die weiter im Lohnkampf stehenden Teile der Lohnabhängigen einen für ihr Lohnniveau qualitativ niedrigeren Lohnabschluß an, als er in der Metallindustrie abgeschlossen wurde. Ein entsprechender Prozentabschluß im öffentlichen Dienst würde die Abspaltung der unteren und mittleren Lohn- und Gehaltsgruppen von den oberen erheblich direkter vorantreiben, als es jetzt in der Metallindustrie durch den Abschluß der Fall ist. Denn a) ist im öffentlichen Dienst die Spanne zwischen den unteren und mittleren Lohn- und Gehaltsklassen zu den oberen viel größer und b) gibt es eine Spanne zwischen Effektivlohn und Tariflohn im öffentlichen Dienst nicht, so daß ein Abschluß absolut der effektiven Erhöhung entspricht. Die Beschäftigten im öffentlichen Dienst haben wiederholt die Abspaltung der unteren Lohn- und Gehaltsgruppen gebremst. Auf die Beseitigung solcher Schranken sind die Kapitalisten scharf, um den Druck auf den privaten Arbeitsmarkt zu erhöhen und das Angebot von Arbeitskräften dorthin zu lenken.

Die gegensätzlichen Festlegungen des Dienstherrn und der ÖTV sind scharf: Baum wettert gegen die „über Jahre hinweg zunehmend durchgesetzte überproportionale Anhebung" der unteren Einkommen in den Lohnrunden. Als FDP-Vertreter und Verbreiter „liberalen Gedankenguts" spricht er von der „leistungsgerechten Bezahlung für alle Beschäftigten im öffentlichen Dienst" und meint Lohnspreizung, Lohnsenkung und kapitalistische Rationalisierung. Demgegenüber stehen die Forderungen der ÖTV nach 180 DM mindestens / 9% sowie nach 6 Wochen Urlaub. Kluncker hat mehrfach betont, daß der Mindestbetrag durchgesetzt gehört. Auf der Pressekonferenz nach den ersten Verhandlungen am Freitag sprach er von einer „Korrektur der bisherigen Tarifpolitik in *dieser* Runde" gegenüber den unteren und mittleren Lohn- und Gehaltsgruppen über den Mindestbetrag.

Gegen den Liberalen Baum und den Graf heißt es bei Kluncker: „Es besteht überhaupt keine Veranlassung im öffentlichen Dienst, irgendwelche Abschläge vorzunehmen, weder einen Afghanistanabschlag, noch einen Persien- oder Ölabschlag oder einen Abzug für sichere Arbeitsplätze." Da hat er sicher Unterstützung. Er hat auch gesagt: „Ich könnte mir eine stärkere Regierung Schmidt vorstellen, die nicht mehr durch einen konservativ liberalen Ballast behindert ist." Gegen den „konservativ liberalen Ballast" kann er was unternehmen, indem sie sich die Zähne an der Mindestforderung stumpf beißen. Ob sich die Regierung Schmidt dadurch gestärkt fühlen wird, kann jeder für sich entscheiden. Über die Notwendigkeit der mindestens 180 DM nicht mehr, seit sie beschlossene Forderung ist.

Der Kampf des Volkes von Osttimor und die Lage in Südostasien



Über dieses Thema spricht gegenwärtig der Genosse Abílio Araújo, Mitglied des ZK der FRETILIN, auf einer Veranstaltungsreihe. Diese Woche in: Dortmund, Essen, Duisburg, Düsseldorf, Aachen, Köln, Koblenz und Mannheim.

z.rua. **Am 3. und 4. März hatte die CDU/CSU außenpolitische Fachtagung.** Im Mittelpunkt der Debatten stand das Verhältnis zu den Supermächten und die Einmischung in die Angelegenheiten der Länder der Dritten Welt. Als Spezialisten waren aus den USA u.a. der ehemalige Chefberater Kissingers, Sonnenfeldt, der Politologe Griffith und der Harvard-Professor Deutsch angereist. Mit Blick auf seinen USA-Besuch propagierte Strauß die „nahtlose Verflechtung mit den USA“. Angesichts des sowjetischen Expansionismus müsse die „Geschlossenheit des Westens“ demonstriert werden. Der CDU-Vorsitzende Kohl forderte, die „westlichen Bündnispartner müßten der Sowjetunion deutlich machen, daß eine Politik des Interessenausgleichs nur gewährleistet bleibe bei der Stabilität des militärischen Gleichgewichts, des weltweiten Verzichts auf Androhung oder Anwendung von Gewalt und der Einmischung in die inneren Verhältnisse anderer Staaten“. („Welt“, 6.3.) Die sowjetischen Truppen *stehen* in Afghanistan. Unter Hinweis auf den sowjetischen Expansionismus fordert Kohl, das Verhältnis zur Dritten Welt zu überdenken. Denn hier wachse ein „Machtpotential“ heran, das es zu nutzen gelte. Die Entwicklungshilfe müsse „stärker als bisher nach politischen Kriterien“ vergeben werden. Insbesondere „prowestliche Staaten“ sollten deutlich bevorzugt und „in Einzelfällen zu Entwicklungs-Schwerpunktländern“ gemacht werden.

z.mat.Sydney. **„Normalerweise“ läßt sich die BRD, die mit über 40 Ländern Investitionsschutzabkommen hat, für die Übertragung der Profite keine Vorschriften machen, erklärte der Leiter der Delegation in Papua-Neuguinea, Wiegard Pabsch.** „Normal“ ist das am 16.2. geschlossene Investitionsschutzabkommen demnach nicht. Zwei neuen Regelungen mußte die BRD zustimmen. Die Klausel, die die Benachteiligung von Firmen mit BRD-Kapital verbietet, mußte geändert werden, weil Papua-Neuguinea darauf bestand, daß nationales Kapital bei Staatsaufträgen bevorzugt wird. Statt freiem Profittransfer wurde festgelegt, daß die Regierungen sich über den Verbleib von Profiten und Kreditrückzahlungen beraten müssen. Mit der angekündigten Errichtung der ersten europäischen Botschaft im Land hofft die BRD, die Bindungen aus der Zeit der deutschen Kolonialherrschaft 1884–1920, die bisher von der Kirche allein aufrechterhalten wurden, neu zu beleben. Ein 10-Mio.-Regierungskredit für ein Kraftwerk und 4 Mio. DM von der Hanns-Seidel-Stiftung der CSU für Schulen der Kirche sollen den Anfang machen.

z.kam. **Das Bundesverkehrsministerium hat die Fahrscheinpreise für Bundesbahn und Postbusse ab 1. März ver-**

Wiegard Pabsch. „Normal“ ist das am 16.2. geschlossene Investitionsschutzabkommen demnach nicht. Zwei neuen Regelungen mußte die BRD zustimmen. Die Klausel, die die Benachteiligung von Firmen mit BRD-Kapital verbietet, mußte geändert werden, weil Papua-Neuguinea darauf bestand, daß nationales Kapital bei Staatsaufträgen bevorzugt wird. Statt freiem Profittransfer wurde festgelegt, daß die Regierungen sich über den Verbleib von Profiten und Kreditrückzahlungen beraten müssen. Mit der angekündigten Errichtung der ersten europäischen Botschaft im Land hofft die BRD, die Bindungen aus der Zeit der deutschen Kolonialherrschaft 1884–1920, die bisher von der Kirche allein aufrechterhalten wurden, neu zu beleben. Ein 10-Mio.-Regierungskredit für ein Kraftwerk und 4 Mio. DM von der Hanns-Seidel-Stiftung der CSU für Schulen der Kirche sollen den Anfang machen.

z.kam. **Das Bundesverkehrsministerium hat die Fahrscheinpreise für Bundesbahn und Postbusse ab 1. März verteuert.** Die Preise der Bahn sind um durchschnittlich 3,5%, die der Postbusse um 9,3% (Zeitkarten: rund 5%) gestiegen. Ein Vergleich der Preise zeigt, daß die Erhöhung *im Durchschnitt* am stärksten die Schülerzeitkarten trifft. So kostet(e) eine Fahrt (20 km) mit Postbus oder Bahn:

20 km	Preis (in DM) bisher	ab 1.3.	Steigerung
Einfache Fahrt	2,60	2,80	7,1%
Hin- u. Rückfahrt ..	5,20	5,60	7,1%
Monatskarte	63,00	67,00	6,0%
Wochenkarte	18,00	19,00	5,3%
Schülermonatskarte	48,00	51,00	5,9%
Schülerwochenkarte	13,50	14,50	6,9%

Bei einer Strecke von 50 km beträgt die Steigerung bei einfachem Fahrschein 3,3%, bei Zeitkarten 7,7% und bei Schülerzeitkarten sogar 8%. Durch die Zentralisierung des Schulwesens sind zunehmend mehr Schüler auf Bus oder Bahn angewiesen (1978 ist die Anzahl der Fahrschüler im gesamten Bundesgebiet um 4,8% gegenüber dem Vorjahr gestiegen), ihre Eltern – in der Mehrzahl Arbeiter und Angestellte – müssen auch noch dafür zahlen. – Die Bundesbahn rechnet mit einem Gewinn von gut 135 Mio. DM durch die jetzigen Preiserhöhungen.

z.ebk. **Die Gemeinden haben im Vergleich zu 1974/75 ihre Finanzen „in den folgenden Jahren weitgehend konsolidiert“, teilt die Bundesbank mit.** Hatten sie 1974 8,3 und 1975 9,2 Mrd. DM Defizite, so senkten sie sie 1976 auf 3,9 und 1977 auf 1,4 Mrd. DM. Auf der Ausgabenseite erreichten die Gemeinden dies dadurch, daß sie „ihren Personalbestand 1976 nicht mehr und 1977 nur geringfügig aufstockten ... wobei sich gleichzeitig die seit 1975 sehr viel niedrigeren Tarifabschlüsse für den öffentlichen Dienst auswirk-

ten“. Auf der Einnahmeseite wirkten sich vor allem Gebührenerhöhungen aus: „Hier sahen die Gemeinden offenbar noch einen beträchtlichen Spielraum für eine Anhebung der Sätze. Vor allem 1975 und 1976 nahm das Aufkommen der Gemeinden aus Gebühren sehr kräftig zu (nämlich um 11½ und 12½%)“. Dadurch konnten sie den „Anteil der Investitionsaufwendungen an den kommunalen Gesamtausgaben deutlich erhöhen“. Auf diese Investitionsaufträge kommt es den Kapitalisten an.

z.gab. **Der FDP-Bundestagsabgeordnete Cronenberg schlägt vor, die Lohnfortzahlung durch die Kapitalisten aufzuheben.** In einem 16wöchigen Streik hatten 1956/57 die schleswig-holsteinischen Metallarbeiter den Lohnausgleich bei Krankheit durchgesetzt. Seit 1957 mußten die Kapitalisten den Unterschiedsbeitrag zwischen Krankengeld und Nettolohn zahlen, seit 1971 den Nettolohn, abzüglich Auslösungen, Schmutz- und Lärmzulagen während der ersten 6 Krankheitswochen. Erst anschließend zahlt die Krankenkasse Krankengeld in Höhe von 80% des Bruttolohns, maximal in Höhe des Nettolohns. Die Kosten für den steigenden Krankenstand möchte Cronenberg auf die Versicherungskassen abwälzen und darüber hinaus die Arbeitgeberbeiträge für Arbeitslosen- und Sozialversicherung während Krankheit beseitigen.

z.güv. **Auf Wunsch von Innenminister Baum sollen künftig auch „eheähnliche Gemeinschaften“ einer „Sicherheitsprüfung“ unterzogen werden,** weil, wie „Die Welt“ schreibt, „eine ‚eheähnliche Gemeinschaft‘ zunehmend als Instrument benutzt wird, um Agenten anzuwerben“. Wir haben Baum bei der „Agentenjagd“ überrascht:

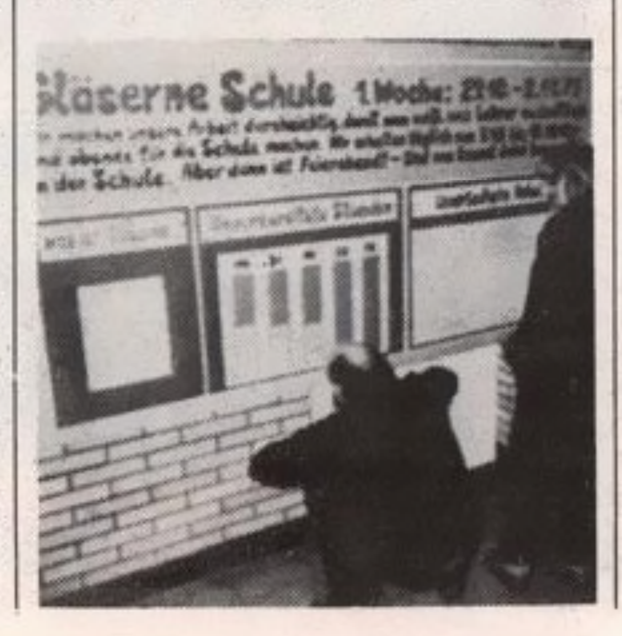


Baum bei der „Agentenjagd“ überrascht:



z.eve. **Das Stuttgarter Arbeitsgericht hat eine Klage der ÖTV gegen die Caritas abgewiesen;** die ÖTV hatte geklagt, weil die Caritas ihre Untergliederungen in einem Rundschreiben aufgefordert hatte, jede gewerkschaftliche Betätigung zu untersagen. Der Artikel 4 des Grundgesetzes (Religionsfreiheit) in Zusammenhang mit den aus der Weimarer Republik übernommenen Artikeln (zusammengefaßt in Artikel 140 GG) verbieten es dem Staat, die Kirche in Gesetze zur Mitbestimmung einzubeziehen. Die Kirche übe in ihren Einrichtungen und Anstalten ihre „Religion“ aus, davor habe der Staat mit seinen Gesetzen halt zu machen. Von daher wird auch begründet, daß die Kirche kein Arbeitgeber ist und somit auch nicht tariffähig. Führende Ideologen der Kirche wie Oberkirchenrat Grethlein aus München beziehen sich u.a. auf das Neue Testament, Römer 2, wo es heißt: „Und stellet euch nicht dieser Welt gleich, sondern verändert euch durch Erneuerung eures Sinnes ...“

z.bsc. **Am Mittwoch, den 5. März führte die Gewerkschaft Erziehung**



und Wissenschaft in Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen einen Aktionstag für Arbeitszeitverkürzung und 40-Stunden-Woche durch. Geplant war in Nordrhein-Westfalen „demonstrativer Unterrichtsausfall“ in der 5. und 6. Stunde; in einer Mitgliederbefragung in NRW hatten sich jedoch nur knapp 3000 statt der angestrebten 5000 GEW-Mitglieder für eine solche Kampfmaßnahme ausgesprochen. Der Landesvorstand der GEW vermutet die Ursache in „Wahlkampfrücksichten vieler Mitglieder“ und in der „unsicheren Rechtslage“. An den Kundgebungen beteiligten sich in Bielefeld 1200 und in Düsseldorf über 4000 Lehrer. Die GEW-Sprecher riefen in Düsseldorf zur Fortsetzung des Kampfes für die 40-Stundenwoche auf und forderten Streikrecht für Beamte.

z.mav. **Arbeitsminister Ehrenberg will mit dem Entwurf eines arbeitsrechtlichen EG-Anpassungsgesetzes über die „Gleichbehandlung von Männern und Frauen am Arbeitsplatz“ die Entrechtung der Frauen und ihre niedrigere Bezahlung weiter absichern.** Die IG Metall hat sich zur Anhörung des Gesetzes im Bundestag am 27. Februar ablehnend geäußert, da in dem Gesetz eine Benachteiligung wegen des Geschlechts aus „sachlichen Gründen“ ausdrücklich für zulässig erklärt wird. Dazu kommt, daß es erschwert würde, z.B. gleiche Bezahlung von Männern und Frauen eines Betriebes vor Gericht einzuklagen. Voraussetzung, damit es überhaupt zu einem Prozeß kommen könnte, wäre, daß die Arbeiterin „Tatsachen glaubhaft macht, die eine Benachteiligung wegen des Geschlechts vermuten lassen“. Bisher ist es in Arbeitsrechtsprozessen gewöhnlich so, daß der Kapitalist wegen „größerer Sachnähe und des Gesamtüberblicks“ von vornherein die Beweislast trägt.

z.gih. **Am 21. Februar fand der 11. Bundesjugendkongreß der IG Chemie in Augsburg statt.** Außerdem tagte vom 28. Februar bis zum 1. März der 9. Bundesfrauenkongreß der IG Chemie. Der gewerkschaftliche Organisationsgrad hat sich bei den Jugendlichen von 85128 auf 95658 (plus 12,3%) und bei den Frauen von 114162 auf 120305 (plus 5,4%) erhöht, obwohl „der Rückgang der gewerblichen Arbeitnehmerinnen allein in der Industriegruppe Chemie 11918 von 1975 bis 1978 (beträgt)“. Der Hauptschwerpunkt der Frauenarbeit der IG Chemie-Papier-Keramik war, „daß Männer und Frauen gleichbehandelt werden müssen und für gleichwertige Arbeit gleicher Lohn zu zahlen ist“. So verdienen Arbeiterinnen und Angestellte durchschnittlich etwa ein Drittel weniger als Männer in vergleichbaren Tätigkeiten.



Streik von 2000 Arbeiterinnen der Fa. Pierburg in Neuss für höheren Lohn

z.nop. **Weigert sich ein Beamter, die Frage nach seiner Zugehörigkeit zu einer verfassungsfeindlichen Partei zu beantworten und damit an der Ausräumung von Zweifeln an seiner Verfassungstreue mitzuwirken, so kann die Dienstbehörde daraus für den Beamten negative Folgerungen ziehen.** Die Nichteinstellung eines Bewerbers oder die Entlassung eines Beamten auf Wi-

Asylrecht wird ausgefeilt

Bessere Kontrolle und noch mehr Entrechtung ausländischer Arbeitskraft geplant

z.wom. 1978 haben 33000 Ausländer in der BRD Antrag auf politisches Asyl gestellt, 1979 51000, davon 18000 Türken. Für 1980 rechnen die Behörden mit fast 150050 Anträgen von Asylsuchenden, die meisten aus der Dritten Welt. Woher diese rapide Steigerung?

Bundesinnenminister Baum schreibt das der Liberalität des Asylrechts zu. Liberal in der Tat, aber nur für die Operationen der Kapitalisten auf dem Arbeitsmarkt. Nach Artikel 16 des Grundgesetzes genießen politisch Verfolgte in der BRD Asylrecht. Im Ausländergesetz wird das weiter ausgeführt: Über den Antrag auf Asyl wird in einem besonderen Anerkennungsverfahren entschieden. In 40% der Fälle ist im letzten Jahr dagegen schon keine Berufung mehr möglich gewesen. Nach jüngster Rechtsprechung ist gegen die Ablehnung des Asylantrags auch keine Berufung mehr möglich, wenn der Antrag als aussichtslos gilt. Großer Spielraum also für die Behörden- und Gerichtswillkür und für die planmäßige Steuerung des Ausländerzustroms nach den Arbeitsmarkterfordernissen. Während des laufenden Verfahrens hat der Antragsteller keinerlei Freizügigkeit und ist nach dem Ausländergesetz politisch rechtlos. Jede Handlung oder Äußerung gegen die Bundesregierung, Bundesrepublik oder gegen die Regierung seines Heimatlandes kann die Ausweisung nach sich ziehen.

Daß trotz dieser Rechtlosigkeit die Zahl der Asylsuchenden weiter wächst, liegt vor allem an den Gesetzen des kapitalistischen Arbeitsmarktes. Die imperialistische Ausplünderung der Dritten Welt hat die Existenzgrundlage von Millionen ruiniert und treibt ein Heer von Arbeitskräften ... in die Zentren des Imperialismus, zumal, wenn die imperialistische Unterdrückung in diesen Ländern wütet. Die westdeutsche Kapitalistenklasse hat den Vorteil von den ausländischen Arbeitskräften, die sich unter das Asylrecht beugen müssen, um einen Ausbeuter zu finden. Baum erklärte: „Der weitaus größte Teil der Asylanten arbeitet, zahlt also auch Beiträge zu den Kassen ... Die Asylsuchenden sind auf Positionen, die Deutsche gar nicht mehr ausfüllen.“ Die Ruhrkohle AG läßt Asylsuchende die schwersten und schlechtbezahltesten Arbeiten machen, und sie werden als billige Saisonarbeiter bei der Ernte eingesetzt.

Die gegenwärtige Debatte um das Asylrecht geht darum, wie der Zustrom besser gesteuert werden kann nach dem Arbeitskräftebedarf der Konzerne und damit möglichst wenig Sozialhilfe gezahlt werden muß. Es wird erwogen, Asylsuchende in Lagern zu konzentrieren; zusammen mit dem Entzug der Arbeitserlaubnis könnte man daraus ja Zwangsarbeitslager machen. Sozialhilfe soll nur noch als Sachhilfe gewährt werden, damit um jedes Stück gebettelt werden muß. Die Asylanträge sollen noch rascher bearbeitet werden, damit ein schneller Umschlag der Arbeitskräfte erfolgt und untaugliche gleich abgeschoben werden können. Die Botschaften sollen per Visumzwang eine Vorsortierung vornehmen, mit welchen Asylsuchenden ein Geschäft zu machen ist. Vielfältige nützliche Einmischungsmöglichkeiten in andere Länder bieten sich an.



Gleiche Rechte und Pflichten für Ausländer, die in der BRD und Westberlin arbeiten und leben. Verbot jeder Ausweisung.

Großer Sieg der ZANU (PF)
Bildung einer Regierung der Patriotischen Front

z.ges. Die Grundlage für den großartigen Sieg der ZANU (PF) in den Wahlen wurde im jahrzehntelangen bewaffneten Befreiungskampf des Volkes von Zimbabwe gelegt. 57 Sitze gewann die ZANU (PF), die den Hauptteil zum Erfolg des bewaffneten Befreiungskampfes beigetragen hat. 20 Sitze erhielt die ZAPU (PF). Muzorewa erhielt die Quittung für seinen Verrat am Volk von Zimbabwe. Gerade drei Sitze hat er bekommen. Die reichlichen Dollars aus den USA und aus Südafrika für den Wahlkampf Muzorewas waren eine Fehlinvestition. ZANU (PF) und ZAPU (PF) haben die Schwerpunkte ihres Stimmenanteils dort, wo auch ihre Schwerpunkte im bewaffneten Befreiungskampf gelegen haben. Sie haben in den Wahlen aber auch die Städte erobert, die Hauptstützpunkte des Kolonialregimes. Robert Mugabe hat

didaten für eine solche Koalition. Der große Sieg der ZANU (PF) hat diese Spekulationen zum Scheitern gebracht. Auch die Einflußmöglichkeiten der Sozialimperialisten sind durch den Sieg der ZANU (PF) gemindert. Robert Mugabe und Joshua Nkomo haben sich im Prinzip bereits auf eine gemeinsame Regierung geeinigt.

Mit der Regierungsbildung wird die Machtübernahme durch das Volk von Zimbabwe nicht abgeschlossen sein. Sie beginnt erst wirklich. Der koloniale Staatsapparat existiert weiter. Die britischen Imperialisten konnten mit der Verhandlungslösung der Zerschlagung des kolonialen Staatsapparates zuvorkommen. Die afrikanische Regierung steht jetzt vor der Aufgabe, diesen kolonialen Apparat Stück für Stück zu zerbrechen und durch einen neuen Apparat zu ersetzen. Eine einheitliche Ar-

wälzung der kolonialen Produktionsweise. Die Industrie ist von den Imperialisten beherrscht, die landwirtschaftliche Produktion ist gespalten. Robert Mugabe hat angekündigt, daß für die nächste Zeit keine Nationalisierungen geplant sind. Es gäbe genug geeignetes Land zu verteilen, ohne es jemandem wegnehmen zu müssen. Mit dem Aufbau von kooperativer Landwirtschaft soll begonnen werden. Die Volksmassen haben in den befreiten Gebieten dabei bereits Erfahrungen gesammelt. Das dringlichste Problem ist die Rückführung der 130000 Flüchtlinge aus Mozambique und Sambia und ihre Ansiedlung. Um in der Industrie Ausgangspositionen für eine Verbesserung der Lage der afrikanischen Arbeiter und Bedingungen für die Nationalisierung zu schaffen, müssen Gewerkschaften aufgebaut werden. Die Ge-

Großer Sieg der ZANU (PF)

Bildung einer Regierung der Patriotischen Front

z.ges. Die Grundlage für den großartigen Sieg der ZANU (PF) in den Wahlen wurde im jahrzehntelangen bewaffneten Befreiungskampf des Volkes von Zimbabwe gelegt. 57 Sitze gewann die ZANU (PF), die den Hauptteil zum Erfolg des bewaffneten Befreiungskampfes beigetragen hat. 20 Sitze erhielt die ZAPU (PF). Muzorewa erhielt die Quittung für seinen Verrat am Volk von Zimbabwe. Gerade drei Sitze hat er bekommen. Die reichlichen Dollars aus den USA und aus Südafrika für den Wahlkampf Muzorewas waren eine Fehlinvestition. ZANU (PF) und ZAPU (PF) haben die Schwerpunkte ihres Stimmenanteils dort, wo auch ihre Schwerpunkte im bewaffneten Befreiungskampf gelegen haben. Sie haben in den Wahlen aber auch die Städte erobert, die Hauptstützpunkte des Kolonialregimes. Robert Mugabe hat von Beginn des Wahlkampfes an gesagt, daß er nach einem Wahlsieg das Bündnis mit der ZAPU (PF) erneuern wolle. Da Nkomo Vertreter der Matabele ist, kann so am besten die Einheit des Volkes von Zimbabwe gesichert werden. Die britischen Kolonialisten haben auf eine Spaltung der Patriotischen Front spekuliert und auf eine Koalition unter Nkomos Führung gegen die ZANU. Die US-Imperialisten hatten in Muzorewa ihren Spitzenkandidaten für eine solche Koalition. Der große Sieg der ZANU (PF) hat diese Spekulationen zum Scheitern gebracht. Auch die Einflußmöglichkeiten der Sozialimperialisten sind durch den Sieg der ZANU (PF) gemindert. Robert Mugabe und Joshua Nkomo haben sich im Prinzip bereits auf eine gemeinsame Regierung geeinigt.

Mit der Regierungsbildung wird die Machtübernahme durch das Volk von Zimbabwe nicht abgeschlossen sein. Sie beginnt erst wirklich. Der koloniale Staatsapparat existiert weiter. Die britischen Imperialisten konnten mit der Verhandlungslösung der Zerschlagung des kolonialen Staatsapparates zuvorkommen. Die afrikanische Regierung steht jetzt vor der Aufgabe, diesen kolonialen Apparat Stück für Stück zu zerbrechen und durch einen neuen Apparat zu ersetzen. Eine einheitliche Armee soll gebildet werden. Robert Mugabe hat den bisherigen Oberbefehlshaber der Kolonialarmee aufgefordert, sein Amt beizubehalten. Was am Ende herauskommt, ist noch lange nicht ausgemacht.

Als erstes will die ZANU (PF) die Möglichkeiten eines Putschversuchs der Kolonialisten einschränken und die Europäer im Land differenzieren. Das grundlegende Problem bleibt die Umwälzung der kolonialen Produktionsweise. Die Industrie ist von den Imperialisten beherrscht, die landwirtschaftliche Produktion ist gespalten. Robert Mugabe hat angekündigt, daß für die nächste Zeit keine Nationalisierungen geplant sind. Es gäbe genug geeignetes Land zu verteilen, ohne es jemandem wegnehmen zu müssen. Mit dem Aufbau von kooperativer Landwirtschaft soll begonnen werden. Die Volksmassen haben in den befreiten Gebieten dabei bereits Erfahrungen gesammelt. Das dringlichste Problem ist die Rückführung der 130000 Flüchtlinge aus Mozambique und Sambia und ihre Ansiedlung. Um in der Industrie Ausgangspositionen für eine Verbesserung der Lage der afrikanischen Arbeiter und Bedingungen für die Nationalisierung zu schaffen, müssen Gewerkschaften aufgebaut werden. Die Gesetzgebung kann da viel helfen, aber entscheidend wird sein, daß die Patriotische Front weiter unter den Lohnabhängigen in Industrie und Dienstleistungsbereichen Fuß faßt. Das Volk von Zimbabwe konnte sich die Bedingungen der Unabhängigkeit nicht aussuchen. Der überlegene Wahlsieg der ZANU (PF) wiegt die militärische Niederlage fast auf, der das Kolonialregime durch die Verhandlungslösung entgangen ist.

Scharfe Klassenwidersprüche in Tunesien

Bourgeoisie bietet den Imperialisten das Land als ,,Profitzone'' feil

z.ulg. Am 21. Januar erhöhte die tunesische Regierung die Preise für die wichtigsten Grundnahrungsmittel (u.a. Brot, Zucker, Öl) um 17%, während die Mindestlöhne für Industrie- und Landarbeiter gleichzeitig nur um ganze 3% angehoben wurden. An mehreren Orten antworteten die Arbeiter mit Streiks. In dieser Lage kam es am 27.1. in Gafsa, dem Zentrum des tunesischen Phosphatbergbaus, zu einem bewaffneten Aufstandsversuch. Obwohl die Regierung die Aktion als das Werk einer Handvoll ,,libyscher Söldner'' hinzustellen versuchte – es bleibt die Tatsache, daß die Aufständischen sich ohne Unterstützung wenigstens eines Teils der Bevölkerung unmöglich einen ganzen Tag lang gegen starke Polizei- und Armeeeinheiten hätten halten können. Daß der – im übrigen ziemlich abenteuerliche – Aufstandsversuch überhaupt möglich war, zeigt ebenso wie die Streikbewegung, wie zugespitzt die Klassenwidersprüche sind.

Seit 15 Jahren ist der Anteil der Löhne am Bruttosozialprodukt fortlaufend gesunken, obwohl die Zahl der Lohnabhängigen in der gleichen Zeit kräftig gestiegen ist. Hauptprofiteure sind die Imperialisten, denen die herrschende Bourgeoisie 1972 mit einem Investitionsgesetz Tür und Tor geöffnet hat. Danach müssen Kapitalisten, die in der Exportindustrie (v.a. Textilien) investieren, u.a. zehn Jahre lang überhaupt keine Körperschaftssteuer zahlen, weitere zehn Jahre nur 10% des sonst gültigen Satzes. Ist der aus den tunesischen Arbeitern ausgepreßte Mehrwert einmal im Ausland versilbert, brauchen die Exporterlöse nicht nach Tunesien zurücküberwiesen zu werden.

Den ,,Hauptvorteil'' rückt das staatliche Investitionsförderungsamt in einer Anzeige unter der Überschrift ,,Haben Sie für ihr nächstes Profitzentrum schon an Tunesien gedacht?' ins rechte Licht: ,,ein gut ausgebildetes billiges Arbeitskräftereservoir: ... Ein Fabrikarbeiter verdient umgerechnet 40 bis 85 Pence (1,60 – 3,40 DM) pro Stunde (einschl. Soziallasten).'' Der Stunde (einschl. Soziallasten).'' Der Nettolohn liegt noch einmal um 40% niedriger.

Die Imperialisten haben eifrig zugegriffen. 241 ausländische Konzerne haben seit 1972 in Tunesien investiert, an der Spitze liegen dabei Westdeutschland, Italien und Frankreich. 1978 erreichte der Anteil der ausländischen Investitionen an den Gesamtinvestitionen 35,5% und lag damit erstmals höher als die Akkumulation der tunesischen Bourgeoisie selbst. Diese hatte zunächst gedacht, das Proletariat gemeinsam mit den Imperialisten ausbeuten, den eigenen Markt aber für sich selbst reservieren zu können. Daraus ist nichts geworden. 1974 setzten die Imperialisten ein weiteres Investitionsgesetz durch, nach dem sie Steuerermäßigungen auch für Fabriken erhalten, die für den tunesischen Markt produzieren. *Zusätzlich* zu den Direktinvestitionen haben sie Tunesien immer tiefer in die *Verschuldung* treiben können. Allein von 1976 bis 1978 ist die Auslandsverschuldung um 1 Mrd. auf 2,5 Mrd. Dollar gestiegen, für den Schuldendienst geht inzwischen fast ein Achtel der Exporterlöse drauf.

Mit umso rabiaterer Ausbeutung des verhältnismäßig großen Proletariats – 1975 waren 27% der Erwerbsbevölkerung in der Industrie beschäftigt – versucht sich die herrschende Bourgeoisie schadlos zu halten. 1977 zwang die Regierung der Einheitsgewerkschaft UGTT einen ,,Sozialpakt'' auf, nach dem bis 1981 statt Lohnerhöhungen nur staatlich verfügte Inflationszuschläge gezahlt werden sollten. Im Januar kündigte die – selbst der Regierungspartei angehörende – Gewerkschaftsführung den Pakt auf und rief für den 26.1.78 zum Generalstreik auf. Die Armee schoß auf die demonstrierenden Arbeiter, Hunderte kamen ums Leben. Die gesamte Gewerkschaftsführung wurde verhaftet. Die von der Regierung ernannten neuen Funktionäre werden von den Arbeitern nicht anerkannt. Unter schwierigen Bedingungen führen die Belegschaften ihre Kämpfe weiter, allein für die ersten zehn Monate des letzten Jahres werden 212 Streikaktionen gemeldet.

Über die Hälfte der Bevölkerung sind Bauern. Die französischen Kolonialisten hatten 700000 ha des fruchtbarsten Landes an sich gerissen. Nach der Unabhängigkeit ist der ausländische Grundbesitz zwar 1964 verstaatlicht worden. Doch an die Bauern verteilt worden ist er nie. Über die Hälfte der landwirtschaftlichen Nutzfläche ist heute in den Händen von 3% der Betriebe, staatlich kontrollierter ,,Kooperativen'' und einheimischer Agrarkapitalisten. Die fast 500000 Landarbeiter finden oft nur für wenige Monate im Jahr – und zu Hungerlöhnen – Arbeit. Weil so die Landwirtschaft als Grundlage des Aufbaus einer unabhängigen nationalen Wirtschaft nicht entwickelt werden konnte, muß Tunesien heute in wachsendem Umfang Nahrungsmittel einführen. Zum ,,Ausgleich'' des dadurch verschärften Zahlungsbilanzdefizits muß imperialistisches Kapital importiert werden.

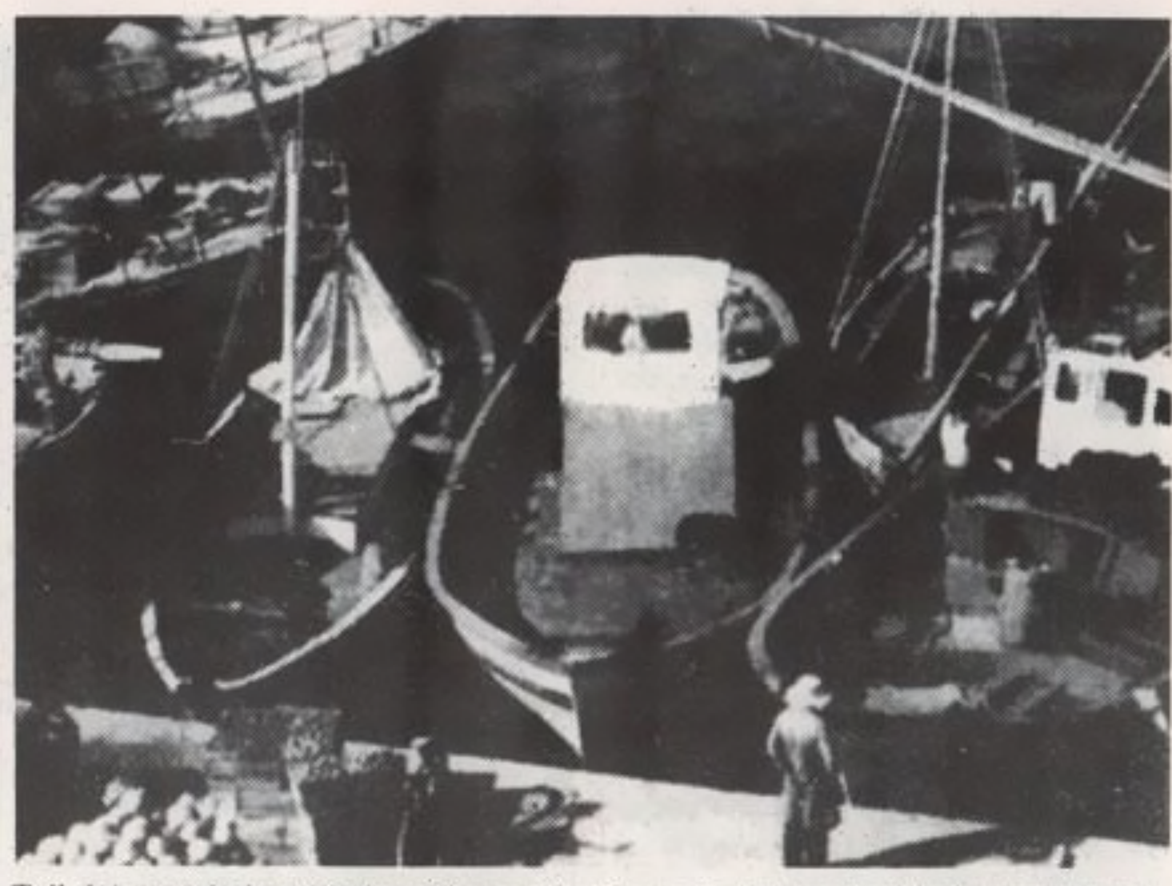
Schritt um Schritt haben so die führenden Kräfte der Bourgeoisie das Bündnis der antiimperialistischen Klassen, das den Unabhängigkeitskampf geführt hatte, zerbrochen. Die Imperialisten ermutigt das zu umso unverschämterer Einmischung. Giscard d'Estaing ließ sich kürzlich von Präsident Bourguiba für den ,,spontanen Freundschaftsbeweis'' der französischen Regierung während der Revolte in Gafsa danken. Die ,,spontane'', also augenscheinlich nicht erbetene ,,Hilfe'' bestand in der Entsendung französischer Kriegsschiffe und Flugzeuge. Als an der Universität Tunis Studenten gegen die französische Einmischung protestierten, besetzte Polizei das Hochschulgelände. Die Studenten antworteten mit einem allgemeinen Streik.

Die Imperialisten versuchen ihre Einmischung mit einer angeblichen ,,libyschen Bedrohung'' zu rechtfertigen, was ihnen freilich die putschistischen Aufrufe von Radio Tripolis ziemlich leicht gemacht haben. Prompt hat sich die gesamte bürgerliche Opposition, von liberalen Ex-Ministern bis hin zu den Revisionisten, zu ,,nationaler Einheit'' mit dem Regime bereiterklärt. Nur die gewählten Führer der Gewerkschaften haben sich zu keinen Treuebekenntnissen erpressen lassen.

Um der durch die Spannung zwischen Libyen und Tunesien begünstigten imperialistischen Einmischung zu begegnen, sind in den letzten Wochen die Außenminister der OAU und der Arabischen Liga auf Antrag beider Länder zusammengetreten. Die beiden Organisationen der Dritten Welt haben sich gegen jede ausländische Einmischung gewandt, ein Ausschuß von Mitgliedsländern der Arabischen Liga hat Libyen und Tunesien seine Vermittlung zur Beilegung der Spannungen angeboten.



Seit der Niederschlagung der Revolte in Gafsa sind neue Militärverbände in die Stadt verlegt worden. Solche ,,Kontrollen'' sind an der Tagesordnung.



Teil der tunesischen Fischereiflotte. Die Boote sind alt und schlecht ausgerüstet.

Italienische Raubzüge nach tunesischem Fisch

EG-Parlament will Fangrechte erpressen

z.ulg.Rom. Im letzten Juni ist das Abkommen ausgelaufen, nach dem gegen Zahlung von jährlich 2,5 Mrd. Lire (knapp 6 Mio. DM) 106 italienische Kutter in tunesischen Territorialgewässern fischen durften. Italien hatte das Abkommmen fortwährend verletzt. Im Oktober hat der zuständige Minister öffentlich zugegeben, daß laufend weitere Kutter in die tunesischen und libyschen Gewässer eindrangen, ,,weil hier (vor der Küste Italiens) das Meer zu verschmutzt ist''. Die beiden nordafrikanischen Länder hatten Dutzende solcher Kutter aufgebracht.

Von den 6000 Booten der tunesischen Fischereiflotte sind nur 221 mit Dieselmotoren ausgestattet, ein einziges Schiff hat über 100 BRT. Trotzdem hat das Land den eigenen Fischfang von 27800 t 1970 auf zuletzt rund 65000 t steigern können. Die geplante Modernisierung der Flotte soll eine Steigerung auf 120000 t ermöglichen. Dazu werden in den nächsten Jahren 400 Küstenfischboote mit Motoren ausgestattet und 40 größere Kutter in Dienst gestellt. Zur Auffrischung der Fischbestände ist ein Teil der Küstengewässer für die Fischerei gesperrt und gewässer für die Fischerei gesperrt und im Sommer eine zweieinhalbmonatige Fangpause verfügt worden.

Die italienischen Kutter, die bisher vor der nordafrikanischen Küste gefischt haben, sind meist im sizilianischen Hafen Mazzaro del Vallo beheimatet. Durchschnittlich kaum über 100 BRT groß, gehören sie meist kleinen Kapitalisten, vereinzelt auch Kooperativen von Fischern. Die sizilianischen Fischer, die durch den Raubbau an den italienischen Fischbeständen vom Ruin bedroht sind, sollen den Vortrupp für die Ausraubung der nordafrikanischen Fischgründe durch die große Industriefischerei abgeben. Kaum war wieder ein sizilianischer Kutter aufgebracht, erschallte von allen bürgerlichen Parteien einstimmig der Ruf nach besserem ,,Schutz unserer Fischer durch die Kriegsmarine''.

Die italienischen Imperialisten wollen das Fischereiabkommen nur im EG-Rahmen erneuern, angeblich, weil Fischerei ,,Gemeinschaftsangelegenheit'' ist, tatsächlich, um den Druck auf Tunesien zu vergrößern. Die von den Imperialisten aufgezwungene einseitige Wirtschaftsentwicklung zwingt das Land zum Export in die EG-Länder, während diese umgekehrt den Import einiger der wichtigsten tunesischen Ausfuhrprodukte: Textilien, Olivenöl und Wein, drastisch beschränkt haben. Am 27.9. hat das EG-Parlament *einstimmig* eine Resolution verabschiedet, nach der ,,der sizilianischen Fischereiflotte ermöglicht werden soll, auch in tunesischen Gewässern zu operieren''. Jetzt wird kein Importkontingent mehr genehmigt; und seien es läppische 50000 hl tunesischen Weins (1% des Imports aus Drittländern), ohne daß die ,,Europaparlamentarier'' nicht an die ,,offene Fischereifrage'' erinnern: ,,Der Landwirtschaftsausschuß ist der Meinung, daß die Kommission die Regelung der Fischereiverhältnisse in den tunesischen Gewässern organisch in den Zusammenhang der Revision des Kooperationsvertrags zwischen der EWG und Tunesien einordnen und dieses Problem als eine der unverzichtbaren Bedingungen für die Entwicklung der Zusammenarbeit im Mittelmeerraum stellen muß.''

Tunesien ist nicht bereit, seine Fischbestände außer von den italienischen auch noch von den anderen westeuropäischen Imperialisten, die größtenteils über weit modernere Fischereiflotten verfügen, ausplündern zu lassen. Weiter soll Italien zum Ausgleich für neue Fischereirechte 50000 t tunesisches Olivenöl importieren. Damit würde zwar das italienische Versorgungsdefizit gedeckt, aber nach den Römischen Verträgen ist ein solcher zweiseitiger Vertrag nicht zulässig. Die italienischen Imperialisten hoffen, sich mit Unterstützung ihrer Verbündeten ganz ohne Gegenleistung Zugang zu den tunesischen Gewässern verschaffen zu können. – Libyen, das sich ebenfalls auf kein Fischereiabkommen mit der EG insgesamt eingelassen hat, hat inzwischen mit Italien die Gründung gemeinsamer Fischereigesellschaften vereinbart. Der Fang soll nach den Aktienanteilen aufgeteilt werden.

derruf mit dieser Begründung ist sachlich gerechtfertigt. Auf diese Linie hat sich der 4. Senat (,,Beamtensenat'') des Oberverwaltungsgerichts Berlin in mehreren Entscheidungen eingeschossen. Grundlegend war ein inzwischen rechtskräftiger Beschluß vom 31.7. 1979 (OVG IV 39.78), in dem es um einen wissenschaftlichen Assistenten ging, der die Frage nach seiner Mitgliedschaft und seinen Funktionen in der SEW-Hochschulgruppe nicht beantwortete.

***kbw.zk.* An das Auswärtige Amt.** Sehr geehrte Herren! Der ,,Frankfurter Allgemeinen Zeitung'' vom 5. März 1980 entnehmen wir, daß die Bundesregierung erklärt habe, sie werde den ,,politischen Willen'', den das Volk von Zimbabwe in den Wahlen zum Ausdruck gebracht habe, ,,respektieren'', und sie beabsichtige, mit Zimbabwe ,,partnerschaftliche Beziehungen'' zu entwickeln. Bezugnehmend darauf erinnern wir an die Stellungnahme des Auswärtigen Amtes vom 23.3.1978, in der Sie Ihr Interesse an dem Verbot der Sammlung zur Ausrüstung einer vollmotorisierten Kompanie der ZANLA bekundet hatten, zu der die ZANU die Arbeiterklasse und das Volk von Westdeutschland aufgerufen hatte. Gestützt auf die Stellungnahme des Auswärtigen Amtes werden von dem Land Baden-Württemberg immer noch über 100000 DM aus dieser Sammlung, die Eigentum der ZANU sind, festgehalten. Die Beschlagnahmung hatte das Regierungspräsidium Tübingen angeordnet, weil es befürchtete, daß die Sammlung zu ,,außenpolitischen Schwierigkeiten mit Rhodesien'' führen werde. Vielleicht könnten Sie diese Befürchtungen inzwischen zerstreuen? Das Klügste wäre, unverzüglich dem Regierungspräsidium Tübingen und dem Verwaltungsgericht Sigmaringen, das mit den Klagen des KBW und der ZANU gegen diese Entscheidung des Regierungspräsidiums Tübingen befaßt ist, eine entsprechende Mitteilung zu machen, zumal sich das Verwaltungsgericht in dieser nunmehr über 2 Jahre währenden Angelegenheit durch äußerste Betulichkeit ausgezeichnet hat und sich immer noch schwertut, zu einer Entscheidung zu kommen. Vielleicht wären Sie so freundlich, uns möglichst bald über Ihre diesbezüglichen Schritte zu unterrichten. Hochachtungsvoll Sekretariat des Zentralen Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) i.A. Lutz Plümer

***kbw.zk.* An das Regierungspräsidium Tübingen.** Sehr geehrte Herren! Der ,,Frankfurter Allgemeinen Zeitung'' entnehmen wir, daß die Bundesregierung erklärt habe, sie werde den ,,politischen Willen'', den das Volk von Zimbabwe in den Wahlen zum Ausdruck gebracht habe, ,,respektieren'', und sie beabsichtige, mit Zimbabwe ,,partnerschaftliche Beziehungen'' zu entwickeln. Bezugnehmend darauf erinnern wir Sie an die Tatsache, daß Sie nach wie vor über 100000 DM beschlagnahmen, die von der Arbeiterklasse und dem Volk in Westdeutschland auf Grund eines Aufrufs der ZANU für die Ausrüstung einer vollmotorisierten Kompanie der ZANLA gesammelt worden waren. Sie hatten in der Verfügung vom 7. März 1978 erklärt, die Beschlagnahmung der Gelder erfolge auf Grund der Befürchtung, daß die Sammlung zu ,,außenpolitischen Schwierigkeiten mit Rhodesien'' führen werde. Wir könnten uns vorstellen, daß Anlaß zu solchen Befürchtungen Ihrerseits inzwischen eher bei weiterer Aufrechterhaltung der Beschlagnahmung entstehen könnte. Es wäre also keineswegs übereilt, die Verfügung vom 7. März 1978 unverzüglich aufzuheben und die gesammelten Gelder sofort freizugeben. Hochachtungsvoll Sekretariat des Zentralen Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) i.A. Lutz Plümer

Kommunistische Volkszeitung

Herausgegeben vom Zentralen Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) // Sekretariat Mainzer Landstraße 147, Postfach 119151, 6000 Frankfurt 2, Telefon 0611/730231, Telex 413080 kuehl d / Sekretär: Hans-Gerhart Schmierer // Redaktion: Mainzer Landstr. 147, Postfach 119151, 6000 Frankfurt 2, Tel. 0611/730231 / Redakteur: Martin Fochler *Regionalredaktion Hannover:* Hindenburgstraße 15, 3000 Hannover, Tel. 0511/814045, Redakteur: Wolfgang Müller / *Regionalredaktion Köln:* Neusser Str. 27 – 29, 5000 Köln 1, Tel. 0221/720876 – 77, Redakteur: Bernd Schwingboth / *Regionalredaktion München:* Lindwurmstraße 93 (Seitengebäude), 8000 München 2, Tel. 089/531348, Redakteur: Reiner Malskies

Internationale Nachrichtenverbindungen

Agence d'information et de nouvelles internationales SPRL · a.i.n., agence de presse, 437 Av. Louise, B-1050 Bruxelles // a.i.n. Paris, 27, Rue Greuze, F-75116 Paris // a.i.n. Roma, Via C. Magni 41/B, I-00147 Roma // K.V.Z. News Agency Ltd., 291, Gray's Inn Road, GB-London, WC1X 8QF // Korrespondenzunternehmen für Nachrichten und Informationen des Zeitgeschehens Ges.m.b.H., Straußengasse 7, Tür 4, 1050 Wien

Kommunismus und Klassenkampf

Theoretisches Organ des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) · Hrsg.: Zentrales Komitee des KBW · Erscheint monatlich · Preis des Einzelheftes 2,40 DM, Jahresabonnement incl. Porto 35 DM

Kommunistische Volkszeitung
– Spezialnachrichtendienste –

Heft 01: Registerdienst · *Heft 02:* Landwirtschaft, Ernährung; Bau · *Heft 03:* Bergbau, Energie, Wasserwirtschaft; Stahl; · *Heft 04:* Chemische Industrie · *Heft 05:* Maschinenbau; Elektrotechnik; Fahrzeugbau; Schiffbau · *Heft 06:* Druck; Textil, Bekleidung · *Heft 07:* Handel · *Heft 08:* Ausbildung, Schulen, Schüler; Staatliche und kirchliche Fürsorgeeinrichtungen sowie Gefängnisse · *Heft 09:* Ausbildung, Hochschulen, Studenten · *Heft 10:* Öffentliche Dienste, Transport, Nachrichtenübermittlung · *Heft 11:* Militär, Soldaten und Reservisten, Zivildienstleistende, Polizisten · *Heft 12:* Juristischer Entscheidungsdienst

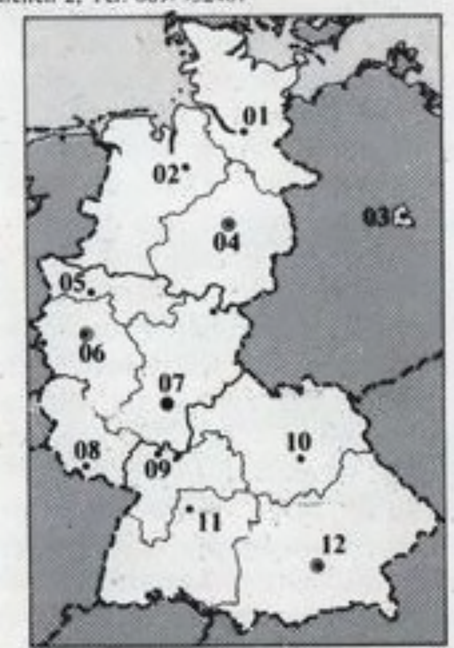
Alle Hefte erscheinen wöchentlich, Preis pro Heft 0,60 DM

Zu beziehen bei nebenstehenden Geschäftsstellen oder bei Buchvertrieb Hager, Mainzer Landstraße 147, Postfach 119151, 6000 Frankfurt 2

Bezirksausgaben und Bezugsadressen

Bezug der Kommunistischen Volkszeitung im Vierteljahresabonnement incl. Porto 11 DM, bei unten angegebenen Geschäftsstellen oder bei Buchvertrieb Hager

Geschäftsstelle Hamburg (1), Kleine Rainstr. 21, 2000 Hamburg 50, Tel. 040/394590 / **Geschäftsstelle Bremen (2),** Gröpelinger Heerstraße 261, 2800 Bremen, Tel. 0421/6160455 / **Geschäftsstelle Westberlin (3),** Oranienstr. 159, 1000 Westberlin 61, Tel. 030/6145099 / **Geschäftsstelle Hannover (4),** Hindenburgstraße 15, 3000 Hannover, Tel. 0511/814045 / **Geschäftsstelle Essen (5),** Sybillastraße 15, 4300 Essen, Tel. 0201/252353 / **Geschäftsstelle Köln (6),** Neusser Straße 27-29, 5000 Köln, Tel. 0221/720876-77 / **Geschäftsstelle Frankfurt (7),** Mainzer Landstraße 147, 6000 Frankfurt, Tel. 0611/730241-42 / **Geschäftsstelle Saarbrücken (8),** Unterer Hagen 27, 6600 Saarbrücken, Tel. 0681/583603 / **Geschäftsstelle Mannheim (9),** J7, 14, 6800 Mannheim, Tel. 0621/16279 / **Geschäftsstelle Nürnberg (10),** Findelwiesenstraße 8, 8500 Nürnberg, Tel. 0911/492095 / **Geschäftsstelle Stuttgart (11),** Gutenbergstraße 2, 7000 Stuttgart 1, Tel. 0711/620582 / **Geschäftsstelle München (12),** Lindwurmstraße 93 (Seitengebäude), 8000 München 2, Tel. 089/532481



r.ham. **Am 24. März findet die Sternfahrt des Deutschen Bauernverbandes nach Essen mit anschließender Großkundgebung in der Gruga-Halle statt.** Sie richtet sich gegen die EG-Pläne zur weiteren Erzeugerpreissenkung für die Bauern. Die Bauernverbände der EG-Mitgliedsländer fordern eine 7,9%ige Anhebung der EG-Richtpreise. Der schleswig-holsteinische Bauernverband hat im Rahmen eines Maßnahmekatalogs eine Teilnahmestärke von 500 festgelegt. Weiter sind örtliche Pressekonferenzen beschlossen, auf denen über die Lage der Bauern berichtet werden soll. Sie sollten jetzt gemacht werden, damit sie als Vorbereitung des 24. März nützen können. Durch die Wochenarbeitszeit, aber auch die Notwendigkeit der täglichen Anwesenheit auf dem Hof, will die Teilnahme an der Sternfahrt geplant sein. Die Bourgeoisie setzt darauf, daß das den Bauern nicht gelingt. Da gibt es tatsächlich eine Lücke in der Vorbereitung. Über den Ortsbauernverband bzw. den Landvolkverband ist das aber zu klären, denn es können ja viel mehr Bauern melken, als sie heute noch Kühe haben. Eine günstige Bedingung ist bereits durchgesetzt: Fahren Busse, trägt die Fahrtkosten der Gesamtverband.

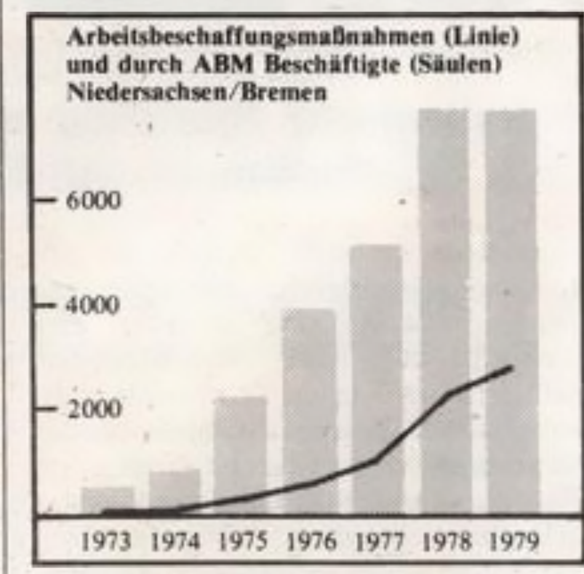
b.thr. **Der Kreistag Lüchow-Dannenberg hat am 5.3.80 beschlossen, den Bau eines Zwischenlagers im Kreis zu befürworten.** Die Abstimmung fiel fast einstimmig aus, nachdem die SPD ihren im Herbst 79 gefaßten ablehnenden Beschluß umgestoßen hatte. Alle Redner versuchten sich in Beteuerungen, daß diese Entscheidung kein ja zum nuklearen Entsorgungszentrum sei. Gleichzeitig mußten sie aber sagen, daß die Entscheidung darüber an anderer Stelle gefällt wird. Mit der, vom Kreistag am 5.3. beschlossenen, Zustimmung zu den Tiefbohrungen wurden für zwei Bestandteile des NEZ der Weg geebnet. Ein Pfeifkonzert der Zuhörer folgte auf die Abstimmung. Den Widerstand der Bauern mußte der stellvertretende Landrat Kurt Schröder am folgenden Tag vor CDU-Landtagsabgeordneten zugeben: „Es ist hier wirklich nicht einfach für uns." Es wird auch nicht einfacher werden, da Grill (CDU-MdL) in der Debatte erstmal die Bauern beschimpft hat, daß sie „vom Informationsangebot" kaum Gebrauch gemacht hätten. In einem Leserbrief empfiehlt er einem Sprecher der „Bäuerlichen Notgemeinschaft" seine „langen Arme" zu schonen und keine Leserbriefe zuschreiben. Ein Zwischenlager – so Grill – hilft das Steuerdefizit von 10 Mio. abzubauen. Das sagte er, kurz nachdem der Rat Lüchow gerade die Gewerbesteuer gesenkt hat, was insbesondere der SKS Kugellagerfabrik nützt.

nuklearen Entsorgungszentrum sei. Gleichzeitig mußten sie aber sagen, daß die Entscheidung darüber an anderer Stelle gefällt wird. Mit der, vom Kreistag am 5.3. beschlossenen, Zustimmung zu den Tiefbohrungen wurden für zwei Bestandteile des NEZ der Weg geebnet. Ein Pfeifkonzert der Zuhörer folgte auf die Abstimmung. Den Widerstand der Bauern mußte der stellvertretende Landrat Kurt Schröder am folgenden Tag vor CDU-Landtagsabgeordneten zugeben: „Es ist hier wirklich nicht einfach für uns." Es wird auch nicht einfacher werden, da Grill (CDU-MdL) in der Debatte erstmal die Bauern beschimpft hat, daß sie „vom Informationsangebot" kaum Gebrauch gemacht hätten. In einem Leserbrief empfiehlt er einem Sprecher der „Bäuerlichen Notgemeinschaft" seine „langen Arme" zu schonen und keine Leserbriefe zuschreiben. Ein Zwischenlager – so Grill – hilft das Steuerdefizit von 10 Mio. abzubauen. Das sagte er, kurz nachdem der Rat Lüchow gerade die Gewerbesteuer gesenkt hat, was insbesondere der SKS Kugellagerfabrik nützt.

b.kol. **Die Kinder und Jugendlichen aus Karlshöhe brauchen selbstverwaltete Jugendräume!** – Der Senat soll aus Haushaltsmitteln ordentliche Jugendräume zur Verfügung stellen, die von einer vom Senat bezahlten Person betreut werden! – Bei der Besetzung der Betreuungsstelle und der Festlegung des inhaltlichen Programms sollen die Kinder und Jugendlichen maßgeblichen Einfluß haben! – Fordert die vor 3 Monaten in Karlshöhe gegründete Jugendinitiative (JI) in einem Brief vom Ortsauschuß in Bramfeld. Die SPD hat die JI auf drei Jahre vertröstet, dann wird die Behinderten-Schule geschlossen und die Räume könnten genutzt werden. Ein Genehmigungsverfahren für einen Neubau würde 10 Jahre dauern. Die CDU fordert das Amt für Jugend zu Stellungnahme und Überwachung der JI auf. 600 Bewohner aus Karlshöhe haben die Forderungen der JI unterstützt.

b.sal. **Am 28.2. fand die Mitgliederversammlung des Friedrichskooger Fischereiverbandes statt.** Vorsitzender Willi Heuer berichtete, daß die Fänge in der letzten Saison gesteigert worden sind und die Absiebungen an Land immer schärfer wurden. D.h. daß immer mehr Ware für schlecht erklärt wurde und die Fischer weniger Geld erhalten haben. Die Ölkosten schlagen „ganzschön zu Buche, auch wenn eine Beihilfe zugesagt wird." Die Schwierigkeiten der Fischer haben sich zugepsitzt, weil sie für ihre Erzeugnisse, im wesentlichen Kabeljau und Krabben und Muscheln, zu Niedrigstpreisen verkaufen müssen und das seit einem halben Jahr. Diese Lage zwingt sie, tagelang auf See zu sein. – Auf der Versammlung haben sie sich einhellig für die Bezuschussung ihrer Ware ausgesprochen. Das ist notwendig, weil sie keine Garantie auf einen kostendeckenden Absatz ihrer Ware haben und somit ihre Arbeitskraft ständig unter Wert bezahlt bekommen. Eine Bezuschussung wird aber nur nützen, wenn die Deckung sämtlicher Kosten durch den Staat garantiert wird. – Heuer sprach auch den Punkt der Entschädigung für das militärische Sperrgebiet in den Fanggründen an. Angegriffen wurde, daß die Friedrichskooger Fischer von der Landesregierung erst viel später entschädigt wurden als die Büsumer und nur 30% dessen, was die Büsumer bekommen, erhalten.

r.scm. **Als Arbeitsbeschaffungsmaßnahme will die niedersächsische Landesregierung ihr Radwanderwegeprogramm durchführen.** Damit werden 60% der Lohnkosten aus den Arbeitslosenversicherungsgeldern finanziert. Das Schaubild zeigt die Ausweitung der ABM im Bereich des Landesarbeitsamtes Niedersachsen-Bremen.



Aufgetragen ist die Zahl der gleichzeitig laufenden Maßnahmen bzw. durch diese Maßnahmen beschäftigten Arbeiter und Angestellten. 1979 waren von 7749 ABM-Beschäftigten in Büro- und Verwaltung 2236, in Landwirtschaft, Garten- und Landschaftsgartenbau 1184 beschäftigt, fast alle im öffentlichen Dienst. Die Gewerkschaft ÖTV fordert gegen die Abspaltung der ABM-Beschäftigten die Einbeziehung derer in das geltende Tarifrecht des öffentlichen Dienstes (ÖTV-Magazin Nov. 1979). Die Bremer Kreisdelegiertenkonferenz der ÖTV beschloß Ende Februar die Forderung nach vollständigem bzw. anteiligem Urlaubsgeld und 13. Monatsgehalt für ABM-Kräfte. Im Wahlprogramm der ÖTV zu den Personalratswahlen der Universität Bremen werden neue Dauerarbeitsplätze für ABM-Beschäftigte gefordert.

b.trg. **Hamburger Senat legt Entwurf für einen neuen Schulentwicklungsplan vor.** Grundlage ist die kürzlich veröffentlichte Lehrerbedarfsprognose. GEW, Lehrer- u. Elternkammer haben sie scharf angegriffen. Im Anschluß an den Plan von 1976 wird der Neue auf die Jahre 1985 und 1990 be-

diese Maßnahmen beschäftigten Arbeiter und Angestellten. 1979 waren von 7749 ABM-Beschäftigten in Büro- und Verwaltung 2236, in Landwirtschaft, Garten- und Landschaftsgartenbau 1184 beschäftigt, fast alle im öffentlichen Dienst. Die Gewerkschaft ÖTV fordert gegen die Abspaltung der ABM-Beschäftigten die Einbeziehung derer in das geltende Tarifrecht des öffentlichen Dienstes (ÖTV-Magazin Nov. 1979). Die Bremer Kreisdelegiertenkonferenz der ÖTV beschloß Ende Februar die Forderung nach vollständigem bzw. anteiligem Urlaubsgeld und 13. Monatsgehalt für ABM-Kräfte. Im Wahlprogramm der ÖTV zu den Personalratswahlen der Universität Bremen werden neue Dauerarbeitsplätze für ABM-Beschäftigte gefordert.

b.trg. **Hamburger Senat legt Entwurf für einen neuen Schulentwicklungsplan vor.** Grundlage ist die kürzlich veröffentlichte Lehrerbedarfsprognose. GEW, Lehrer- u. Elternkammer haben sie scharf angegriffen. Im Anschluß an den Plan von 1976 wird der Neue auf die Jahre 1985 und 1990 be-

zogen. Begründung: „1985 werden die Entscheidungen aufgrund rückläufiger Schülerzahlen im Primar- u. Sekundarbereich I getroffen sein. Im Sek. II Bereich gehen die Schülerzahlen nach 1985 noch zurück. Nach 1990 ist aus heutiger Sicht in allen Schulstufen etwa mit gleichbleibenden Schülerzahlen zu rechnen."

b.hör. **Am 16.4. soll im Landtag der Entwurf eines schleswig-holsteinischen Ausführungsgesetzes zum Abwasserabgabengesetz des Bundes behandelt werden.** (Siehe KVZ Nr. 48/79, S.4) Der bisher unveröffentlichte Entwurf, der die Ermittlung der Schädlichkeit des Abwassers und der Abgabepflicht, die Festsetzung, Erhebung und Verwendung der Abgabe sowie die Behördenzuständigkeit regeln soll, wird davon ausgehen, daß alle diejenigen die Zusatzabgabe zahlen müssen, die mehr



Abwasserkläranlage

als 4 Kubikmeter Abwasser pro Tag abgeben. Erhebliche Widersprüche hat die Landesregierung zu den Methoden, wie die Giftigkeit der Industrieabwässer festgestellt werden sollen: zu häufig, kostenaufwendig und zweifelhaft seien die Messungen (mit lebenden Fischen). Außerdem seien die zu erwartenden Einnahmen durch dieses Gesetz (für 1981 ca. 8 Mio. DM) zu gering.

Dürr: „... gute Chancen für die Zukunft"

Erste Zahlen über Geschäftsentwicklung AEG / Widerstand der Belegschaft gegen Rationalisierung

r.hae. Der Unternehmensbereich Hausgeräte von AEG Telefunken hat die ersten Zahlen über den Geschäftsverlauf vorgelegt. Durch die Konzentration der Produktion dieses Hausgerätebereichs auf 12 Werke, zwei sind stillgelegt worden, haben die AEG-Kapitalisten es geschafft, die Verluste des Vorjahres deutlich abzubauen. Der Unternehmensbereich (UB) verzeichnet eine Zunahme des Umsatzes um real 3% auf 3,1 Mrd. DM. Davon sind 2 Mrd. DM Inlandsumsatz, 1,1 Mrd. DM Auslandsumsatz. Im Inland beträgt der Marktanteil „weit über 20%" (Grammel, Vorstandsvorsitzender). Bei der Vorlage des Sanierungskonzeptes für die gesamte AEG hatte der Zentralvorstand erklärt, daß kein Zehntelprozent dieses Marktanteils aufgegeben werden soll. 26000 Beschäftigte des Unternehmensbereichs gibt es noch, mit den beiden Werksstillegungen waren eine Reihe Entlassungen verbunden. Der Umsatz pro Kopf betrug 134780 DM 1979 gegenüber 112000 DM 1978 (1978 war der UB Hausgeräte noch im UB Konsumgüter integriert). 1979 haben die AEG-Kapitalisten 100 Mio im UB Hausgeräte investiert, 1980 sollen es noch mehr werden.

Insgesamt ist der Umsatz des AEG-Konzerns kaum gestiegen, von 14,1 Mrd. DM auf 14,2 Mrd. Er hat damit noch nicht den Stand von 1977 erreicht. In einzelnen Unternehmensbereichen, wie in der Nachrichtentechnik (UB N) haben die AEG-Kapitalisten beträchtliche Fortschritte zu verzeichnen: so ist zum Beispiel in N2 (Weitverkehr und Kabeltechnik) der Umsatz 1979 um 15% auf 600 Mio DM gestiegen.

Die Parole der AEG-Kapitalisten ist, „die Anlagenbereiche zu stärken". „Stärker als die Investitionsquote der Konsum- und konsumnahen Bereiche stieg in den vergangenen vier Jahren die Quote der Anlagenbereiche." 420 Mio DM haben die AEG-Kapitalisten als Sachanlageinvestitionen getätigt.

Heinz Dürr, frischgebackener Vorstandsvorsitzender, schreibt im AEG-Report 1/80 einen Aufruf an die Mitarbeiter: „... der Konzern ... steckt nicht in allen Bereichen in Schwierigkeiten. ... AEG-Telefunken ist kein Einzelschiff, sondern ein Geleitzug, in dem einige Schiffe mit Volldampf voraus fahren. In dem es allerdings auch einige mit erheblicher Schlagseite gibt. Entscheidend wird sein ... daß die ganze Flotte mit Volldampf voraus fährt, ... die Aufgabe, den Konzern wieder auf die Füße zu stellen ... ist eine Frage der Solidarität."

Damit ist er in den Belegschaften der AEG, die gegen die Rationalisierung und die Entlassungen kämpfen, nicht angekommen. Der Sozialplan, der vom Zentralvorstand ausgehandelt wurde, ist auf den bisherigen Betriebs- und Vertrauensleutesitzungen scharf kritisiert worden, weil er die Entlassungen den AEG-Kapitalisten zu billig mache. Nur 3000 derjenigen, die auf der Kündigungsliste stehen, sollen überhaupt etwas erhalten.

Auf der IGM-Mitgliederversammlung der AEG Brunnenstraße in Westberlin wurde beschlossen, daß in der nächsten Zeit eine Demonstration gegen die Entlassungen gemacht werden soll. In der Brunnenstraße hat der Betriebsrat bisher keiner einzigen Entlassung zugestimmt, sodaß die Betriebsführung von den für das erste Quartal 80 vorgesehenen 78 Entlassungen bisher nur 16 gegen die Belegschaft durchgesetzt hat. Bei AEG-Kanis mußten die ursprünglich vorgesehenen 800 Entlassungen auf 500 zurückgenommen werden. Mit dem Entlassungsprogramm sind die AEG-Kapitalisten ins Stocken gekommen durch den Widerstand der Betriebsräte und der Belegschaften.

In den Bereichen, in denen die AEG-Kapitalisten „mit Volldampf voraus" Profite scheffeln, werden Maßnahmen zur Intensivierung der Arbeit entschieden bekämpft: So wurden in Hamburg (AEG N4) die Versuche, an NC-Maschinen Fahrtenschreiber anzubringen, von den Arbeitern zurückgeschlagen. In der Westberliner Kleinmaschinenfabrik hat eine Montage-Abteilung über zwei Monate Überstunden geschlossen abgelehnt.

Kapitalistenverband, Metallbetriebe und Schulbehörde vereinbaren Modellversuch BGJ

r.wir. Die Betriebe Blohm + Voss, Daimler Benz, Deutsche Lufthansa, Hauni-Werke, Howaldtwerke – Deutsche Werft, Friedrich Krupp, MBB, Norddeutsche Affinerie, Karl Schmidt, Strüver & Thyssen Aufzüge haben mit der Hamburger Schulbehörde einen Modellversuch zum kooperativen Berufsgrundbildungsjahr im Berufsfeld Metalltechnik vereinbart.

Die fachpraktische Ausbildung findet in den Betrieben statt. Die Berufsschule erteilt 20 Wochen Unterricht. Die Ausbildung in Schule und Betrieb findet im wöchentlichen Wechsel statt.

Die Betriebe schließen mit den Jugendlichen einen Ausbildungsvertrag ab und zahlen die tarifliche Ausbildungsvergütung (im schulischen BGJ haben die Jugendlichen Schülerstatus und erhalten allenfalls BAFöG). Ab 1.8.80 sollen zunächst 156 Auszubildende mit dem kooperativen BGJ beginnen.

tion, Verwaltung und Dienstleistung über die jeweiligen konkreten Ausgestaltungen des Arbeitsprozesses hinaus bestimmt sind."

Die Kapitalisten wollen über das BGJ das Gegenteil dessen erreichen: kurze Schmalspurausbildung, um mit unverbrauchten Jugendlichen die unteren Lohngruppen aufzufüllen. Dazu halten sie eine bunte Vielfalt von BGJ's mit „differenzierten Eingangsvoraussetzungen" für geeignet, die im wesentlichen gemeinsam haben: die Ungewißheit der Übernahme in die Fachstufe und die Beendigung der Berufsschulpflicht durch Ländergesetz nach Absolvierung des BGJ. Die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände schreibt in ihrem Jahresbericht 1977: „...das BGJ müßte so konzipiert werden, daß es sowohl schulisch als auch kooperativ durchgeführt werden kann." Außerdem wird eine „Art Berufsvorbereitungsjahr befürwortet, und zwar insbesondere für Jugendliche, die keinen Ausbildungsplatz gefunden haben bzw. noch nicht berufsreif sind." An diesem Konzept arbeitet der Hamburger Senat seit Jahren (siehe Schaubild). Die Gewerkschaften stellen Mindestforderungen an das BGJ und fordern als Alternative die Errichtung des 10. allgemeinbildenden Schuljahres mit veränderten Inhalten und Methoden und den Ausbau der Teilzeitberufsschule, vor allem den zweiten Berufsschultag für alle Ausbildungsjahre.

Verteilung der Berufsschüler in Hamburg
I: Lehrlinge IV: Werkklassen
II: Jungarbeiter V: BGJ/s VI: BGJ/k %
III: Arbeitslose VII: Berufsfachschüler -400
100
Berufsschüler in Hamburg, Steigerungsrate (1970 = 100, bei BGJ 1973 = 100) IV
I: Lehrlinge
II: Werkklassen, BGJ und

Kapitalistenverband, Metallbetriebe und Schulbehörde vereinbaren Modellversuch BGJ

r.wir. Die Betriebe Blohm + Voss, Daimler Benz, Deutsche Lufthansa, Hauni-Werke, Howaldtwerke – Deutsche Werft, Friedrich Krupp, MBB, Norddeutsche Affinerie, Karl Schmidt, Strüver & Thyssen Aufzüge haben mit der Hamburger Schulbehörde einen Modellversuch zum kooperativen Berufsgrundbildungsjahr im Berufsfeld Metalltechnik vereinbart.

Die fachpraktische Ausbildung findet in den Betrieben statt. Die Berufsschule erteilt 20 Wochen Unterricht. Die Ausbildung in Schule und Betrieb findet im wöchentlichen Wechsel statt.

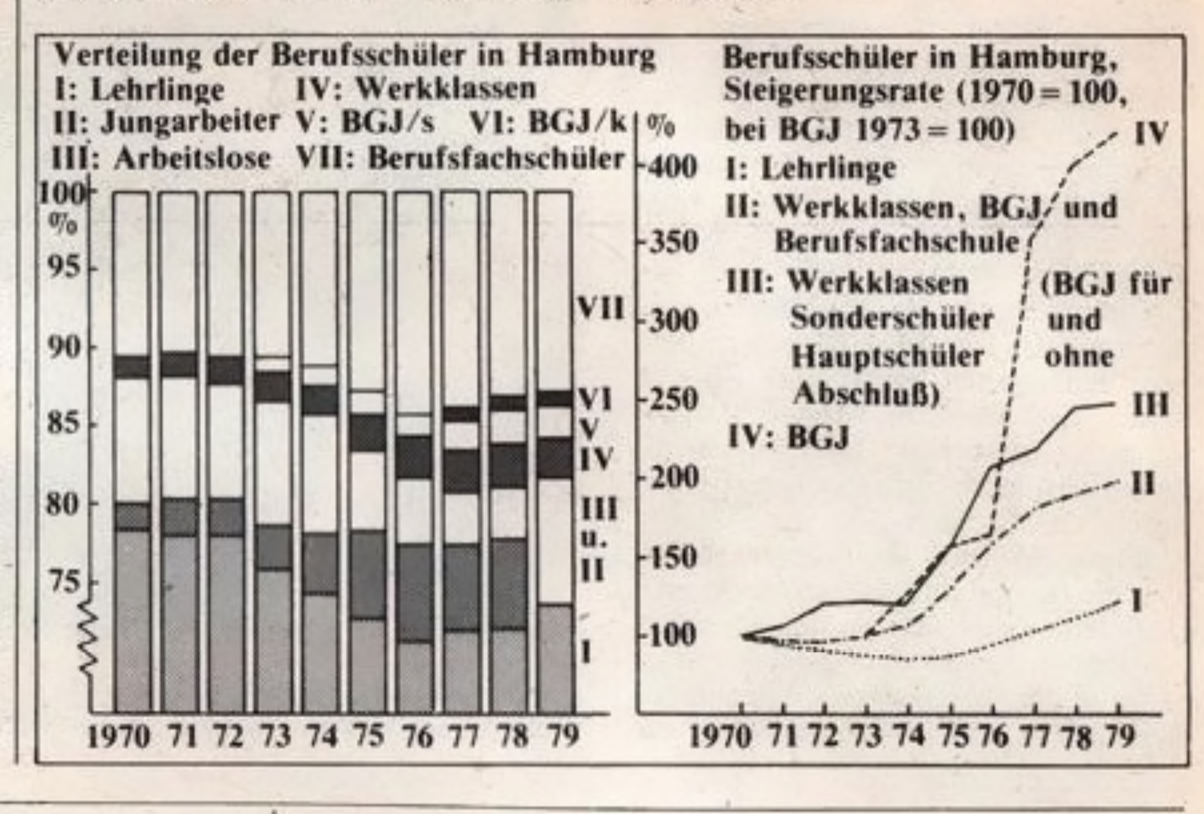
Die Betriebe schließen mit den Jugendlichen einen Ausbildungsvertrag ab und zahlen die tarifliche Ausbildungsvergütung (im schulischen BGJ haben die Jugendlichen Schülerstatus und erhalten allenfalls BAFöG). Ab 1.8.80 sollen zunächst 156 Auszubildende mit dem kooperativen BGJ beginnen.

Die IG Metall bezeichnet das kooperative BGJ als einen „Etikettenschwindel", mit dem die herkömmliche betriebliche Ausbildung zementiert werden soll. Einziger Unterschied: Der 2.Berufsschultag ist abgesichert.

Die Gewerkschaften fordern seit Jahren eine breite theoretisch fundierte Grundbildung, so der bildungspolitische Ausschuß des DGB: „Eine qualifizierte Ausbildung auf Berufsfeldbreite muß die allgemeinen naturwissenschaftlichen, technischen, ökonomischen, sozialen und rechtlichen Grundlagen vermitteln, die in der Produk-

tion, Verwaltung und Dienstleistung über die jeweiligen konkreten Ausgestaltungen des Arbeitsprozesses hinaus bestimmt sind."

Die Kapitalisten wollen über das BGJ das Gegenteil dessen erreichen: kurze Schmalspurausbildung, um mit unverbrauchten Jugendlichen die unteren Lohngruppen aufzufüllen. Dazu halten sie eine bunte Vielfalt von BGJ's mit „differenzierten Eingangsvoraussetzungen" für geeignet, die im wesentlichen gemeinsam haben: die Ungewißheit der Übernahme in die Fachstufe und die Beendigung der Berufsschulpflicht durch Ländergesetz nach Absolvierung des BGJ. Die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände schreibt in ihrem Jahresbericht 1977: „...das BGJ müßte so konzipiert werden, daß es sowohl schulisch als auch kooperativ durchgeführt werden kann." Außerdem wird eine „Art Berufsvorbereitungsjahr befürwortet, und zwar insbesondere für Jugendliche, die keinen Ausbildungsplatz gefunden haben bzw. noch nicht berufsreif sind." An diesem Konzept arbeitet der Hamburger Senat seit Jahren (siehe Schaubild). Die Gewerkschaften stellen Mindestforderungen an das BGJ und fordern als Alternative die Errichtung des 10. allgemeinbildenden Schuljahres mit veränderten Inhalten und Methoden und den Ausbau der Teilzeitberufsschule, vor allem den zweiten Berufsschultag für alle Ausbildungsjahre.



b.stb. **Das Beratungstreffen der norddeutschen Bürgerinitiativen am 23.2. in Brunsbüttel hat beschlossen, dort am 29./30.3. eine Bundeskonferenz über den weiteren Kampf gegen das KKW Brokdorf durchzuführen.** Die örtlichen BIs traten für eine Großdemonstration nach Baubeginn in Brokdorf ein. Das werde auch die örtliche Bevölkerung unterstützen. Einige Redner (meist aus Hamburg) vertraten, noch im Frühjahr 80 bei einer Großdemonstration eine Bauplatzbesetzung zu versuchen, bundesweit und gegebenenfalls ohne die örtliche Bevölkerung. Mehrere schleswig-holsteinische BIs traten ein für Schritte, mit denen man die erforderliche Aktionseinheit in der Wilstermarsch und im Lande herstellen kann, z.B. Veranstaltungen mit Vertretern der vor Gericht abgewiesenen Gemeinden und Übergabe der Unterschriften gegen das KKW Brunsbüttel an Landrat Buhse in einer Aktion. Eine Einigung wurde nicht erreicht.

b.pes. **41 Soldaten der Eutiner Rettberg-Kaserne haben vorletzte Woche einen Leserbrief an das „Ostholsteinische Tageblatt" geschrieben.** Sie begrüßen darin die Gründung des Arbeitskreises Wehrpflichtige des DGB für den Kreis Ostholstein und bekräftigen die Forderung nach Dienstausgleich für alle Zusatzdienste und Rheinländerwochenende. Der Brief, am letzten Samstag veröffentlicht, ist ein Schritt der Soldaten gegen den Kommandeur Otl Rath, der die Forderungen bislang vollkommen abgelehnt und seine Chefs und S2-Schergen auf die Soldaten hetzt, um durch Verhöre und Disziplinarmaßnahmen die Soldaten einzuschüchtern. In dem Brief heißt es: „Da wir in der Kaserne nur beschränkte Möglichkeiten haben, unsere berechtigten Forderungen durchzusetzen, begrüßen wir die Initiative der Gewerkschaft und würden uns freuen, wenn zu dem nächsten Treffen des Arbeitskreises ... viele Wehrpflichtige aus Eutin und den anderen Standorten in Ostholstein kommen."

b.suk. **Am 27.2.80 gewann der Kinderarzt Dr. Limbrock in 2. Instanz den Musterprozeß vor dem Landesarbeitsgericht Hamburg gegen die Gesundheitsbehörde.** Seit August 1978 klagt der Arzt zusammen mit der ÖTV gegen die übermäßige Arbeitsbelastung durch 32-Stundenschichten. Folgender Feststellungsklage mußte stattgegeben werden: 1. nach einem Bereitschaftsdienst, der sich an einen normalen Tagesdienst anschließt, darf die Weiterarbeit am nächsten Tag nicht angeordnet werden. 2. Der Bereitschaftsdienst darf nicht mehr als einmal pro Woche angeordnet werden, von Notfällen abgesehen. In der mündlichen Begründung heißt es u.a.: – die Arbeitszeitverordnung (AZO) gilt auch für Ärzte, entgegen der Rechtsprechung des Bundesarbeitsgericht (BAG) von 1961/62. – Der Bereitschaftsdienst der Ärzte muß als Arbeitsbereitschaft angesehen werden. – Um die Wochenarbeitszeit von 48 Stunden nach der AZO nicht weiter zu überschreiten, ist mehr als ein Dienst pro Woche unzulässig. Die Gesundheitsbehörde legte Revision ein. Die 3. Instanz wird vor dem BAG verhandelt. Termin sollte der Herbst 81 sein. Es konnte erreicht werden, daß der Termin auf Herbst 80 vorverlegt wird. Alle drei Prozesse (Dr. Junghans, 5 Narkoseärzte des AK Wandsbek und Dr. Limbrock) sollen zusammen verhandelt werden. Damit steigt die Chance erheblich, eine positive Grundsatzentscheidung für alle Ärzte zu erreichen.

b.thc. **Zum 1.April wird die Schleswag die Strompreise um 4,6% erhöhen.** Die angestrebte Erhöhung um 5,1% zum

Tarifverhandlungen privates Verkehrsgewerbe: „Streik nicht ausgeschlossen"

r.wia. Die ÖTV fordert in Niedersachsen für das private Verkehrsgewerbe eine Vorweganhebung der Stundenlöhne von zur Zeit 7,42 DM um 1,85 DM auf 9,27 DM und eine Anhebung der Löhne und Gehälter von 8,5%, mindestens aber 150 DM. Weiterhin die Schaffung einer Lohngruppe für gelernte Berufskraftfahrer und eine Ausbildungsvergütung für Berufskraftfahrer-Auszubildende. Vor der 3. Verhandlungsrunde am 4. März informierte die ÖTV-Kreisabteilung Osnabrück die Kraftfahrer. Keine Vorweganhebung der Löhne, um 5% sind die Angebote der Kapitalisten, und den Festbetrag wollen sie sowieso verhindern. Die 3. Verhandlungsrunde brachte auch keine Einigung. In den nächsten Tagen wird die Tarifkommission zusammentreten.

Auf an die 60 Stunden in der Woche kommen die Fahrer bei den Speditionen, die nur Tagestouren fahren. „Auch wenn man streng auf die Einhaltung der täglichen 8½ Stunden achtet, man weiß, das Zeug, was man nicht losgeworden ist, schleppt man am nächsten Tag wieder mit. Und irgendwann muß es vom Fahrzeug runter. Da hat man schnell jeden Tag 1 bis 2 Stunden mehr". Und das wird nicht unbedingt bezahlt. Bei der Spedition Aul & Born in Osnabrück stellen sie gerade für diese Touren gern Aushilfsfahrer ein. Jeder kriegt einen anderen Stundenlohn. „9,50 DM Stundenlohn plus 1 DM Spesen, also 10,50 DM haben sie mir gezahlt. Und das war vergleichsweise viel. Aber die Überstunden haben sie nicht gezahlt, weil der Stundenlohn ja übertariflich sei". Überhaupt versuchen die Speditions- [illegible] kapitalisten noch die Stundenzahl der Fahrer zu drücken. Arbeitsbeginn wird durch Stempelkarten kontrolliert, aber beim Arbeitsende, da zählen die Fahrtenschreiber. Und wenn man nicht aufpaßt und hat die Tachoscheibe schon herausgenommen, obwohl man noch im Lager arbeitet oder den Wagen wartet, dann ziehen sie die Stunden ab. Die Fahrtenschreiber sind sowieso nur Mittel, die Fahrer zu kontrollieren. „Es kommt oft genug vor, daß ein Fahrer um 18 Uhr seinen Wagen abgestellt hat, vielleicht kurz seiner Frau Bescheid gibt und dann um 19 Uhr mit einem anderen Wagen und neuer Tachoscheibe die nächste Tour macht. Das wird dann natürlich bezahlt. Dann ist er vielleicht gegen 3 Uhr zu Hause und morgens zwischen 6 und 8 Uhr geht's wieder los".

Bei den Fernfahrern sind die Spesen höher, 30 DM täglich bekommt ein Fahrer der Spedition Haniel in Osnabrück. „Aber sparen kann mein Mann davon nur etwas, wenn er nicht länger als 2 Tage unterwegs ist". 4 Stunden fahren, 1 Stunde Pause und dann wieder 4 Stunden fahren. Das sind die Fahrzeiten, die Schichtzeiten sind natürlich länger. Wenn ein Fahrer länger als 4 Stunden irgendwo unterwegs Pause macht, dann zählt das nicht mehr als Schichtzeit = Arbeitszeit. 98 Stunden wöchentliche Arbeitszeit soll ein Fernfahrer nicht überschreiten. Aber das ist praktisch nicht drin. Die Pausen können so gar nicht eingehalten werden, wenn man Verkehrsstaus umgehen, nicht gerade in den Berufsverkehr der Großstädte und rechtzeitig vor Schließung der Lager bei den Firmen sein will. „Sonst kriegt man noch Krach mit den Lagerarbeitern, die richtigerweise auf Einhaltung von Pausen und Arbeitszeiten achten". Auf 100 Stunden und mehr kommt fast jeder Fernfahrer.

„Während dieser Informationsveranstaltung (die ÖTV-Kreisabteilung informierte die Beschäftigten über die augenblickliche Tarifsituation) waren die Gemüter nur schwer zu beruhigen. Auf die Frage einiger Fernfahrer, ob [illegible] das alte gewerkschaftliche Motto ‚Wenn ich will, stehen alle Räder still' auch in ihrer Branche gelte, antwortete der ÖTV-Geschäftsführer Schole mit einem klaren ‚ja' und fügte hinzu: ‚Sollten die Arbeitgeber am 4. März keine für die ÖTV akzeptablen Angebote auf den Tisch legen, wird sich die Situation dramatisch zuspitzen und gewerkschaftliche Kampfmaßnahmen sind dann nicht mehr auszuschließen'." (Neue Osnabrücker Zeitung vom 28.2.).



Vom 1. Mai an setzt die ÖTV im Bundesgebiet und West-Berlin fünf Kleinbusse ein, um die Berufskraftfahrer an Raststätten und Grenzübergängen über Tariffragen und Arbeitszeitregelungen zu informieren.

Bendixen stößt überall auf Widerstand der Schüler

LSV der Gymnasien und der Berufsschulen rufen zur Demonstration auf

b.kaq. Kultusminister Bendixen konnte bei seiner Rundreise in der letzten Woche durch Schleswig-Holstein den Widerstand der Schüler gegen die bereits erlassene Oberstufenreform und die Verschlechterung der Ausbildung am eigenen Leibe spüren. Während er sich in Nordfriesland befand, demonstrierten auf Grund des Aufrufs der Kreis-SV Nordfriesland 250 Schüler in Husum. Auf einer Diskussionsveranstaltung in Leck, wo er sich den Forderungen der Schüler stellen mußte, versuchte er sich mit nicht ausreichender Zeit um eine Antwort auf die Forderungen herumzudrücken.

Es gäbe keine Zensur von Schülerzeitungen, so der Minister. Auf einer ihm dann vorgelegte verbotene Zeitung reagiert er mit ausfallender Pöbelei, die Schülervertreter sollten sich mal zusammennehmen.

Auf der gemeinsamen Vollversammlung der Landesschülervertretungen der Berufsbildenden Schulen und der Gymnasien in SchleswigHolstein vom letzten Sonnabend in Kiel wurde ein gemeinsamer Aufruf für die Demonstration am 22.3. unter den Hauptforderungen „Weg mit der Oberstufenverordnung. 12 Stunden Berufsschulunterricht an zwei arbeitsfreien Tagen. Weg mit dem Schulgesetz" beschlossen. Es wurden Forderungen gegen die Oberstufenverordnung nach Wahlmöglichkeiten Stunden- und Stoffbegrenzung aufgestellt. Für die Berufsschulen wurden Forderungen nach Erreichung einer qualifizierten 3-jährigen Ausbildung, Verstärkung des fachpraktischen Unterrichts gestellt. BGJ nur mit Garantie einer dreijährigen Facharbeiterausbildung. Die DGB-Jugend Landesbezirk Nordmark und der ASTA der Universität Kiel rufen ebenfalls zu dieser Demonstration auf. Zur Vorbereitung der Demonstration wurden örtliche Informationsaktionen über die Zustände in Schulen beraten. Von Seiten der Vertreter der Berufsbildenden Schulen wurde zur Fortsetzung des Kampfes ein Schulstreik vorgeschlagen. Eine Entscheidung ist darüber noch nicht gefällt worden. Die LSV der Gymnasien wird dies am 21.3. auf ihrer Vollversammlung beraten.

In Heide, wo Bendixen auf einer Veranstaltung der CDU-Frauen über Bildungspolitik sprach, erschienen ebenfalls Schüler, um ihn zur Rede zu stellen. Er habe keine Zeit für Antworten, die Schüler sollten nach der Veranstaltung zu ihm kommen. Danach ließ er sich aber wegen Zeitmangel wieder entschuldigen. Über die zweistündige Telefonaktion des Ministers am Telefon der Lübecker Nachrichten, mußte diese am Sonnabend berichten: „Oberstufenreform war das Reizwort". Die Schüler der Gymnasien und Berufsschulen riefen den Minister zum Teil organisiert in Gruppen an. Sie sahen sich mit den Verschlechterungen der neuen Oberstufenreform, des verstärkten Zwangs zur Fächerbelegung und der verringerten Wahlmöglichkeiten nicht einverstanden und forderten die Rücknahme. Bendixens Staatssekretär Bernhardt sah sich im Kreis Stormarn auf einer Veranstaltung 60 Schülern gegenüber, die ihre Forderungen aufstellten.



Wasserbeschaffung für Hamburg aus der Lüneburger Heide führt zur Grundwasserabsenkung und Verödung

b.kol. Die HWW haben ein Netz von 20 Wasserwerken aufgebaut, deren Dauerleistungskapazität zu ca. 87% beansprucht wird. Die Haupttrinkwassergewinnungsgebiete sind: Haseldorfer Marsch – Bauersberg, Stellingen-Schnelsen, Langenhorn, Walddörfer, Großhansdorf, Großensee, Glinde-Lohbrügge-Bergedorf-Curslack-Billstedt, Kaltehofe-Billbrook, Rothenburgsort, Wilhelmsburg, Süderelbmarsch-Neugraben-Borstelbek. Sie liegen an den Randzonen Hamburgs und versorgen über ein Ringleitungsnetz die Stadt sowie 27 außerhamburgische Randgemeinden mit einer Einwohnerzahl von rund 2 Mio. Menschen.

Ca. 79% der Wasserabgabe der HWW werden an private Haushalte und das Kleingewerbe, ca. 15% an industrielle Großabnehmer gewinnbringend (1974: + 14 Mio. DM, 1975: + 40 Mio. DM, 1976: + 65 Mio. DM, 1977: + 53 Mio. DM, 1978: + 39 Mio. DM) abgegeben. Der private und gewerbliche Kleinverbrauch steigt bei sinkender Einwohnerzahl. Die HWW begründen das mit „Verbesserung der sanitären Wohnungseinrichtungen." Dieser Mehrbedarf könnte durch Ausnutzung der Kapazität der bestehenden Wasserwerke gedeckt werden. 1979 hatten die HWW 99 Verträge mit Großabnehmern abgeschlossen. Deren Abnahme sinkt tendenziell aus „wachsendem Kostenbewußtsein", Produktionsrückgängen und z.T. eigener Wasserförderung.

Die HWW begründen das Projekt Nordheide mit „eventuell auf längere Sicht durch Versalzung und Umweltbelastung rückläufige Hamburger Wasserreserve" und eine „erforderliche Reserve für Spitzenbelastungen." Der HH-Senat als Gesellschafter der HWW ist nicht Willens oder in der Lage, die industrielle Umweltbelastung so zu beeinflussen, daß das Grundwasser in Hamburg auf Dauer als Trinkwasser voll genutzt werden kann. Die HWW planen das Nordheide-Projekt seit 1967 mit einer Fördermenge von 37 Mio. m³.

Bei Großprojekten wie diesem hat der Senat die Interessen der Volksmassen nicht auf der Rechnung. Zahlen sollen sie und über die Steuer und Gebühren die Folgen tragen. Den Profit streichen die Kapitalisten ein. Gegen den Tiefseewasserhafen, das AKW Brokdorf und den Großflughafen haben sich bis jetzt erfolgreich Interessengemeinschaften durchgesetzt. Auch in der Nordheide haben sich die betroffenen Volksmassen zusammengeschlossen. Sie befürchten ein Absinken des Grundeasserspiegels um 1-4 m im Einzugsbereich des WW-Nordheide. Die Folge wäre eine Verödung und Versteppung landwirtschaftlich genutzter Gebiete, Schädigung der Pflanzen- und Tierwelt sowie Zerstörung eines Erholungsgebietes für die Bevölkerung Norddeutschlands. Die HWW argumentierten dagegen, durch die Nordheide zögen sich in Stockwerken vollständig voneinander getrennte Unterwasserströme. Man wolle nur die unteren Schichten anzapfen, sodaß die obere Schicht nach wie vor zur Versorgung der Pflanzen und Tierwelt, der Nutzflächen und der Feuchtgebiete erhalten bliebe. Gutachter sollen dies belegen. Andere Gutachter sowie praktische Erfahrungen aus dem hessischen Ried und am Vogelsberg sprechen dagegen, weil zwischen den Grundwasserstockwerken nicht überall flächendeckende trennende Zwischenschichten vorhanden sind. Die Gefahr eines riesigen Grundwasserabsenkungstrichters liegt auf der Hand.

An einer Protestversammlung der Interessengemeinschaft am 29.2. in Wesel nahmen 1000 Personen teil. Die Pläne der HWW wurden zurückgewiesen, obwohl diese bereits den Bau des Wasserwerks begonnen haben. Fundamente sind schon im Bau. Die Landwirte wurden aufgefordert, die Trassenfreigabe für Transportleitungen zu verweigern.

Am Freitag, den 14.3. soll ein Protestmarsch nach Lüneburg zur Bezirksregierung durchgeführt werden. Ausgangspunkt ist das Krogh' sche Anwesen in Nindorf.

---

1. Januar konnte nicht durchgesetzt werden. Neben dem Ausbau von Stromversorgungsanlagen für 125,5 Mio. DM sowie 13 Mio. DM für Erdgasanlagen, soll vor allem damit ein „Schneenotlagenprogramm" finanziert werden. Dazu gehören 70 tragbare Funkgeräte, zum Einbau in LKWs bestimmt, und ein Netz von Hubschrauberlandeplätzen.

b.suk. Hamburg. **Mitte 1979 setzten Kollegen des Krankenhauses Neukölln in Westberlin mit einem Spitzenboykott eine Berufshaftpflichtversicherung, die der Dienstherr zahlt, durch.** Die ÖTV fordert u.a. die Kostenübernahme für eine Haftpflichtversicherung durch den Dienstherrn und bei Übernahme ärztlicher Tätigkeiten Erweiterung des Stellenplans. Ende 79 rief sie alle Mitglieder auf, Versicherungen abzuschließen und die Rechnungen an den Dienstherrn zu schicken. Im Februar 80 verhandelte die Bürgerschaft über dies Thema. Auf eine Anfrage der CDU antwortete der Senat: „... Die Übernahme des Risikos oder des Schutzes durch den Arbeitgeber würde... erhebliche Kostenfolgen auslösen und zu Berufungen anderer Arbeitnehmer mit gefahrengeneigter Tätigkeit und schließlich aller Arbeitnehmer ohne Rücksicht auf die Art der Tätigkeit führen." Es zeigt sich, die Anträge auf Kostenübernahme müssen beim Dienstherrn massenhaft eingehen, sonst bleibt nur noch die Aktionsform der Berliner.

r.trs. **Die Gewerkschaft HBV hat die Gehaltstarife für den Einzelhandel und den Groß- und Außenhandel für Schleswig-Holstein und Hamburg gekündigt.** Lohn- und Gehaltsforderungen, die zum Teil schon von Großen Tarifkommissionen beschlossen worden sind, wurden den Kapitalisten noch nicht übermittelt. In Hamburg liegt dem AGA (Arbeitgeberverband Groß- und Außenhandel) eine Forderung zur Bereinigung der Gehaltsstruktur vor. Ausgehend vom Höchstgehalt von 3210 DM sollen die übrigen Gehaltsgruppen angehoben werden. Die Abstände zwischen den Gehaltsgruppen sollen gleichmäßig sein, die unteren Gehaltsgruppen stärker angehoben werden. Den Durchschnitt der Strukturforderung gibt die HBV mit 12,5% an. Für den Lohntarifvertrag Einzelhandel besteht noch immer tarifloser Zustand. Es fand sich bisher kein Schlichter. Bundeseinheitlich werden am 12.3. die Verhandlungen über Sparförderung fortgesetzt.

Revolutionäres Volksbildungsprogramm 1. Halbjahr 1980

Proben des Musikzuges der Vereinigung für Revolutionäre Volksbildung, Soldaten und Reservisten
Hamburg, jeden Mittwoch, 19 Uhr, Gymnasium Kaiser-Friedrich-Ufer 6

Kolonisierung des amerikanischen Kontinents. Die Unterwerfung des Südens durch den Norden. Das US-Völkergefängnis.
Preetz, 10.3. bis 14.3., 20 Uhr, Schellhorn, Gasthaus „Schellhorner Berg", Plöner Landstr.

Nach der Zerschlagung des Nazi-Regimes durch die Alliierten: Kampf für einen demokratischen Friedensvertrag.
Husum, 10.3. bis 14.3., 20 Uhr, Hauptschule Bürgerschule, Erichsenweg.

Engels: „Ludwig Feuerbach und der Ausgang der klassischen deutschen Philosophie"
Universität Kiel, 10.3. bis 14.3., 20 Uhr, Alte Mensa.

Der Dreißigjährige Krieg und die Vernichtung des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation. Der Feudalismus verfault und siecht weiter. In Deutschland fehlt der Bourgeoisie der Hebel des Königtums
Lübeck, 10.3. bis 14.3., 20 Uhr, Gaststätte „Zur Tonne", Marliring

Das Christentum. Aus den religiösen Hoffnungen der „Mühseligen und Beladenen" der römischen Sklavenhaltergesellschaft wurden die irdischen Waffen der Ausbeuter und Unterdrücker. Das moderne Proletariat hat wirksame theoretische Waffen
Hbg.-Mitte/West, 10.3. bis 14.3., 20 Uhr, Gustav-Radbruch-Haus, Borgfelder Str. (U-Bahn Berliner Tor), Raum 220

1848. Bürgerliche Revolution und bürgerliche Reaktion. Statt mit den Bauern gegen den Feudalismus geht die deutsche Bourgeoisie mit den Feudalen gegen die Bauernmassen und das Proletariat
Hamburg-Eimsbüttel, 10.3. bis 14.3., 20 Uhr, Gaststätte „Eimsbütteler Krug", Osterstr. 5

Marx: „Bürgerkrieg in Frankreich"
Stade, 10.3. bis 14.3., 20 Uhr, Gaststätte „Grafenklause" Udonenstr. 28

Prozeß gegen fünf iranische Studenten wegen Nötigung und Körperverletzung eines Savak Agenten
Hamburg, 11.3., 13.3. und 14.3., jeweils 9 Uhr, Strafjustizgebäude Sievekingsplatz 3, Schwurgerichtssaal 237

Zeichenkurs
Hamburg, 14.3., 18 Uhr, HfBK, Hamburg 76, Lerchenfeld 2, Raum 218a

Schwimmkurs
Hamburg, 15.3., 18 Uhr, Schwimmoper Lübecker Str.

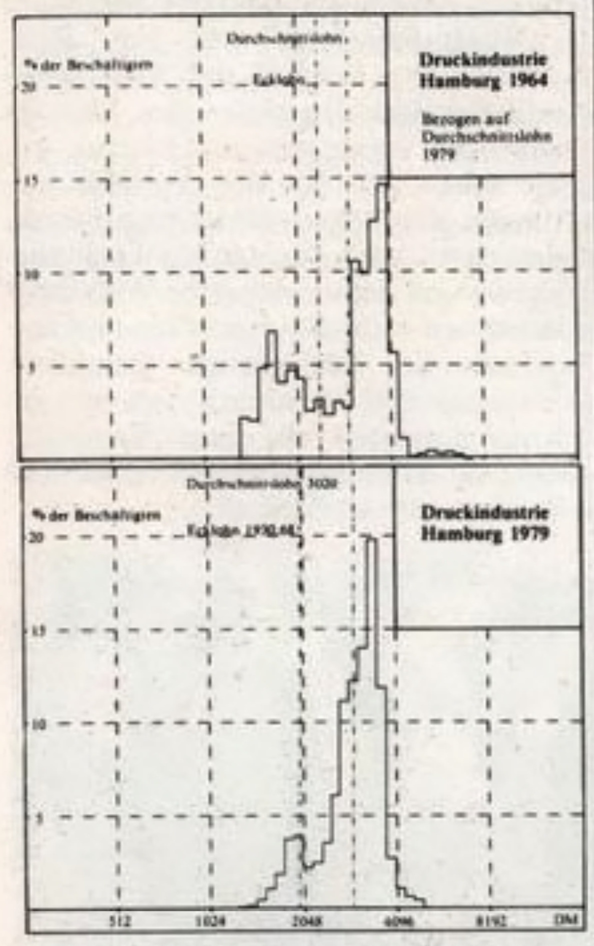
Vortrag: „Shaanxi - Heimatprovinz der Bauernmalerei", von Dr. Liu Jenkai
Hamburg, 11.3., 20 Uhr, Altonaer Museum, Museumstr. 23, Veranst.: GDCF

Wehrkraftzersetzungsprozeß
Flensburg, 10.3. und 14.3., jeweils 9.15 Uhr, Landgericht Flensburg, Südergraben, Zimmer 58

Vorankündigung Veranstaltungsreihe zur Steuerpolitik der bürgerlichen Parteien
Hamburg, 17.3. bis 21.3., Wirtschaftswissenschaftliches Institut, Von Melle Park 5, Raum B1, gegenüber der ESG, Veranstalter: KHG

Lohnforderung Druck: Keiner unter Ecklohn

b.brp. Die Große Tarifkommission der IG Druck und Papier stellte am 27. Februar eine Lohnforderung auf von 9,5%, Wegfall des 1. Gehilfenjahrs und zusätzliche prozentuale Anhebung der unteren Lohngruppen. Die wöchentliche Erhöhung macht für den Ecklohn 42,50 DM aus, für die unteren Lohngruppen zwischen 42,97 bis 48,27 DM. Der Vertrauensleuterkörper von



Bauer Druck unterstützt diese Forderung, er selbst hatte gefordert 14%, 250 DM mindestens, denn sie enthält eine Komponente zur Absicherung der unteren Lohngruppen. Die Forderung, daß keiner weniger als die Ecklohnerhöhung bekommen soll, liegt damit auf der Hand.

Gut ein Viertel der 160000 Beschäftigten in der Druckindustrie verdient weniger als Ecklohn, 86% der hier beschäftigten Frauen erhält einen *effektiven* Stundenlohn (einschließlich übertariflicher Zahlungen und Schichtzulagen) von durchschnittlich 9,92 DM. Wie die Lohnverteilung der Hamburger Druckindustrie zeigt, ist es von 1964 bis 1979 vor allem über übertarifliche Zahlungen gelungen, die Hilfsarbeiter näher an den Facharbeiterlohn heranzuführen. Obwohl die übertariflichen Zahlungen in Hamburg höher als im Bundesdurchschnitt sind, erhalten hier immerhin noch 69,2% der Frauen effektiv weniger als den Facharbeiterecklohn, jedoch haben nur 2,5% der Männer einen durchschnittlichen effektiven Stundenlohn von 11,92 DM, 76 Pfennig über dem Ecklohn. Daß nur so wenig Männer in den unteren Lohngruppen eingruppiert sind, ist eine Hamburger Besonderheit, die sich daraus erklärt, daß die großen Druckereien Springer, Gruner Druck und Bauer Druck ausgelagert worden sind. Männliche Hilfsarbeiter sind vor allem in den großen Rotationsdruckereien beschäftigt.

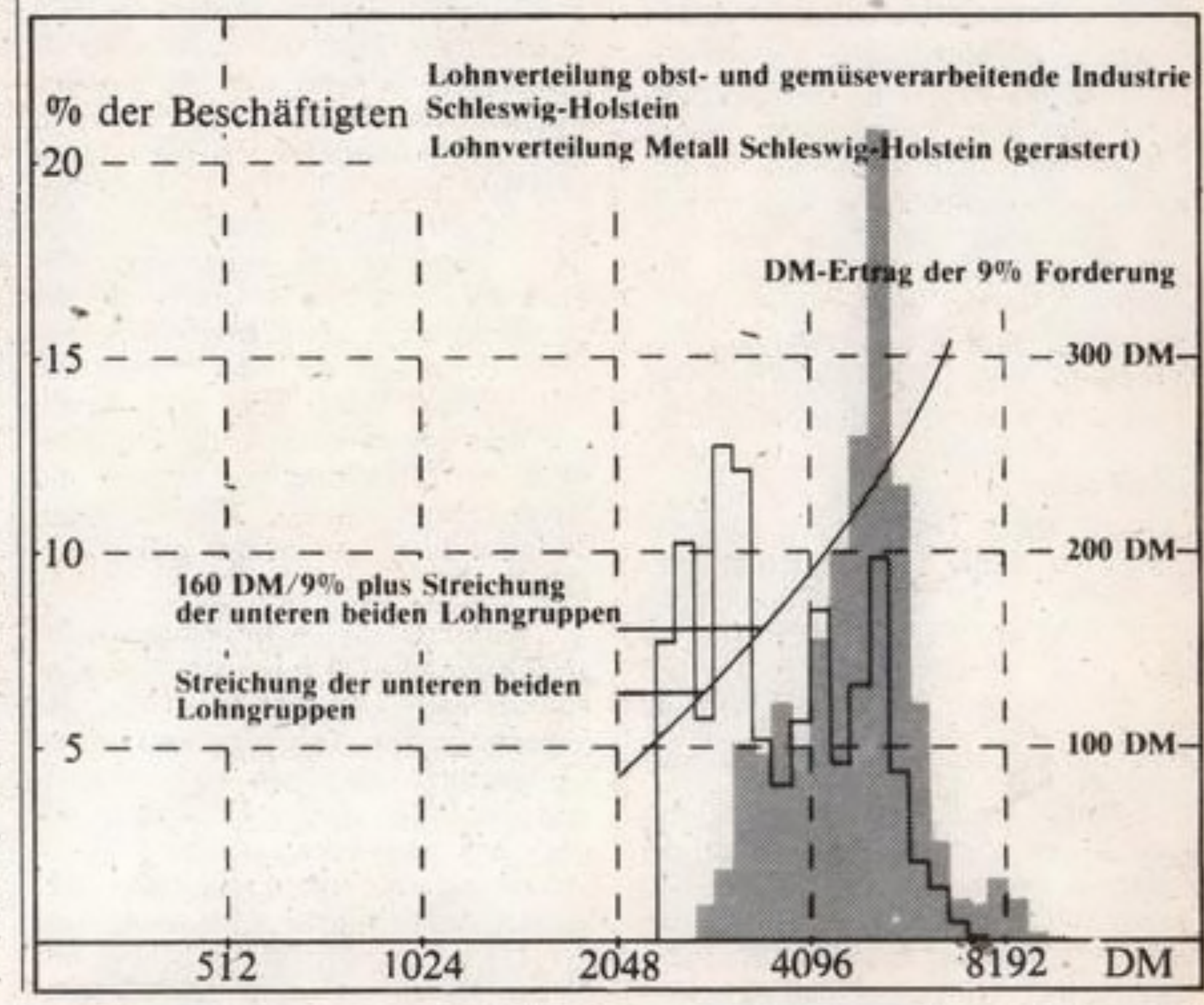
Die tarifliche Anhebung der unteren Lohngruppen ist in den letzten Jahren kaum verbessert worden. Auf höchstens 88,5% vom Ecklohn kann ein Arbeiter in der Lohngruppe V kommen, die Differenz der niedrigsten Lohngruppe zum Facharbeiterecklohn beträgt 27,8%. So fordert die Berufsgruppe Grafische Hilfskräfte im Jahresbericht 1977-1979 des Ortsvereins Hamburg: ,,1. Einheitliche DM-Forderungen statt prozentualer Anhebung bei den Lohnrunden; ... 3. Gleiche Arbeit – gleicher Lohn, Gleichstellung von Mann und Frau." – Die Lohnforderung des Hauptvorstandes unterstützt die Bestrebungen der Betriebsräte zur Höhergruppierung der unteren Lohngruppen.

Lohnkampf in der Obst- und Gemüseindustrie.

Angleichung an die Industrielöhne ist notwendig.

b.kav. Am 31. März läuft der Lohn- und Gehaltstarifvertrag für die Beschäftigten in der Obst- und Gemüseverwertungsindustrie in Schleswig-Holstein und Hamburg aus. Am 24. März wird der tarifpolitische Ausschuß der NGG die Forderung für den Lohnkampf festlegen. Der 2. Bundesvorsitzende Erich Herrmann schreibt für den Gewerkschaftsblatt ,,einigkeit", daß 9% mehr Lohn und Gehalt nicht zu viel wären. Gemessen an den unteren Lohngruppen kann diese Forderung nicht ausreichen. Sie würde für die Lohngruppe IVb (6,77), in die ausschließlich Frauen eingestuft sind, die an den Verlesebändern der extremsten Steigerung der Arbeitshetze ausgesetzt sind und keinerlei Zulagen erhalten, eine Lohnerhöhung von 105 DM bringen. Die Lohngruppe IVa (7,16 DM), nach der die Maschinenführerinnen und die Hilfsarbeiter mit ,,einfacher Tätigkeit" bezahlt werden, würde um 111,48 DM angehoben. Ausreichend wären die 9% lediglich für einige der Angestellten, die in KT5/A eingestuft sind und auf ein Monatsgehalt von 2261 DM 203,49 DM geschlagen bekommen. Hinzu kommt, daß die höheren Lohngruppen übertariflich bezahlt werden.

Die Struktur des Schaubildes zeigt, daß die Beschäftigten in der Obst- und Gemüseindustrie in 4 Blöcke gespalten sind. Der linke Turm kennzeichnet im wesentlichen die unteren beiden Lohngruppen, der 2. die angelernten Hilfsarbeiter. Im 3. Turm sind die Handwerker, LKW-Fahrer und Arbeiter mit längerer Betriebszugehörigkeit zu finden. Der 4. Turm stellt im wesentlichen die Angestellten dar. Vergleicht man die Löhne insgesamt mit denen der Metallindustrie, so wird die Notwendigkeit einer Nachholbewegung deutlich: 53% aller Löhne liegen unterhalb des Durchschnittslohnes in der Obst- und Gemüseindustrie von 1864 DM. 62% sogar unterhalb des Metalldurchschnittslohnes von 2190 DM. Die Kapitalisten konnten derartige Lohnsenkungen durchsetzen, weil ein großer Teil der Frauen, die in die unteren Lohngruppen eingestuft sind, die Arbeit in der Nahrungsmittelindustrie als Zubrot betrieben, wenn der Lohn des Mannes nicht ausreichte. An die Bestreitung der Reproduktionskosten einer Familie kann überhaupt nicht gedacht werden. In den Belegschaften werden die Forderungen nach Angleichung an die Metallöhne, Streichung der unteren beiden Lohngruppen, sowie für Mindestbeträge diskutiert. Schwierigkeiten werden auftreten, überhaupt einen Mindestbetrag gegen die Kapitalisten durchzusetzen, da diese auf die Vernutzung billigster Arbeitskraft aus sind. Zum anderen ist der gewerkschaftliche Organisationsgrad sehr niedrig. 9% und 140 DM mindestens, Wegfall der unteren beiden Lohngruppen wäre eine Forderung, die eine tiefere Spaltung verhindern könnte. Um eine Angleichung an die Löhne der Metallindustrie zu erreichen, wäre eine Mindestbetragforderung von 200 DM notwendig.



Lage der IGM Funktionärsversammlung: Zähes Ringen gegen untere Gruppen, für 6,8% effektiv

b.uwz. ,,Den Lohnkurs 79 fortsetzen!" tönen die Metallkapitalisten von Hamburg und Schleswig-Holstein. Gegen diesen Lohnsenkerkurs führen die Belegschaften nach dem 6,8% Abschluß den Kampf um den Lohn fort.

In den Hamburger Metallbetrieben fassen IGM Vertrauenskörper Beschlüsse zum weiteren Kampf gegen die Lohnsenkungen. Einige Beispiele: AEG N4 und SIEMENS, ZN: Betrieblicher Kampf für die Anhebung der unteren Gruppen, nächste Tarifrunde Festgeld. STILL: Gegen Abgruppierung und untere Gruppen Festgeld. NRI: Kampf gegen die unteren Gruppen, Überwälzung der 6,8% auf den Effektivlohn. Schnell einig war man sich darin, daß der Abschluß für die unteren Lohn / Gehaltsgruppen nicht reicht. Dies drückte die IGM Vertreterversammlung so aus, daß sie weiter auf der Änderung der Lohnstruktur besteht.

Diese Bewegungen gegen die Niedrigstlöhne zeigen betriebliche Wirkungen: 3 von 4 Löterinnen, die noch in LG IIIa waren, mußten bei AEG N4 Schenefeld in LG IV angehoben werden. Bei STILL wird der Stand gegen die Geschäftsführung gehalten, daß alle Hilfsarbeiter, egal ob Frauen oder Ausländer, mit ihrem Grundlohn über dem Ecklohn LG VI liegen. Bei NRI erreichte der BR und der IGM VK die Überwälzung des 6,8% Abschlusses auf den Effektivlohn. Eine zusätzliche Schranke für unten dokumentierten Betriebsvereinbarung geben die Niedrigstlöhne. Die Metallarbeiter beachten aber auch das Nettoergebnis: VK AEG und STILL: 25% des Durchschnittslohns als Grundsteuerfreibetrag. Gute Bedingungen also für die Beschlüsse im nächsten Jahr, Festgeld durchzusetzen und die ÖTV jetzt im Kampf um den Mindestbetrag zu stützen. Über die nicht ungünstige Lage beraten am 13.3. die IGM-VK-Leitungen und BR Vorsitzenden im Gewerkschaftshaus.

DOKUMENTATION: Betriebsvereinbarung NRI

,,1. Laut LRTV werden in LG II bzw. IIIa eingestuft: alle neueingestellten gewerblichen Arbeitnehmer für die ersten 4 Monate ihrer Tätigkeit, sofern ihnen einfache Arbeiten, ohne vorherige Arbeitskenntnis, übertragen werden. 2. Spätestens nach dem Ablauf von 4 Monaten wird über die Umgruppierung in LG IV unter Mitwirkung des BR entschieden ..."

Bürgerfragestunde richtet sich gegen Schlammablagerung der Zucker-AG

b.sah. Die 25 ha Stapelteiche der Zucker-AG Schleswig sind voll mit abgelagerter Zuckerrübenerde. Sie will ihren Schlamm nun in eine Senke bei Schaalby anlanden. Die Gemeinde ist dagegen, eine Bürgerinitiative hat sich gegründet.

Beim Waschen der Zuckerrüben fällt ,,Abfall" an – Erde, Blätter, Wurzelwerk. Angereichert mit Kalk und Wasser ergibt dies guten Humus. Selbst die Zucker-AG mußte in einer Bürgerfragestunde der Gemeinderatssitzung zugeben, daß damit relativ schlechter Geestboden in gutes Ackerland verwandelt werden kann. Dazu müßte die Erde allerdings wieder an die Bauern gelangen. Doch das ist für die Zucker-AG ,,existenzgefährdend.". 18-22 DM/m³ bei einem Schlammaufkommen von 60-80000 m³ = rd. 1,4 Mio. DM/Jahr würde dies die Fabrik kosten. Alle anderen Alternativen – Ablagerung in Kiesgruben, Ausbaggern der alten Stapelteiche – seien geprüft und zu teuer, erklärte Vorstandsmitglied H. Fintzen in Schaalby. Man könne nur noch in die Feuchtgebiete um Schaalby herum gehen. Dies ist Landschaftsschutz- und Wasserschongebiet. Die Anwohner befürchten Geruchsbelästigung und Verschandelung der Landschaft durch die Schlammablagerung und Wasseraufbereitung.

Die Zucker-AG gehört zu 90% der ,,Nordtransport GmbH Schleswig", ist also ihr eigenes Transportunternehmen. Die Kosten für die Ablagerung in der Senke sollen auch 1,4 Mio. DM betragen. Das Geld kann also kein Argument sein. Ebensowenig die Angstmacherei mit 350 gefährdeten Arbeitsplätzen. Gedrückt wird auf Arbeitsplätze und -löhne der Zuckerarbeiter durch größere Zentralisierung und Saisonarbeiter. So stieg der Umsatz 1978/79 von 76,6 auf 92,2 Mio. DM Dividende: 6% aufs Grundkapital von 9 Mio. DM, Gewinn 1,08 Mio. DM. Beteiligt sind u.a. 2 Landesbanken und die hiesige Kreissparkasse. Vorstandsvorsitzender ist Graf zu Rantzau. Es ist von verschiedenen Seiten versucht worden, Auskunft zu bekommen über die Pläne und vor allem die ,,schlechte Lage" der Zucker-AG. Jedoch herrscht strengstes Informationsverbot.



Mit Hilfe von Seelenverkäufern soll die Schichtarbeit durchgesetzt werden

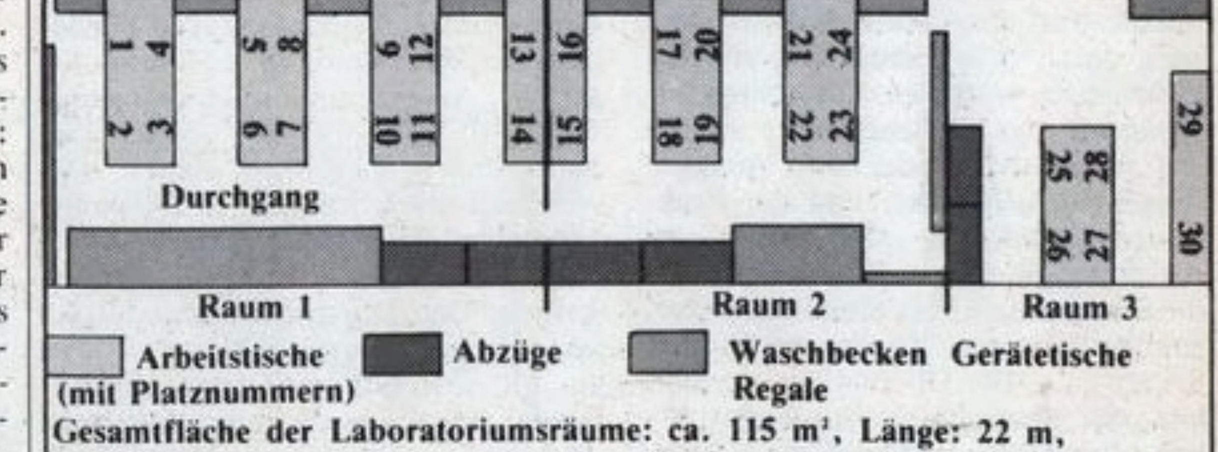
b.mie. In verschiedenen Bereichen der Rohfertigung bei Haller-Meurer ist die Schichtarbeit per Betriebsvereinbarung festgelegt. Seit vielen Jahren jedoch ist nicht mehr in Früh- und Spätschicht regelmäßig gearbeitet worden, außer in einigen Fällen an den Großpressen. Obwohl die Arbeiter der entsprechenden Abteilungen in ihren Arbeitsverträgen die Verpflichtung zur Schichtarbeit mitunterschreiben müssen, ist es der Betriebsführung nicht gelungen, die Schichtarbeit zur Regel zu machen. Vor allem der Widerstand der Arbeiterinnen und Einrichter der Stanzerei haben dies verhindert. Seit Anfang Januar läßt die Betriebsführung an den Großpressen wieder schichtarbeiten für einen Großauftrag von Mercedes-Benz. Dazu kommt jetzt noch Schichtarbeit an den drei Müllerpressen und einigen Maschinen der Stanzerei. Außer den 6 Arbeitern der Großpresse und 4 Einrichtern hat sich Haller-Meurer für die Schichtarbeit eine große Zahl von Arbeitern von der ,,gewerblichen Arbeitnehmerüberlassung G.m.b.H. & Co., Amonta" gekauft.

Offen gibt sie zu, daß der hohe Krankenstand sie dazu zwingt, Leiharbeiter einzustellen, die nahezu rechtlos sind und im Krankheitsfalle keine Lohnfortzahlung kosten. Gerne sieht Haller-Meurer die unverbrauchten Kräfte für die Akkordschinderei von Amonta.

7,50 DM Stundenlohn plus 8 DM Wegegeld täglich erhält ein Arbeiter, im Arbeitsvertrag bei Amonta ,,kurz AN genannt", wenn er die hohen Akkordleistungen schafft, zahlt Haller-Meurer die entsprechenden Akkordprozente. Doch die schafft kaum einer der Kollegen. Die Seelenverkäufer zwingen die Arbeiter in eine völlig rechtlose Lage, alles mit der Erlaubnis nach §1 Abs.1 des Arbeitsüberlassungsgesetzes, ausgestellt durch die Landesarbeitsämter. So ist der Arbeiter bei Amonta gezwungen, Arbeiten in der ganzen BRD durchzuführen, dabei gelten für ihn keinerlei Tarife. Bei Nichtaufnahme der Arbeit werden Strafen von 300 DM von Amonta verhängt, im Falle einer fristlosen Kündigung bis zu 500 DM Strafe. Auf einer seiner nächsten Sitzung will der Betriebsrat die Betriebsvereinbarungen über die Schichtarbeit behandeln.

Sinn mißachtet Unfallverhütungsvorschriften im anorg. Labor der Chemieingenieurstundenten

b.thw. Seit einer Woche wird das neue anorganische Labor der Chemieingenieurstudenten tatsächlich gebaut. Die Verhältnisse in dem alten Labor kennzeichnet der Senat als ,,permanente Unfallgefahr" durch ,,Überbelegung" und der ,,räumlichen Enge". Trotzdem würden keine Unfallverhütungsvorschriften verletzt und sei die Ausbildung nicht gefährdet. Die Behauptungen des Senats sind falsch. Eine Überprüfung der Unfallgefahrenpunkte ,,Überbelegung" und ,,Umgang mit gefährlichen Arbeitsstoffen" ergibt: 1. Die ,,Arbeitsstättenverordnung" des Bundes schreibt in § 24 (1) ,,Bewegungsfläche am Arbeitsplatz" vor: ,,... Für jeden Arbeitnehmer muß an seinem Arbeitsplatz mindestens eine freie Bewegungsfläche von 1,50 m² zur Verfügung stehen. ,,Für keinen der Arbeitsplätze (s. Zeichnung) trifft das zu. 2. Dabei darf Raum 3 nicht berechnet werden, denn dort im Abzug werden die Arbeiten mit dem äußerst gefährlichen Schwefelwasserstoff gefährt. Die ,,Richtlinie für chemische Laboratorien" legt dazu fest: ,,4.7.5. Müssen solche Arbeiten in größerem Umfang ständig durchgeführt werden, z.B. beim Analysengang unter Verwendung von Schwefelwasserstoff, sind sie in einem besonderen Raum in Abzügen vorzunehmen." Bisher hat sich der Laborleiter darum nicht geschert. 3. Es stehen damit noch 4 Abzüge, an denen maximal jeweils 2 Studenten arbeiten können, für im Schnitt 25 Studenten zur Verfügung; wobei die Hälfte der Analysen teilweise und die andere Hälfte weitgehend unterm Abzug gekocht werden muß. Von dem ,,Ausbildungsinteresse" des Senats bleibt das Interesse an einem Sieb, durch das regelmäßig 1 bis 3 der ca. 25 Erstsemesterstudenten aussortiert werden. Die schikanösen und zeitintensiven Prüfungsbedingungen treiben die meisten Studenten dazu, außer den 10 regulären Laborstunden (insgesamt 32 Stunden Unterricht in der Woche) noch weitere 4 Stunden pro Woche im Labor zu arbeiten.



Arbeitstische (mit Platznummern) — Abzüge — Waschbecken Gerätetische Regale

Gesamtfläche der Laboratoriumsräume: ca. 115 m², Länge: 22 m, Breite: 5,2 m

Arbeitstischfläche: 3 m x 1,30 m für 4 Arbeitsplätze

Fläche zwischen den Tischen: ca. 3,6 m², Abstand: 1,2 m

Zentralisierung und Schließung kleinerer Krankenhäuser in Schleswig-Holstein

b.klw. ,,Die bekannte Entwicklung im täglichen Leben und Arbeitsablauf, wobei sich eine mit gewissen Vorbehalten größere Krankheitsanfälligkeit als Folge der geänderten Lebens- und Umweltbedingungen abzeichnet, lassen das Vorhandene jedoch nicht als ausreichend erscheinen. In Flensburg ist deshalb der Bau eines neuen Krankenhauses geplant.'' Dies äußerte nicht etwa der Verein der Freunde der städtischen Krankenanstalten sondern der Magistrat Flensburgs im Stadtentwicklungsplan. Das war allerdings 1970. Heute, 10 Jahre später, unterwirft er sich den Kostendämpfungsplänen der Landesregierung und stimmt der Schließung der Klinik Ost zu, der 13. Krankenhausschließung in Schleswig-Holstein seit 1973.

Der Bedarf nach einer besseren und vermehrten Krankenversorgung, von der der Magistrat ganz richtig sprach, geht allein schon aus dem mageren statistischen Material des Landes Schleswig-Holstein hervor. Der Krankenstand der Pflichtversicherten in den gesetzlichen Krankenversicherungen stieg von 1970 mit 4,78 je 100 Pflichtversicherte auf 5,32 1977. (siehe Schaubild). Die Krankenhauspatienten im Jahr stiegen im gleichen Zeitraum um 54397. Die Statistik über die Erwerbstätigkeit im gleichen Zeitraum zeigt, daß dies sowohl Folge erhöhter Arbeitsintensität als auch der verstärkten Einsaugung der Frauen in den Arbeitsprozeß ist. Die Erwerbstätigen stiegen um 62000 an, davon waren 15000 Männer und 48000 Frauen. Der Anstieg des Krankenstandes bei den Männern bei geringerer Steigerung der Zahl der Erwerbstätigen ist Folge der Intensivierung der Arbeit. Die Frauen – ihr Anteil an den Erwerbstätigen stieg von 34,2 auf 36,7% – haben den höchsten Krankenstand. (Siehe Schaubild) Dies ist Zeichen für den hohen Intensitätsgrad in den niedrigen Lohngruppen und der zusätzlichen Belastung durch die Hausarbeit und Kindererziehung. Die Einsaugung von 48000 Frauen in den Produktionsprozeß bedeutet aber auch: Für 48000 Familien sind schlechtere Reproduktionsbedingungen geschaffen, da die Frau nun weniger Zeit hat, hochwertige Nahrung zu kochen, sondern sie muß mehr auf Fertignahrung zurückgreifen, was zu größerer Krankheitsanfälligkeit führt.

Demgegenüber geht aber auch aus der Statistik hervor, wie mit den Maßnahmen zur Kostendämpfung die Krankenversorgung verschlechtert wurde. Von 1974 bis 1977 sanken kontinuierlich in Akutkrankenhäusern die durchschnittlichen Pflegetage von 15,0 auf 14,0.

Das andere Mittel, die Kosten zu senken, ist die Zentralisierung der Krankenhäuser. Obwohl die Bettenzahlen für Schleswig-Holstein insgesamt erhöht wurden – ab 1973 stiegen die Betten von 132580 auf 134000 – tritt doch für die Bevölkerung eine große Verschlechterung in der Gesundheitsversorgung auf.

Dithmarschen, Oktober 1977: Eröffnung des Kreiskrankenhauses Brunsbüttel. Eine Erhöhung des Bettensolls von 60 Betten im Kreis Dithmarschen ist bis 1986 vorgesehen. Allerdings gibt es nur noch in Heide und Brunsbüttel ein Krankenhaus. Die Krankenhäuser in Meldorf, Marne, Wesselburen und eines städtischen in Heide wurden geschlossen. Entfernung Büsum-Heide: 22 km. Die Zahl derjenigen Fälle, die wegen zu weiter Entfernung von der Familie und damit völliger Isolierung nicht ins Krankenhaus wollen, derjenigen Notfälle die wegen der zu langen Fahrtzeiten gar nicht erst ins Krankenhaus gefahren werden, weil sie die Überführung nicht überstehen würden, werden nicht statistisch erfaßt. Nur einzelne Fälle kommen ans Tageslicht. Im Sommer 79 wurde folgendes durch ein Gerichtsverfahren bekannt: In Albersdorf hatte eine Jugendliche einen Asthmaanfall und erstickte. Der angeforderte Notarztwagen kam nicht, erst nach einer Stunde traf der Krankenwagen ein. Die Mutter des Mädchens leitete die Klage gegen den Kreis Dithmarschen ein. Durch die Schließung der Krankenhäuser kann sich die Fahrstrecke des Notarztwagens um 20 km erhöhen.

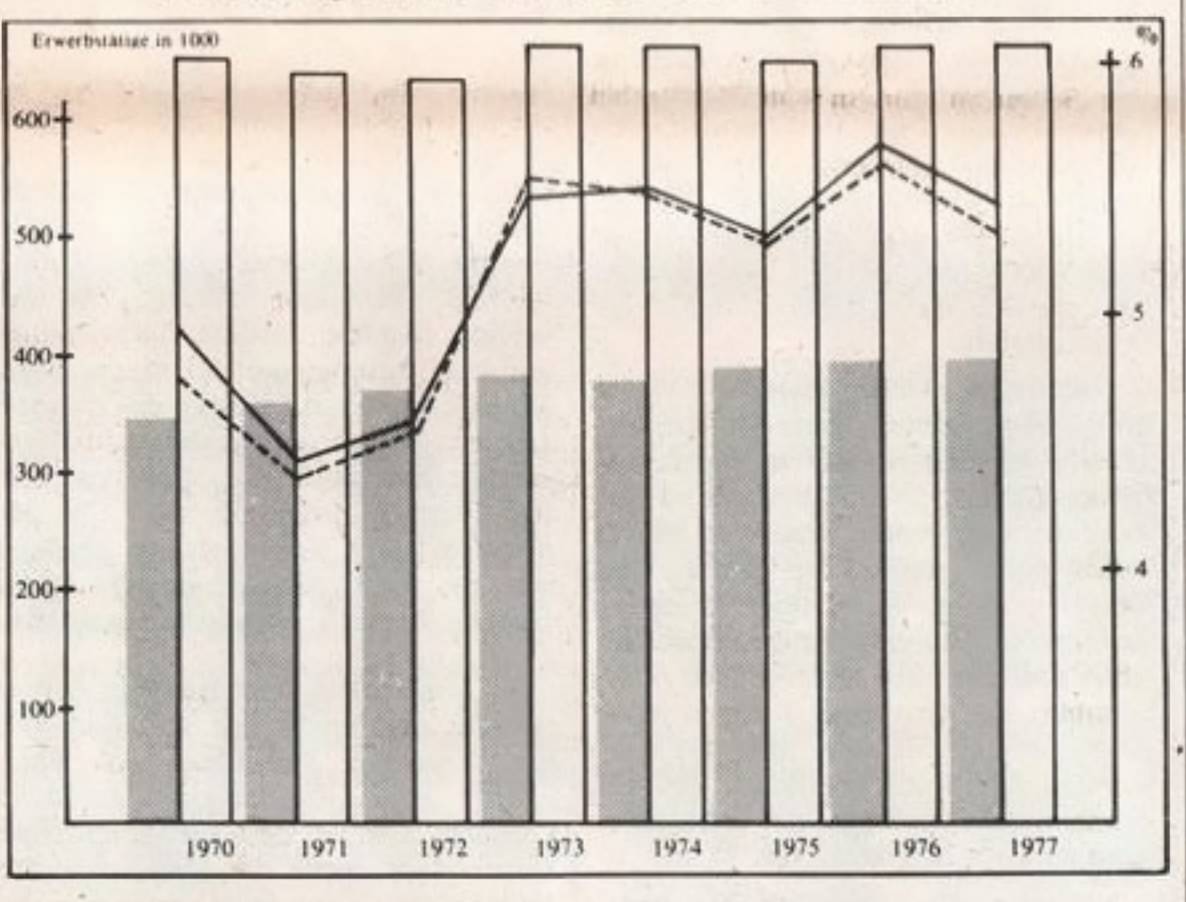
Kreis Rendsburg-Eckernförde: 34 zusätzliche Betten für das Stadtkrankenhaus Rendsburg, Anerkennung des Krankenhauses als Lehrkrankenhaus. Es bestehen im Kreis nur noch zwei öffentliche Krankenhäuser: Rendsburg und Eckernförde. Anfang 1980 wurde das Belegkrankenhaus in Hanerau-Hademarschen geschlossen, das 12 bis, bei Bedarf, 16 Betten umfaßte. Belegkrankenhaus heißt, daß dort kleinere Fälle operiert werden, wie Blinddärme oder Leistenbrüche. Für die Bevölkerung im unteren Teil des Kreises, also um Nortdorf und Hanerau, bedeutet das, nach Neumünster zu fahren oder nach Itzehoe oder Rendsburg – in alle Richtungen besteht eine äußerst schlechte Verbindung mit öffentlichen Verkehrsmitteln – z.T. gibt es sie gar nicht, oder es fährt ein bis zweimal täglich ein Bus. Das Stadtkrankenhaus in Rendsburg ist meist aus Rendsburg oder der Umgebung voll belegt. Es existieren Wartezeiten. Gleichso ist es mit Eckernförde.

Kreis Nordfriesland: Die Erhöhung der Bettenzahlen ist vorgesehen, 23 Betten in KKH Husum sollen mehr geschaffen werden. Beabsichtigt ist die Schließung des Krankenhauses in Tönning. Der Einzugsbereich von Tönning ist ganz Eiderstedt und Teile von Norderdithmarschen. Von 65 Betten sind 5 Betten für Entbindungen vorgesehen. Nach Heide und Husum sind es von St.-Peter-Ording 50 km – eine Stunde Fahrzeit.

Kreis Flensburg und Schleswig-Flensburg: *Kürzung* von Bettenzahlen um 130 Betten bis 1986. Ebenfalls sollen zwei Kliniken geschlossen werden: Die Klinik Ost in Flensburg und die Nachsorgeklinik Kappeln. Entfernung Maasholm-Flensburg 45 km.

Von den Beschäftigten in den Krankenhäusern wird der Senkung der Pflegetage Widerstand entgegengesetzt, wie auch der Kampf gegen die Rationalisierung zunimmt. Im KKH Heide haben die Beschäftigten eine Untersuchung angefertigt, die nachweist, daß die Statistik des Kreises 73 Planstellen enthält, die gar nicht belegt sind. Risse in der SPD haben die Schließungspläne der Flensburger Ratsversammlung hervorgerufen: Der SPD-Vorstand, Gemeinde Sieverstedt, fordert auf, nun verstärkt den Kampf für die Klinik Ost fortzusetzen. Zur nächsten Handwerkerausschußsitzung der IGM Flensburg liegt hierzu ein Beschlußantrag vor, 700 Unterschriften wurden von den Arbeitern bei Danfoss bisher für Erhalt der Klinik Ost ausgegeben.

Erwerbstätigkeit in Schleswig-Holstein und Krankenstand



Die Säulen zeigen die männlichen Erwerbstätigen an, die gerasterten Säulen die weiblichen. Die Kurve mit durchgezogener Linie gibt den Krankenstand der weiblichen Mitglieder pro hundert an, die gestrichelte Linie den Krankenstand aller Pflichtmitglieder. (Scala rechte Seite)

Hamburger Senat: Verschärfte Angriffe auf die Gesundheitsversorgung der Kinder

b.insk.. Der Allgemein- und Ernährungszustand 8-jähriger Schulkinder wird 1976 lediglich bei 40,2% mit gut beurteilt. Die Zahl der Verkehrsunfälle bei Kindern steigt ständig. Von 1960 bis 73 steigt die Zahl der bei Verkehrsunfällen verletzten und getöteten Kindern um 41%. 1978 sterben durch Krankheit und Unfall in Hamburg 87 Kinder. Immer mehr Kinder müssen in den Krankenhäusern stationär behandelt werden. Die Zahl steigt von 1975-78 von 24991 auf 26245.

Gegenüber dem wachsenden Bedarf an Krankenhausversorgung macht der Hamburger Senat eine Politik der Streichung und Zentralisierung, was für viele Kinder den Tod bedeuten wird. Bis 1985 will der Senat die Betten in Kinderfachabteilungen um 38,5% senken. Gab es 1975 noch 1292 Kinderbetten in den Krankenkäusern, sollen es 1985 nur noch 947 sein. Immer schneller werden die Kinder durch die Krankenhausmühle gejagt. Im AK Heidberg sinkt die Verweildauer von 1975 bis 78 von 11,2 auf 9,1 Tage, im Kinderkrankenhaus Rothenburgsort von 17,1 auf 14 Tage. Gesund werden die Kinder dabei nicht. Eine Mutter berichtete, daß ihr knapp 2-jährige Sohn im Kinderkrankenhaus Altona eine Infektion nach der anderen bekam. Nach 4 Wochen wurde er entlassen, ohne daß sich seine Bronchitis gebessert hat. Die Kleinkinder lagen dort oft den ganzen Tag in ihren Gitterbetten, ohne daß mit ihnen gespielt wurde. Eine Schwester mußte 10 - 20 kranke Kinder versorgen. Gab es 1975 noch in 10 Krankenhäusern Kinderfachabteilungen sollen es 1985 nur noch 6 sein. 1977 wurde die Kinderabteilung des AK Eilbek geschlossen, 1978 das Kinderkrankenhaus Borgfelde. Als nächstes sind die Kinderabteilungen des AK Heidberg und Wandsbek geplant, sowie das Kinderkrankenhaus Rothenburgsort. Bis 1984 soll im AK Barmbek ein kinderklinisches Zentrum errichtet werden. Es soll die Krankenhausversorgung für den gesamten Norden Hamburgs und das nördliche Umland abdecken. Diese Zentralisierung bedeutet Anfahrtswege von bis zu 2 Stunden, Notfälle werden nicht einmal den Transport überleben.





Zu den Lohnverhandlungen im Öffentlichen Dienst wurden die Forderungen bekräfigt

b.brb. Am 1. Verhandlungstag im öffentlichen Dienst am 7.3.80 hat der staatliche Dienstherr 5,4% und einen Tag Urlaub angeboten, zu einem Mindestbetrag sei er ,,außerstande'' – so Baum. Kluncker hat an den 9%/mindestens 180 DM festgehalten und betont, daß wegen der gestiegenen fixen Kosten wie den Heizkosten die Anhebung der unteren Lohngruppen durch einen Mindestbetrag erforderlich sei. Bei den Verhandlungen mit der Bundespost hat der Vorsitzende der Deutschen Postgewerkschaft das Angebot des Dienstherrn als ,,nicht zufriedenstellend'' bezeichnet, insbesondere weil kein Angebot zu der Mindestforderung von 180 DM vorgelegt wurde. Die Verhandlungen wurden auf nächsten Freitag vertagt. – In Erwartung schwieriger Verhandlungen haben etliche Beschäftigte des öffentlichen Dienstes, der Metall- und Chemieindustrie Briefe und Telegramme an die Verhandlungskommission geschickt, in denen sie die Kommission darin bekräftigen, an dem Beschluß insbesondere dem Mindestbetrag festzuhalten. Die uns bekannten Briefe wurden aus folgenden Betrieben geschickt:

Vertrauensleutekörper des Krankenhauses in Heide, 4 Beschäftige der Uniklinik Kiel, 8 Krankenpflegeschüler der Krankenpflegeschule am Friedrich-Ebert-Krankenhaus in Neumünster, 40 Beschäftigte der Rheumaklinik in Bad Bramstedt, 3 Erzieher im Kinderheim in Eckernförde; die Erzieher haben zugleich beschlossen, in die ÖTV einzutreten. 225 Delegierte der Landesvertreterversammlung der GEW/ Schleswig-Holstein (einstimmig).

17 Pflegekräfte aus dem Israelitischen Krankenhaus in Hamburg, 5 Beschäftigte aus dem Universitätskrankenhaus Eppendorf, der VK des Allgemeinen Krankenhauses Heidberg, 15 Beschäftigte der Sozialabteilung und der Altenhilfe des Bezirksamtes Hamburg-Mitte, 10 Lehreranwärter des Ausbildungsseminars Uelzen, 18 Beschäftigte der psychiatrischen Klinik Häcklingen / Lüneburg.

10 Arbeiter bei Hell Suchsdorf, die VK-Leitung der IGM bei AEG N4 in Hamburg, der VK der IG Chemie bei den Hamburger Aluminiumwerken, in dessen Brief es heißt: ,,Die von Euch geforderte Mindestforderung liegt im Interesse der Arbeiter und Angestellten im Öffentlichen Dienst wie auch in der Industrie.''

Haben die Alten ein Recht auf Versorgung, so wird der Ausbau der Sozialstationen Klose keine Gelder einsparen

b.obj. Der Hamburger Senat unternimmt große Anstrengungen, um einen größeren Teil der äteren Menschen, im wesentlichen Rentner, aus den Krankenhäusern fernzuhalten oder falls sie eingewiesen werden, schnell wieder zu entlassen. Das Krankenversicherungskostendämpfungsgesetz von Ehrenberg ist die Grundlage und die verschiedenen Krankenhausbedarfspläne sind die ausführenden Gesetze. Der Senat heuchelt Mitgefühl und Entgegenkommen gegenüber dem ,,Bedürfnis kranker, behinderter und älterer Mitbürger... bei Hilfsbedürftigkeit möglichst in der vertrauten Umgebung zu bleiben.'' In Wirklichkeit ist das für den Senat eine Kostenfrage. Im Krankenhaus muß die Sozialversicherung für die hohen Pflegesätze aufkommen und die Rente kann dafür nicht beschlagnahmt werden. Das ist bei Unterbringung im Pflegeheim anders. Die Kosten von ca. 1800 DM werden voll auf die Rente angerechnet. Lediglich ein Taschengeld von etwa 120 DM darf der Rentner behalten. Reicht die Rente nicht aus, so werden die Kinder oder die Enkel herangezogen. Verdient der Sohn z.B. 2000 DM und hat noch zwei schulpflichtige Kinder, so liegt er gerade an der Grenze, wo er noch keinen Beitrag für die Unterbringung seines Elternteils im Pflegeheim aufbringen muß.

Auch bei Inanspruchnahme einer häuslichen Pflege werden die Verwandten ersten Grades für die Finanzierung herangezogen, wenn die anrechenbare Rente nicht ausreicht. 992 DM und kalte Miete bleibt dem Rentner, wenn er überhaupt soviel Rente hat. Bei Inanspruchnahme einer ganztägigen Pflegerin zu Hause kostet dies etwa 1600 DM. Die Anspruchsberechtigung wird vom Sozialamt oder vom Gesundheitsamt geprüft. Dabei werden die finanziellen, familiären Verhältnisse ausgeschnüffelt. Beim Bezirksamt Hamburg-Mitte ziehen viele Rentner ihren Antrag auf ambulante Unterstützung zurück, wenn sie von der Beteiligungspflicht ihrer Verwandten erfahren. Sie wollen den Zugriff des Staates auf den Lohn ihrer Kinder oder Enkel verhindern, die häufig nur durch Schichtarbeit oder Überstunden den Lohn zusammenkriegen, um eine Familie zu ernähren. Auf die Heranziehung zum Unterhaltskostenbeitrag kann gemäß §7 Bundessozialhilfegesetz (BSHG) verzichtet werden, um Familienzerwürfnisse zu vermeiden oder auch nach §91,3 BSHG, wenn die Heranziehung zum Unterhalt eine ,,besondere soziale Härte'' bedeuten würde.

Auch wenn die einzelnen Sozialarbeiter hier und da diese Paragraphen zur Anwendung bringen, so ist rechtlich doch der Zugriff auf den Lohn der Verwandten gesichert.

Der Senat setzt darauf, daß sich viele ältere Menschen wegen der Zahlungsverpflichtung nicht an das Sozialamt wenden, sondern sich so recht und schlecht helfen oder die Nachbarn um Unterstützung bitten.

Sicher ist sich der Senat jedoch nicht, ob der Ausbau der Sozialstationen wirklich die kostengünstigste Lösung ist. So gibt es gegenwärtig höchst unterschiedliche Zahlen für Einweisung in die Pflegeheime oder Versorgung zu Hause. Im Bezirksamt Hamburg-Mitte werden nur 10% Heimeinweisungen vorgenommen und 90% über die häusliche Pflege unterstützt, während es zum Beispiel im Bezirksamt Billstedt genau umgekehrt ist. Die Krankenhausleitungen versuchen die Pflegebedürftigen so schnell loszuwerden wie es geht. Der ,,Patient'' wird aufgefordert, seine Einweisung in ein Pflegeheim zu unterschreiben, und sobald er verlegungsfähig ist, wird er abgeschoben. Weigert sich ein Rentner, so können die Krankenhausleitungen über ihre Ärzte feststellen lassen, daß er nicht mehr in der Lage ist, die nötigen Entscheidungen zu treffen, und die nächsten Angehörigen werden dann zur Unterschrift gepreßt. Da sie selber keine Möglichkeit der Versorgung innerhalb der Familie haben aus räumlichen und zeitlichen Gründen und sie auch keinerlei Kenntnisse über Pflegemöglichkeiten im Rahmen der Altenfürsorge haben, unterschreiben die Angehörigen dann häufig.

Gegenüber den Versuchen des Senats, die ambulante Versorgung zu betonen, kann man keineswegs auf die Einweisung in ein Pflegeheim bestehen oder auf die Aufnahme ins Krankenhaus. Denn oft werden die älteren Arbeiter und Angestellten nach der Einweisung ins Krankenhaus oder Pflegeheim schnell ins Grab gebracht und so ist der Wunsch vieler älteren Menschen, lieber zu Hause zu bleiben, begründet in der Furcht gerade davor. Die Versorgung in den Krankenhäusern, in den Pflegeheimen und über die Sozialstationen ist nicht gewährleistet. Die kranken, oder behinderten und älteren Menschen müssen das Recht haben, die Versorgung in Anspruch zu nehmen, die sie für richtig halten. Der Kampf der Arbeiter, Angestellten und Beamten in den Gewerkschaften gegen das Ehrenbergprogramm und seine Ausführungsbeschlüsse wird dazu überhaupt die Voraussetzung schaffen. Daß in den vom Senat geplanten Sozialstationen auch ärztliches Personal abrufbereit ist, ist eine Bedingung, ohne die an eine ausreichende ärztliche Versorgung zu Hause nicht zu denken ist. Die Kosten für die nötige häusliche, pflegerische und ärztliche Versorgung müssen die Sozialversicherungen übernehmen. Die zwangsläufig steigenden Ausgaben müssen von den Kapitalisten und dem bürgerlichen Staat übernommen werden, die die Arbeitskraft vernutzt haben, solange sie jung und frisch war. Die Verwaltung der Kassen muß in die Hände der Versicherten.



Über 1200 Lehrer aus Ostwestfalen und Münster beteiligten sich am 5.3. im Rahmen des Aktionstages der GEW in NRW an der Kundgebung in Bielefeld (Bild), 5000 Lehrer in Düsseldorf. Nachdem die als Ziel gesetzten 5000 Unterschriften für den ursprünglich in NRW geplanten Warnstreik nicht erreicht wurden, traten der GEW-Bezirksvorsitzende Dubert und die erste stellv. Bundesvorsitzende Hoppe in Bielefeld für Aktionen „Gläserne Schule“ als nächsten Schritt für die Durchsetzung der 40-Stundenwoche für Lehrer ein. Beck vom Beamtenarbeitskreis der Postgewerkschaft forderte einheitliches Dienstrecht im Öffentlichen Dienst und Streikrecht. Der DGB unterstützte in einem Gruß die Forderungen der Lehrer.

GEW-Landesvertreterversammlung in Schleswig-Holstein: Festlegung eines Aktionsprogramms

r.ols. Wenn der Ministerpräsident Stoltenberg es auch nicht direkt „Afghanistan-Zuschlag“ nannte, was er von den Lehrern an Zugeständnissen verlangte – gemeint hat er es so, als er sich am letzten Donnerstag vor die Landesvertreterversammlung 1980 der GEW Schleswig-Holstein stellte und erklärte, angesichts der politischen Weltlage könne ohnehin nicht erwartet werden, daß im Bildungsbereich zusätzliche Ausgaben möglich seien.

Diese Versuche, die Gewerkschaftsbewegung unter den Lehrern auf die weltweiten Interessen des westdeutschen Finanzkapitals festzulegen, stieß auf Ablehnung bei den Delegierten. Auf die erneute Weigerung Stoltenbergs, der Forderung nach der überfälligen Arbeitszeitverkürzung nachzukommen, stellte der GEW-Vorsitzende Frister unter Beifall fest, daß die Landesregierungen sowieso nur deswegen so Umherlavieren könnten, weil die Beamten kein Streikrecht haben.

Wie zu den Arbeitsbedingungen lagen zu allen elementaren Fragen Anträge vor. Entschließung 2 (E2) zur Frage der Besoldung und Vergütung: „. . . Die grundsätzlichen Forderungen der GEW zur Besoldung lauten: 1. Lehrer mit Hochschulstudium und Vorbereitungsdienst sind in den höheren Dienst einzustufen. 2. Lehrer ohne diese Ausbildung sind mindestens nach A 11 einzustufen, mit Beförderungsmöglichkeiten nach A 12“. Unter den „Minimalforderungen“ heißt es: „1. Einstufung aller Sonderschullehrer in den höheren Dienst . . . Einbeziehung aller Stellen- und Amtszulagen in allgemeine Besoldungserhöhungen . . . Besoldung der Fachlehrer nach A 11/ A 12“. In einem Antrag zu den Referendaren: „– Für alle Anwärter 75% der Eingangsstufe von A 13, Auszahlung des 1. Gehalts bzw. Abschlag sofort nach Einstellung . . .“ Die Ablehnung der Herabgruppierungspläne der Landesregierungen sowie der Vernutzung der auszubildenden Referendare zu niedrigsten Gehältern ist groß.

Notwendig entwickelt sich bei der Lohnsteuerausplünderung die Auseinandersetzung um die Steuern. Antrag 8.04 des Kreisverbandes Neumünster: Die für den 1.1.81 geplante Steuerreform (der Regierung) soll bereits rückwirkend zum 1.1.80 in Kraft treten. Eine Forderung, die zwar nicht die Bevorzugung der höheren Lohnklassen durch die Regierungsreform kritisiert, aber eindeutig das Einstreichen von zusätzlichen ca. 13 Milliarden 1980 auf Grund der Steuerprogression durch den bürgerlichen Staat angreift.

Keine Einheit mit der Regierung auch in der Frage der „Treue der Beamten“. Ein Antrag der Fachgruppe Gymnasien fordert: „– Rücknahme des Ministerpräsidentenbeschlusses bon 1972, – Vernichtung allen Verfassungsschutzmaterials bei der einstellenden Behörde, – keine Überprüfung . . . durch den Verfassungsschutz, – Einstellung aller von dem Beschluß betroffenen Personen.“

Gegen die Kürzung der Ausbildung der Jugend und gegen den Abbau der Schulpflicht durch das Schulgesetz richten sich die Forderungen nach einem 10. Schuljahr an Grund- und Hauptschulen (Entschließungsantrag), die Forderung nach „unentgeltlicher Vollzeitschulpflicht bis zum 18. Lebensjahr in einem integrierten Schulwesen“ (Kreisverband Pinneberg).

Nicht nur klarer als es Stoltenberg lieb ist, auch deutlicher als noch bei der letzten Landesvertreterversammlung zeichnet sich in den Entschließungsanträgen des Hauptvorstands und den 198 Einzelanträgen ein Aktionsprogramm ab, mit dem der in den letzten 3 Jahren um 980 Mitglieder bzw. 11,2% gewachsene Landesverband Fortschritte im Zusammenschluß der Lehrer gegen den Dienstherrn organisieren kann.

Albrecht und Ravens im Wahlkampf in Friesland – Verlogen sind beide

r.bel. In den vergangenen zehn Tagen wurden verschiedene Gemeinden im Oldenburgischen und Ostfriesischen von Keksmanager Albrecht und seinem farblosen Kontrahenten, dem ehemaligen Bauminister und jetzigen SPD-Landesfraktionsvorsitzenden, Ravens heimgesucht. Betroffen waren vor allem Gemeinden im Ammerland, Friesland und Wittmund, wo wegen der rückgängig gemachten Kreisreform Neuwahlen am 16. März stattfinden.

Albrecht nutzte in Varel vor 600 Besuchern die Gelegenheit, den expansionistischen Kurs der westdeutschen Bourgeoisie zu propagieren. Angesichts des sowjetischen Überfalls auf Afghanistan ließ er heraus: „In der nächsten Zeit kommen große Kosten auf uns zu. Man denke bloß an das strategisch so wichtige Land Ägypten. Gegenwärtig bekommt es pro Jahr bloß soviel Geld, wie ein Schulzentrum kostet. So geht das nicht weiter. In Zukunft brauchen wir Milliardensummen für Verteidigung und Entwicklungshilfe. Wir müssen Einschränkungen zu Gunsten der Sicherheit in Kauf nehmen.“

Schwerpunkt beider Redner war die Versorgung der Alten und das Schulwesen. Hier logen beide unerträglich: Albrecht: „Die Schattenstellen im sozialen Netz muß man noch aufhellen. Bei den Arbeitnehmern hat es eine enorme Verbesserung gegeben. Wirkliche Not gibt es nicht mehr.“ Da Gradmesser für die Verelendung in gewisser Hinsicht die Sozialhilfe ist, mögen einige Zahlen aus der Sozialhilfeempfängerstatistik die Verlogenheit dieser Behauptung bloßlegen. Von 1968 bis 1977 stieg die Zahl stetig von 2315 auf 4437 an. Not ist es für Albrecht natürlich auch nicht, wenn ein Großteil der Arbeiter bei Melitta Friesland für 7 bis 9 DM arbeiten muß. Sie können ja in Nacht, Schicht und Akkord arbeiten, und Überstunden machen die kleinen Selbständigen doch auch. Weiter meinte Albrecht: „Die Testfrage ist, wie man sich persönlich um die Not kümmert – mit Geld ist es eben nicht getan.“ 175 Sozialstationen habe seine Regierung in Niedersachsen errichtet, damit habe sie die Not gelindert. Daß seine Regierung im Krankenhausbedarfsplan schreibt, „daß von den derzeit geförderten knapp 47000 Betten in den Akutkrankenhäusern in den nächsten Jahren rund 12% entbehrlich werden“, hat er peinlich verschwiegen. Kein Thema war für ihn die Streichung des Krankenhauses Osterforde in der Friesischen Wehde, in dem gegenwärtig über 75% alte Bauern und Rentner versorgt werden. Verlogen meinte Ravens vor hundert Zuhörern in Zetel, daß „für die Altenpflege zu wenig ausgegeben“ wird, wohl wissend, daß die Grundlage des Krankenhausbedarfsplans der CDU-Regierung die sozialliberale Bundesgesetzgebung ist.

Ravens sprach sich heftig gegen die „Notenpeitsche“ in der Grundschule aus. Er griff den Plan von Kultusminister Remmers zur Vorgruppierung in der Orientierungsstufe an, das sei ein Rückschritt in Richtung Dreiklassenschule. Ravens verschwieg dabei, daß Remmers bloß die von der Sozialdemokratie eingeführte „Differenzierung“ in der Orientierungsstufe in A-, B- und C-Kurse nutzt und verschärft. Albrecht: „Unter der SPD hat es immer mehr Sonderschüler und immer weniger Hauptschulabschlüsse gegeben. Das kann nicht an den Kindern liegen, die werden ja nicht dümmer.“ Tatsächlich will die Albrecht-Regierung diesen Vorgang noch verschärfen. Betrug der Anteil der Hauptschüler ohne Hauptschulabschluß 1976 12,2%, so soll er laut Plandaten der Kultusministerkonferenz 1985 33,1% betragen. Wie sagte doch der Leiter der Melitta-Werke bei Varel: „. . . daß diejenigen, die eine Ausbildung für alle fordern, gegen solche Betriebe wie die Porzellanfabrik Friesland seien, denn diese seien schließlich auf ungelernte Kräfte angewiesen.“

Schnipkoweit: „Eine Gesundheitsgefährdung im Emissionsgebiet Oker ist ausgeschlossen

r.thh. Bereits 1961, zur Zeit eines sozialdemokratischen Sozialministers, stellte ein Arzt aus Goslar erhöhte Bleiwerte in Obst und Gemüse fest. Seitdem gibt es Forderungen gegen die Schwermetallbelastungen durch Cadmium und Blei aus den Stadtteilen Oker und Harlingerode.

1979 kommt es dann zu Bleiuntersuchungen bei Kindern einer dritten Grundschulklasse aus Oker. Obwohl der größte Teil nicht an der Halde wohnt, werden erhöhte Bleiwerte im Blut festgestellt. Daraufhin ließ das Gesundheitsamt der Stadt Goslar noch weitere Kinder im Alter von 6 bis 12 Jahren untersuchen. Ergebnis: 17 Kinder hatten Bleiwerte bis zu 35 Mikrogramm pro 100 Milliliter Blut und bei fünf wurden Werte darüber und bis zu 60 festgestellt.

Den Eltern wurde mitgeteilt, Werte bis 35 seien normal. Über die Auswirkungen des Bleis im Körper wurde keiner aufgeklärt. „Wir haben uns nur gewundert, daß unsere Kinder so häufig krank sind“, sagte eine Mutter. Bei Kindern, deren Werte über 35 lagen, wurden Nachuntersuchungen durchgeführt und auch nur hier die Eltern untersucht. Die Bewohner fordern jetzt, generelle Untersuchung aller die dort wohnen und zwar kostenlos. Als gesundheitsschädlich gibt das Bundesgesundheitsamt den Wert von 37 an.

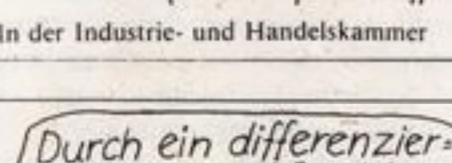
Nachdem das grünbunte Öko-Institut das Gegengutachten zum Bericht des niedersächsischen Sozialministeriums veröffentlicht hat, kommen die Politiker in Trab. Wohin soll es gehen? „Die Preussag hat genauso Rechte wie die Leute, die hier wohnen“, so der SPD-Bundestagsabgeordnete Linde. Oder Albrecht, der erklärt, daß „die Schwermetallbelastungen in den letzten zehn Jahren erheblich zurückgegangen sind“. Im Juli 79 liest man dazu in dem Untersuchungsbericht seines Ministeriums über die Bleiniederschlagswerte in Oker (Kielsche Straße): 1969/70 lagen die Werte Mikrogramm Blei pro qm am Tag bei 1530, 1973/74 bei 644 und stiegen 1977/78 auf 1144. Aber trotzdem sei die Landesregierung bereit, Maßnahmen zu treffen. Erstens, alle Ärzte im Raum, sollen Verdachtsfälle bei Kindern sofort melden und zweitens sollen alle Kinder gesundheitlich überwacht werden. Die Bewohner in Oker fordern darüber hinaus aber eine generelle Untersuchung aller Bewohner auf Kosten des Landes. Drittens will sie Maßnahmen treffen, um die Emmissionen im Boden zu binden. Viertens sollen 10 Mio. DM aus dem sozialen Wohnungsbau gezogen werden, zur Unterstützung von Familien mit Kindern, die umsiedeln wollen.

14 Umsiedlungsanträge sind bisher gestellt, aber nicht nur von Familien mit Kindern. Darunter sind auch „nur“ vier Grundstückseigentümer. Gewarnt wird vor dem Entstehen einer Geisterstadt, wenn nur Mieter von der Umsiedlung Gebrauch machen und überhaupt „sei noch kein Konzept vorhanden“. Der SPD-Ratsfraktionssprecher hetzt, daß die Bewohner „. . . die Bereitstellung öffentlicher Mittel nutzen wollen für die Verwirklichung des Bungalows am Waldrand“.

Durch Gerüchte wurde bekannt, daß einer Familie, deren Kinder besonders hohe Werte haben, die Preussag bei einer Umsiedlung helfen will. Weiter wurden Bewohner direkt bedroht und behauptet, daß die Bauern im Raum durch ihr verseuchtes Vieh und andere Landwirtschaftsprodukte den „großen Reibach“ machen. Dazu schreibt der Bauer Dege, daß für an Blei verendete Tiere lediglich eine Entschädigung nach den jeweiligen Marktpreisen gezahlt wird. Nicht bezahlt werden Unkosten für die Beschaffung neuer Tiere. Bei Feldfrüchten wird nicht entschädigt, die enormen Anstrengungen, z.B. größere Aufkalkung der Böden usw., um die geschädigten Flächen noch halbwegs in Kultur zu halten.

Die Bewohner wollen am 17. März eine Bürgerversammlung in Oker durchführen, wo sie ihre Forderungen an Land, Kreis und Stadt stellen. Festgehalten werden muß, daß alle Kosten, die entstehen, durch das Land vorgeschossen werden. Das Land kann es sich dann von der Preussag zurückholen. Eine Kommission muß gebildet werden, der auch gewählte Vertreter der Bewohner angehören, die die Untersuchungen weitertreibt, wie um eine weitere Verseuchung des Gebiets durch die Preussag zu verhindern. Umsiedeln muß jeder können, der es will, und dafür auch finanzielle Unterstützung erhalten.





In der Industrie- und Handelskammer











Stärkekartoffeltag in Meppen: Arbeiter und Bauern sollen den Profit der Emslandstärke sichern

r.utl. Auf dem Stärkekartoffeltag in Meppen am 27.2.80 versammelten sich etwa 600 Stärkekartoffelanbauer aus dem Emsländischen und Grafschafter Raum. Der Anbau von Stärkekartoffeln ist seit Jahren Hauptwirtschaftszweig in diesem Raum. Denn bedingt durch den sandigen Boden, bringt der Getreideanbau zu geringe Erträge. Auf einer Anbaufläche von 11000 Hektar produzieren die Bauern jährlich etwa 400000 Tonnen Stärkekartoffeln, die von den Arbeitern der größten deutschen Stärkefabrik in Emlichheim zu Erzeugnissen für die Nährmittel-, Textil-, Papier- und Klebstoffindustrie verarbeitet werden.

Stärke gehört zu den in der Natur am weitest verbreiteten organischen Stoffen. Die Stärke und Stärkederivate (Veränderungen der natürlichen Stärke durch chemische Zusätze) finden im Bereich der menschlichen Ernährung u.a. Anwendung in der Nahrungs- und Genußmittelindustrie, in der Süß- und Backwarenindustrie, in der Konserven- und Tiefkühlkostindustrie. Ebenso wird die Stärke für die Tiermittelproduktion verwendet. In der Papier- und Textilindustrie stellt sie ein wichtiges Hilfsmittel dar. Für die Herstellung von Klebstoffen aller Art ist die Stärke ein unentbehrliches Produkt.

Die im letzten Jahr von den Bauern angelieferten Kartoffeln hatten einen Wert von rund 50 Mio. DM. Diese Zahl mag verdeutlichen, daß die Stärkekartoffelerzeugung für die Bauern von existenzieller Bedeutung ist. Auf dem Stärkekartoffeltag fand dies seinen Ausdruck in einer Resolution an den Vorsitzenden der EG-Kommission, in der die Kartoffelstärkeanbauer sich einheitlich gegen den Abbau der Produktionsbeihilfen für Kartoffelstärkehersteller durch die EG aussprachen. Neben der Stärkeerzeugung aus Kartoffeln wird Stärke aus Mais und Weizen gewonnen. Da nach Ansicht von Gutachten die Produktion von Mais- und Weizenstärke billiger ist, erhalten die Kartoffelhersteller von der EG eine Produktionsbeihilfe. Diese Produktionsbeihilfe wird von der EG beschlossen und von dem jeweiligen Staat bezahlt. Sie teilt sich in zwei Posten. Erstens in den Anteil am Erzeugerpreis für die Stärkekartoffeln, d.h. der Ankauf der Kartoffeln wird dem Hersteller vom Staat bezuschußt. 1975 betrug dieser Zuschuß 1,08 DM/dt, gleich 9,1% des Preises der gelieferten Kartoffeln, die einen Stärkegehalt von 17% aufwiesen. 1979 war der Zuschuß auf 1,72 DM/dt, also 13,1% des Erzeugerpreises gestiegen. Seit 1978 erhält der Stärkekapitalist zusätzlich eine Prämie für die Verarbeitung von Stärkekartoffeln. „Mit dieser Prämie wird die Stabilität der Fabrik gestützt, die ja das große Risiko tragen muß", so das Kapitalistenblatt „Die Stärkekartoffel". Diese Prämie betrug 1979 0,88 DM/dt Kartoffeln mit einem Stärkegehalt von 17%. Gemessen am Preis für die gelieferten Kartoffeln waren das 6,7%. Rechnet man die Produktionskostenerstattung und die Prämie zusammen, so erhält der Stärkekapitalist 1979 19,8% vom Preis der Kartoffel mit 17% Stärkegehalt vom Staat als Zuschuß. Bei 100000 t Kartoffeln mit 17% Stärke sind das dann 800000 DM. Die Entwicklung dieser Zuschüsse ist in der Tabelle aufgeführt. Für die Bauern springt dabei nichts heraus. Die Preise, die sie für ihre Kartoffeln erhalten, werden in Brüssel festgelegt.

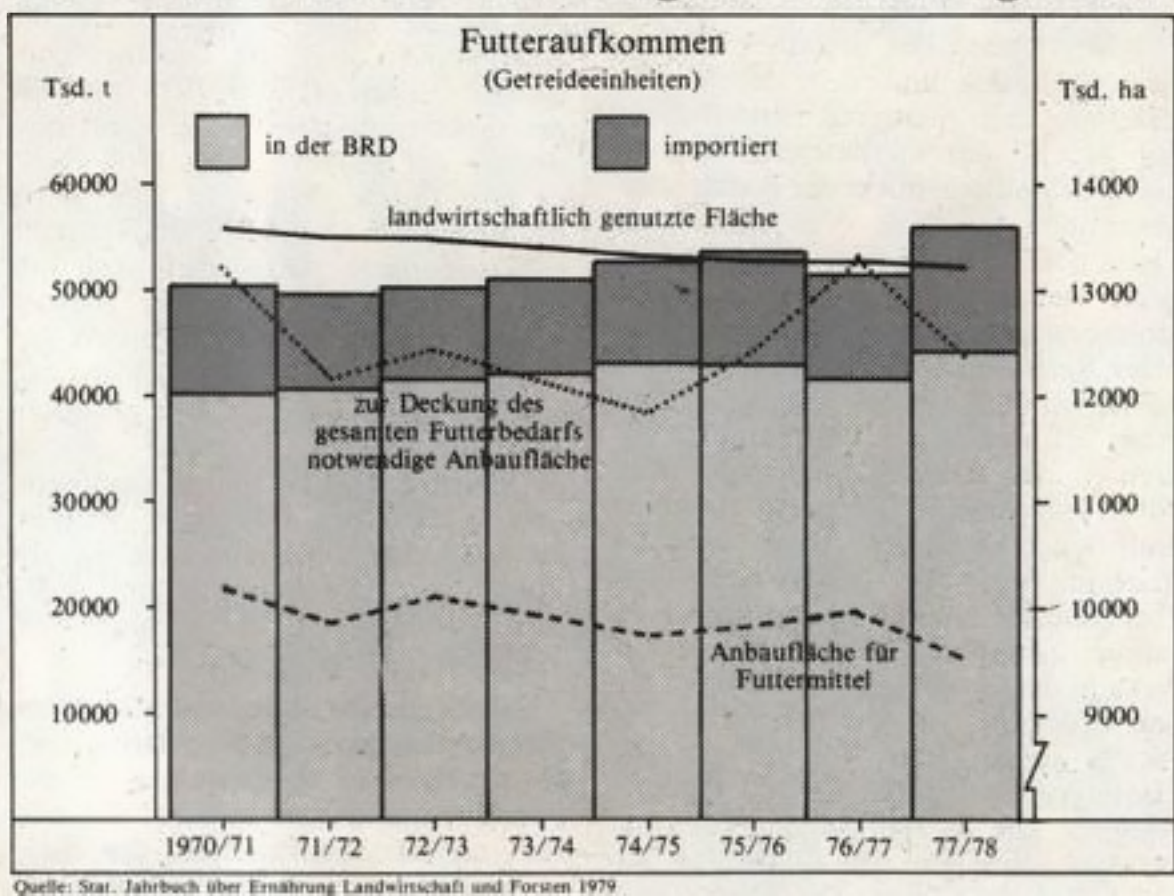
Jetzt hat Brüssel die Erzeugerpreise für Kartoffeln wieder leicht angehoben. 3 Pfennig mehr pro dt erhält der Kartoffelbauer 1979 gegenüber 1978.

Die Beteiligung des Staates Kartoffeln mit 17% Stärke

Jahr	Anteil am Erzeugerpreis DM/dt	%	Prämie für Hersteller DM/dt	%
1979	1,72	13,1	0,88	6,7
1978	1,74	13,3	0,64	4,8
1977	1,74	13,5		
1976	1,46	11,6		
1975	1,08	9,1		

Im Jahr 1980 erhielt die Emslandstärke 2,8 Mio. Zuschüsse. Gegen den Abbau dieser Zuschüsse für den Hersteller wehren sich die Bauern, weil sie fürchten, daß die Emslandstärke langfristig auf Weizen umstellen könnte. Der Geschäftsführer des landwirtschaftlichen Kreisvereins, Engelberts, sprach von einer „einmaligen Solidarisierung", als er auf den Aufbau der Erzeugergemeinschaft einging, die heute 1750 Mitglieder mit einer Kartoffelvertragsfläche von 13000 ha umfaßt. Diese Erzeugergemeinschaft, so Engelberts, als Beteiligungsgesellschaft muß dafür sorgen, daß die Produktion in der Fabrik konkurrenzfähig bleibt. D.h. die Bauern sollen den Lohnkampf der Arbeiter nicht unterstützen und sich mit dem niedrigen Stand der Erzeugerpreise zufriedengeben. In gleicher Weise äußerte sich Giesemann, Direktor der Emslandstärke: Es bedürfe gemeinsamer Anstrengungen, um die gute Bilanz der Emslandstärke zu sichern.

Von wegen „Selbstversorgung" – Über die Länder der 3. Welt wird der Nahrungsmittelbedarf gedeckt



Quelle: Stat. Jahrbuch über Ernährung Landwirtschaft und Forsten 1979

z.brb. Das Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten gibt an, daß der Selbstversorgungsgrad mit Nahrungsmitteln in der BRD um 2% auf 91% gestiegen sei. Bei den tierischen Erzeugnissen lag 1977/78 der angegebene Selbstversorgungsgrad bei 95%. Berücksichtigt man, daß die Tiere mit importiertem Futter gemästet werden, so sinkt er auf 73%. Ca. ein Fünftel des Futteraufkommens der BRD wird importiert. Rechnet man den gesamten Futterbedarf in Getreideeinheiten um und nimmt den durchschnittlichen Ernteertrag, so steigt der Bedarf an Anbaufläche in der BRD um ca. 20%. Diesen Bedarf befriedigt die BRD meist in den Ländern der 3. Welt, wie bei Ölkuchen, der 50% der Importe ausmacht. Über die Importe vereinnahmt sie ca. 2,6 Mio. ha von deren Landwirtschaftsfläche – das entspricht etwa der Anbaufläche von Niedersachsen.

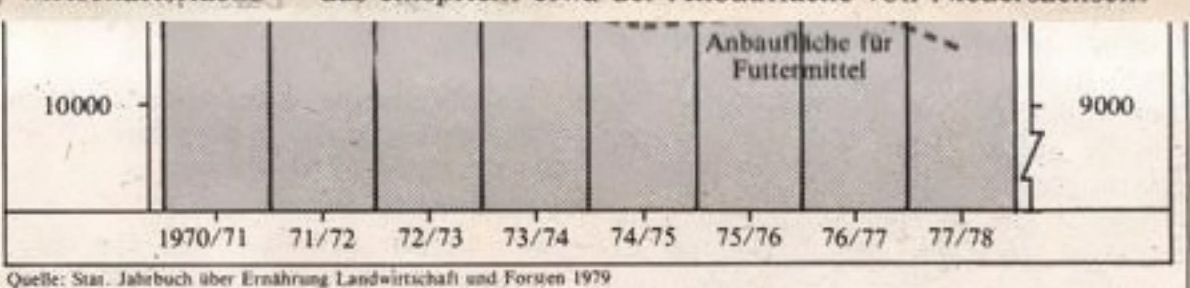
Die im letzten Jahr von den Bauern angelieferten Kartoffeln hatten einen Wert von rund 50 Mio. DM. Diese Zahl mag verdeutlichen, daß die Stärkekartoffelerzeugung für die Bauern von existenzieller Bedeutung ist. Auf dem Stärkekartoffeltag fand dies seinen Ausdruck in einer Resolution an den Vorsitzenden der EG-Kommission, in der die Kartoffelstärkeanbauer sich einheitlich gegen den Abbau der Produktionsbeihilfen für Kartoffelstärkehersteller durch die EG aussprachen. Neben der Stärkeerzeugung aus Kartoffeln wird Stärke aus Mais und Weizen gewonnen. Da nach Ansicht von Gutachten die Produktion von Mais- und Weizenstärke billiger ist, er-

Die Preise, die sie für ihre Kartoffeln erhalten, werden in Brüssel festgelegt.

Jetzt hat Brüssel die Erzeugerpreise für Kartoffeln wieder leicht angehoben. 3 Pfennig mehr pro dt erhält der Kartof-

Die Beteiligung des Staates Kartoffeln mit 17% Stärke

Jahr | Anteil am Erzeugerpreis DM/dt | % | Prämie für Hersteller DM/dt | %
1979 | 1,72 | 13,1 | 0,88 | 6,7
1978 | 1,74 | 13,3 | 0,64 | 4,8
1977 | 1,74 | 13,5
1976 | 1,46 | 11,6
1975 | 1,08 | 9,1



Quelle: Stat. Jahrbuch über Ernährung Landwirtschaft und Forsten 1979

z.brb. Das Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten gibt an, daß der Selbstversorgungsgrad mit Nahrungsmitteln in der BRD um 2% auf 91% gestiegen sei. Bei den tierischen Erzeugnissen lag 1977/78 der angegebene Selbstversorgungsgrad bei 95%. Berücksichtigt man, daß die Tiere mit importiertem Futter gemästet werden, so sinkt er auf 73%. Ca. ein Fünftel des Futteraufkommens der BRD wird importiert. Rechnet man den gesamten Futterbedarf in Getreideeinheiten um und nimmt den durchschnittlichen Ernteertrag, so steigt der Bedarf an Anbaufläche in der BRD um ca. 20%. Diesen Bedarf befriedigt die BRD meist in den Ländern der 3. Welt, wie bei Ölkuchen, der 50% der Importe ausmacht. Über die Importe vereinnahmt sie ca. 2,6 Mio. ha von deren Landwirtschaftsfläche – das entspricht etwa der Anbaufläche von Niedersachsen.

Einkommen- und Bodenverteilung in der Landwirtschaft Schleswig-Holsteins

z.std. Die CDU in Schleswig-Holstein legt besonderes Gewicht auf die Förderung des Mittelstandes und besonders der Bauern, von denen sie eine möglichst „große Zahl entwicklungsfähiger landwirtschaftlicher Betriebe" erhalten sehen möchte. Wir haben in den dargestellten Schaubildern die Verteilung des Einkommens, des Bodens und die Verteilung der landwirtschaftlichen Betriebe in Schleswig-Holstein untersucht. Für die Untersuchung haben wir das sogenannte Betriebseinkommen verwendet. Es wird gebildet aus den Erlösen abzüglich der Kosten, die für Saat, Düngemittel, Verbrauch der Maschinen usw. aufgebracht werden müssen. Das Betriebseinkommen beinhaltet daher noch den Lohn des Landarbeiters, die Steuer-, Abgaben- und Pachtlast, den Altenteil, Zinsen, das Einkommen des Bauern und die Nettoinvestitionen. Das alles muß aus dem Betriebseinkommen entnommen werden.

Das erste Schaubild zeigt das Ergebnis des Bauernlegens und der Monopolisierung des Bodens. Im zweiten Schaubild haben wir die Verteilung des Betriebseinkommens und des Bodens übereinandergelegt. Der Verlauf der beiden Kurven ist äußerst ähnlich. Hierin drückt sich aus, daß der Boden die Hauptbedingung der landwirtschaftlichen Produktion ist und daß in erster Linie die Menge des Bodens über die Höhe des Einkommens entscheidet. Bei genauerer Hinsicht treten aber doch bestimmte Unterschiede auf. Zu ihrer Verdeutlichung ist die ganze Breite der Einkommensverteilung in vier Zonen aufgeteilt.

In der ersten Zone (I) liegen 36% der Betriebe, sie verfügen über 5% des Betriebseinkommens und 7% des Bodens. Es ist dies die Zone des vergangenen Bauernlegens; die Bauern sind bereits Lohnarbeiter, die Nebenerwerb betreiben. An die Zone des vergangenen Bauernlegens schließt sich die Zone des aktuellen Bauernlegens an (II). In diesem Bereich übersteigt der Anteil am Boden den Anteil am Betriebseinkommen, die Überarbeit des Bauern und seiner Familie kann den Ruin nicht aufhalten, da es an Kapital und Boden zu produktiverer Arbeit fehlt. Hier liegen 23% der Betriebe mit 19% des Bodens und 17% des Einkommens. Die durchschnittliche ha-Größe umspannt einen Bereich von 8-27 ha. Der Berg wird an dieser Stelle durch die Politik der Regierungen abgeschmolzen.

In der Zone III arbeitet vor allem der selbstwirtschaftende Bauer, der die Landwirtschaft mit eigner Arbeitskraft unter Einspannung der ganzen Familie betreibt. Das Betriebseinkommen übersteigt den Anteil am Boden und gibt somit ein Maß, daß hier die höchste Produktivität in der Landwirtschaft vorliegt. Es wird intensive Bearbeitung und Veredelung betrieben. Das Betriebseinkommen liegt zwischen 2700 und 5800 DM; es sind 30% der Betriebe mit 41% des Bodens und 48% des Betriebseinkommens, mit einer durchschnittlichen ha-Größe von 27-55 ha. In der anschließenden Zone (IV) beginnt der Anteil des Bodens den Anteil am Betriebseinkommen wieder zu übersteigen, und dieses Mißverhältnis entwickelt sich mit wachsendem Bodenanteil. Es ist zu vermuten, daß in diesem Bereich die kapitalistisch betriebene Landwirtschaft beginnt. Zumindest wird in dem Bereich oberhalb 5800 DM Betriebseinkommen (55 ha), wo der Umschlag eintritt, die Lohnarbeit ökonomisch möglich – da im Betriebseinkommen der Lohn ja noch enthalten ist – und tritt auch mit wachsender Bodengröße auf. Die Auslaugung des Bodens durch die kapitalistische Bearbeitung vermindert das Einkommen noch zusätzlich, wie auch der Lohnarbeiter sich gegen die Überarbeit sperren wird. 11% der Betriebe sind in dieser Zone; sie besitzen 33% des Bodens und verfügen über 30% des Einkommens. Die Gruppe der reinen Agrarkapitalisten ist geringer. Völlig abgesetzt sind die Großgrundbesitzer mit 18% des Bodens und 14% des Einkommens. Diese 4% der Betriebe leben nur aus der Ausbeutung der Lohnarbeiter und dem Reichtum an Boden. Die Tätigkeit der Besitzer ist ausschließliches Kommando über Arbeit.

Landwirtschaftliche Betriebe Schleswig-Holstein 1974
Umriß: Verteilung der Betriebe nach Größenklassen des Betriebseinkommens
Raster: Verteilung der landwirtschaftl. Nutzfläche

I II III IV
% der Betriebe bzw. der landwirtschaftl. Nutzfläche
6 4 2
64 128 256 512 1024 2048 4096 8192 DM

Landwirtschaftliche Betriebe Schleswig-Holstein 1974
Umriß: Verteilung des Betriebseinkommens
Raster: Verteilung der landwirtschaftl. Nutzfläche

I II III IV
% des Betriebseinkommens bzw. der landwirtsch. Nutzfläche
6 4 2
64 128 256 512 1024 2048 4096 8192 DM

Bundestag hat drastische Steuererhöhung beschlossen

z.frb. Der Bundestag hat am 28.2. die Erhöhung der Einkommensteuer für die Landwirtschaft in 2. und 3. Lesung beschlossen. Die Änderungen gegenüber dem im vergangenen August vorgelegten Regierungsentwurf sind gering. Es bleibt bei der Einführung von drei Stufen zur Ermittlung des zu versteuernden Gewinns: 1. wie bisher nach Durchschnittssätzen, die aber kräftig erhöht wurden; 2. nach der neu eingeführten Einnahmen-Ausgaben-Rechnung mit Belegen; 3. nach vollständiger Buchführung, die gegenüber bisher auf mittlere Betriebe ausgedehnt wird. Insgesamt wird die Einkommensteuer aus der Landwirtschaft damit auf das Doppelte bis Dreifache steigen. Verschont werden die Agrarkapitalisten, die bisher schon aus eigenem Interesse Buchführung machen und für die sich fast nichts ändert. Zahlen müssen die Nebenerwerbsbauern und die kleinen Betriebe wegen der erhöhten Durchschnittssätze sowie die mittleren Betriebe, die jetzt aufwendige Buchhaltung machen müssen. Das wird allein etwa soviel kosten, wie jetzt das ganze Steueraufkommen ausmacht. Ein Bauer, der bisher keine oder ganz wenig Einkommensteuer zahlt, wird rund 150 DM im Monat für diese Steuererhöhung zahlen müssen. Daß die Bundesregierung trotzdem bislang fast unbehelligt geblieben ist, liegt daran, daß im Bauernverband nicht die kleinen und mittleren Bauern das Sagen haben.

Portugal: Streik der Bäckereiarbeiter für Lohnerhöhungen

z.rua. Vom 27.2. 19 Uhr bis zum 28.2. 19 Uhr streikten in ganz Portugal die Arbeiter in den Brotfabriken und -verkaufsstellen. Die Gewerkschaft der Bäckereiarbeiter hatte zum Streik aufgerufen, nachdem Verhandlungen über Lohnerhöhungen mit den Bäckereikapitalisten gescheitert waren. Der Streik wurde zu 80 – 100% befolgt. In Lissabon wurden nur einige Restaurants mit Brot beliefert. Die Brotindustrie hat sich im Gegensatz zu den anderen Wirtschaftszweigen in den letzten Jahren schwungvoll entwickelt, weil der Lohnstandard der portugiesischen Volksmassen so niedrig ist, daß

Portugal: Streik der Bäckereiarbeiter für Lohnerhöhungen

z.rua. Vom 27.2. 19 Uhr bis zum 28.2. 19 Uhr streikten in ganz Portugal die Arbeiter in den Brotfabriken und -verkaufsstellen. Die Gewerkschaft der Bäckereiarbeiter hatte zum Streik aufgerufen, nachdem Verhandlungen über Lohnerhöhungen mit den Bäckereikapitalisten gescheitert waren. Der Streik wurde zu 80 – 100% befolgt. In Lissabon wurden nur einige Restaurants mit Brot beliefert. Die Brotindustrie hat sich im Gegensatz zu den anderen Wirtschaftszweigen in den letzten Jahren schwungvoll entwickelt, weil der Lohnstandard der portugiesischen Volksmassen so niedrig ist, daß
sie sich außer Brot kaum noch andere Nahrungsmittel leisten können. Durch umfassende Ausrüstung mit Maschinerie wurde die Nacht- und Schichtarbeit ausgedehnt. Der derzeitige Tarifvertrag gilt seit Oktober 1978. Der Grundlohn eines Bäckers beträgt 7371 Escudos im Monat (271 DM). Die Gewerkschaft fordert Lohnerhöhungen um 2000 Escudos auf den Grundlohn. Die Bäckereikapitalisten bieten an, ab Ende März die Löhne inklusive Nacht- und Schichtarbeitszuschlägen auf 8500 Escudos durchschnittlich zu erhöhen. Sie fordern weiter von der Gewerkschaft die Zustimmung zu einem Erlaß der Regierung Sa Carneiro, nach dem das 1975 erkämpfte Kilo kostenloses Brot für jeden Bäckereiarbeiter mit 590 Escudos im Monat auf den Lohn angerechnet werden soll.

Kakaoproduzierende Länder beschließen Preisstützung

z.doj. Mit dem internationalen Kakao-Abkommen 1976 konnten die Kakao-Erzeugerländer – westafrikanische und südamerikanische Länder der 3. Welt – einen Mindestpreis für Rohkakao von 65 Cent/lb (453,5 g) sowie eine Preisstützung aus einem internationalen Stützungsfonds bei Unterschreitung dieses Mindestpreises durchsetzen. Das geltende Handelsabkommen läuft am 31.3.80 aus. Bisherige Verhandlungen um ein neues Abkommen sind gescheitert, weil die Imperialisten sich nicht auf den geforderten Mindestpreis von 110 Cent/lb festlegen und den Preisstützungsfonds sabotieren wollen. Sie haben in den letzten Monaten, als der Kakao-Marktpreis gestiegen war, ihre Lagervorräte verkauft, um durch verringerte Nachfrage die Preise zu drücken. Sie hoffen, daß die Erzeugerländer nach der Kakao-Ernte der letzten Monate die Lagerkosten nicht durchhalten und wegen Qualitätsminderung bei langer Lagerung zu baldigen Billigverkäufen gezwungen sind. 10 der 13 Erzeugerländer haben auf ihrem letzten Treffen der „Cocoa Producer Alliance" noch einmal die Forderung der Erzeugerländer nach Mindestpreis 110 Cent/lb und internationalem Stützungsfonds unter Verwaltung der Erzeuger bekräftigt. Brasilien hat für die jetzige Ernte bei hochwertigem Kakao einen einheitlichen Exportpreis von 137 Cent/lb festgelegt.

Lohnkampf Bauindustrie: 9,5% / Kapitalisten wollen mit Relationstarifvertrag spalten

z.jük. Die IG Bau Steine Erden hat eine Lohnforderung von 9,5% beschlossen. Die ersten Verhandlungen mit dem Kapitalistenverband sind ergebnislos verlaufen. Die Kapitalisten haben kein Angebot vorgelegt. Sie versuchen, die Belegschaften in der Bauindustrie zu spalten. Aufgrund tarifvertraglicher Regelung ist bekannt, daß die Baukapitalisten 1,5% der Tariflohnsumme über den sogenannten Relationstarifvertrag zur Verteilung für die Lohngruppen I–III (Spezialfacharbeiter) zusätzlich dieses Jahr auszahlen müssen. Das soll nun nach Auffassung des Kapitalistenverbandes zum Bestandteil der Tarifverhandlungen und auch angerechnet werden.

Der Relationstarifvertrag gilt nicht für die übrigen Lohngruppen. Daran versuchen die Kapitalisten anzusetzen. Wenn die IG Bau Steine Erden betonen würde, daß dieser Vertrag nichts in den Tarifverhandlungen zu suchen hat, hätte sie bestimmt die Unterstützung aller Mitglieder. Die Bauarbeiter kämpfen seit Jahren gegen den Versuch der Kapitalistenverbände, den Preis der Ware Arbeitskraft zu senken. Die Bedingungen des Kampfes sind schwierig. Die Belegschaften sind zersplittert. Die Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt ist groß. Den Kapitalisten ist es gelungen, nach der Baukrisis 1974/75 die Belegschaften umzuwälzen und zu verkleinern. Neu eingestellte Bauarbeiter wurden zu niedrigen Tarifen eingestellt. Die Arbeit ist erheblich intensiviert worden. Bei Einsatz von moderner Maschinerie ist die Knochenarbeit noch vergrößert worden. Ein Vergleich vom umbauten Raum (m³) im Wohnungsbau mit den geleisteten Arbeitsstunden im Wohnungsbau von 1970 bis 1978 zeigt eine Ausdehnung der gefertigten m³ pro Arbeitsstunde. (1970 = 0,222 / 1971 = 0,239 / 1972 = 0,266 / 1973 = 0,313 / 1974 = 0,335 / 1975 = 0,301 / 1976 = 0,286 / 1977 = 0,305 / 1978 = 0,304 m³ pro geleistete Arbeitsstunde) Wenngleich in diesen Daten nicht alle Faktoren zur Beurteilung der Fertigstellung des umbauten Wohnraums enthalten sind, so ist doch deutlich, daß es den Kapitalisten gelungen ist, bei sinkenden Belegschaftszahlen die Arbeit zu intensivieren, insbesondere in den Jahren des sogenannten Baubooms, und die Tendenz ist danach deutlich konstant geblieben.

Zum weiteren versuchen die Baukapitalisten durch den Einsatz von Leiharbeitern und Schwarzarbeiterkolonnen das Lohnniveau weiter zu drücken. Ein Vergleich zwischen den Effektivlöhnen der metallverarbeitenden Industrie und dem Hoch- und Tiefbau zeigt, daß die Effektivlöhne im Hoch- und Tiefbau erheblich gesunken sind gegenüber der metallverarbeitenden Industrie. Vor allem nach 1974. Die IG Bau Steine Erden betreibt eine Politik, möglichst viel Effektivlohnbestandteile tariflich abzusichern. Der Relationstarifvertrag ist dabei ein offensichtlich weniger gelungener Vertrag. Zu Beginn des Tarifkampfes waren in der Bauindustrie etliche Mindestforderungen aufgestellt worden, mit denen verhindert werden soll, das Lohnniveau weiter auseinanderzutreiben und die unteren Lohngruppen abzinken zu lassen. Daß kein Mindestbetrag in der Forderung der IG Bau Steine Erden ist, ist eine Schwäche. Die 9,5% stehen jetzt, für die unterste Lohngruppe würden sie 162 DM bedeuten. Die IG Bau Steine Erden hat erklärt, über dem Metallabschluß abschließen zu wollen. Die Kapitalisten müssen jetzt ein Angebot machen. Die nächsten Tarifverhandlungen sind am 18.3. in Frankfurt.

Beschäftigtenstruktur Bauindustrie (in Tausend)

	Alle Besch.	„Inhaber"	Angestellte Kaufm.	Angestellte Techn.	Polier Meister	Hilfsp. + Mstr.	Maurer	Zimmerer	Betonbauer	Facharbeiter Bau	Facharbeiter Sonstige	Fachwerker	Auszub. Gewerbl
1960	1488,6	68,2	52,2	32,3	30,9	68,5	340,7	97,0	37,8	118,0	81,8	508,6	52,5
1965	1707,4	73,6	74,4	47,4	44,6	83,2	347,5	116,7	28,9	146,6	123,8	565,8	48,7
1966	1690,3	73,8	76,4	49,6	46,3	83,3	346,2	115,1	28,8	137,7	139,8	540,0	47,6
1967	1500,1	73,4	73,8	48,9	43,4	76,8	317,2	102,6	25,0	131,3	129,0	432,9	40,6
1970	1578,2	71,0	80,9	57,2	48,8	85,2	310,5	116,7	34,3	126,4	162,2	449,6	28,7
1971	1587,8	69,9	85,5	58,5	50,3	86,5	303,5	117,5	35,2	131,0	170,0	446,8	26,2
1972	1579,5	69,7	90,2	61,2	51,9	86,6	296,8	116,8	36,5	134,3	175,5	427,8	26,1
1973	1558,4	68,9	94,7	64,9	52,8	86,9	288,1	116,2	36,7	138,6	182,9	391,4	30,3
1974	1382,2	67,1	91,3	64,1	49,4	81,6	249,8	98,3	30,1	127,8	169,7	314,9	32,6
1975	1229,2	64,0	83,1	57,7	44,8	75,1	224,8	85,8	25,5	113,0	154,6	261,3	34,2
1976	1238,6	62,9	82,1	57,8	43,2	74,9	228,8	88,2	26,6	118,2	159,3	257,3	34,0
1977	1191,7	60,9	83,5	55,8	41,5	71,8	222,8	80,3	24,7	111,1	154,1	240,4	40,3
1978	1217,6	59,4	86,3	58,1	40,9	73,4	225,7	73,3	25,6	112,6	149,2	253,1	50,1

Quelle: Baustatistisches Jahrbuch 1979 / Ausgelassen sind unbezahlte Familienangehörige, die z.B. 1978 5,0 ausmachen.

% der Beschäftigten — Durchschnittslohn April 1979
Lohnverteilung 1966
Effektivlöhne Hoch- und Tiefbau: umrandet
Metallverarbeitende Industrie: Säulen
20% – 15% – 10% – 5%
Löhne 1966 in Preisen von 1979, gleichgesetzt über den Durchschnittslohn der Rentenversicherten
512 1024 2048 4096 8192



Elektronik für Umwälzung des Produktionsapparates

Siemens: Produktionsbereiche und Produktenpalette weisen allen Kapitalisten den Weg

z.gkr. Vor etwa einem Monat hat der noch amtierende Vorstandsvorsitzende der Siemens AG, Plettner, den Geschäftsbericht für das Jahr 1978/79 vorgelegt. Der Umsatz sank zwar in dem vergangenen Jahr von 29,002 Mrd. DM um 3% auf 28,022 Mrd. DM. Dennoch gab sich Plettner äußerst zufrieden, ist doch der Umsatzrückgang ausschließlich auf den Rückgang des Geschäfts beim Reaktorbau und hier insbesondere im Iran zurückzuführen. Nach wie vor liegt der Konzern an der 5. Stelle der größten Elektrokonzerne der Welt hinter IBM, General Electric, ITT und Philips.

Auf die in der BRD ansässigen Firmen des Konzerns (neben der Siemens AG vor allem noch Bosch-Siemens, die Kraftwerks-Union, die Turbinen-Union und Osram) entfielen 1978 fast 24% des Gesamtumsatzes in der Elektroindustrie der BRD, im Jahre 1969 waren es erst 18,6%. Während gleichzeitig der zweitgrößte bundesrepublikanische Elektrokonzern AEG-Telefunken nur durch größeren Einstieg der Banken mittels Zuschüssen nicht Konkurs anmelden mußte, sieht sich Siemens auf einem soliden Kapital: Die gesamten Verbindlichkeiten betrugen gerade 11,398 Mrd. DM bei einem Eigenkapital von 7,366 Mrd. DM am 30. September 1978. Auch hier zum Vergleich die Zahlen von zehn Jahren früher: 4,051 Mrd. DM Verbindlichkeiten gegenüber 2,823 Mrd. DM Eigenkapital.

Ein Grund für diese unterschiedliche Entwicklung und für die relative Stärke des Siemens-Konzerns ist in der Produktenpalette zu suchen: Sie umfaßt nahezu alle Produkte der Elektroindustrie, von Haushaltsgeräten (allerdings nur bei Bosch-Siemens) bis zu Kernkraftwerken (bei der Kraftwerks-Union KWU), von kleinsten Bauelementen und Mikroprozessoren bis zu Computern und Turbinen. Im wesentlichen allerdings, und das trifft ganz besonders auf die Siemens AG selbst zu, sind es Waren, die in die Produktion erneut eingehen, und nicht Waren, die in die Reproduktion der Massen eingehen. Bei letzteren bezeichnete der Zentralverband der Elektrotechnischen Industrie den Umsatz als schleppend. Nicht erstaunlich bei den ständig weiter eingeschränkten Reproduktionsmöglichkeiten der Massen. Nicht so aber in der Investitionsgüterindustrie. Ihr Anteil an den gesamten Elektroerzeugnissen ist innerhalb von drei Jahren (1976 bis 1978) von 59,4% auf 61,3% gestiegen. Im Juli 1979 wurde für diesen Bereich die Umsatzsteigerung mit 20,1% angegeben gegenüber dem Vorjahr, darunter Nachrichtentechnik mit 25,7% und die elektronische Datenverarbeitung „überdurchschnittlich".

Der Siemens-Konzern kann von diesen Märkten seit Jahren einen immer größeren Teil erobern. Von '77 auf '78 war mit 22% die größte Steigerung des Umsatzes bei den Daten- und Informationssystemen zu verzeichnen, nicht viel geringer bei den Bauelementen, in der Fernschreib- und Signaltechnik und schließlich in der Nachrichtentechnik.

Verteilung der Produktion und Steigerungsraten (in Mrd. DM)

	1969/70	1978/79	%
Nachrichtentechnik	2,4	5,8	142
Med. Technik	0,9	2,1	133
Installationstechnik	1,7	2,5	47
Energietechnik	3,7	7,1	92
Fernschreib- und Signaltechnik, Daten- und Informationssysteme	1,3	3,9	200
Bauelemente	0,6	1,3	117



Montage und Prüfung von Elektronikbauteilen. Die Arbeit bei absoluter Staubfreiheit und mit dem Mikroskop greifen die Gesundheit besonders an.

Deutlich ist daran die Marschrichtung der Kapitalistenklasse abzulesen. Die Investitionen werden steigen, so hat es das IFO-Institut erst Anfang dieses Jahres erneut vorhergesagt, wenn auch nur um 6 bis 7% gegenüber 10% im Vorjahr, aber nach wie vor nicht zur Erweiterung der Produktion, sondern bei neuen Fertigungs- und Verfahrenstechniken. Das ist nicht neu, sondern nach der Krise 1974/75 im großen und ganzen immer so gewesen. Die Mikroelektronik ist notwendig als Grundlage für alle die Bereiche, in denen in den Betrieben, in den Verwaltungen etc. rationalisiert wird, sei es für die Rechner zur Steuerung eines ganzen Produktionsablaufs, sei es für die nc-gesteuerten Drehbänke, sei es Datenübertragung etc. Die Nachrichtentechnik ist zusammen mit der Fernschreib- und Signaltechnik notwendig, um totes Kapital zu sparen, um Lager gering zu halten und trotzdem rasch die entsprechenden Teile bzw. Rohstoffe, die zur Produktion notwendig sind, beschaffen zu können, um bei weltweiter Produktion und weltweitem Markt raschen Austausch der Produkte zu gewährleisten, also zur Erhöhung der Umschlagsgeschwindigkeit des Kapitals. Siemens hat sich darauf eingestellt und jetzt auch noch die beiden Bereiche Nachrichtentechnik und Fernschreib- und Signaltechnik zur Kommunikationstechnik, dem damit größten Produktionsbereich, zusammengefaßt. Auf diesen Gebieten ist Siemens auch der einzige Konzern der westdeutschen Bourgeois, der auf den Markt des wichtigsten Konkurrenten, der Supermacht USA, eindringen kann. Im vergangenen Jahr betrug der US-Umsatz des Siemens-Konzerns 950 Mio. DM.

Nicht ausreichend allerdings erscheint den Bourgeois das Geschäft bei der Energieversorgung. „Andererseits ist auf wachstumsträchtigen Gebieten wie Kraftwerksbau, Modernisierung der Bahnstrecken und Einrichtung von neuen Kommunikationsnetzen ... die Investitionstätigkeit durch Einsprüche von Bürgerinitiativen und politische Unsicherheiten behindert", bedauert das IFO-Institut in seinem Konjunkturbericht. Und die Konzernherren von Siemens bauen darauf, daß „über Busher im Iran noch nicht das letzte Wort gesprochen ist" und „daß ein Umdenkungsprozeß in puncto Kernenergie langsam in Gang" komme.

Doch für diese Entwicklungen reicht der aus den Arbeitern bei Siemens bei entsprechendem Profit gepreßte Mehrwert nicht aus, die Forschung muß über den Staat aus den Lohngeldern noch weiter gefördert werden, denn immerhin sind 45% der Produkte von Siemens jünger als 5 Jahre, 30% 5 bis 10 Jahre und nur der Rest noch älter. „In einzelnen Arbeitsgebieten mit besonders hoher Innovationsrate (zum Beispiel in der Datenverarbeitung) investieren wir erheblich mehr in die Zukunftssicherung (als 5%). Das Bundesministerium für Forschung und Technologie fördert wichtige, im Interesse der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung liegende Vorhaben. Förderungsschwerpunkte lagen in der Mikroelektronik und in der Datenverarbeitung sowie auf dem Gebiet des Hochtemperaturreaktors", führte der Geschäftsbericht aus.

Mit Investitionen von jetzt erstmals über 2 Mrd. DM will sich der Konzern im laufenden Jahr und in den kommenden Jahren auf weitere Schlachten rüsten. 6 bis 7% Steigerung des Bedarfs an Elektroprodukten seien vorhergesagt, vielleicht für sie eher noch mehr, so hoffen die Konzernherren.



z.rül.London. **Nach elf Wochen Streik der britischen Stahlarbeiter ist die Zahl der Betriebe, die wegen fehlendem Stahl die Produktion einstellen oder drastisch verringern mußten, auf knapp 50 mit mehreren tausend Arbeitern gestiegen.** Westeuropäische Stahlmonopole, die immer noch Stahl ins Land schaffen, rauben währenddessen den BSC-Kapitalisten durch langfristige Lieferverträge kräftig Marktanteile. Wie die Vereinigung der stahlverbrauchenden Kapitalisten schätzt, konnten sie ihren Anteil bereits jetzt von 20 bis 24% (1979) auf 30% steigern. Das Rationalisierungsprogramm der BSC-Kapitalisten ist damit in Gefahr. – Die 13 Gewerkschaften der BSC-Arbeiter führten letzten Mittwoch die erste gemeinsame Delegiertenkonferenz in ihrer Geschichte durch. Sie beschlossen, den Kapitalisten eine einheitliche Forderung vorzulegen, ein gemeinsames Streikkomitee und eine gemeinsame Verhandlungskommission zu bilden und die Blockade von Stahlimporten und Lieferungen zwischen den Kapitalisten zu verschärfen. Das ist ein wichtiger Fortschritt und festigt die Einheit der Stahlarbeiter beträchtlich. Wie sehr das die Kapitalisten trifft, zeigte die Reaktion der Polizei. Allein am Freitag wurden 36 Streikposten verhaftet. Trotzdem ist die Lage der Arbeiter nicht einfach günstig. Die Gewerkschaften haben ihre neuen Forderungen noch nicht veröffentlicht, und sicher wird es Versuche geben, den Kapitalisten Konzessionen zu machen. Jeder Stahlarbeiter hat inzwischen ca. 1000 Pfund Lohn verloren. Zu ihrer Unterstützung richtete der TUC letzte Woche endlich einen Fonds ein. 50000 Pfund gingen binnen weniger Tage darauf ein. Die BSC-Kapitalisten begannen letzten Montag gegen den Willen der Gewerkschaften eine Urabstimmung unter den Arbeitern darüber, ob diese eine Urabstimmung über ihr Angebot wollen. Eine „Urabstimmung über eine Urabstimmung" also, um die Arbeiter zu spalten. Am Montag soll das Ergebnis vorliegen. Am gleichen Tag beginnen erste Verhandlungen zwischen dem neuen Verhandlungskomitee der Gewerkschaften und dem BSC-Vorstand.

z.coi. **Der Vorstand der finnischen Metallarbeitergewerkschaft hat folgender Tarifvereinbarung zugestimmt:** 0,90 Fmk/St. ab 1.3. und 3% zusätzlich ab 1.10., Erhöhung des Mindestlohnes auf 13 Fmk, sowie der Abend- und Nachtschichtzulagen um 15 bzw. 30 Penniä. Der Tarifvertrag hat eine Laufzeit von einem Jahr. Ab 1. März 1981 verkürzt sich die Arbeitszeit der Drei-Schicht-Arbeiter auf 38 Stunden wöchentlich bei gleichbleibendem Lohn. Die Gewerkschaften der Papier- und Holzindustriearbeiter haben im wesentlichen gleichen Tarifverträgen zugestimmt. Die Lohnerhöhung macht prozentmäßig ca. 9,5% aus, ca. 1,5% über der Inflationsrate.

z.bag. **Bis zum 15.2. sollten in Norwegen die lokalen Lohnverhandlungen abgeschlossen sein, aber an vielen Arbeitsplätzen geht der Kampf weiter.** Die höchsten Lohnerhöhungen konnten bisher gegen die Energiekonzerne durchgesetzt werden: die Arbeiter der Firma Reading & Bates auf den Bohrplattformen in der Nordsee erkämpften zwischen 11 und 12,40 Kronen in der Stunde mehr, die Angestellten der staatlichen Ölgesellschaft Statoil in Stavanger 6 Kronen. Die meisten erfolgreichen Lohnkämpfe fanden in der Metallindustrie, im graphischen Gewerbe und in der Getränkeindustrie statt. Die marxistisch-leninistische Zeitung „Klassekampen" führt Ende Februar 38 Betriebe an, in denen zwischen 2 und 5 Kronen pro Stunde mehr erkämpft wurden. Unter den Lohnstreiks, die noch andauern, ist der Kampf von 1100 Fahrern privater Busgesellschaften in Oslo, unterstützt von ca. 100 Fahrern des Umlands.

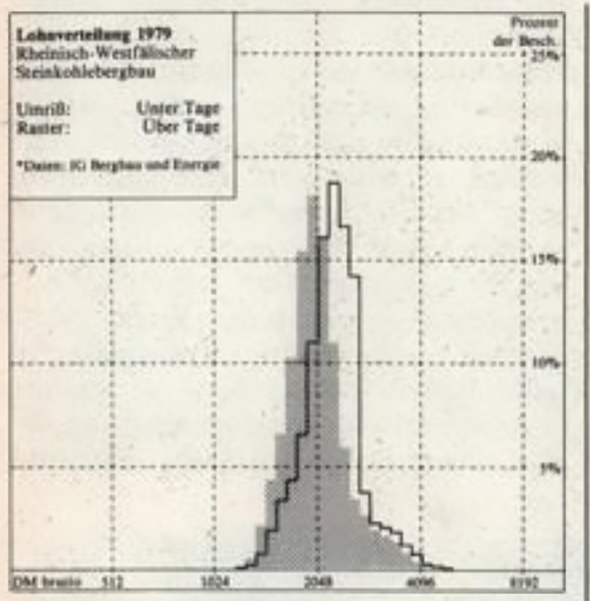
z.bag.Aarhus. **Mehrere Wochen lang war der Betrieb in den dänischen Kaufhauskonzernen Magasin, Salling und Anva in allen großen Städten des Landes empfindlich gestört oder ganz lahmgelegt.** Die Verkäuferinnen, organisiert in der Gewerkschaft HK (Handel und Büro), streikten stundenweise und ganze Tage für Lohnerhöhungen. Die 1200 Verkäuferinnen von Magasin kämpften um eine Erhöhung des Mindestlohns auf 40 DKr.; bei Salling, wo bisher nur 34 Dkr. gezahlt werden, ging es über die Erhöhung des Mindestlohns hinaus darum, daß statt der üblichen persönlichen Zuschläge kollektive Lohnabkommen abgeschlossen werden. Ähnlich wendete sich die Forderung der Belegschaften von Anva gegen die Spalterei durch Einzelbewertungen, Prämien und Umsatzbeteiligung; sie forderten 5 Kronen mehr pro Stunde für alle gleich. Die Kaufhauskonzerne mußten sich zu Verhandlungen bereit erklären.

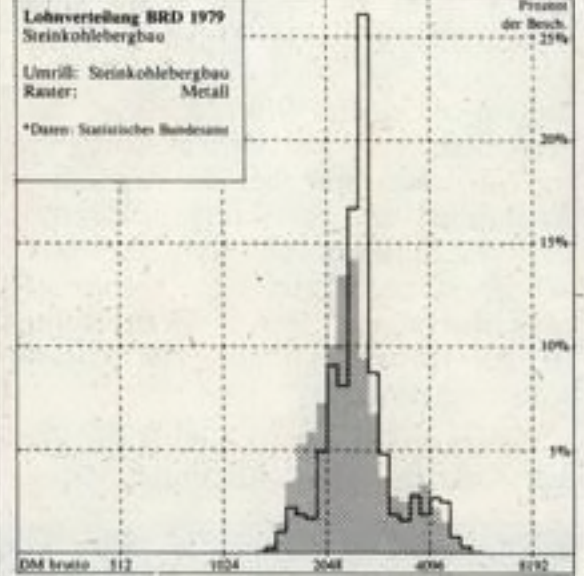
z.rua. **Am 4. März streikten in Portugal die Beschäftigten im gesamten Transportwesen.** Die Arbeiter der Eisenbahnen, U-Bahnen und der Seetransportgesellschaft streikten von 9.30 bis 12.30; die Maschinisten in den Verkehrsbetrieben führten einen 24stündigen Streik durch. Bereits am 27.2. hatten die Eisenbahner in einem achtstündigen Streik den Eisenbahnverkehr zum Erliegen gebracht. Die Gewerkschaft im Transportwesen fordert von der Regierung Sa Carneiro Lohnerhöhungen von mindestens 22% rückwirkend ab Januar, die Zahlung von Lebensmittelzulagen, die Auszahlung von Leistungsprämien an alle Arbeiter und die gesetzliche Anerkennung des 8-Stundentages. Die offizielle

IG Bergbau und Energie: Hohe Prozentforderung und Höhergruppierung aller Untertagearbeiter

z.wig. Am 30.4. laufen die Lohn- und Gehaltstarife für die Steinkohlereviere Ruhr, Saar, Aachen und Ibbenbühren aus. In diesen Tarifgebieten sind rund 181000 Arbeiter und Angestellte beschäftigt, 141000 davon im Bereich Ruhr. Die Lohnordnung (Lohn- und Gehaltsgruppenschlüssel) ist mit dreimonatiger Frist zum Halbjahresende kündbar. Am 18. März wird der Hauptvorstand der IGBE über die Lohn- und Gehaltsforderung beschließen. Hans Alker, stellvertretender Vorsitzender der IGBE und Tarifverhandlungsführer, sowie andere Funktionäre der Gewerkschaft haben als Leitlinien für die Verhandlungen folgende Forderungen vorgeschlagen: Die Löhne und Gehälter sollen um einen ,,spürbaren und einheitlichen Prozentsatz" erhöht werden, der über dem Abschluß in der Metallindustrie liegen müsse. Mindestens eine neue Lohngruppe müsse eingeführt werden (LG 12) und alle Arbeiter, die unter Tage arbeiten, müßten eine Lohngruppe höher eingestuft werden. Außerdem soll die Freischichtenregelung verbessert werden, die gegenwärtig bei 32 Schichten mit Schichtbeginn zwischen 18 und 4 Uhr, sowie für die reinen Nachtschichten eine Freischicht im halben Jahr vorsieht. Die Bergbaukapitalisten haben durch die Haldenverkäufe ab März 78 ca. 3 Milliarden DM flüssig gemacht und brauchen zur Erhöhung der Förderung und Schichtleistung mehr Arbeiter in den Abbauabteilungen, vor allem junge unter 35 Jahren.

Die Bedingungen sind deshalb günstig, einen hohen Abschluß und die Höhergruppierung der Unter-Tage-Arbeiter durchzusetzen.





Tarifnachrichten

Metall: Der IGM-Vorstand hat am 25.2. in Frankfurt das Ergebnis für Hessen angenommen. Am 22.2. hatte die hessische Tarifkommission das Ergebnis mit 28:26 Stimmen abgelehnt. Für den Nordverbund hat die Große Tarifkommission in Hamburg die Übernahme des 6,8%-Abschlusses mit 281:91 Stimmen beschlossen.

Druck: Forderungen der Tarifkommission der *Druckindustrie* für die etwa 169000 Beschäftigten: Lineare Erhöhung um 9,5%, Veränderung der Prozentrelation der Hilfskräftegruppen wie folgt: LG I von 72,5% auf 75%, LG II von 77,5% auf 80%, LG III von 82,5% auf 85%, LG IV von 85% auf 87,5%, Lohngruppe V von 88,5% auf 90%. Wegfall der Altersgruppen in Lohngruppe I und II, Wegfall der Facharbeitergruppe 1. Gehilfenjahr, Anhebung der unteren Lohngruppen, 65 DM mehr Ausbildungsvergütung. Abschluß für die ca. 109000 Beschäftigten in der *Papierverarbeitenden Industrie,* gleichlautend für die *Tapetenindustrie:* 6,8% ab 1.2.80, zusätzliche Anhebung der LG III um 3,5 Pfennig, der LG IV um 4,5 Pfennig und der LG V und VI um jeweils 6,5 Pfennig. Damit ergibt sich eine Erhöhung zwischen 6,8 und 7,9%. Die zusätzliche Anhebung, auf das Jahr gerechnet 135 DM, wird Bestandteil des Tariflohns. In der LG Ia fällt das Gehilfenjahr weg. Ausbildungsvergütung: 1. Lehrjahr 460 DM, 2. Lehrjahr 535 DM, 3. Lehrjahr 625 DM. Erhöhung der Gehälter ebenfalls um 6,8%.

Handel: Forderung der Großen Tarifkommission *Versicherungsgewerbe* für die ca. 200000 Beschäftigten: Gesamtvolumen 10,5%. 8,7% Gehaltserhöhung, Streichung der Gehaltsgruppe I, Streichung unterer Berufsjahrstaffeln, Einbau der Sonderzahlungen als Urlaubs- und Weihnachtsgeld in den Tarifvertrag, Mindesturlaubsgeld 1350 DM, Ausbildungsvergütung 65 DM mehr. Forderung der HBV Niedersachsen für die Beschäftigten im *Einzelhandel:* Korrektur der Tarifstruktur, Verkürzung der Berufsjahrstaffel, nicht mehr Lebens-, sondern Tätigkeitsjahre, Gehaltserhöhungen zwischen 150 und 257 DM. Wegfall der Lohngruppe I, Lohnerhöhungen zwischen 155 und 218 DM. Ausbildungsvergütung 90 DM mehr. Verhandlungen am 17.3. Abschluß *Groß- und Außenhandel* Hessen: Gehaltserhöhungen zwischen 6,57% (Gehaltsgruppe I) und 6,18% (Gehaltsgruppe VI), Streichung des I. BJ in Gehaltsgruppe III. Lohnerhöhungen zwischen 7,04% (Lohngruppe I) und 6,37% (Lohngruppe VI). Ausbildungsvergütung 40 DM mehr für alle.

Schreinerhandwerk Rheinland-Pfalz: Abschluß am 22.2.: Erhöhung der Tariflöhne ab 1.2. um 73 Pfennig und am 1.9. um weitere 9 Pfennig. Wegfall der Ortsklasse II und damit weitere 3 Pfennig mehr. Volumen knapp 7%.

500000 streikten gegen das Lohngesetz

Niederländische Arbeiterbewegung tritt an gegen Lohnsenkung und Knebelung

z.scc. Dienstag, 4. März, 8.00 Uhr. 200000 seien bisher dem Aufruf des Gewerkschaftsbundes FNV zum Streik gefolgt, meldet der Nachrichtensprecher. Am Abend dieses Tages wird die Zweite Kammer des niederländischen Parlaments das neue Lohngesetz behandeln, das das Tarifrecht der Gewerkschaften bis zum 31.12.81 aufhebt und der Regierung alle Handhabe gibt, Löhne wie andere Tarifangelegenheiten nach Ermessen festzulegen.

Die 24-Stunden-Streikaktion des FNV sei von vorneherein zum Scheitern verurteilt, hatten die bürgerlichen Meinungsmacher prophezeit und sich auch durch die seit Wochen anhaltenden Kurzstreiks zehntausender Lohnabhängiger nicht davon abbringen lassen. Die niederländischen Arbeiter wüßten um die Schwierigkeiten der ,,nationalen Wirtschaft" und seien zur ,,Lohnmäßigung", nicht aber zum Kampf bereit. Hier und jetzt, auf der Zubringerautobahn nach Rotterdam am frühen Morgen des 4., scheint es noch, als könnten sie Recht behalten. Wie jeden Morgen rollt eine schier endlose Kolonne von PKWs und LKWs, vor allem LKWs, im Schrittempo in Richtung Rotterdam, einem der bedeutendsten Umschlagplätze der Welt und gleichzeitig industrielles Zentrum der Niederlande. Kein Land, außer Belgien noch, ist so sehr Drehscheibe des westeuropäischen Handels, und kein europäisches Land außer ebenfalls Belgien ist so stark vom Weltmarkt abhängig wie die Niederlande. 45% des Bruttoinlandsprodukts, des von der Arbeiterklasse geschaffenen Reichtums, geht in den Export, pro Lohnabhängigen doppelt so viel wie in der BRD. Umso wilder reagiert die niederländische Finanzbourgeoisie auf die heraufziehenden Schwierigkeiten auf dem Weltmarkt mit dem Versuch, durch weitestgehende Lohnsenkung die Konkurrenzposition zu halten.

8.20 Uhr. Wir schließen uns dem Streik an, erklärt ein Redakteur von Radio Hilversum. Das ist, wie sich die Bourgeois später lauthals beklagen, nicht ,,eingeplant". Zusammen mit den Druckern, den Rundfunk- und abends den Fernsehtechnikern verweigern die der Journalistengewerkschaft angeschlossenen Redakteure jegliche Tätigkeit außer der Berichterstattung über den Streik.

Überhaupt, der Aktionsplan des FNV, der nicht viel mehr als 200000 Lohnabhängige in den Streik einbezog, erweist sich jetzt schnell als der Kampfentschlossenheit unangemessen. Ganze Belegschaften schließen sich spontan dem Streik an; innerhalb weniger Viertelstunden wächst die Streikfront auf 400000, bis 12.00 Uhr auf 500000 an. Der Rotterdamer Hafen liegt ebenso wie der Amsterdamer fast wie ausgestorben, still und nutzlos stehen die Kräne an den sonst so geschäftigen Kais. Zahllose Betriebe sind, nachdem die Belegschaften des Morgens oft noch Versammlungen durchgeführt hatten, vollständig stillgelegt. Auf den meisten Baustellen rührt sich keine Hand. Am stärksten betroffen ist der öffentliche Dienst, er ist weitgehend gelähmt.

Unlängst konnte man lesen, daß die Zahl der Urlaubsbuchungen für den Sommer 1980 gegenüber dem Vorjahr um deutliche Prozente zurückgefallen sei. Tief greifen die dauernden Lohnsenkungen in die Reproduktionsbedingungen der Arbeiterbevölkerung ein. 1977 konnte die Arbeiterbewegung noch eine Lohnerhöhung von durchschnittlich 1,7% zusätzlich zur Preiskompensation durchsetzen und damit wenigstens die Preissteigerungen ausgleichen, nicht aber mehr die gestiegenen Lebenshaltungskosten, die mit dem wachsenden Verschleiß der Arbeitskraft anfallen. 1978 und 1979 fielen die Löhne bei einer ,,Erhöhung" von 0,5% zusätzlich zur Preiskompensation bzw. überhaupt keiner tariflichen Erhöhung bereits hinter die tatsächlichen Preissteigerungen zurück, die durch die Preiskompensation höchstens zu 90% abgedeckt werden. Jetzt wollen die Bourgeois selbst der Preiskompensation zu Leibe.

Wie am wirkungsvollsten, rechnen die Lohnsenkungsexperten im Sozialministerium noch aus. Auf jeden Fall sollen die Preissteigerungen auf Erdölprodukte – ,,Es kann nicht noch einmal verteilt werden ..." – aus der Preiskompensation herausgenommen werden. Der FNV hat nachgerechnet, daß dies auf den Durchschnittslohn eine Lohnsenkung von 7,50 Gulden die Woche bedeutet. Die so bereinigte ,,Preiskompensation" soll dann voraussichtlich nur noch zur Hälfte (möglicherweise gar nicht) von den Kapitalisten als Lohn,,erhöhung" ausgezahlt werden; die andere Hälfte (oder die ganze) soll in Form von Lohnsteuer,,senkungen" gezahlt werden. Ergebnis: Extraprofite für die Kapitalisten, die einen Teil der Lohnsumme einbehalten; für die Lohnabhängigen werden die Steuer,,senkungen", wie immer sie im einzelnen ausfallen, nicht einmal das ausgleichen, was ihnen im letzten Jahr durch die Progression geraubt wurde. Der Preis der Arbeitskraft wäre definitiv gedrückt, und zwar nach Angaben des FNV um insgesamt 20 hfl pro Woche oder 3,17% auf den Durchschnittslohn.

Die Zweite Kammer hat das Lohngesetz, mit dem diese Lohnsenkung gegen eine geknebelte Gewerkschaftsbewegung durchgesetzt werden soll, verabschiedet. Das war nicht anders zu erwarten. Nur, entschieden ist damit noch nichts. Der heutige Tag ist nur ein Anfang, ruft der FNV-Sprecher auf der Kundgebung in Amsterdam. 20000, unter ihnen starke Delegationen der Post-, Nahverkehrs-, Elektrizitäts-, der Druck- und der Fordarbeiter, ein geschlossener Block der Mädchen aus den öffentlichen Bibliotheken, stimmen Sprechchöre an, in denen sie die Weiterführung des Streiks verlangen. Und nicht nur in Amsterdam, in Rotterdam, Den Haag, Utrecht und vielen kleineren Städten sind Zehntausende von Lohnabhängigen aufmarschiert, ihre Kampfentschlossenheit zu demonstrieren. Der FNV legt in diesen Tagen die weitere Marschroute fest. Einige Belegschaften führen ihren Streik derweil weiter.







Bild links: Bauarbeiter rufen mit weit sichtbarem Transparent zum Kampf gegen das Lohngesetz auf. Mitte: Demonstration der Arbeiter der RDM-Werft. Rechts: 20000 demonstrierten am 4.3. in Amsterdam.

Arbeitszeit beträgt zur Zeit 9 Stunden täglich, vier zusätzliche unbezahlte Überstunden sind die Regel. Die Regierung erklärte, das staatliche Transportwesen sei in einer ,,wirtschaftlich schwierigen Situation", und betreibt damit das Streikverbot. Den Beschäftigten im öffentlichen Dienst bietet sie Lohnerhöhungen in Höhe von 14% an, zahlbar ab Juli 1980. Die offizielle Preissteigerungsrate beträgt 25%.

z.inl. **In den Kohlegruben Asturiens des staatlichen spanischen Konzerns Hunosa wird seit dem 23.2. auf Aufruf der Arbeiterkommissionen CCOO gestreikt.** Die Direktion zählte: 5573 Arbeiter streiken, 5911 beteiligen sich nicht am Streik – und jammerte: Dennoch sei der Betrieb praktisch lahmgelegt, weil die piquadores, die Hauer, fast zu hundert Prozent streiken. 6% mehr Lohn und 2% Produktivitätsprämie war das Hunosa-Angebot in den Tarifverhandlungen, als die CCOO zum Streik aufriefen. Nach geschätzten acht Millionen Mark Verlust in der ersten Streikwoche steht es jetzt bei 10%. Die spanische Produktion von Stein- und Braunkohle hat mit 20,3 Mio. t 1978 knapp die Größenordnung der französischen Förderung. 80% davon werden allein in den Hunosa-Kohlegruben gefördert.

z.ulg.Rom. **Seit Anfang Oktober herrscht im italienischen Textilhandwerk tarifloser Zustand.** Vor der Wiederaufnahme der Verhandlungen hatte die Gewerkschaft für den 28.2. zu einem halbtägigen Streik aufgerufen, ein weiterer Streik ist für diesen Mittwoch geplant. 350000 Lohnabhängige sind in den rund 190000 Handwerksbetrieben der Branche beschäftigt, weitere 300000 als Heimarbeiter. Ein großer Teil davon ist in den industrialisierten Regionen Nord- und Mittelitaliens konzentriert. Als handwerklich zählen Betriebe mit bis zu zehn Gesellen und noch einmal soviel Lehrlingen. Oft sind es in Wirklichkeit ausgelagerte Abteilungen der Textil- und Warenhauskonzerne, die aus den niedrigeren Löhnen – vor allem für die Lehrlinge – Extraprofit schlagen. Dabei können sie sich den geringen Organisationsgrad und das Fehlen gewerkschaftlicher Rechte zunutzemachen. Hauptforderung der Gewerkschaft ist daher die Ausdehnung der in den größeren Betrieben geltenden Rechte wie Anerkennung der Vertrauensleute, Freistellungen, regelmäßige Versammlungen auf das Handwerk. Weiter wird eine Festgelderhöhung um 22000 Lire (50 DM) und verbesserter Kündigungsschutz gefordert. Die großen Kapitalisten, die über ihre Strohmänner einen Teil der Handwerksverbände beherrschen, setzen den Forderungen der Gewerkschaften zähen Widerstand entgegen und hatten die Verhandlungen im Oktober abgebrochen. Um die selbstarbeitenden kleinen Handwerker von den eigentlichen Kapitalisten abzuspalten, hat die Gewerkschaft u.a. die Einrichtung von Ausgleichskassen für die Leistungen bei Krankheit und Unfall vorgeschlagen.



z.gek. **Die chilenischen Kupferarbeiter kämpfen um die allgemeine Durchsetzung der Lohnerhöhung von 13%, die die Belegschaft von El Teniente nach 16 Tagen Streik schließlich erreicht hatte.** (Vgl. dazu KVZ 5,6 und 7/80). Ende Februar haben die Arbeiter von Chuquicamata, der größten Kupfermine Chiles, die Revision ihres Tarifvertrages vom Dezember verlangt, der nur eine Erhöhung von 9%, über den ganz unzureichenden Teuerungsausgleich hinaus, zugestanden hatte. Die Arbeiter von El Teniente hatten eine Erhöhung von 33% als Streikziel gehabt, nachdem ihre Löhne real gerade noch 62% der Löhne von 1972 betragen. – Nach dem neuen Arbeitsgesetz ist den Arbeitern von Chuquicamata jeder Streik überhaupt verboten, da die Grube zu den 45 ,, unentbehrlichen" Betrieben gehört – unentbehrlich für die US-Kupfermonopole, die sich mit dem Militärputsch 1973 wieder ihre alten Ausbeuterrechte über die Kupferarbeiter Chiles gesichert haben.

z.wom. **Die 60000 gewerkschaftlich organisierten Arbeiter der US-Ölraffinerien setzen ihren Streik für mehr Lohn und Zahlung der Krankenversicherung durch die Kapitalisten fort.** Der Streik der Oil, Chemical and Atomic Workers Union (OCAW) hat am 6. Januar begonnen. Eine von der Gewerkschaft mit den Ölkonzernen ausgehandelte Übereinkunft, die ihre Forderungen nicht erfüllte, lehnten die Arbeiter ab. Von der Hauptverwaltung der Standard Oil of California SOCAL demonstrierten die Arbeiter für ihre Forderungen (siehe KVZ 4/80). – Eine gemeinsame Front der Automobilarbeitergewerkschaft, der Farmarbeitergewerkschaft und der Stahlarbeitergewerkschaft bekämpft die Stillegung von Automobilwerken in Kalifornien im Raum Los Angeles. Der Ford-Konzern hat dort ein Werk geschlossen, GM will ein Zubehörwerk stillegen. Innerhalb der letzten drei Jahre sind im Raum von Los Angeles 27 Großbetriebe der Stahl- und Gummiindustrie und der Metallverarbeitung geschlossen worden. 20000 Arbeiter hauptsächlich mexikanischer Abstammung verloren ihren Arbeitsplatz. Die Automobilarbeiter fordern eine längere Zahlung der Arbeitslosenunterstützung, Umschulung ohne Verlust der Arbeitslosenunterstützung und den Stop der Werksschließungen. Zur gleichen Zeit hat der GM-Konzern den Bau von zwei neuen Automobilwerken in den USA für 1 Mrd. Dollar angekündigt, in denen viel billiger produziert werden soll. – Ende Februar dauerte der erste Streik der 4350 Feuerwehrleute von Chicago für 10% mehr Lohn und Streikrecht noch an; die Stadtverwaltung versuchte den Streik durch Einstellung von Streikbrechern und Inhaftierung der Gewerkschaftsfunktionäre zu brechen. Ein Funktionär wurde zu fünf Monaten Gefängnis verurteilt.

Studienreformkommissionen legen erste Empfehlungen vor – Kommissionen und Vorschläge

z.wig. Das Hochschulrahmengesetz schreibt die Einrichtung von Studienreformkommissionen vor. Die Kultusministerkonferenz unterscheidet zwischen einer „kleinen" und einer „großen" Studienreform. Die „kleine Reform" soll die Diplomprüfungsordnungen an die Festlegungen des Hochschulrahmengesetzes und der Länderhochschulgesetze anpassen. Dafür sind zuständig: Die „Kommission für Prüfungs- und Studienordnungen" der Kultusministerkonferenz und der „Unterausschuß für Prüfungs- und Studienordnungen". Sie haben „Allgemeine Bestimmungen für Diplomprüfungsordnungen' vorgelegt.

Die „große Studienreform" befaßt sich mit der inhaltlichen Studienreform. Zu diesem Zweck wurden die „Ständige Konferenz für Studienreform" und die „fächerspezifischen Studienreformkommissionen" überregional eingerichtet. Die „Ständige Kommission" besteht aus elf Vertretern, die die Kultusministerkonferenz entsendet, elf Hochschulvertretern, die die Westdeutsche Rektorenkonferenz nach Empfehlungen der Hochschulen vorschlägt sowie zwei Vertretern des Deutschen Gewerkschaftsbundes und des Bundes Deutscher Unternehmer, die beratende Stimme haben. Am 28.9.79 hat die „Ständige Kommission" die „Grundsätze für Studium und Prüfungen" bei einer Gegenstimme (Bayern) verabschiedet. Die Vertreter des DGB und der Vereinigten Deutschen Studentenschaften haben den Grundsätzen zugestimmt, weil sie nur allgemeine Formulierungen enthalten und letztendlich offen ist, wie das Studium reformiert werden soll. Die vds wollen in den nächsten Wochen eine Stellungnahme zu den Grundsätzen veröffentlichen, die die Forderungen der Studenten enthalten soll. Der DGB hält weiter an seinen „Leitsätzen zur Studienreform" fest. Die Grundsätze sollen jetzt den Hochschulen zur Stellungnahme vorgelegt werden.

Die überregionalen fächerspezifischen Studienreformkommissionen sind folgendermaßen zusammengesetzt: 7 Vertreter der Hochschulen, 3 der Kultusministerkonferenz und 3 Fachvertreter mit beratender Stimme. Bei Fächern mit Staatsprüfungen erhöht sich die Zahl der Vertreter der Kultusministerkonferenz auf 9. Bisher tagende Kommissionen: Chemie, Wirtschaftswissenschaften, Zahnmedizin, Architektur/Raumplanung/Bauingenieurswesen, Biologie, Diplompädagogik/Sozialpädagogik/Sozialarbeit sowie Sprach- und Literaturwissenschaften. Es liegen „Reformempfehlungen zum Zahnmedizinstudium" vor, im Herbst kommen weitere für Chemie und Wirtschaftswissenschaften dazu.

Die vds lehnen die Studienreformkommissionen in ihrer jetzigen Besetzung ab. Fachtagungen verlangen Einspruchsrecht bei den Entscheidungen der Kommissionen und arbeiten mit den Gewerkschaften bei der Erarbeitung ihrer Forderungen zur Studien- und Prüfungsreform zusammen.

Landesweite Kämpfe an den norwegischen Hochschulen zur Erhöhung des „Studentenlohns"

z.bag. Seit Anfang des Jahres werden an allen norwegischen Hochschulen Unterschriftensammlungen, Vorlesungsstreiks, Kantinenboykotts und Mieterstreiks in den Studentenwohnheimen durchgeführt. Ende Februar versuchte die Universitätsverwaltung in Bergen, den Mietstreik zu brechen, indem sie den 2000 Studenten in den verschiedenen Wohnheimen Strom und Wasser abdrehte. Eine Protestaktion mit den Kindern der Studenten zwang die Verwaltung zur Aufhebung der Maßnahme (Bild). Am 12.3. findet ein landesweiter Aktionstag statt, an dem sich alle Institutionen der höheren Ausbildung beteiligen.

Die Studenten kämpfen, weil ihre ständig schlechter werdende ökonomische Situation es ihnen mehr und mehr



scher Student hat heute im Schnitt 100000 Kr. Schulden, die er über 20

Landesweite Kämpfe an den norwegischen Hochschulen zur Erhöhung des „Studentenlohns"

z.bag. Seit Anfang des Jahres werden an allen norwegischen Hochschulen Unterschriftensammlungen, Vorlesungsstreiks, Kantinenboykotts und Mieterstreiks in den Studentenwohnheimen durchgeführt. Ende Februar versuchte die Universitätsverwaltung in Bergen, den Mietstreik zu brechen, indem sie den 2000 Studenten in den verschiedenen Wohnheimen Strom und Wasser abdrehte. Eine Protestaktion mit den Kindern der Studenten zwang die Verwaltung zur Aufhebung der Maßnahme (Bild). Am 12.3. findet ein landesweiter Aktionstag statt, an dem sich alle Institutionen der höheren Ausbildung beteiligen.

Die Studenten kämpfen, weil ihre ständig schlechter werdende ökonomische Situation es ihnen mehr und mehr unmöglich macht, die Ausbildung zu beenden. Ein norwegischer Student bekommt 2150 NKr. im Monat, verbraucht aber 2800. Der Rest wird von den Eltern oder einem berufstätigen Ehepartner zugeschossen, bzw. mit Teilzeitarbeit selbst verdient. In Oslo arbeiten inzwischen 49% der Studenten neben dem Studium. Von den genannten 2150 Kr. monatlich sind 505 Kr. Stipendium, das andere ist ein Bankkredit, der mit Zinsen zurückgezahlt werden muß, die in den letzten beiden Jahren von 6,5 auf 8,5% stiegen. Ein fertig ausgebildeter norwegi-



scher Student hat heute im Schnitt 100000 Kr. Schulden, die er über 20 Jahre in Raten von 1000 Kr. monatlich zurückzahlen muß.

Der Anlaß für die Aktionen der Studenten war, daß die Regierung eine so geringfügige Erhöhung des sogenannten Studentenlohns (jene 2150 Kr.) beschloß, daß sie bei den steigenden Reproduktionskosten einer Lohnsenkung von 10% gleichkommt, und daß fast gleichzeitig die Mieten in den Studentenwohnheimen und das Essen in den Kantinen bis zu 30% erhöht wurden. Mehrere Gewerkschaftsgruppen unterstützen die Aktionen.

Streik schwedischer Berufsfachschüler für einen Praktikumslohn

z.coi.Stockholm. Ca. 700 Maler- und Baufachschüler der berufsausbildenden Gymnasien Stockholms haben am 27.2. gestreikt. Sie verlangen knapp 17 SKr. pro Stunde, wie sie die Kapitalisten ihren angestellten Lehrlingen entsprechend den tariflichen Vereinbarungen mit den Gewerkschaften zahlen müssen. Die Schüler bekommen z.Zt. während des einjährigen Praktikums neben der staatlichen Ausbildungsbeihilfe von 1000 SKr. pro Semester 4 SKr. pro Stunde an Essensgeld von den Kapitalisten. Während des Praktikums, das im zweiten und abschließenden Jahr abgelegt wird, arbeiten die Schüler vier Tage in der Woche gemeinsam mit den Lehrlingen im Betrieb, am fünften Tag haben sie Unterricht in der Schule.



Mit der Reform von 1971 wurde die Berufsschulausbildung dem gymnasialen Schulsystem eingegliedert. Hatte vorher der größte Teil der Jugendlichen eine Lehre im Betrieb unter Kontrolle der Gewerkschaft und tarifvertraglich entlohnt durchgeführt, so ist er seitdem vollständig dem Regiment der staatlichen Schulbürokratie auch während des Praktikums im Betrieb unterworfen. Nur ein kleiner Teil kann weiterhin eine betriebliche Lehre durchführen. Der Reichsbund der Berufsschüler YRF, der den Streik organisiert hat, fordert die generelle Einführung von Berufspraktika, die es nicht in allen Ausbildungsgängen gibt, und ihre tarifliche Bezahlung. Die Gewerkschaften sind gegenüber den Forderungen des YRF gespalten. Der Bauarbeiterverband lehnt die tarifliche Bezahlung der Praktikanten ab und fordert stattdessen die Erhöhung der Studienbeihilfe. Die Metallarbeitergewerkschaft dagegen fordert, daß ein Berufsschüler nur mit Anstellungsvertrag im Unternehmen auf der Basis des Tarifvertrages arbeiten darf.

vds-Demonstration gegen Germanistenprozeß

Urteilsverkündung am 15.3. 15.00 Uhr in Heidelberg

z.tob. Am Freitag, den 7. März fand in Heidelberg die von den vds und den Heidelberger Fachschaften veranstaltete Kundgebung und Demonstration gegen die Strafanträge der Staatsanwaltschaft im Prozeß gegen H. Sautmann, C. Koepsell und Silvia Schmitt statt. Die angeklagte Fachschaftsvertreterin Silvia Schmitt berichtete vor ca. 400 Teilnehmern der Kundgebung: „Heute hat das Gericht entschieden – die Urteilsverkündung in unserem Prozeß findet am nächsten Freitag um 15.00 Uhr statt. 6 der 47 Punkte umfassenden Anklageschrift werden abgetrennt und sollen später verhandelt werden, weil hier die Verteidigung Beweisanträge gestellt hat ... Das Gericht will offensichtlich angesichts der Bewegung gegen die Strafanträge ein Urteil schnell unter Dach und Fach bringen ... Nach den Einzelanträgen von Staatsanwalt Olbrich sollte für die 6 jetzt abgetrennten Punkte Einzelstrafen von bis zu 22 Monaten verhängt werden. Trotz der Abtrennung dieser Punkte beantragte Staatsanwalt Olbrich jetzt erneut dieselben Strafen von 3 Jahren und 10 Monaten, 3 Jahren und 6 Monaten und 3 Jahren und 4 Monaten Gefängnis, denn diese Anträge seien ohnehin sehr niedrig bemessen. Das zeigt, daß hier unter allen Umständen ein Grundsatzurteil gegen die Studentenbewegung gefällt werden soll ..."

Der Vorsitzende der vds, Wolfgang Hahn von den Jusos, erklärte die volle Solidarität der vds: „... Wir werden gemäß dem Beschluß der Mitgliederversammlung der vds in der nächsten Woche bundesweit alle ASten und Fachschaften aufrufen, bundesweit für die Angeklagten zu spenden ... und laßt mich hinzufügen, daß es auch darum geht, daß hier wieder die Verfaßte Studentenschaft eingeführt wird, mit den Rechten, die die Studenten fordern, nämlich mit dem politischen und imperativen Mandat, Satzungs- und Finanzhoheit.

Christian v. Dithfurt, Mitglied der Fachschaft Germanistik, machte Rektorat und Landesregierung für die Prozesse verantwortlich: „Rektor Laufs gibt sich liberal ... Er wollte sogar einige Strafanzeigen einstellen, wenn die Betroffenen eine Wohlverhaltenserklärung unterschrieben ... Diese Erklärung wird nicht unterschrieben werden ... (Beifall) Und wir distanzieren uns nicht von einem Germanistenboykott, dessen Notwendigkeit sich gerade heu-

gemäß dem Beschluß der Mitgliederversammlung der vds in der nächsten Woche bundesweit alle ASten und Fachschaften aufrufen, bundesweit für die Angeklagten zu spenden ... und laßt mich hinzufügen, daß es auch darum geht, daß hier wieder die Verfaßte Studentenschaft eingeführt wird, mit den Rechten, die die Studenten fordern, nämlich mit dem politischen und imperativen Mandat, Satzungs- und Finanzhoheit.

Christian v. Dithfurt, Mitglied der Fachschaft Germanistik, machte Rektorat und Landesregierung für die Prozesse verantwortlich: „Rektor Laufs gibt sich liberal ... Er wollte sogar einige Strafanzeigen einstellen, wenn die Betroffenen eine Wohlverhaltenserklärung unterschrieben ... Diese Erklärung wird nicht unterschrieben werden ... (Beifall) Und wir distanzieren uns nicht von einem Germanistenboykott, dessen Notwendigkeit sich gerade heu-

te zeigt, wo unsere Forderungen weitgehend nicht durchgesetzt wurden und daher die Lage am Germanistischen Seminar unerträglich ist."

Ein Vertreter des Ortsvorstandes der IG Druck Weinheim begründete auf einstimmigen Beschluß des Ortsvorstandes eine Grußadresse: „... Und genau deshalb bin ich der Meinung, daß die Gewerkschaften aufgerufen sind, zu diesem Germanistenprozeß Stellung zu beziehen, denn es geht hier um nicht mehr und nicht weniger als um einen Angriff auf das Streikrecht überhaupt, um in der Öffentlichkeit dieses Streikrecht, dieses legale Mittel von Lohnabhängigen und Abhängigen, in den Dreck zu ziehen und zu kriminalisieren..." Gegen die Pressebockade der Heidelberger Lokalzeitungen: „Wir rufen die Journalisten und Redakteure auf, sich diesem Druck nicht zu beugen." Auf einer Veranstaltung der IG Druck in Stuttgart haben 150 Anwesende bei 20 Enthaltungen einen Offenen Brief beschlossen: „... Zur Durchsetzung ihrer Interessen brauchen die Studenten Koalitions- und Streikrecht. Wir fordern die Staatsanwaltschaft dazu auf, die gestellten Strafanträge sofort zurückzunehmen. Den Vorsitzenden Richter fordern wir auf, den Prozeß sofort einzustellen."

Delegationen von ca. 100 Studenten aus Kiel, Erlangen, Karlsruhe, Stuttgart, Tübingen, Freiburg und Mannheim erklärten zum Teil in Grußadressen ihre Unterstützung im Kampf gegen den Prozeß.

Bisher 19 Schüler der Hauptschule in Lauda-Königshofen fordern in einem Brief an den Rektor der Universität Laufs: „... Wir fordern Sie, den Rektor der Universität Heidelberg, dazu auf, alle Strafanträge gegen Studenten zurückzunehmen und zu uns an die Schule zu kommen, um uns Fragen zu den Prozessen an der Hochschule zu beantworten."

Zum Abschluß der Kundgebung machte die Fachschaft Jura Heidelberg einen Vorschlag zum weiteren Vorgehen. So soll eine gemeinsame Veranstaltung von Schülervertretungen und Fachschaften organisiert werden. Die in Heidelberg gesammelten Unterschriften für die Rücknahme aller Strafanzeigen sollen dem Rektor nächste Woche übergeben werden und die Unterschriftensammlung zu Semesterbeginn, verknüpft mit einer Unterrichtung der Studienanfänger fortgesetzt werden. Weiterhin wurde aufgerufen, am Dienstag abend auf einer Wahlveranstaltung mit Minister Engler, desgleichen auf Wahlveranstaltungen in ganz Baden-Württemberg, gegen die Prozesse und für die Anerkennung der Verfaßten Studentenschaft einzutreten.



VDS-Demonstration in Heidelberg mit 400 Teilnehmern gegen die Germanistenprozesse: VDS-Vorstand in der ersten Reihe



VDS-Demonstration in Heidelberg mit 400 Teilnehmern gegen die Germanistenprozesse: VDS-Vorstand in der ersten Reihe

Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Kommunistische Volkszeitung

Kommunistischer Bund Westdeutschland
Geschäftsstelle Essen, Sibyllastr. 15, Tel. 25 23 53
Zelle Universität

Bochum, Essen
3. März 1980
10e270650p

Vergleich Studiengang Physik (Diplom)

Wir haben den Studiengang Diplomphysiker an den Universitäten Dortmund und Bochum, den Gesamthochschulen Essen und Duisburg miteinander verglichen. Dabei wurde von den Studien- und Prüfungsordnungen ausgegangen. Um einen Eindruck von den Studienverhältnissen zu bekommen, die den Studenten aufgezwungen werden, sind wir folgendermaßen vorgegangen: Als Dauer des Studienabschnitts wurde die verlangte Zeit zugrunde gelegt, z.B. Grundstudium 4 Semester, als Arbeitszeit wurde die angegebene Semesterwochenstundenzahl mal drei geschätzt, außerdem haben wir die Anzahl der geforderten Scheine erhoben. Das bedeutet in der Tabelle: z.B. GHS Duisburg im Grundstudium Vorlesungen mit einem Arbeitsaufwand von 81 Stunden und 6 geforderten Scheinen. Alle geschätzten Arbeitszeiten aufaddiert und durch 4 ergibt eine Semester(vorlesungs)arbeitszeit von durchschnittlich 47,3 Arbeitsstunden bei 9 geforderten Scheinen.

So ungenau das Verfahren ist, fällt auf, daß die Gesamthochschule Essen die Spitze hält in der Arbeitsbelastung wie in der Anzahl der geforderten Scheine im Grundstudium. Das bedeutet hohen Druck auf die Studenten, um vor der Zwischenprüfung schon einiges „gefiltert" zu haben. Bei den Gesamthochschulen kommt hinzu, daß die Studenten mit Fachabitur zur Zwischenprüfung die Teilnahme an Brückenkursen nachweisen müssen, die in die Vorlesungszeit hineingehen, in dieser Berechnung nicht enthalten sind. Bochum kommt als nächstes, hier beträgt die Abbrecherquote vom 1. Semester bis zur Zwischenprüfung ca. 30%. Daß hier weniger Scheine gefordert werden, bedeutet hohen Aufwand pro Schein. Das hat im wesentlichen zur Folge, daß erstens in den Ferien vor- und nachgearbeitet werden muß (was die meisten so einfach nicht können), zweitens die Anspannung während der Vorlesungszeit extrem hoch ist, d.h. für viele der Schein nicht schaffbar ist, damit ein oder zwei Semester wiederholt werden müssen, das Studium sich in die Länge zieht oder abgebrochen wird.

Vergleich der Studienanforderungen (geschätzt)

	GHS Duisb.		GHS Essen		Univ. Bochum		Univ. Dortmund	
Grundstudium								
Vorl. (Pflicht)	81,0	6	126,0	6	141,0	7	118,0	7
Vorl. (Notwdg.)	45,0	0	72,0	0	66,0	0	24,0	0
Praktikum	36,0	2	36,0	2	36,0	2	45,0	3
Sonstiges	27,0	2	51,0	2	5,0		12,0	
Belastung/Sem.	47,3	9	71,3	10	64,5	8	49,8	9
Hauptstudium								
Vorl. (Pflicht)	54,0	4	72,0	2	48,0	4	66,0	4
Vorl. (Notwdg.)					12,0			
Praktikum	36,0	1	48,0	1	54,0	1	10,0	1
Sonstiges	102,0	1	54,0	2	36,0	2	42,0	3
Belastung/Sem.	48,0	6	43,5	5	37,5	7	35,5	8

An den vier Hochschulen setzt sich das Grundstudium hauptsächlich zusammen aus Experimentalphysik, theoretischer Physik, Mathematik, Praktikum und Chemie. Ein erheblicher Teil der Arbeitsbelastung folgt aus dem Widerspruch zwischen der Mathematikvorlesung und den naturwissenschaftlichen Vorlesungen: setzt der Professor im 1. Semester den Studenten schon Differentialgleichungen vor die Nase, so sind sie in Mathematik meistens 2 Semester später dran, im 1. Semester Mengenlehre oder dergleichen. Die hohe Stoffülle und den Schwierigkeitsgrad der Ausbildung von Anfang an begründet die Deutsche Physikalische Gesellschaft so: „Eine der wichtigsten Eigenschaften des Physikers im Beruf ist daher seine Vielseitigkeit und die Fähigkeit, Wesentliches zu erkennen und sich selbständig in neue Problemkreise einzuarbeiten ... Flexibilität und wissenschaftliche Eigenständigkeit bleiben die wichtigsten Ausbildungsziele."

Die Studiengänge des Hauptstudiums unterscheiden sich an den Hochschulen stärker, vor allem die Gesamthochschulen gehen darauf, die Studenten von Wirtschaftswissenschaften bis Medizin Stoff einzufüllen. Die errechneten Zahlen sind für diesen Abschnitt nicht so aussagefähig wegen dem realen Ablauf, z.B. rechnen viele Studenten für die Erstellung eines Seminarvortrages in theoretischer Physik über die Hälfte der zur Verfügung stehenden Arbeitszeit in der Vorlesungszeit.

Den dritten Studienabschnitt für die Diplomphysiker, das Erstellen der Diplomarbeit, haben wir an den vier Hochschulen nicht vergleichen können, das gestaltet sich an einer Hochschule schon schwierig, da dort außer den Abgabeterminen kaum etwas geregelt ist, zur Freude der Professoren. An der Universität Bochum benötigen die Studenten im Schnitt von Anfang der Diplomarbeit bis zum Ablegen der Prüfungen 2 Jahre angespannter Arbeit.

Mobilmachungspläne für die Zivildienstpflichtigen

z.hev. Der Vorsitzende der niedersächsischen CDU Wilfried Hasselmann hat laut „Ostfriesenzeitung" vom 16.2.80 eine Einplanung der Zivildienstleistenden in Mobilmachungsmaßnahmen für den Verteidigungsfall gefordert. Überdies sei es an der Zeit, ein weiteres Stück Wehrungerechtigkeit abzubauen. Hasselmann knüpft an die Vorstellungen Adolf Hitlers über die Nützlichkeit des Arbeitsdienstes im Krieg an. Hitler hatte in einer Broschüre des Reichsarbeitsdienstes mit dem Titel „Arbeitsmaiden" folgendes erklärt: „Und im Falle eines Krieges braucht man eben gerade solche Menschen, die man immer und überall einsetzen kann."

Hasselmann hat aber keineswegs einen einsamen Vorstoß unternommen. Bereits in der bisherigen Gesetzgebung und Rechtsprechung wurden nach und nach die Bausteine für eine Verwendung der Zivildienstpflichtigen „im Verteidigungsfall" zusammengetragen und der dazu nötige organisatorische Unterbau geschaffen. Ausgangspunkt ist das Grundgesetz.

Artikel 12a, Abs. II Grundgesetz: Pflicht zum Ersatzdienst

Wer aus Gewissensgründen den Kriegsdienst mit der Waffe verweigert, kann zu einem Ersatzdienst verpflichtet werden ... Das nähere regelt ein Gesetz, das ... auch eine Möglichkeit des Ersatzdienstes vorsehen muß, die in keinem Zusammenhang mit den Verbänden der Streitkräfte und des Bundesgrenzschutzes steht.

Aus dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts gegen das Zivildienst- und Wehrpflichtgesetz 1977 vom 13.4.78: Einsatz möglich im Krieg

Wie eine gesetzliche Regelung, welche die Ausgestaltung des Ersatzdienstes als einzige Probe auf die Gewissensentscheidung einsetzt, beschaffen sein muß, wenn sie der Verfassung entsprechen soll, hängt von zahlreichen Faktoren ab ... Außer der Pflicht, Waffendienst zu leisten, kann er (der Gesetzgeber) alle Pflichten und Belastungen, welche die Wehrdienstleistenden treffen, in gleichem Maße auch den Zivildienstleistenden auferlegen.

Jahn (SPD) am 27.7.79 im Bundestag: organisatorischer Unterbau für die Mobilmachung

Wir halten es für geboten, daß Organisation und Ausführung des Zivildienstes weiterentwickelt werden. Notwendig ist eine Organisation, die nahe beim tatsächlichen Einsatz des Zivildienstleistenden liegt, eine Verwaltung, die eine wirksame und überzeugende Durchführung des Zivildienstes möglich macht. Deswegen geht unser Vorschlag dahin, Zivildienstämter als Auftragsverwaltung des Bundes durch die Länder einzurichten. Dieser bisher nicht vorhandene Unterbau für die Organisation des Zivildienstes soll helfen, die Fürsorge für die Zivildienstleistenden zu verbessern, soll zugleich aber auch eine bessere Überwachung des Zivildienstes möglich machen ... Die Möglichkeiten der dienstlichen Unterbringung sollen ... erweitert werden, damit in den Fällen, in denen es notwendig ist, auch eine heimatferne Einberufung möglich ist.

Entwurf zum Kriegsdienstverweigerungsneuordnungsgesetz vom 26.6.79: Für die Mobilmachung verantwortlich der Minister für Arbeit:

§ 19a Abs. 1a: Der Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung stellt durch die Einberufungsanordnung sicher, daß in jedem Bundesland so viele Dienstpflichtige einberufen werden, wie dem Verhältnis von Einwohnern und Dienstpflichtigen im Bundesgebiet entspricht (überregionaler Ausgleich) ... (Er) wird ermächtigt, durch Rechtsverordnung, die der Zustimmung des Bundesrates bedarf, das Nähere zu bestimmen über

1. die Feststellung des Verhältnisses von Einwohnern und Dienstpflichtigen im Bundesgebiet,
2. die Voraussetzungen für die Einberufung von Dienstpflichtigen im Rahmen des überregionalen Ausgleichs,
3. das Verfahren über die Auswahl der im Rahmen des überregionalen Ausgleichs einzuberufenden Dienstpflichtigen,
4. über die Verteilung der im Rahmen des überregionalen Ausgleichs einzuberufenden Dienstpflichtigen auf die Länder ...

Mit der Durchorganisierung des Zivildienstes über die Ebenen Arbeitsminister – Innenminister der Länder – Zivildienstämter wird der Befehlsstrang hergestellt, der bereits in den Notstandsgesetzen für den Kriegsfall vorgesehen ist. Nach Artikel 115 f und i Grundgesetz kann die Bundesregierung „im Verteidigungsfall" den Landesbehörden Weisungen erteilen oder aber die Länderbehörden können, falls erforderlich, selbständig handeln. So bleibt auch die Erfassung der ZDL gesichert.

Gefangenenvertretung führt Veranstaltung mit Gewerkschaftern und bürgerlichen Politikern durch

r.anh. Hartmann (CDU) und Proske (SPD) – beide Landtagsabgeordnete – sowie der DGB-Kreisvorsitzende und der Anstaltsleiter der JVA Lingen sollten auf einer von der Gefangenenmitverantwortung (GMV) organisierten Veranstaltung Stellung nehmen zur „Entlohnung" der Gefangenenarbeit. Vor 70 Gefangenen hatten die bürgerlichen Politiker und der Anstaltsleiter einen schweren Stand. 5,25 DM beträgt gegenwärtig der Tagessatz pro Gefangenen, die teilweise im Akkord bei Kapitalisten zwangsarbeiten müssen. Der Beifall nach den Redebeiträgen der Politiker war denn auch spärlich. Sie seien ja auch für Tariflohn, der Justizhaushalt lasse dies aber nicht zu, jetzt sei eine weitere 7-prozentige Erhöhung geplant, „das ist doch immerhin etwas" (Hartmann, CDU). Gefangene traten auf und enthüllten, daß damit die Reproduktion der Familie, die zunehmende Verschuldung als entscheidende Probleme nicht vom Tisch seien. Hartmann (CDU) wurde dann deutlicher: Die Gefangenen „müssen ja auch arbeiten lernen". Dafür bekam er als Entgegnung den Redebeitrag eines älteren Arbeiters, daß die Gefangenen es ja wohl nicht seien, die arbeiten lernen müßten. Weiter war klar, daß Hartmann jetzt den Zweck der Gefangenenarbeit als Dressur zum billigsten Zwangsarbeiter herausgelassen hatte.

Eine weitere Hilfskrücke von Hartmann und Proske: die Gefangenen würden den Volksmassen schon jetzt genug Steuergelder kosten. Diese Demagogie und Spaltungsabsicht wurde angegriffen. Festgestellt wurde, daß die Kapitalisten und der Staat Tariflohn zahlen könnten, dies aber der Dressurabsicht und den Extraprofiten entgegenstünde. Der DGB-Kreisvorsitzende enthüllte die Lohndrückerrolle der Gefangenen und sprach sich für die volle tarifliche Entlohnung der Freigänger aus, was zwar vorgeschrieben ist, aber unterlaufen wird. Für die Masse der Gefangenen könne der DGB nichts tun, weil sie „keine Arbeitnehmer" seien. Insofern sei er für eine Erweiterung des Freigangssystems.

Die Lingener Tagespost veröffentlichte unter der Überschrift „Strafgefangene ringen um gerechte Arbeitsentlohnung" einen dreispaltigen Artikel. Er geht aber ganz in die Richtung auf Trost „auf eine langfristige Verbesserung". Nach der Veranstaltung war den Gefangenen klar: Die Lage drängt auf Unterstützung durch die Arbeiterbewegung, die aber besser über die Zwangsarbeit und Unterdrückung in den Gefängnissen unterrichtet werden muß.



1. Mai 1979: Gefangene mit ihren Forderungen auf dem Weg zur Kundgebung des DGB in Nordhorn.

7000 Polizisten demonstrieren gegen die Zustände im Wechseldienst und gegen Überstunden

z.klk. Für den 4.2. hatte die Gewerkschaft der Polizei (GdP) zu einer Demonstration gegen die Zustände im Wechseldienst und gegen die Überstunden aufgerufen. Diese Aktion reiht sich ein in den von den DGB-Gewerkschaften geführten Kampf gegen die Überausbeutung der Arbeitskraft in Schichtarbeit. Auf der Kundgebung konnte der Vorsitzende der GdP NRW, Schröder, von mehreren Unterstützungsresolutionen von Arbeitern berichten. Ohne diese Unterstützung wird der Kampf auch nicht erfolgreich geführt werden können. Diese Unterstützung kann die GdP aber nicht für ihre Forderung nach Einstellung von mehr Polizisten gewinnen, während die bürgerlichen Politiker dies begierig aufnehmen, um den polizeilichen Unterdrückungsapparat weiter auszudehnen.





In Bonn sammelten sich die Polizisten in 110 Bussen, die mit Plakaten gegen die Überstunden, gegen den Verschleiß in den Schichten beklebt waren.



Von Bonn aus fuhren die Polizisten in einer Demonstrationsfahrt nach Köln. Demonstrationszug vom Parkplatz aus zur Deutzer Sporthalle.



7000 Polizisten in der Deutzer Sporthalle, die meisten in Uniform. Neben Vertretern der meisten Gewerkschaften war GEW-Vorsitzender Frister anwesend.

US-Beistand in Mittelamerika: Fortgesetzte Militärinterventionen

Eisenhower: „Gegen kommunistische Verschwörung" / Kennedy: „Gegen innere Aggression" / Carter: „ernste Bedrohung"

1947–1951. Die US-Imperialisten leiten zielstrebig den militärischen Ausbau des ganzen amerikanischen Kontinents zur Basis ihrer Hegemonialpolitik ein. 1947 werden im „Pakt von Rio" 20 Staaten in einen „kollektiven Sicherheitsvertrag" mit den USA gezwungen, darunter die mittelamerikanischen Staaten Costa Rica, Kuba, Dominikanische Republik, El Salvador, Guatemala, Haiti, Honduras und Nicaragua. „... daß ein von irgendeinem Staat gegen einen der amerikanischen Staaten gerichteter Angriff als Angriff gegen alle amerikanischen Staaten anzusehen ist; daher verpflichtet sich jeder der hohen vertragschließenden Teile, an der Zurückweisung eines solchen Angriffs ... mitzuwirken." (Artikel 3)

1948. Gründung der OAS. Der Pakt von Rio wird mit Gründung der Organisation amerikanischer Staaten Bestandteil der Vertragswerke dieser Organisation.

1951. Mutual Security Act. Mit diesem Gesetz leitet Truman die Politik der „gegenseitigen Beistandspakte" ein. U.a. mit Kuba (1952), Nicaragua (1954) und Haiti (1955) werden in Mittelamerika in den folgenden Jahren zweiseitige Verträge abgeschlossen, die zum Inhalt haben: Ausrüstung der Streitkräfte dieser Länder aus alten Beständen der US-Armee; Ausbildung der Soldaten unter Mitwirkung von Personal der US-Armee; Ausbildung der Offiziere in den USA; Einrichtung von Militärmissionen der USA zur Koordination in diesen Ländern.

1954. 10. Panamerikanische Konferenz. Auf dieser Konferenz lassen die USA eine Erklärung verabschieden, in der „die Dominierung und Kontrolle irgendeines amerikanischen Staates durch den Kommunismus eine Bedrohung des Friedens Amerikas" genannt und zum „Bündnisfall" erklärt wird. Unter Berufung auf dieses Bündnis und unter der Etikette des Konsultativorgans der OAS gehen die US-Imperialisten im gleichen Jahr militärisch gegen den Befreiungskampf der Arbeiter und Bauern Guatemalas vor.

1959. Kuba befreit sich von der Herrschaft des US-Imperialismus. Die US-Marionette Batista kann sich gegen die zwischen 1956 und 1959 erstarkende Guerilla-Bewegung nicht länger halten und flieht Anfang 1959. Der gesamte Besitz der US-Monopole wird enteignet und nationalisiert.

1960. Auf die erstarkende Befreiungsbewegung in den mittelamerikanischen Ländern und den Farbwechsel der Sowjetunion reagieren die US-Imperialisten mit dem Programm uneingeschränkter innerer Einmischung. Die US-Imperialisten verpflichten auf der 7. Konsultativkonferenz die Staaten der OAS darauf, das „freiwillig vereinbarte interamerikanische System zu verteidigen", und lassen die Befreiung Kubas als das Ergebnis „äußerer Einmischung" und somit zum „Interventionsfall" erklären. Im November entsenden die USA Kriegsschiffe in der Karibik „zum Schutze der Küsten Guatemalas und Nicaraguas". Im gleichen Jahr haben die US-Imperialisten in diesen Ländern mit der Ausbildung einer Truppe von Söldnern und kubanischen Reaktionären begonnen, um die Konterrevolution gegen Kuba ins Werk zu setzen.

1961. Foreign Assistance Act und „Allianz für den Fortschritt". Die Aggression der US-Imperialisten gegen Kuba scheitert in der Schweinebucht kläglich. Die US-Imperialisten beschließen ein Gesetz gegen „die Bedrohung des Weltfriedens durch die internationale kommunistische Verschwörung". Erklärtes Ziel: „Maßnahmen zu ergreifen zwecks gemeinsamer Verteidigung gegen innere und äußere Aggression einschließlich militärischer Beistandsleistungen". Mit Barbados (1961), Costa Rica, El Salvador, Guatemala, Honduras (1962), den Bahamas, Jamaika (1963) und der Dominikanischen Republik (1964) werden in der Folge Beistandsabkommen „zum Schutze der inneren Sicherheit" abgeschlossen. Die Ausrüstungslieferungen der USA werden umgestellt von schwerem Gerät auf leicht bewegliche, zur Bekämpfung der Guerilla-Bewegungen taugliche Waffen. Panama, das die US-Imperialisten als direkte Kolonie behandeln, wird zum Ausbildungszentrum für „Counter-Insurgency-Operations" des CIA ausgebaut. Durch das „Militärkommando Süd" wird von hier aus die Militärpolitik der US-Imperialisten koordiniert. Durch See-Blockade Kubas verhindern die US-Imperialisten 1962 den Versuch der Sozialimperialisten, Abschußanlagen für Atomraketen zu errichten.

1965. Intervention in der Dominikanischen Republik. Die US-Imperialisten binden die 1963 von Guatemala, Honduras und El Salvador gegründeten Zentralamerikanischen Verteidigungsrat an CIA und das US-Militärkommando und zwingen diese Länder, der von den US-Imperialisten zur Niederschlagung der Befreiungsbewegung betriebenen Militäroperation in der Dominikanischen Republik beizutreten.

1971. Panama besteht auf vollständiger Souveränität. Die ausgearbeiteten Vertragswerke werden von der Regierung Panamas wegen Aufrechterhaltung der US-Kolonialrechte abgelehnt. Die Forderung nach wirtschaftlicher Selbständigkeit gewinnt auch unter den mittelamerikanischen Ländern an Stärke. Nixon verkündet Ausweitung der Militärhilfe.

1974. Neues US-Außenhandelsgesetz. Präsident Ford hat ein Gesetz unterzeichnet, das die Außenhandelsbedingungen der USA vom Wohlverhalten der jeweiligen Länder gegenüber den USA abhängig macht. Die wirtschaftlichen Zusammenschlüsse der mittel- und lateinamerikanischen Länder antworten mit dem Abbruch der Verhandlungen mit den USA.

1977. Panama-Vertrag. Die USA müssen einen Vertrag unterzeichnen und 1979 ratifizieren, der sie verpflichtet, bis 2000 ihren Kolonialbesitz in Panama abzutreten bei Neutralisierung der Kanalzone und unter Vorbehalt von Interventionsrechten für die USA bei der Verletzung der Neutralität.



1979. Sturz Somozas. Mit dem Sieg der Sandinistischen Befreiungsfront über die von den US-Imperialisten unterstützte Nationalgarde Somozas und dessen Flucht aus Nicaragua fällt eine wichtige Bastion der US-Imperialisten in Mittelamerika. Nach El Salvador entsenden die US-Imperialisten Truppen, um der wachsenden Befreiungsbewegung zu begegnen. In Guatemala nimmt der Befreiungskampf ebenfalls einen Aufschwung. Carter erklärt die Stationierung sozialimperialistischer Truppen auf Kuba zur „ernsten Bedrohung", ordnet die Bildung einer Verfügungsbereitschaft in der Karibik an und läßt eine Landeübung auf dem US-Militärstützpunkt Guantanamo auf Kuba von der Marine durchführen.

10000 Mrd. Lire-Projekt zum Ausbau des italienischen Eisenbahnnetzes

z.ans.Rom. Die italienische Regierung hat für die Jahre 1980 – 1985 ein 10000 Mrd. Lire (21,98 Mrd. DM) teures Programm für „Ausbau und Modernisierung" des 20031 km langen Eisenbahnnetzes verabschiedet. Im wesentlichen auf Betreiben der Fiat-Kapitalisten hat die italienische Bourgeoisie Anfang der 60er Jahre das Autobahnnetz für ungeheure Summen zum zweitgrößten Europas (5760 km) ausgebaut. Das Eisenbahnnetz ließ sie verrotten. So betrug die Transportleistung der Eisenbahn in Westdeutschland 1977 54,89 Mrd. Tonnenkilometer, während sie im fast gleich großen Italien nur 17 Mrd. betrug.



Verkehrsminister Preti nennt als eines der Hauptziele des Programms die „Kapazitätssteigerung für den Warentransport". Die Transportleistung soll um ein Drittel erhöht und so der „Unterschied zwischen dem Eisenbahnnetz Italiens und denen anderer europäischer Länder verringert" werden. Vor allem durch Verdoppelung und Vervierfachung von Hauptverbindungsstrecken (gestrichelt gekennzeichnet) sollen die italienischen Kapitalisten die Bahn als vergleichsweise billiges und zuverlässiges Transportmittel nutzen und ihre Konkurrenzbedingungen gegenüber den europäischen Imperialisten verbessern können. Das gilt gerade auch für die Konzerne im Süden, wie z.B. das staatliche Stahlwerk Italsider in Taranto. Die durch Hunderttausende ruinierte Bauern angeschwollene Reservearmee drückt dort auf den Lohn; die süditalienischen Kapitalisten wollen die Ausbeutung durch Kostensenkung beim Warentransport erst richtig profitabel machen.

Das Projekt ist auch ein Mittel der Kriegsvorbereitung. Zügiger Truppentransport aus allen Teilen Italiens an die Nordfront ist nur über ein gut ausgebautes Eisenbahnnetz möglich.

Niederlande: Wiederaufnahme der Kohleproduktion. Die Volksmassen zahlen mit höheren Steuern

z.elb. Shell, Gasunion, Philips und andere niederländische Monopolkapitalisten berieten über die zukünftige Versorgung des Landes mit Energierohstoffen und kamen zu folgenden Forderungen an die Regierung: Wiederaufnahme der Kohleförderung bis zum Jahr 2000, sofortige Untersuchungen über die Möglichkeiten der Kohlevergasung gleich unter Tage und andere Techniken der Kohleförderung. Die Kosten bis zur ersten geförderten Tonne Kohle werden auf 25 Mrd. Gulden beziffert. Sie sollen aufgebracht werden, „ohne daß die Exportposition der Betriebe angetastet wird" – also von den Volksmassen. Ein nationaler Energiefonds sei einzurichten, gespeist durch zusätzliche Steuern auf Gas, Öl, Elektrizität und Trinkwasser. Mit der Begründung, daß im Jahr 2000 Kohleimporte von 33 Mio. t (1976: 3,8 Mio. t) sicherzustellen seien, sollten sich die Niederlande schleunigst an Kohleförderungsprojekten im Ausland beteiligen.

1965, als Öl billig zu haben war, legte der damalige Wirtschaftsminister Den Uyl einen Plan zur Einschränkung der Kohleförderung bis zur Schließung sämtlicher, zumeist staatlicher, Minen vor. 1974 wurde die letzte der zwölf Minen geschlossen, ca. 54000 Arbeiter und 6300 Angestellte bis dahin entlassen. In den 60er Jahren begannen die Profite der Kohlekapitalisten drastisch zu sinken. Die Produktionstechniken hinkten hinter denen z.B. im Ruhrgebiet her, die Lagen bis zu 800 m Tiefe in den Limburgischen Minen waren weitgehend erschöpft; die Förderung in größeren Tiefen erforderte fortgeschrittenere Techniken wegen steigender Hitze und höherer Konzentration der Gase. Zudem sind die Kohlelagen von höchstens 1 m Dicke im Vergleich zu denen im Ruhrgebiet von 1,5 bis 1,7 m relativ dünn und stark verworfen. Nachdem die Ölförderländer einen angemesseneren Rohölpreis durchgesetzt haben, sollen nun die bis in 1500 m Tiefe vorhandenen 100 Mrd. t Steinkohle mittels neuer Fördertechniken abgebaut werden.

Die niederländischen Imperialisten verfügen über relativ reiche Erdgasvorkommen, 88730 Mio. m^3 wurden 1978 gefördert; 75% der Elektrizität wird in Erdgaswärmekraftwerken produziert (1976), gegenüber 15,6% in der BRD. Mit dem Ausbau ihrer strategischen Basis, den die Volksmassen bezahlen sollen, verschafft sich die Finanzbourgeoisie verbesserte Bedingungen, um ihre Hände auf die Reichtümer anderer Länder zu legen.

durch zusätzliche Steuern auf Gas, Öl, Elektrizität und Trinkwasser. Mit der Begründung, daß im Jahr 2000 Kohleimporte von 33 Mio. t (1976: 3,8 Mio. t) sicherzustellen seien, sollten sich die Niederlande schleunigst an Kohleförderungsprojekten im Ausland beteiligen.

1965, als Öl billig zu haben war, legte der damalige Wirtschaftsminister Den Uyl einen Plan zur Einschränkung der Kohleförderung bis zur Schließung sämtlicher, zumeist staatlicher, Minen vor. 1974 wurde die letzte der zwölf Minen geschlossen, ca. 54000 Arbeiter

Tiefe vorhandenen 100 Mrd. t Steinkohle mittels neuer Fördertechniken abgebaut werden.

Die niederländischen Imperialisten verfügen über relativ reiche Erdgasvorkommen, 88730 Mio. m³ wurden 1978 gefördert; 75% der Elektrizität wird in Erdgaswärmekraftwerken produziert (1976), gegenüber 15,6% in der BRD. Mit dem Ausbau ihrer strategischen Basis, den die Volksmassen bezahlen sollen, verschafft sich die Finanzbourgeoisie verbesserte Bedingungen, um ihre Hände auf die Reichtümer anderer Länder zu legen.

Frankreich: Krankenkasse macht Gewinne Ansporn zur weiteren Kostendämpfung

z.inl.Paris. Am 28.2. meldete das französische Gesundheitsministerium, daß die staatliche Krankenversicherung das Jahr 1979 mit einem Gewinn von 300 Mio. FF abgeschlossen hat. Auf die Frage, wo denn das Milliardenloch in der Krankenkasse (1978 5,5 Mrd. FF, 13 Mrd. 1979 geschätzt) geblieben sei, antwortete der zuständige Minister Barrot: „Wir haben im Juli ein bedeutendes Defizit vorgefunden. Wir haben in diesem Augenblick von den Franzosen eine doppelte Anstrengung verlangen müssen ... Und dann haben wir gesagt, daß wir uns unbedingt mit der Begrenzung der Ausgaben beschäftigen müssen." Seit August 1979 müssen die Lohnabhängigen 1% ihres Bruttolohns zusätzlich für die Krankenversicherung zahlen. Das macht etwa 12 Mrd. FF für diesen auf 18 Monate befristeten „Sonderbeitrag". Der Gewinn stammt also wesentlich daraus. Aber zum ersten Mal seit Jahren wird eine Verlangsamung der Ausgabensteigerung festgestellt: Verschreibungen 1978 +18,4%, 1979 +15%; Krankenhauskosten 1978 +21%, 1979 +19,5%. Zufrieden sind die Bourgeois damit noch nicht.

Die Arbeiterklasse hat eine Sozialversicherung erkämpft, für die die Kapitalisten den größeren Teil zahlen müssen – bei der Krankenversicherung 13,45% zu 6,5% von den Lohnabhängigen. Zwar nehmen sich die Kapitalisten dabei formlos Kredit – 8 Mrd. FF Schulden hatten sie 1979 bei der Sozialversicherung –, gar nichts zu zahlen und die Gelder der Lohnabhängigen auch nicht mehr für die Gesundheitsversorgung ausgeben zu müssen, ist ihre Absicht. Deshalb der Schrei nach „Beherrschung der Ausgaben". Dazu müssen, neben den Budgetbegrenzungen für die Krankenhäuser, die Ärzte zu Kostendämpfern gemacht werden.

Gesamtkosten im Gesundheitswesen

Jahr	1950	1960	1970	1977	1978
Mrd. FF	2,9	11,9	44,2	127,9	151,4
in % BSP	3,0	4,0	5,7	6,8	7,1

115000 Ärzte gibt es in Frankreich, 70% sind frei praktizierend. Fast alle sind Kassenärzte. In Verträgen mit den Kassen werden die Honorarsätze geregelt, die vom Patienten *direkt* bezahlt werden müssen und hinterher von der Kasse zu 75% rückerstattet werden. Knapp ein Drittel der Ausgaben im Gesundheitswesen entfällt auf ambulante Versorgung. Gegenwärtig wird über einen neuen Vertrag verhandelt. Die Leitlinie der Regierung dazu: Die Ausgaben dürfen nicht schneller steigen als das Bruttosozialprodukt (BSP). Aus der „Beachtung der striktesten Ökonomie" im alten Vertrag soll im neuen die Festlegung eines Verschreibungsvolumens werden, bei Überschreitungen droht Honorarentzug und damit Entzug der Kassenzulassung. Diesem Zwang zur Kostendämpfung halten die Ärzte, die im Oktober dagegen streikten, jetzt die „Selbstdisziplin" entgegen. Gerade weil sie auch daran kein Interesse hat, muß die Arbeiterbewegung die Ärzte unterstützen gegen diesen Vertrag.

Schnellgerichte der britischen Bourgeoisie

Die alten Ausbeuter haben es weit gebracht / Ein Tag in einem Polizeigericht

z.hef.London. Der Clerkenwell Magistrates' Court, ein Polizeigericht im Innern Londons, beginnt seine Verhandlungen um 10.40 Uhr morgens. Zuerst kommen die dran, die die Polizei am Abend vorher als Betrunkene festgenommen hat. Sie werden direkt aus der Polizeizelle vorgeführt. Am letzten Freitag hat der Richter am Gericht I nach genau sechs Minuten die ersten sieben Fälle abgeurteilt. Ein siebzehnjähriger Junge steht wegen „Trunkenheit" vor Gericht. „Schuldig oder nicht schuldig?" fragt der Gerichtsschreiber. „Schuldig". Ob er noch etwas sagen wolle, fragt der Richter. Er will ein ‚Tut mir leid' hören. Nein, sagt der Junge. Fünf Pfund Geldstrafe. Der Gerichtspolizist holt den nächsten, einen fünfzigjährigen Mann. „Drunk and disorderly", betrunken und Ärgernis erregend, lautet die Anklage. „Worin bestand das Ärgernis?" fragt der Richter. „Singen und Fluchen auf der Straße", antwortet der anklagende Polizist. Der Mann hat mehrere Vorstrafen wegen des gleichen Delikts. Diesmal verurteilt der Richter ihn zu 18 Pfund Geldstrafe, zahlbar innerhalb von sieben Tagen, oder sieben Tage Gefängnis. Wie alle hier verhängten Urteile kommt auch dies in das Vorstrafenregister. Ein verlumpter arbeitsloser Arbeiter, der wie Tausende in London nachts auf Lüftungsschächten, in Parks oder im Asyl schläft, steht zum sechzigsten Mal vor diesem Gericht.

Das Gericht II verhandelt morgens zuerst gegen Prostituierte, die die Polizei in der Nacht zuvor aufgegriffen hat, meistens junge arbeitslose Mädchen zwischen 17 und 20 aus den Städten des Nordens und der Midlands. Die Verhandlungen dauern durchschnittlich drei Minuten. In der ihr eigenen Heuchelei hat die britische Bourgeoisie die Prostitution selbst nicht verboten, wohl aber das Anbieten der Prostitution. Die Richterin verhängt Strafen von 20 Pfund und mehr, in einem Wiederholungsfall einen Monat Gefängnis. Bei Geldstrafen gibt sie sieben Tage Zahlungsfrist.

Die Bourgeoisie kann das Elend, das sie selbst erzeugt, nur durch brutale Unterdrückung der Verelendeten „kontrollieren". Jede Regung von Rebellion ist strafbar. Ein Jugendlicher ist wegen des „Tragens offensiver Waffen" angeklagt. Er hatte einen Schraubenzieher und ein Klappmesser bei sich, als die Polizei ihn festnahm.

Das Durchschnittsalter der Angeklagten am Freitagmorgen beträgt 25 Jahre. Ein Siebzehnjähriger ist wegen des Diebstahls von vier wertvollen Stühlen hier, in der zweiten Verhandlung. In der Kleinstadt, aus der er kommt, hat er weder Arbeit noch eine [illegible]

Unterdrückung der Verelendeten „kontrollieren". Jede Regung von Rebellion ist strafbar. Ein Jugendlicher ist wegen des „Tragens offensiver Waffen" angeklagt. Er hatte einen Schraubenzieher und ein Klappmesser bei sich, als die Polizei ihn festnahm.

Das Durchschnittsalter der Angeklagten am Freitagmorgen beträgt 25 Jahre. Ein Siebzehnjähriger ist wegen des Diebstahls von vier wertvollen Stühlen hier, in der zweiten Verhandlung. In der Kleinstadt, aus der er kommt, hat er weder Arbeit noch eine
Wohnung für sich, seine Freundin und ihr gemeinsames Kind gefunden. Er hat mehrere Vorstrafen. Er sucht in London, findet aber auch keine Wohnung. 200000 Familien stehen allein in London auf der Warteliste für städtische Wohnungen, die einzigen, die sich ein Arbeiter leisten kann. Er zog in ein leerstehendes, zum Abbruch bestimmtes Haus. Mit seinem Onkel durchsuchte er verwüstete Nachbarblocks, die der Stadtrat bereits großteils unbewohnbar machen ließ, um illegales Bewohnen zu verhindern. Sie fanden eine noch nicht vollständig leergeräumte Wohnung und nahmen vier Stühle und drei Bücher. Für die Stühle bekam er 100 Pfund. Sein Arbeitslosengeld betrug zu der Zeit 24 Pfund in der Woche. Der Richter läßt sich von Sozialarbeitern den „sozialen Hintergrundbericht" geben. Bei einer seiner Vorstrafen sei er zu 130 Stunden unentgeltlicher Gemeinschaftsarbeit verurteilt worden. Dort habe sich gezeigt, daß er arbeiten könne und wolle. Sechs Monate, sagt der Richter, mit Bewährung. Die Bewährung nur, weil der Angeklagte inzwischen einen Ausbeuter gefunden hat und der Verteidiger seine Arbeitsmoral preist. Der Richter will ihm „eine Chance geben", sagt er, aber der Angeklagte müsse seine „falsche Auffassung von Moral" ändern.

Die 900 Magistratsgerichte in England und Wales behandeln alle Kriminalfälle und Verkehrsdelikte der ersten Instanz. Schwere Verbrechen wie Mord und Verschwörung zum Mord werden gleich an höhere Gerichte abgegeben. Ein Magistratsgericht kann bis zu sechs Monaten Gefängnis und 1000 Pfund Geldstrafe verurteilen. Erscheint das den Richtern nach dem Verfahren zu niedrig, reichen sie den Angeklagten zur Strafzumessung an ein höheres Gericht weiter. Nur in London und anderen Großstädten verurteilt ein Berufsrichter im Magistrates' Court, sonst sind es drei von den Justizbehörden ernannte Laienrichter aus der örtlichen Bourgeoisie.

In ihrer langen Herrschaft hat sich die britische Bourgeoisie ein ganzes Arsenal von Gesetzen und Verordnungen zur Knebelung der Volksmassen geschaffen. Z.B. das sogenannte SUS-Gesetz (Suspected-persons-Act) aus dem Jahr 1824. Aufgrund dieses Gesetzes nimmt die Polizei jährlich Zehntausende von Jugendlichen fest, weil sie „verdächtige Personen sind, die sich auf der Straße mit der Absicht, ein Verbrechen zu begehen, herumtreiben." Die Polizei terrorisiert damit vor allem schwarze Jugendliche in den ärmsten Bezirken Londons. Wegen „Behinderung des Bürgersteigverkehrs" oder „Behinderung der Polizei" werden Streikposten festgenommen, z.B. jetzt streikende Stahlarbeiter, oder auch Straßenhändler, unliebsame Fotografen und Zeugen von Polizeibrutalitäten beseitigt. Meistens verurteilen die Magistratsgerichte bei solchen Anklagen zu relativ niedrigen Geldstrafen, aber die werden auch registriert. Und die Polizei hält die Beschuldigten mindestens eine Nacht in ihrer Gewalt und unterwirft sie allen möglichen Gemeinheiten. Das Unterhaus mußte im Januar eine Untersuchungskommission einsetzen, weil ans Licht gekommen war, daß seit 1970 245 Festgenommene in Polizeihaft gestorben sind.

Vor Gericht plädieren die meisten „schuldig", sonst verschlechtern sie ihre Lage noch. Ein Polizist ist Ankläger, und er fährt genug Beamte als Zeugen auf. 1977 sprachen die Magistratsgerichte auch nur 1% aller Angeklagten bedingungslos frei und 15% bedingt. 57% wurden zu einer Geldstrafe abgeurteilt, 9% zu einer Gefängnisstrafe und die anderen zu Jugendhaft- und anderen Aufsichtsstrafen. Plädiert ein Angeklagter „nicht schuldig", beantragt die Polizei in der Regel Vertagung, um weiteres Beweismaterial sammeln zu können. Oder das Gericht ordnet eine Vertagung an, um einen „sozialen Hintergrundbericht" einzuholen. In der Mehrzahl der Fälle wird der Angeklagte gegen Bedingungen bis zum neuen Prozeßtermin auf freien Fuß gesetzt. Er muß Bürgen stellen, sich täglich oder zweimal wöchentlich bei der Polizei melden, seinen Paß abgeben. Aber die Gerichte gehen noch weiter: Eine wegen Prostitution angeklagte Frau erhielt die Auflage, während der nächsten vier Wochen bis zum Prozeß ihre Wohnung zwischen 22.00 und 6.00 Uhr nicht zu verlassen und sich nicht im Umkreis einer halben Meile um eine bestimmte Kneipe aufzuhalten. Ein Jugendlicher, wegen Diebstahl vor Gericht, wird mit diesem Mittel gezwungen, London zu verlassen und zu seinen Eltern nach Manchester zurückzukehren, wenn er nicht seine Inhaftierung riskieren will.







Eines der verfallenen Viertel im Osten Londons, dem Eastend. Rechts: Polizeieinsatz gegen den Streik in der Filmentwicklungsanstalt Grunwicks.

Thailands Premierminister zurückgetreten

z.mat.Sydney. Der Rücktritt des thailändischen Premierministers Kriangsak am 15.2. ist die jüngste Entwicklung in der heftigen Auseinandersetzung, wie sich das Land des Zugriffs der Imperialisten erwehren kann. Die USA wollen die Verschlechterung der Austauschbedingungen für Im- und Exporte (terms of trade) dazu nutzen, das Land unter IWF-Kontrolle zu bringen. Die Sowjetunion übt über ihre Marionetten in Vietnam wachsenden militärischen Druck aus. Die Regierung versuchte einerseits, durch drastische Preissteigerungen die Volksmassen zahlen zu machen, andererseits führte sie Verhandlungen mit dem IWF über einen 2-Jahreskredit. Bei beiden Vorhaben hat sie Schiffbruch erlitten. Preiserhöhungen für Wasser und Strom mußte sie unter dem Druck von Streiks und Demonstrationen im Dezember zurücknehmen, im Januar mußte Kriangsak seinen Besuch der Grünen Woche in Westberlin absagen und stattdessen mit streikenden Arbeitern verhandeln. Das IWF-Kreditabkommen, das vor zwei Monaten unterschriftsreif war (KVZ 1/80) und die Aufhebung von Importrestriktionen vorsah, wurde Ende Februar ebenfalls zurückgewiesen. „Laßt nicht den IWF uns kontrollieren. Dieses Abkommen bekämpfe ich", hatte der Präsident der Bank von Bangkok als Sprecher eines Teils der nationalen Bourgeoisie dazu erklärt. Der neue Premier Prem soll die Lösung finden. Entschlossenheit bei der Bekämpfung der Kommunisten und soziales Verständnis für die Massen sagte die Presse ihm nach.

IWF erzwingt neuerliche Abwertung des Zaire, jetzt um 30%

z.elb. Am 22.2. hat die Regierung Zaires auf Befehl des IWF ihre Währung um 30% abwerten müssen. Vor genau einem halben Jahr erst wurde sie zu einer Abwertung um 25% gezwungen, der sechsten seit Anfang 1978, wodurch der Zaire im Verhältnis zum Dollar insgesamt um 120% gesenkt worden war. Für die Zins- und Tilgungszahlungen von ca. 500 Mio. $ in diesem Jahr wird Zaire den Imperialisten ein größeres Volumen an Rohstoffen liefern müssen, um die durch die Abwertung sinkenden Exporterlöse auszugleichen. Die Neuverschuldung wird mindestens 325 Mio. $ betragen, zuzüglich eines neuen Kredits der Weltbank, über den im Herbst „verhandelt" werden wird; neue Bedingungen „zur Sanierung der Wirtschaft", wie die Imperialisten die fortschreitende Kolonialisierung Zaires nennen, sind bereits angekündigt.

IWF setzt Jamaica unter Druck, um den Bauxitpreis zu senken

z.ror. Durch Druck auf Jamaica, den weltgrößten Bauxitproduzenten, versuchen die Imperialisten, den Bauxitpreis zu senken und die Internationale Bauxit Association (IBA) aufzuspalten. Ende März wird für Jamaica die Rückzahlung eines 30-Mio.-$-Kredites des Internationalen Währungsfonds (IWF) fällig, der eine Stundung ablehnte und stattdessen einen weiteren Kredit über 30 Mio. $ anbot. Die Verschuldung Jamaicas, die allein beim IWF 350 Mio. $ beträgt, raubte schon 1979 4,5% des Bruttosozialprodukts für die Schuldentilgung. 70% der Ausfuhr Jamaicas ist Bauxit, der Grundstoff für die Aluminiumproduktion. Hauptabnehmer sind die USA. Die

ZK-Beschluß der KPdSU zur Unterwerfung der Nationalitäten Sibiriens

z.krk. Mit seinem ungeheuren Reichtum an Bodenschätzen und Energiequellen ist in den letzten 10 Jahren Sibirien die größte Baustelle der SU geworden. Die russische Bourgeoisie läßt Jahr um Jahr für Milliarden Rubel ganze neue Industriezentren, Energiekomplexe, riesenhafte Bahn- und Straßenbauten aus dem Boden stampfen und dafür Millionen von Arbeitskräften umsiedeln. Voll sind die sowjetischen Zeitungen von Berichten über die innere Kolonisierung und industriemäßige Erschließung des Gebietes nordöstlich des Ural bis zum Stillen Ozean, wobei der einzige Feind der Eroberer die Natur zu sein scheint. Kein Wort von denen, die dorthin nicht umgesiedelt werden mußten, sondern schon seit Hunderten, wenn nicht Tausenden von Jahren dieses Gebiet bevölkern. Wenn sie dann erwähnt werden, so sind es die ,,Völker des Nordens'', wie zuletzt im ZK-Beschluß vom 26. Februar ,,Über die weitere wirtschaftliche und soziale Entwicklung der Siedlungsgebiete der Völker des Nordens'', unter welchen Gebieten zu verstehen ist: das Gebiet Krasnojarsk, Chabarowsk, die Burjatische und Jakutische ASSR, das Gebiet von Archangelsk, Murmansk, Tomsk, Tjumen, Irkutsk, Amur, Kamtschatka, Sachalin und Magadan, also der Großteil Sibiriens und noch ein Stück mehr.

Der Verwaltungskarte der SU nach gehören an die 70% des gesamten Gebietes jenseits des Ural verschiedenen nichtrussischen Nationalitäten. In Autonomen Republiken (ASSR) und Autonomen Gebieten leben im Nordwesten Finno-Ugrier (Wogulen, Ostjaken im Autonomen Gebiet Chanti-Mansi, die Mari in der Mari ASSR); weiter Samojeden und die zur tungusischen Sprachfamilie gehörenden Ewenken. Die größte der Autonomen Republiken ist die Jakutische ASSR, die 14% des gesamten Gebietes der SU einnimmt und die Größe von Indien hat, mit einer Bevölkerung von 839000 laut Volkszählung von 1979. Das ist das Gebiet der großen sibirischen Flüsse, Ob, Jenissei und Lena. Noch östlicher leben die Eskimo (Inuit) und die Aleuten; im nordöstlichen Zipfel, Alaska gegenüber, die Tschuktschen; auf Kamtschatka die Korjaken; und auf der Insel Sachalin die Ainu. Die Aufzählung ist durchaus nicht vollständig. Zu den großen Völkern gehören die Mari (599000) und die Jakuten (296000), fast ausgerottet wurden die Korjaken auf Kamtschatka (7500).

Jagd und Fischfang sowie Rentierzucht sind die traditionellen Wirtschaftszweige der nördlichen Völker. Die riesigen Nadelwälder waren voller wertvoller Pelztiere, Zobel, Silberfuchs, Hermelin, Eichhörnchen usw. Die Tiere wurden mit Fallen sowie Pfeil und Bogen erlegt. 1928 besaßen noch zahlreiche Jenisseier an der Steinigen Tunguska (einem Fluß) Pfeil und Bogen, produzierten und benutzten diese Waffen. Noch Mitte des vorigen Jahrhunderts gab es große Herden von wilden Rentieren von über 1000 Tieren, die ebenfalls gejagt wurden. An den Küsten wurde Meeresjagd auf Wal und Seehunde betrieben. In den landwirtschaftlich bebaubaren südöstlichen Gebieten wurde Weizen, Hirse, Gerste, Buchweizen und Erbsen angebaut. Die Landwirtschaft nahm jedoch eine untergeordnete Rolle ein.

Vom Gesellschaftssystem her war bei diesen Völkern zur Zeit der Oktoberrevolution das Stammeswesen in der Auflösung, die inneren Klassenwidersprüche waren in der Herausbildung begriffen. Der Hauptwiderspruch bestand vor dem Sturz des Zarenreiches gegenüber den russischen Eroberern und Ausbeutern.

Die ersten Raubzüge der Fürsten von Nowgorod und später von Moskau in Richtung Nordosten erfolgten bereits im 12. Jahrhundert. Im 16. Jahrhundert verlieh Iwan IV. der Kaufmannsfamilie Stroganow in den Gebieten Tobol und Irtys Ländereien. Schon 1478 wurde das Gebiet der heutigen Komi ASSR von Rußland einverleibt. Russische Siedlungen wurden gegründet: Tobolsk 1587, Tjumen 1586, Ilimsk 1603, usw. Ende des 16. Jahrhunderts war der für Westsibirien festgelegte Tribut 200000 Zobel-, 10000 Silberfuchs- sowie eine halbe Million Eichhörnchenfelle. Durch den Raub der traditionellen Wirtschaftsprodukte entzogen die russischen Eroberer diesen Völkern immer mehr die Lebensgrundlage und erzeugten unbeschreibliches Elend. Dagegen richteten sich zahlreiche Aufstände, so z.B. dauerte ein Aufstand auf Kamtschatka ab 1730 zwei Jahre lang. Den Korjaken gelang es, die russischen Truppen völlig aufzureiben. Der Racheakt des Zaren führte zu ihrer fast vollständigen Ausrottung, der Unterwerfung zogen sie in zahlreichen Fällen den Selbstmord vor.

Nach dem Sieg der Oktoberrevolution ging die Sowjetregierung sehr behutsam mit den Nationalitäten des Nordens vor. Von außen wurden keine gesellschaftlichen Veränderungen forciert, das Gesundheitswesen wurde verbessert, Maßnahmen zum Schutz der traditionellen Wirtschaftszweige ergriffen; für mehrere Sprachen wurde eine Schrift entwickelt, um sie vorm Aussterben zu bewahren, und der Kampf gegen das Analphabetentum wurde geführt. In den 30er Jahren kam es zur Gründung der Autonomen Republiken, gleichzeitig wurden Schritte zur Kollektivierung ergriffen. Dabei wurde das Prinzip der Freiwilligkeit und des gegenseitigen Nutzens verletzt, was erneut zu scharfen Widersprüchen zur russischen Siedlerbevölkerung wie auch zur Dezimierung des Viehbestandes und zum Sinken des Lebensniveaus führte.

Die Politik der neuen Bourgeoisie heute entspricht der des aufkommenden US-Imperialismus den Indianern gegenüber. Um die wirtschaftliche Basis für ihre Weltherrschaftspläne zu sichern und zu erweitern, betreibt die russische Bourgeoisie gnadenlosen Raubbau an den Boden- und Naturschätzen dieser Völker. Nehmen wir als Beispiel die ASSR der Komi. ,,Zu Beginn des Jahrhunderts war dies ein rückständiges Randgebiet Rußlands (!), das man nur auf dem Wasserweg erreichen konnte. Inzwischen gibt es viele bedeutende Industriezweige: Holzgewinnung, Kohleindustrie, Erdölförderung und -verarbeitung, Gasgewinnung und -verarbeitung. Die Erweiterung des Eisenbahnnetzes ermöglicht den beschleunigten Aufbau des neuen Wirtschatsgebietes Tunan-Petschora'', so schreibt lobend über sich die russische Bourgeoisie. 54% der gesamten Industrieproduktion besteht aus der *Förderung von Rohstoffen* – die aus den ASSR abgeschleppt werden. Ein besonders wüstes Beispiel ist die Holzindustrie: aus dem Holzindustriekomplex Syktywkar stammt 23% der Papierversorgung für Bücher und Zeitschriften der UdSSR. Wenn die dritte Ausbaustufe des Komplexes steht, sollen jährlich 820000 t Papier hergestellt werden. Diese Industrie beruht auf der Abholzung der großen Wäldereien der Gegend. Wie das enden wird, zeigt das Beispiel der Mari ASSR: hier wurden 1,5 Mio. m^3 abgeholzt, als Baumaterial für Saratow und Kubanj; was heute noch übrig ist, reicht nicht einmal für das Städtchen Kosmodjemjansk.

Die Siedler der neuen Kolonien zu ernähren ist ein großes Problem der Sozialimperialisten. Verstärkt sollen nun die Nationalitäten zur Lösung dieses Problems herangezogen werden. Solange sie aber ihre ursprüngliche Produktionsweise behalten, kann dies nicht gewährleistet werden, wie auch ihre vollständige Unterwerfung unter die Staatsgewalt schwer möglich sein wird. Diese beiden Aufgaben werden im ZK-Beschluß vom Februar gestellt: die Nationalitäten Sibiriens der Warenproduktion und der Staatsgewalt zu unterwerfen. Die Rentier- und Pelztierzucht sowie das Fischerei- und Jagdgewerbe sollen unter staatliches Monopol gebracht werden, statt die eigene Versorgung sicherzustellen, sollen die Nationalitäten die Siedler beliefern. Dann sollen die staatlichen Handelsorganisationen auf die Bühne treten und Konserven, Schuhe und Kleider an sie verkaufen. Damit wären auch die Bedingungen geschaffen, die bisherige, durch die Produktionsweise bedingte Freizügigkeit dieser Völker einzuschränken und schließlich aufzuheben. In ,,Punktsiedlungen'' sollen sie umgesiedelt und zur Seßhaftigkeit überführt werden, sieht der ZK-Beschluß vor. Mit dem Ausbau von Verkehrslinien, Telefonnetz und Fernsehstationen soll die durch die Abgeschiedenheit noch verbliebene Freiheit genommen werden. Notwendig ist das für die Sozialimperialisten auch aus militärstrategischen Gründen: der militärische Ausbau der Nord- und Ostgrenzen erfordert die vollständige Unterwerfung der dortigen Bevölkerung unter die Staatsgewalt.





Die geplanten und im Bau befindlichen Industrieobjekte 1980, ein Großteil davon in Gebieten der Nationalitäten. Aber wie eine einzige Industrieansiedlung stellt die Karte der ,,Prawda'' die UdSSR dar, alle nationalen Besitzrechte hinwegfegend.

SED: Überprüfung der Parteidokumente Ausrichtung auf ,,Bewährungssituationen''

z.hku. Seit 1. März wird in der DDR die ,,Kontrolle der Parteidokumente und die ordnungsgemäße Registration'' der 2,1 Mio. SED-Mitglieder durchgeführt. Nach vorher auszufüllenden Fragebogen werden die Personaldaten überprüft und die Gültigkeit der Parteibücher kontrolliert – im Gegensatz zu 1970, als die Bücher eingezogen und neue ausgegeben worden waren. Dazu wird mit jedem Mitglied eine ,,persönliche, kameradschaftliche Aussprache'' geführt, ausdrücklich nicht in seiner Grundeinheit, sondern nur mit *zwei Leitungskadern*. Die Aussprachen sollen der ,,persönlichen Rechenschaftslegung'' dienen und der Festlegung des persönlichen Beitrags zum ,,Kampfprogramm 80''. Die nächste Parteiversammlung entscheidet dann eventuelle Maßnahmen, nach dem Statut der SED kann ,,Kritik, Mißbilligung, Verwarnung, Rüge, strenge Rüge oder Ausschluß'' ver-
hängt werden für Fälle, ,,da sich Mit-
hängt werden für Fälle, ,,da sich Mitglieder in Bewährungssituationen vom Standpunkt der Partei entfernen oder eine schwankende Haltung einnehmen'' (Honecker auf der 11. ZK-Tagung).

Vorausgegangen ist im November ein ZK-Beschluß ,,Zur weiteren Erhöhung des Niveaus der politischen Massenarbeit in den städtischen Wohngebieten''. Bei den Kommunalwahlen im Mai hatte es in einigen Kreisen, an erster Stelle Leipzig, doch immerhin 4% Nichtbeteiligung und offene Ablehnung gegeben; auch die Unterschriftensammlung ,,Willenserklärung gegen NATO-Aufrüstung'', die die SED ganz groß aufgezogen hat, und bei der *jeder* im Betrieb und zu Hause bearbeitet worden ist (s. Bild), brachte den gleichen Prozentsatz Ablehnung. Die Kreisleitung Leipzig mußte einen Bericht liefern und der erwähnte ZK-Beschluß verlangt von den Leitungen, jederzeit ein genaues Bild von der politi-



schen Lage im Wohnbezirk zu haben, die Parteibeschlüsse schnell und exakt in jedes Haus tragen zu können; die Rolle der ,,Hausgemeinschaft'' soll gestärkt werden.

Gegenwärtig geht es vor allem um zwei ,,Bewährungsproben'': die
zwei ,,Bewährungsproben'': die
Durchsetzung des verlangten Rationalisierungsschubes und die Rechtfertigung der sowjetischen Aggression in Afghanistan. Im ,,Neuen Deutschland'' wird von Aussprachen berichtet, die mit der Verpflichtung enden, eine neue Initiative zur Einsparung von Arbeitskraft ins Leben zu rufen; denn damit geht es nach wie vor nicht voran. Die Intervention in Afghanistan hat in der DDR eine große Debatte über ihre Rechtmäßigkeit ausgelöst bis hinein in die Bezirkszeitungen; die SED mußte ,,Unklarheiten'' unter den Mitgliedern konstatieren. Und diese Bewegung ist in der DDR zu *Aktionen* übergegangen, Flugblätter wurden ausgelegt, Parolen gegen den Sozialimperialismus an Häuser und Fabriken geschrieben. Die SED ist hier empfindlich getroffen; ihre ideologische Vorbereitung eines Waffenganges an der Seite der ,,Friedensmacht'' SU ist damit ebenso gestört wie die mit Sozialchauvinismus versetzte Propaganda über die hohe Achtung der DDR in der Dritten Welt.

IBA, 1973 gegründet, hatte mit der Stimme Jamaicas bisher festgelegt, für jede Tonne Bauxit einen Mindestpreis von 2% des Weltmarktpreises pro Tonne Aluminium zu verlangen. Der US-Konzern Alcoa, der weltgrößte Aluminiumproduzent, verlangte jetzt von Jamaica die Senkung der Mindestabgabe auf 1%, sonst wäre mit der Ausdehnung des Bauxitabbaus nicht zu rechnen. Alcoa, auch nach der Nationalisierung der Lagerstätten 1977 noch immer Eigentümer der Förderanlagen, betreibt sie nur mit einer Auslastung von 75%. Um die in diesem Jahr nötigen 200 Mio. $ einzunehmen, hat die Regierung Jamaicas sich jetzt die Senkung der Mindestabgabe auf 1,5% abpressen lassen.

US-Phosphat-Boykott gegen SU – Druck auf Marokko, Tunesien

z.ror. Nachdem sie die Lieferungen von Futtergetreide an den sozialimperialistischen Konkurrenten unterbunden hat, hat die US-Regierung den am 6.2.80 gefaßten Beschluß, an die SU auch kein Phosphat mehr zu liefern, auf unbestimmte Zeit verlängert. Die Sozialimperialisten hatten 1977 ein über 20 Jahre befristetes Handelsabkommen mit der Occidental Petrol abgeschlossen. Die amerikanischen Phosphatlieferungen, mit denen die SU sieben neue Düngemittelfabriken betreiben wollte, betrugen im letzten Jahr 480000 t zu einem Exportwert von 97 Mio. $. In diesem Jahr war eine Steigerung auf eine Million Tonnen zu 400 Mio. $ geplant. Auf diesem Niveau sollte der sowjetische Import bis 1997 bleiben. Bezahlt wurde der Phosphat mit der Lieferung von Ammoniak. Die USA sind der größte Phosphatproduzent der Welt, mit fast 35% der Weltproduktion, die SU liegt mit 20% an zweiter Stelle. Die US-Imperialisten verlangen von den beiden nächstgrößten Lieferländern, Marokko und Tunesien, ihre Produktion nicht auszudehnen und nicht an die SU zu liefern, während die Sozialimperialisten das Gegenteil fordern. In Marokko sind die USA mit 40% an den Phosphatminen beteiligt. Auf der anderen Seite ist es den Sozialimperialisten im Januar 1978 gelungen, mit Marokko einen 2-Milliarden-Dollar-Vertrag über den Bau einer Phosphatmine abzuschließen. Marokko mußte sich dafür verpflichten, 30 Jahre lang an die SU Phosphat zu liefern. – Dieser neue Wirtschaftsboykott der USA gegen die UdSSR soll *zusammen* mit dem Futtergetreide-Boykott wirken; gerade moderne Futtermittelproduktion erfordert hohen Kunstdüngereinsatz.

F.Polisario verstärkt Angriffe auf Marokkos Okkupationsarmee

z.ans.Rom. Mit Waffenlieferungen für 235 Mio. Dollar haben die US-Imperialisten Anfang dieses Jahres erneut die Aggressionspolitik Marokkos gegen die an Phosphat reiche Demokratische Arabische Republik Sahara (DARS) geschürt. Die saharauische Volksbefreiungsarmee ALPS unter Führung der F.Polisario verstärkt demgegenüber die Angriffe auf die marokkanische Okkupationsarmee. In der DARS hat die Befreiungsarmee die Kolonialtruppen zum Rückzug auf Defensivpositionen gezwungen. Die militärischen Verluste Marokkos sind groß: So eroberte die ALPS Mitte Februar bei Boujdour an der saharauischen Atlantikküste ein Mirage F-1 und ein F-5 Flugzeug und tötete 421 Soldaten. Gleichzeitig intensiviert die Befreiungsarmee die Gegenschläge gegen die Okkupationsarmee auf dem Gebiet Marokkos selbst. Die marokkanischen Truppen mußten bereits einige Städte räumen. Die militärischen Erfolge der F.Polisario sind die Grundlage für die politischen und diplomatischen Erfolge. Bis zum Zeitpunkt des 4. Jahrestages der Gründung der Demokratischen Arabischen Republik Sahara haben 36 Länder die DARS und damit das Recht des saharauischen Volkes auf Selbstbestimmung und Unabhängigkeit anerkannt. Darunter sind 20 der 49 afrikanischen Staaten, fünf weniger als zur Aufnahme der DARS in die OAU notwendig sind.

Der anglikanische Erzbischof, ein ,,frommer Kriegsheld''

z.rül.London. Am 25. März wird die britische Königin den neuen Erzbischof von Canterbury, das religiöse Oberhaupt der anglikanischen Kirche nach der Königin, in sein Amt einführen. Die Regierung hat extra die Vorlage ihres Budgets um einen Tag auf den 26.3. verschoben. Mit Bischof Robert Runcie hat die britische Bourgeoisie einen rechten Kriegshelden auserkoren: Freiwilliger bei der ,,Schottischen Garde'', Offiziersausbildung in Sandhurst, Panzeroffizier in der Normandie, dann bei den Fallschirmjägern und ausgezeichnet mit dem ,,Military Cross''. Seitdem die englische Bourgeoisie 1534 die päpstliche Oberhoheit über die englische Kirche durch die Oberhoheit ihres jeweiligen Königs ablöste, setzte sie die anglikanische Kirche stets an vorderster Front in ihren Kolonialfeldzügen ein. Bis 1804 standen die diversen Kaplane, Bischöfe etc. dabei direkt auf der Gehaltsliste der jeweiligen Kolonialgesellschaften. Heilsarmee, Baptisten, Methodisten, Puritaner: Scheinheilige Frömmelei als Tarnung für Kolonialraubzüge und als Waffe gegen die Volksmassen, darin hat die englische Bourgeoisie Erfahrung wie kaum eine andere. Heute verfügt die anglikanische Kirche (die englische Staatskirche) über 63 Millionen Mitglieder, knapp 16 Millionen davon in den ehemaligen britischen Kolonien in Afrika. Der Pflege dieser ,,alten Beziehungen'' will sich der neue Erzbischof besonders widmen. Seine erste Auslandsreise führt ihn nach Uganda und dann nach Zaire. Dort will er ein neues Erzbistum errichten.

Marx und Engels im Kampf gegen den kleinbürgerlichen Sozialismus

z.ges. „Die Arbeiterklasse ist revolutionär oder sie ist nichts", schrieb Karl Marx 1865 an J.B. Schweitzer, Lassalles Nachfolger und Herausgeber des „Sozialdemokrat", an dem Marx und Engels zeitweilig mitarbeiteten. Nicht gern. Engels meinte in einem Brief an Marx, „... welch ein Sautitel: ‚Der Sozialdemokrat'! Warum nennen die Kerle das Ding nicht geradezu den ‚Proletarier'?" Marx antwortete: „‚Social-Demokrat' ist ein schlechter Titel. Doch muß man den besten Titel nicht gleich weggeben für vielleicht failures." Und ein Fehlschlag wurde „Der Sozialdemokrat". Dem Kampf mit dem preußischen Junkerstaat wurde nicht nur ausgewichen; in gut Lasallescher Tradition wurde mit Bismarck geliebäugelt. Die Arbeiterklasse sollte ihm gegen die bürgerliche Fortschrittspartei helfen und der preußische Staat sollte den Arbeitern beim Aufbau von Kooperativgenossenschaften helfen. Da konnte sich Bismarck auf Kungelei ruhig einlassen. Marx an Engels: „Der preußische Staat kann coalitions und trades unions *nicht* dulden. Dies ist sicher. Dagegen Regierungsunterstützung einiger lausiger Kooperationsgesellschaften paßte ihnen grade in den Mist hinein. Erweiterung der Beamtennasen, Kontrolle über ‚neue' Gelder, Bestechung der Rührigsten unter den Arbeitern, Entmannung der ganzen Bewegung! ... Notabene, Lassalle war gegen die Koalitionsbewegung. Liebknecht improvisierte sie gegen Lassalles Willen bei den Berliner Buchdruckern." Marx an Schweitzer, den Sachwalter des Lassallschen Erbes: „Koalitionen mit den aus ihnen erwachsenden trades unions sind nicht nur als Mittel der Organisation der Arbeiterklasse zum Kampf gegen die Bourgeoisie von der äußersten Wichtigkeit – diese Wichtigkeit zeigt sich u.a. darin, daß selbst die Arbeiter in den United States trotz Wahlrecht und Republik derselben nicht entbehren können – sondern in Preußen und Deutschland überhaupt ist das Koalitionsrecht außerdem ein Durchbrechen der Polizeiherrschaft und des Bürokratismus, zerreißt die Gesindeordnung und die Adelsherrschaft auf dem Lande, kurz es ist eine Maßregel zur Mündigmachung der ‚Untertanen' ..."

Anlehnung an den Staatsapparat, Ablehnung der Gewerkschaften und ihrer Aufgaben, war eine der kleinbürgerlichen Abweichungen, mit denen Marx und Engels beim Aufbau der Internationalen Arbeiterassoziation zu kämpfen hatten. Die Ablehnung der Gewerkschaften wurde auch ökonomisch begründet. Lassalle hatte behauptet, daß das eherne Lohngesetz die Arbeiter naturnotwendig auf dem physischen Existenzminimum halte, weshalb der Lohnkampf nichts bringe und alles vom allgemeinen Wahlrecht und der Staatshilfe für Kooperationsgenossenschaften abhänge. Ohne solch preußisch obrigkeitlichen Einschlag wurde die Schädlichkeit des Lohnkampfes und der Gewerkschaften auch in anderen Ländern, sogar in England vertreten. John Weston, ein ehemaliger Zimmermann, später selbständiger Unternehmer, der an der Gründung der Internationalen Arbeiterassoziation teilnahm, vertrat die Auffassung, daß jede Lohnerhöhung durch Preiserhöhung wettgemacht würde. Marx polemisierte dagegen in der Schrift „Lohn, Preis und Profit". Der Lohn ist durch den Wert der Arbeitskraft bestimmt und der Preis der Ware durch die tatsächlich auf die Ware verwandte Arbeit, bezahlte und unbezahlte. Eine Lohnerhöhung betrifft das Verhältnis von Lohn und Profit, nicht aber direkt den Preis. Schädlich und tödlich für die junge Internationale wäre es gewesen, wenn sie sich von der Lohnbewegung und den Gewerkschaften getrennt und gar in prinzipiellen Gegensatz zu ihnen gestellt hätte. Setzten sich solche Auffassungen durch, schreibt Marx an Engels, „so wären wir Kladderadatsch, sowohl wegen der hiesigen Trades Unions, als wegen der Infection of Strikes, die jetzt auf dem Kontinent herrscht."

In „Lohn, Preis und Profit" ging Marx aber auch gegen jede Einschränkung der Gewerkschaften auf ihre engsten und nächsten Zwecke an: „Gewerkschaften tun gute Dienste als Sammelpunkte des Widerstands gegen die Gewaltakte des Kapitals. Sie verfehlen ihren Zweck zum Teil, sobald sie von ihrer Macht einen unsachgemäßen Gebrauch machen. Sie verfehlen ihren Zweck gänzlich, sobald sie sich darauf beschränken, einen Kleinkrieg gegen die Wirkungen des bestehenden Systems zu führen, statt gleichzeitig zu versuchen, es zu ändern, statt ihre organi-
Systems zu führen, statt gleichzeitig zu versuchen, es zu ändern, statt ihre organi-
sierten Kräfte zu gebrauchen als einen Hebel zur schließlichen Befreiung der Arbeiterklasse, d.h. zur endgültigen Abschaffung des Lohnsystems."

Die Arbeiterklasse ist nichts, wenn sie nicht revolutionär ist. Sie kann nicht revolutionär sein, wenn sie keine revolutionäre Theorie entwickelt und wenn sie nicht den Kampf gegen die herrschende Klasse führt, d.h. wenn sie keine revolutionäre Politik macht. Von Anfang an mußten Marx und Engels in der Internationale gegen Kräfte kämpfen, die der Arbeiterklasse die Politik verbieten wollten. Der erste Pate dieser kleinbürgerlichen Strömung war Proudhon: „Sie schwatzen von Wissenschaft und wissen nichts. Sie verschmähn alle revolutionäre, i.e. aus dem Klassenkampf selbst entspringende Aktion, alle konzentrierte, gesellschaftliche, also auch durch politische Mittel (wie z.B. gesetzliche Abkürzung des Arbeitstages) durchsetzbare Bewegung; unter dem Vorwand der Freiheit und des Anti-Gouvernementalismus oder Anti-Autoritäts-Individualismus – diese Herren, die so ruhig seit 16 Jahren den elendesten Despotismus (den Bonapartismus in Frankreich) ertragen haben und ertragen!"

Unter Führung Bakunins trat diese Strömung dann zur Spaltung der I. Internationale an, gerade zu einem Zeitpunkt, als diese mit der Pariser Kommune der ersten großen revolutionären Bewährungsprobe unterzogen wurde. Der Haager Kongreß im September 1872 zog ein Resumé aus dieser Auseinandersetzung und nahm ausdrücklich in die Statuten auf: „In seinem Kampf gegen die kollektive Macht der besitzenden Klassen kann das Proletariat nur dann als Klasse handeln, wenn es sich selbst als besondere politische Partei im Gegensatz zu allen alten, von den besitzenden Klassen gebildeten Parteien konstituiert. Diese Konstituierung des Proletariats als politische Partei ist unerläßlich, um den Triumph der sozialen Revolution und ihres höchsten Zieles, der Aufhebung der Klassen, zu sichern."

Die I. Internationale – Ein Anstoß für die Herausbildung der internationalen Arbeiterbewegung

z.lup. In den Revolutionen von 1848 hatte die Arbeiterklasse im europäischen Maßstab im wesentlichen die Truppen für die Bourgeoisie gestellt. Was die revolutionären Ereignisse dieses Jahres zum Ergebnis hatten, war eine außerordentlich rasche Entwicklung der kapitalistischen Produktionsweise, die die Gründung der I. Internationale, der ersten internationalen Assoziation der Arbeiterklasse, auf die Tagesordnung setzte. Die 50er und 60er Jahre des vergangenen Jahrhunderts waren die letzte Phase der industriellen Revolution. In der Hüttenindustrie wurden das Bessemer-Verfahren und die Siemens-Martin-Öfen eingeführt. In die gleiche Zeit fiel die Erfindung des Telegraphen, des Telefons und der Dynamomaschine. Segelschiffe wurden durch Dampfschiffe abgelöst. Das Eisenbahnnetz breitete sich mit einer gewaltigen Geschwindigkeit aus. Umfaßte es 1840 noch 38000 km, so waren es 1870 bereits 167800. England, das fortgeschrittenste kapitalistische Land, hatte sich ein unbestreitbares Industriemonopol erobert. Aber auch in Frankreich und in den USA und selbst in Deutschland und Rußland schritt die Durchsetzung der industriellen kapitalistischen Produktionsweise unaufhaltsam voran. Die kapitalistische Produktion hatte einen Weltwarenmarkt geschaffen, zugleich aber auch einen Weltarbeitsmarkt.

In England hatte die Arbeiterbewegung nach langen Kämpfen 1847 der Kapitalistenklasse und dem bürgerlichen Staat das Gesetz über den 10-Stundentag abgetrotzt und über 3jährige Versuche der Kapitalisten, die Schranke der Ausbeutung einzureißen, zurückgeschlagen. Es galt zwar nur für die Textilindustrie, und hier nur „für junge Personen und Frauenzimmer". Aber, dennoch hatte, wie Marx im „Kapital" feststellte, „das Prinzip gesiegt, mit seinem Sieg in den großen Industriezweigen, welche das eigenste Geschöpf der modernen Produktionsweise".

In dem folgenden Jahrzehnt hatte die englische Gewerkschaftsbewegung, die bis dahin in über 1400 örtliche Einzelgewerkschaften zersplittert war, oft auf berufsständischer Grundlage, vielfach in Konkurrenz der verschiedenen Verbände gegeneinander, in der Herausbildung einer einheitlichen Gewerkschaftsorganisation Fortschritte gemacht. Wichtig waren dafür die Streiks der Londoner Bauarbeiter von 1859 und 1860. Entscheidende Forderung dieser Streiks war die Verkürzung des Arbeitstages von 10 auf 9 Stunden. Das Komitee der Londoner Bauarbeitergewerkschaften beschloß den Streik zunächst in nur einem Betrieb. Die Kapitalisten antworteten mit allgemeiner Aussperrung und einer allgemeinen Kriegserklärung an die Gewerkschaften. Sie drohten, nur den wieder einzustellen, der durch Unterzeichnung eines Dokuments bestätige, daß er keiner Gewerkschaft angehöre. Die englische Arbeiterbewegung nahm diese Herausforderung an. In allen Ländern des „Vereinigten Königreiches" wurden während des ein halbes Jahr währenden Streiks der Londoner Bauarbeiter Versammlungen durchgeführt, die die Solidarität mit dem Streik bekräftigten und Spenden aufbrachten. Die Kapitalisten mußten ihr „Dokument" zurückziehen, wenn auch die Hauptforderung zunächst nicht durchgesetzt werden konnte. Aber im Rahmen der Solidarität mit den Londoner Bauarbeitern hatten sich in den meisten Städten Gewerkschaftsräte gebildet, die sich dann in örtliche Gewerkschaftsverbände umwandelten und die verschiedenen Einzelgewerkschaften umfaßten. Mit der Unterstützung des Londoner Gewerkschaftsverbandes konnten die Bauarbeiter im folgenden Jahr die Verkürzung des Arbeitstages auf neuneinhalb Stunden durchsetzen.

Zu einer Welle der Sympathie hatte dieser Streik nicht nur in Großbritannien, sondern auch auf dem europäischen Kontinent geführt. Sie äußerte sich in zahlreichen Solidaritätsversammlungen und auch in einer Spendensammlung der Pariser Arbeiter und führte zu ersten Verbindungen zwischen den britischen und den französischen Arbeitern. Diese war auch dringend erforderlich. Immer wieder war es in den vergangenen Jahren gelungen, Errungenschaften, die sich die britischen Arbeiter erkämpft hatten, durch Ausnutzung der Konkurrenz auf dem internationalen Arbeitsmarkt zu beseitigen.

Dieser Konkurrenz durch Stiftung einer internationalen Arbeiterassoziation entgegenzuwirken, war eine der Absichten der historischen Versammlung in der St. Martins Hall, zu der die britischen Arbeiterführer zunächst die französischen Arbeiter, darüberhinaus aber die Arbeiter aller anderen Länder, eingeladen hatten. In ihrer Grußadresse erklärten die englischen Arbeiter unter anderem: „Eine Verbrüderung der Völker ist für die Arbeitersache höchst notwendig, denn wir finden, daß immer, wenn wir versuchen, unsere soziale Lage durch Verkürzung der Arbeitszeit oder Erhöhung der Löhne zu verbessern, unsere Fabrikanten drohen, sie würden Franzosen, Deutsche, Belgier und andere herüberbringen, um unsere Arbeit zu geringerem Lohn ausführen zu lassen; und wir müssen leider sagen, daß dies auch wirklich geschehen ist, nicht aus einer Absicht unserer Brüder auf dem Kontinent, uns zu schaden, sondern infolge des Mangels an einer regelmäßigen, systematischen Verbindung zwischen den Arbeiterklassen aller Länder, die wir hoffen, bald verwirklicht zu sehen, da es unser Prinzip ist, die Löhne der schlechtbezahlten möglichst auf das Niveau der besser entlohnten Arbeiter zu heben und den Unternehmern nicht länger zu erlauben, einen von uns gegen den anderen auszuspielen und so unsere Lebenshaltung auf einen solch niedrigen Stand herabzudrücken, wie es ihrem Krämergeiz paßt."

Direkter Anlaß der internationalen Arbeiterversammlung in der Londoner St. Martins Hall war aber die Solidarität mit dem Kampf des polnischen Volkes für nationale Unabhängigkeit. Zum dritten Mal seit 1830, als Rußland Polen nach der Niederschlagung eines Aufstandes zu einer russischen Provinz erklärt hatte, hatte sich das polnische



18. März 1871. Die Pariser Kommune. Zum ersten Mal in der Geschichte hat die Arbeiterklasse die politische Macht ergriffen, um eine neue Gesellschaft aufzubauen

Gründungsdokumente der I. Internationale

Adresse der englischen Arbeiter, vorgetragen auf der internationalen Arbeiterversammlung in St. Martin's Hall am 28.9.1864

An die Arbeiter Frankreichs von den Arbeitern Englands

Brüder aus Frankreich

„... Als ein Mittel, dem gegenwärtigen Mißbrauch der Macht ein Ende zu machen, erwidern wir Euren Aufruf zu einer Verbrüderung der Völker. Laßt uns eine Vereinigung von Vertretern Frankreichs, Italiens, Deutschlands, Polens, Englands und all der Länder schaffen, in denen ein Wille zu gemeinsamer Arbeit für das Wohl der Menschheit vorhanden ist. Laßt uns über die großen Fragen diskutieren, von denen der Friede der Nationen abhängt; laßt uns unsere Vernunft und unser moralisches Recht mit geziemender Würde den Schmeicheleien und den viehischen Gewalt unserer sogenannten Herrscher entgegensetzen; – und es ist unsere Überzeugung, daß die Macht der Despoten geschwächt wird und daß die feigen Schurken, die die höchsten einem Menschen anvertrauten Ämter entehren, indem sie das ihnen geschenkte Vertrauen benutzen, um die edelsten Anstrengungen des menschlichen Genius zu vereiteln, ein unrühmliches Ende finden werden. Dies würde ehrenwerten Männern mit umfassenden Geistesgaben den Weg ebnen, vorwärtszukommen und nicht für die Privilegien weniger, sondern für die Rechte der Massen zu arbeiten ..."

Adresse der französischen Arbeiter, vorgetragen auf der internationalen Arbeiterversammlung in St. Martin's Hall am 28.9.1864

Brüder und Freunde!

„Ja, Ihr habt recht, das Wollen, das uns vereint, ist das sichere Zeichen einer besseren Zukunft für die Befreiung der Völker.

Cäsaren, deren Haupt eine blutige Krone befleckt, dürfen fortan nicht mehr das Recht haben, die durch die Raubzüge der Großen erschöpften Völker, die durch barbarische Kriege verheerten Länder unter sich aufzuteilen. Wieder ist Polen mit einem blutigen Leichentuch bedeckt, und wir können nur ohnmächtige Zeugen des Geschehens sein.

Ein einziges unterdrücktes Volk gefährdet die Freiheit der anderen Völker. – Jeder Mensch, der frei ist oder es zu sein wünscht, muß, will er seine Menschenwürde wahren, seinen unterdrückten Brüdern zu Hilfe eilen. Gewiß werden wir sehr viele Hindernisse zu überwinden haben, und mehr als einer wird im Kampfe fallen ... Arbeiter aller Länder, die Ihr frei sein wollt: Jetzt ist es an Euch, Zusammenkünfte abzuhalten. Endlich betritt das Volk wieder die Bühne, seiner Kraft bewußt, sich aufrichtend gegen die Tyrannei in der politischen Ordnung, gegen das Monopol, gegen das Privileg der ökonomischen Ordnung ..."

Inauguraladresse der Internationalen Arbeiterassoziation

Angenommen in der Sitzung des Provisorischen Komitees vom 1.11.1864

„... Politische Macht zu erobern ist daher jetzt die große Pflicht der Arbeiterklassen. Sie scheinen dies begriffen zu haben, denn in England, Frankreich, Deutschland und Italien zeigt sich ein gleichzeitiges Wiederaufleben und finden gleichzeitige Versuche zur Reorganisation der Arbeiterpartei statt. Ein Element des Erfolges besitzt sie, die Zahl. Aber Zahlen fallen nur in die Waagschale, wenn Kombinationen sie vereint und Kenntnis sie leitet. Die vergangene Erfahrung hat gezeigt, wie Mißachtung des Bandes der Brüderlichkeit, welches die Arbeiter der verschiedenen Länder verbinden und sie anfeuern sollte, in allen ihren Kämpfen für Emanzipation fest beieinanderzustehen, stets gezüchtigt wird durch die gemeinschaftliche Vereitlung ihrer zusammenhanglosen Versuche. Es war dies Bewußtsein, das die Arbeiter verschiedener Länder, versammelt am 28. September 1864 in dem öffentlichen Meeting in St. Martin's Hall, London, anspornte zur Stiftung der Internationalen Assoziation ..."

Provisorische Statuten der Internationalen Arbeiterassoziation

Angenommen in der Sitzung des Provisorischen Komitees vom 1.11.1864

„In Erwägung,

daß die Emanzipation der Arbeiterklasse durch die Arbeiterklasse selbst erobert werden muß; daß der Kampf für die Emanzipation der Arbeiterklasse kein Kampf für Klassenvorrechte und Monopole ist, sondern für gleiche Rechte und Pflichten und für die Vernichtung aller Klassenherrschaft;

daß die ökonomische Unterwerfung des Arbeiters unter den Aneigner der Arbeitsmittel, d.h. der Lebensquellen, der Knechtschaft in allen ihren Formen zugrunde liegt – allem gesellschaftlichen Elend, aller geistigen Verkümmerung und politischen Abhängigkeit;

daß die ökonomische Emanzipation der Arbeiterklasse daher der große Endzweck ist, dem jede politische Bewegung, als Mittel, unterzuordnen ist;

daß alle auf dieses Ziel gerichteten Versuche bisher gescheitert sind aus Mangel an Einigung unter den mannigfachen Arbeitszweigen jedes Landes und an der Abwesenheit eines brüderlichen Bundes unter den Arbeiterklassen der verschiedenen Länder;

daß die Emanzipation der Arbeiterklasse weder eine lokale, noch eine nationale, sondern eine soziale Aufgabe ist, welche alle Länder umfaßt, in denen die moderne Gesellschaft besteht, und deren Lösung vom praktischen und theoretischen Zusammenwirken der fortgeschrittensten Länder abhängt;

daß die gegenwärtig sich erneuernde Bewegung der Arbeiterklasse in den industriellen Ländern Europas, während sie neue Hoffnungen wachruft, zugleich feierliche Warnung erteilt gegen

Volk 1863 zu einem großen Aufstand erhoben, den die zaristische Regierung erst nach einem einjährigen Feldzug mit einer gewaltigen Militärmacht niederwerfen konnte. Im April 1863 erhob eine Massenversammlung Londoner Arbeiter die Forderung an die Regierung, Rußland den Krieg zu erklären, um den polnischen Befreiungskampf zu unterstützen. Der britische Ministerpräsident Palmerston erklärte, eine bewaffnete Intervention Englands ohne Beteiligung Frankreichs käme nicht in Frage. Um den Druck auf die Regierung zu verstärken, hatten die britischen Gewerkschaftsführer daraufhin beschlossen, unter Teilnahme von Vertretern der französischen Arbeiter eine weitere Massenversammlung zu organisieren. Jene Versammlung wurde dann die Gründungsversammlung der 1. Internationale. In ihrer Grußadresse hatten die britischen Arbeiter erklärt: „Laßt unser erstes gemeinsames Vorgehen der Freiheit Polens gelten; die Gerechtigkeit seiner Sache verlangt es ... Petitionen der Völker beider Länder, in denen die unbestreitbaren Ansprüche der Polen auf die Rechte von Kriegführenden auseinandergesetzt werden, müssen sofort vorbereitet und gleichzeitig an unsere Regierungen gerichtet werden, getragen von dem ernsten Entschluß, immer wieder für dieses Volk einzutreten, das es wahrhaft verdient hat. Wir müssen dies tun, um den Ränken der Geheimdiplomatie (dieser Geißel der Nationen) vorzubeugen, die sonst erneut ihr teuflisches Spiel in Szene setzen würde, Polens edelste Söhne hinzumorden, seine Töchter einer brutalen Soldateska preiszugeben, und dieses schöne Land noch einmal in ein riesiges Schlachthaus zu verwandeln, zur ewigen Schmach der zivilisierten Welt."

Die Unterstützung des polnischen Befreiungskampfes gegen den russischen Zarismus war während des 19. Jahrhunderts stets eine entscheidende Aufgabe jeder revolutionären Bewegung gewesen. Die Unterstützung Polens konzentrierte sich auf den Kampf gegen das zaristische Rußland deshalb, weil Rußland stets den Hauptanteil an der Aufteilung Polens hatte und Österreich und Deutschland stets untergeordnete Kumpanen darstellten. Für die Wahrnehmung dieser Aufgabe wie insgesamt für den politischen Zusammenschluß der Arbeiter aller Länder gegen die Politik ihrer jeweiligen Regierungen hat Marx in der Internationale stets gefochten. Über die Notwendigkeit einer auswärtigen Politik der Arbeiterklasse heißt es in der Inauguraladresse der Internationalen Arbeiterassoziation:

„Wenn die Emanzipation der Arbeiterklasse das Zusammenwirken verschiedener Nationen erheischt, wie jenes große Ziel verfolgen mit einer auswärtigen Politik, die frevelhafte Zwecke verfolgt, mit Nationalvorurteilen ihr Spiel treibt und in piratischen Kriegen des Volkes Blut und Gut vergeudet? Nicht die Weisheit der herrschenden Klassen, sondern der heroische Widerstand der englischen Arbeiterklasse gegen ihre verbrecherische Torheit bewahrte den Westen Europas vor einer transatlantischen Kreuzfahrt, für die Verewigung und Propaganda der Sklaverei (gemeint ist der Versuch der britischen Regierung, durch eine Intervention im amerikanischen Bürgerkrieg den Sklavenhalterstaaten des Südens zum Sieg zu verhelfen, d.V.). Der schamlose Beifall, die Scheinsympathie oder idiotische Gleichgültigkeit, womit die höheren Klassen Europas dem Meuchelmord des heroischen Polen und der Erbeutung der Bergveste des Kaukasus durch Rußland zusahen; die ungeheuren und ohne Widerstand erlaubten Übergriffe dieser barbarischen Macht, deren Kopf zu St. Petersburg und deren Hand in jedem Kabinett von Europa, haben den Arbeiterklassen die Pflicht gelehrt, in die Geheimnisse der internationalen Politik einzudringen, die diplomatischen Akte ihrer respektiven Regierungen zu überwachen, ihnen wenn nötig entgegenzuwirken, wenn unfähig zuvorzukommen, sich zu vereinen in gleichzeitigen Denunziationen und die einfachen Gesetze der Moral und des Rechts, welche die Beziehungen von Privatpersonen regeln, als die obersten Gesetze des Verkehrs von Nationen geltend zu machen. Der Kampf für solch eine auswärtige Politik ist eingeschlossen in den allgemeinen Kampf für die *Emanzipation der Arbeiterklasse*. Proletarier aller Länder, vereinigt Euch!"

Die Inauguraladresse, die von Marx verfaßt und vom provisorischen Generalrat der Internationale beschlossen worden war, bildet das grundlegende Programmdokument der Internationale. Über die Bedeutung dieses Programms und die Entwicklung der Internationale schreibt Engels später in dem bereits zitierten Vorwort zur deutschen Ausgabe des kommunistischen Manifests: Die Internationale „hatte zum Zweck, die gesamte streitbare Arbeiterschaft Europas und Amerikas zu einem großen Heereskörper zu verschmelzen. Sie konnte daher nicht ausgehen von den im Manifest niedergelegten Grundsätzen. Sie mußte ein Programm haben, das den englischen Trade Unions, den französischen, belgischen, italienischen und spanischen Proudhonisten und den deutschen Lassalleanern die Tür nicht verschloß ... Die Ereignisse und Wechselfälle im Kampf gegen das Kapital, die Niederlagen noch mehr als die Erfolge, konnten nicht umhin, den Kämpfenden die Unzulänglichkeit ihrer bisherigen Allerweltsheilmittel klarzulegen und ihre Köpfe empfänglicher zu machen für eine gründliche Einsicht in die wahren Bedingungen der Arbeiteremanzipation. Und Marx hatte recht. Die Arbeiterklasse von 1874, bei der Auflösung der Internationale, war eine ganz andere als die von 1864, bei ihrer Gründung, gewesen war. Der Proudhonismus in den romanischen Ländern, der spezifische Lassalleanismus in Deutschland waren am Aussterben, und selbst die damaligen stockkonservativen englischen Trade Unions gingen allmählich dem Punkt entgegen, wo 1887 der Präsident ihres Kongresses in Swansea in ihrem Namen sagen konnte: 'Der kontinentale Sozialismus hat seinen Schrecken für uns verloren.' Der kontinentale Sozialismus, der war aber schon 1887 fast nur noch die Theorie, die im Manifest verkündet wird."

Die Pariser Kommune, das Hauptereignis während der Zeit der 1. Internationale, war der erste Versuch der Arbeiterklasse, die politische Macht zu erobern, um die soziale Befreiung der Arbeiterklasse durchzuführen.

einen Rückfall in die alten Irrtümer und zur sofortigen Zusammenfassung der noch zusammenhangslosen Bewegung drängt;

aus diesen Gründen haben die unterzeichneten Mitglieder des Komitees, welches am 28. September 1864 auf der öffentlichen Versammlung in St. Martin's Hall, London, gewählt wurde, die notwendigen Schritte zur Gründung der Internationalen Arbeiterassoziation getan.

Sie erklären, daß diese Internationale Assoziation und alle Gesellschaften in Individuen, die sich ihr anschließen, Wahrheit, Gerechtigkeit und Sittlichkeit anerkennen als die Regel ihres Verhaltens zueinander und zu allen Menschen, ohne Rücksicht auf Farbe, Glauben oder Nationalität.

Sie erachten es als die Pflicht eines jeden Menschen, die Rechte eines Menschen und Bürgers nicht bloß für sich selbst, sondern für jedermann, der seine Pflicht tut, zu fordern. Keine Rechte ohne Pflichten, keine Pflichten ohne Rechte.

Und in diesem Geist haben sie nachfolgende Provisorische Statuten der Internationalen Assoziation verfaßt:

1. Die gegenwärtige Assoziation ist gegründet zur Herstellung eines Mittelpunktes der Verbindung und des Zusammenwirkens zwischen den in verschiedenen Ländern bestehenden Arbeitergesellschaften, welche dasselbe Ziel verfolgen, nämlich: den Schutz, den Fortschritt und die vollständige Emanzipation der Arbeiterklasse.

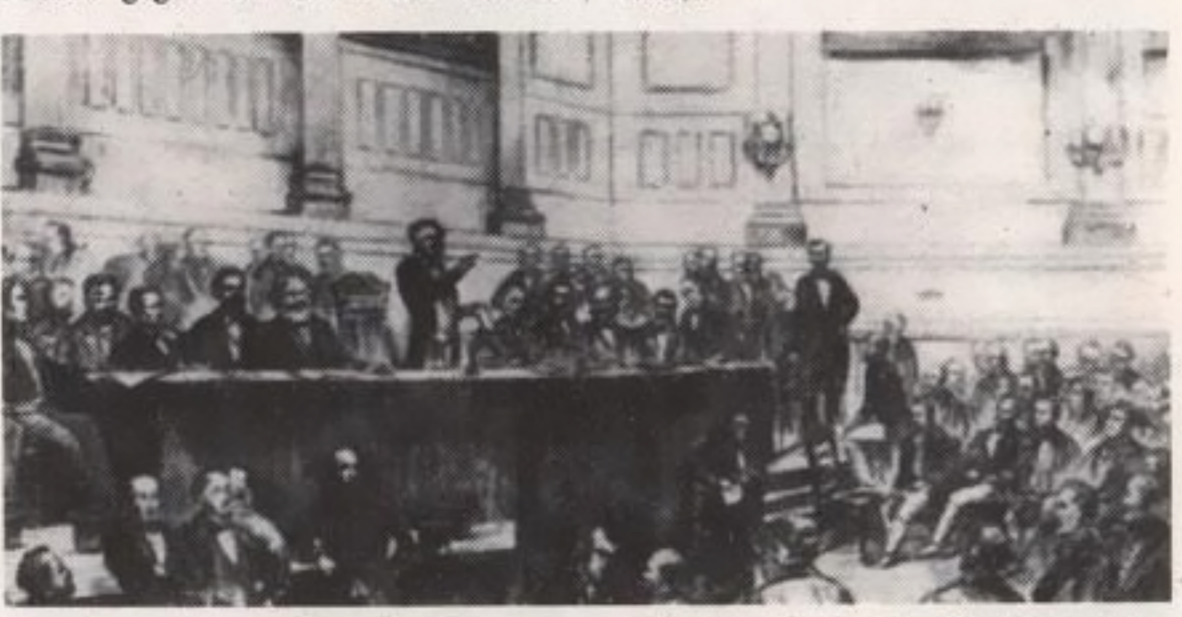
2. Der Name der Gesellschaft ist: Internationale Arbeiterassoziation.

... 6. Der Zentralrat wirkt als internationale Agentur zwischen den verschiedenen zusammenwirkenden Gesellschaften, so daß die Arbeiter eines Landes fortwährend unterrichtet bleiben über die Bewegungen ihrer Klasse in allen andern Ländern; daß eine Untersuchung über den sozialen Zustand der verschiedenen Länder Europas gleichzeitig und unter gemeinsamer Leitung stattfindet; daß Fragen von allgemeinem Interesse, angeregt von einer Gesellschaft, von allen andern aufgenommen werden; und daß im Fall der Notwendigkeit sofortiger praktischer Schritte, wie z.B. bei internationalen Zwisten, die verbündeten Gesellschaften sich gleichzeitig und gleichförmig betätigen können. Bei jeder passenden Gelegenheit ergreift der Zentralrat die Initiative der den verschiedenen nationalen oder lokalen Gesellschaften zu unterbreitenden Vorlagen ..."

Erste Erfolge internationaler Solidarität der Arbeiterklasse

z.bew. 1857 erschütterte die erste weltweite Krise die kapitalistischen Industrien, 1866 folgte die nächste Krise. Die große Aufschwungphase der kapitalistischen Industrie wurde für die europäischen Staaten England, Frankreich und Deutschland durch die zyklische, krisenhafte ökonomische Entwicklung abgelöst. Ende der 50er Jahre überwand die europäische Arbeiterklasse die Niederlage der 48er Revolutionen und die darauf folgende Phase der Stagnation und führte große ökonomische und politische Kämpfe gegen die Versuche der Kapitalistenklasse, über Ausdehnung der Arbeitszeit, Senkung der Löhne und Preissteigerungen die Folgen der Krise auf sie abzuwälzen. Viele dieser Kampfaktionen konnten von der Kapitalistenklasse zerschlagen werden, da die Klassenorganisation der Arbeiter erst im Entstehen begriffen waren und sie kaum über einen finanziellen Rückhalt für einen längeren Streik verfügten. Zudem konnten die Kapitalisten nahezu unbegrenzt Arbeiter aus anderen Ländern als Streikbrecher einsetzen.

Mit der Gründung der „Internationalen" hatte sich die internationale Arbeiterklasse eine Organisation geschaffen, um diese Schwäche zu überwinden und dadurch die ökonomischen Kämpfe der nationalen Arbeiterklassen zu unterstützen. 1866 streikten die Londoner Schneider. Sieben Monate währte ihr Kampf für höhere Löhne und kürzere Arbeitszeit. In keinem Streik zuvor sind so lückenlos um die einzelnen Betriebe Streikposten aufgezogen wie hier. Trotz ständiger Verhaftungen und Anklagen wegen Aufruhr, Belästigung und Verschwörung gegen die Streikposten konnten die Kapitalisten nicht wagen, offen in den Betrieben Streikbrecher einzustellen. Sie versuchten, vom Kontinent Schneider heranzubringen und diese an geheimgehaltenen Orten arbeiten zu lassen. Der Generalrat der „Internationale" wandte sich in Aufrufen an die deutschen, französischen und belgischen Schneider, informierte die Arbeiter auf dem Kontinent über die geplante Streikbrecheranwerbung und organisierte Spendensammlungen für die streikenden Londoner Schneider in ganz Europa. „Einer der Hauptanklagepunkte im Prozeß gegen die Leiter der Pariser Sektion der Internationale war, daß sie während des Streiks der englischen Zinkarbeiter, Schneider und Eisenbahnangestellten die französischen Arbeiter von der Abreise nach England zurückgehalten haben." (Generalrat, Rundschreiben Juli 1869) In England selbst wurden die verschwiegensten Verstecke, in denen die Kapitalisten die Produktion aufnehmen ließen, aufgedeckt und die Mitglieder des Generalrates konnten die Arbeiter in ihrer Heimatsprache über den Charakter ihrer Tätigkeit informieren, worauf diese die Arbeit niederlegten, zurückkehrten und in der Heimat die Agitation gegen den Nachschub von Streikbrechern organisierten. Durch die Unterbindung des Einsatzes von Streikbrechern aus anderen Ländern und Spendensammlungen auf dem Kontinent durch die „Internationale" konnte der Streik der Londoner Schneider siegreich beendet werden.



Gründungsversammlung der „Ersten Internationale" in der St. Martin's Hall in London am 28.9.1864 mit über 2000 Teilnehmern

1868 – Mit Unterstützung der Internationale erringen die Genfer Bauarbeiter einen Sieg

z.anb. Seit Januar 1868 verlangen die über 3000 Bauarbeiter in Genf, daß die Kapitalisten und Handwerksmeister in Verhandlungen treten über die Forderung nach sofortiger Verkürzung des 12–14stündigen Arbeitstags auf 10 Stunden und Lohnerhöhung um 20%. Da die Arbeiter aus den erst kürzlich gebildeten Gewerksvereinen ein Komitee wählen, das mit der Führung der Verhandlungen beauftragt wird, rotten sich sämtliche Baukapitalisten zwecks „Gegenwehr" zusammen und sprechen dem Arbeiterkomitee grundsätzlich jegliche Verhandlungsbefugnis ab.

Am 14. März erklärt das Arbeiterkomitee seine Bemühungen, Verhandlungen in Gang zu bringen, für gescheitert und ersucht das Genfer Zentralkomitee der Internationale um Vermittlung. Die Kapitalisten schäumen. Für sie geht es längst nicht nur um die „unannehmbaren" Forderungen, das Eingreifen der Internationale signalisiert eine für sie äußerst gefährliche Wende in der Kampfkraft und dem Bewußtsein der Arbeiterbewegung. Am 23. März wird in einer Generalversammlung aller Genfer Fachsektionen der Internationale von den Vorständen der Fachgewerke für die Steinhauer, Maurer, Stukkaturarbeiter, Anstreicher der unbefristete Streik ausgerufen.

Durch Aussperrung eines Zulieferergewerke versuchen die Kapitalisten, die Streikfront zu untergraben. Das Ergebnis: Unter den bis dahin nicht in Fachsektionen organisierten Stellmachern, Hufschmieden, Sattlern, Tapezierern, Feilenbauern gewinnt die Internationale in wenigen Tagen 1000 neue Mitglieder.

Während die Kapitalisten auf Aushungern der mittellosen Arbeiter setzen, organisiert die Internationale die politische und materielle Unterstützung. Aus Deutschland kommen Spenden von den Arbeiterbildungsvereinen u.a. in Hamburg, Hannover, Schwerin, Rostock, Solingen, Mannheim, Eßlingen, München; der Generalrat in London sichert dem Genfer Zentralkomitee monatlich 40000 Franken „bis zur siegreichen Beendigung" des Streiks zu. Die Komitees in Brüssel und Paris übermitteln Spenden von Buchdruckern, Klempnern, Berg- und Eisenhüttenarbeitern. In Genf verpflegen Hunderte Arbeiter anderer Gewerke ihre streikenden Klassenbrüder.

Am 13. April nach 3 Wochen Streik geben die Kapitalisten auf. Um ihr ramponiertes Image wenigstens zum Schein zu wahren – sie hatten ja jegliche Verhandlung mit dem Generalrat der Internationale abgelehnt – betrauen sie nun den Genfer Justiz- und Polizeipräfekten Camperio mit der Wahrnehmung ihrer Interessen. Nach drei Verhandlungstagen muß dieser durch Maueranschlag verkünden lassen, daß die Kapitalisten der Reduzierung des Arbeitstages auf 10 Stunden und 10% Lohnerhöhung zustimmen. Dieser Sieg der Genfer Bauarbeiter führt zu massenhaftem Beitritt von schweizerischen Arbeitern in die Internationale.

Internationaler Arbeiter-Verein.

Erstes Verzeichniß

der für die

Grevisten in Basel eingegangenen Liebesgaben.

	Fr.	Ct.
1868 28. Dezember.		
Durch Bürger Starke von Mermillode in Genf	300	—
" " " vom deutschen Arbeiterverein	128	—
1869 Januar.		
3. Freiwilliger Beitrag der Sektion Mechaniker	80	—
4. Von J. P. Frei	5	—
5. " Zürich	61	—
" Darlehen der Sektion Mechaniker	100	—
" " " Muttersektion	30	—
" " " Sektion Chemische Arbeiter	40	—
7. " " Muttersektion	20	—

	Fr.	Ct.
Uebertrag	3768	62
" Vom deutschen Verein in Zürich	5	—
" Von den Zimmerleuten in Berlin	92	—
" " der Sektion Schneider	15	—
6. " J. P. Frei	2	70
9. " Joh. Wm. Brebt in Barmen	78	79
" " Conrad Meyer in Achim	14	60
" " Von Hauswirth in Nyon	20	—
" " L. Peterien in Paris	150	—
" " H. Meyer in Bremerhafen	7	40
" Vom Central-Comite in Genf	50	—

Aus dem Spendenverzeichnis des Generalrats der „Internationale" für die ausgesperrten Seidenfärber und Bundweber in Basel vom 4. März 1869

1869 – Die österreichische Arbeiterbewegung trotzt der Regierung Koalitionsrechte ab

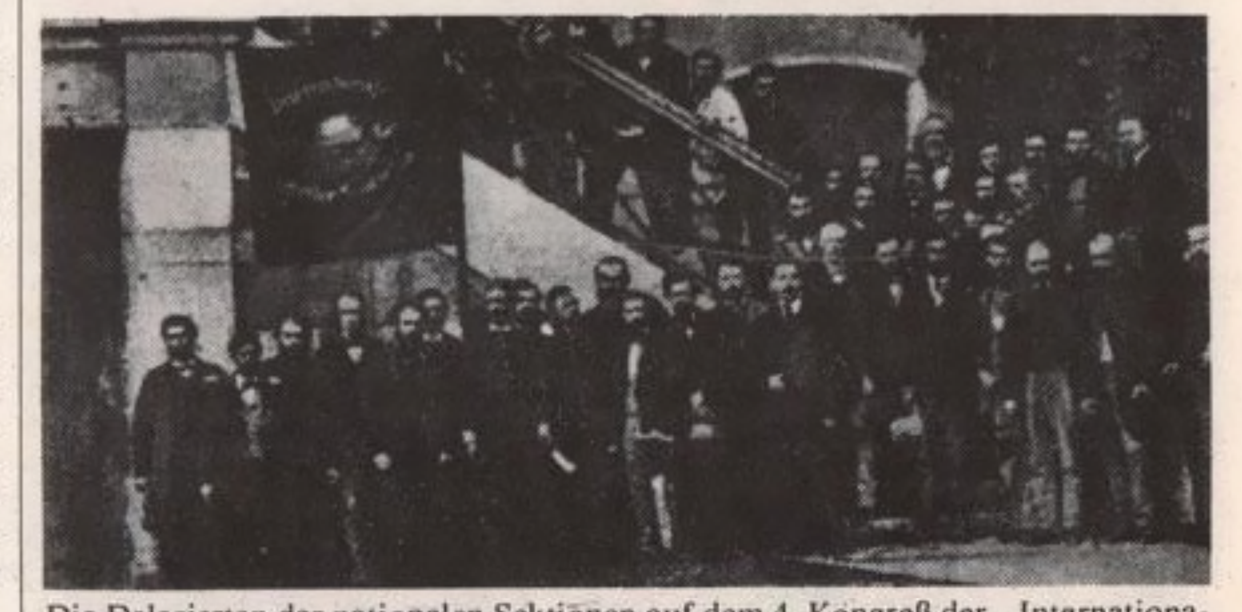
z.anb. Die Revolution von 1848 hat das Bürgertum unter der Habsburgermonarchie in Angst und Schrecken versetzt – vor dem Aufstand der besitzlosen Proletarier- und Bauernmassen, insbesondere der unterdrückten Nationalitäten. Die blutige Niederschlagung der Revolution läutet die Flucht des Bürgertums an die Seite von Monarchie und Adel ein.

Deren Versprechungen nach Liberalisierung der Staatsgewalt und nach Aufbau einer parlamentarischen Hülle gehen einher mit ungezügelter Reaktion gegen die arbeitenden Klassen. Das *Vereinsgesetz* von 1850 untersagt ausdrücklich den Zusammenschluß anläßlich wirtschaftlicher und sozialer Interessen.

Unter den Bedingungen der Illegalität werden in den 60er Jahren gemeinsame Arbeitervereine aller Nationalitäten gebildet, 1867 erfolgt deren Anschluß an die Internationale. Das Zentralorgan der deutschsprachigen Sektionsgruppe, „Der Vorbote", propagiert und unterstützt diesen Kampf um Koalitions- und Streikrecht.

In dem Aufruf „Die Arbeiter Wiens an die französischen und englischen Arbeiter" vom Juli 1868 heißt es: „Für uns gibt es nur eine Nation: ... den Kampf der Unterdrückten und Ausgebeuteten gegen ihre unvernünftigen Zwingherren! ... Wir müssen gemeinsam den Weltmarkt, der uns wie Ware behandelt, erobern und können nur siegen, wenn wir gemeinsam die Produktion auf demokratischer Grundlage regeln."

Am 13. Dezember 1869 bei Eröffnung der Sitzungsperiode des Reichsrates demonstrieren in Wien über 20000 Arbeiter für die sofortige Aufhebung des Vereinsgesetzes. „Die Hofburg hat gezittert, das Kaiserreich geschlottert und der Geldsack gewinselt", schreibt „Der Vorbote". Der Druck der Arbeiterbewegung zwingt die Regierung, mit dem im Frühjahr 1870 erlassenen *Koalitionsgesetz* das Recht auf gewerkschaftlichen Zusammenschluß und Streik anzuerkennen.



Die Delegierten der nationalen Sektionen auf dem 4. Kongreß der „Internationale" in Basel vom 5. – 11. September 1869



„Diese Gesellschaft beruht auf der Warenproduktion ... Der Widerspruch von Lohnarbeit und Kapital ist die Grundlage des unversöhnlichen Klassengegensatzes zwischen Bourgeoisie und Proletariat in der kapitalistischen Gesellschaft. Die Ausbeutung der Proletarier durch die Kapitalisten ist in dieser Gesellschaft Grundlage der Knechtschaft in jeder Gestalt: des gesellschaftlichen Elends, der geistigen Verkümmerung, der politischen Abhängigkeit ... Für das Proletariat bedeuten innerhalb des kapitalistischen Systems alle Mittel zur Entwicklung der Produktion nur zusätzliche Mittel zu seiner Ausbeutung und Unterdrückung. Sie verstümmeln den Arbeiter in einen Teilmenschen, entwürdigen ihn zum Anhängsel der Maschine, vergrößern die Qual der Arbeit und vernichten ihren Inhalt, entfremden ihm die geistigen Potenzen des Arbeitsprozesses, verunstalten die Bedingungen, innerhalb derer er arbeitet, unterwerfen ihn während des Arbeitsprozesses der kleinlichst gehässigen Despotie, verwandeln seine Lebenszeit in Arbeitszeit für den Kapitalisten, so daß der Arbeiter nur lebt, um für den Kapitalisten zu arbeiten."

Völlige Selbstverwaltung der Versicherungen und der von ihnen betriebenen Einrichtungen

Grundgesetz, Art. 87

(2) Als bundesunmittelbare Körperschaften des öffentlichen Rechts werden diejenigen sozialen Versicherungsträger geführt, deren Zuständigkeitsbereich sich über das Gebiet eines Landes hinaus erstreckt.

Sozialgesetzbuch

§44 Zusammensetzung der Selbstverwaltungsorgane

(1) Die Selbstverwaltungsorgane setzen sich zusammen

1. je zur Hälfte aus Vertretern der Versicherten und der Arbeitgeber, soweit in den Nummern 2 bis 4 nichts Abweichendes bestimmt ist,

2. bei den Trägern der landwirtschaftlichen Unfallversicherung mit Ausnahme der Gartenbau-Berufsgenossenschaft, je zu einem Drittel aus Vertretern der versicherten Arbeitnehmer (Versicherten), der Selbständigen ohne fremde Arbeitskräfte und der Arbeitgeber,

3. bei der Bundesknappschaft zu zwei Dritteln aus Vertretern der Versicherten und zu einem Drittel aus Vertretern der Arbeitgeber,

4. bei den Ersatzkassen aus Vertretern der Versicherten.

§46 Wahl der Vertreterversammlung

(1) Die Versicherten und die Arbeitgeber wählen die Vertreter ihrer Gruppen in die Vertreterversammlung getrennt auf Grund von Vorschlagslisten; ...

(3) Wird aus einer Gruppe nur eine Vorschlagsliste zugelassen oder werden auf mehreren Vorschlagslisten insgesamt nicht mehr Bewerber benannt, als Mitglieder zu wählen sind, gelten die Vorgeschlagenen als gewählt.

§56 Wahlordnung

Der Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung erläßt durch Rechtsverordnung mit Zustimmung des Bundesrates die zur Durchführung der Wahlen erforderliche Wahlordnung.

§87 Umfang der Aufsicht

(1) Die Versicherungsträger unterliegen staatlicher Aufsicht. Sie erstreckt sich auf die Beachtung von Gesetz und sonstigem Recht, das für die Versicherungsträger maßgebend ist.

(2) Auf den Gebieten der Unfallverhütung und der Ersten Hilfe bei Arbeitsunfällen erstreckt sich die Aufsicht auch auf den Umfang und die Zweckmäßigkeit der Maßnahmen.

§89 Aufsichtsmittel

(1) Wird durch das Handeln oder Unterlassen eines Versicherungsträgers das Recht verletzt, soll die Aufsichtsbehörde zunächst beratend darauf hinwirken, daß der Versicherungsträger die Rechtsverletzung behebt. Kommt der Versicherungsträger dem ... nicht nach, kann die Aufsichtsbehörde den Versicherungsträger verpflichten ...

§90 Aufsichtsbehörden

(1) Die Aufsicht über die Versicherungsträger, deren Zuständigkeitsbereich sich über das Gebiet eines Landes hinaus erstreckt ... führt das Bundesversicherungsamt, auf den Gebieten der Unfallverhütung und der Ersten Hilfe bei Arbeitsunfällen der Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung.

(2) Die Aufsicht über die Versicherungsträger, deren Zuständigkeitsbereich sich nicht über das Gebiet eines Landes hinaus erstreckt ... führen die für die Sozialversicherung zuständigen obersten Verwaltungsbehörden der Länder oder die von ihnen bestimmten Behörden.

Behörden.

§59 Verlust der Mitgliedschaft

(3) Verstößt ein Mitglied eines Selbstverwaltungsorgans in grober Weise gegen seine Amtspflichten, hat der Vorstand das Mitglied durch Beschluß seines Amtes zu entheben.

Urteil des Bundesverfassungsgerichts, 2.5.1976

Die Mitglieder der kollegial gestalteten Geschäftsführung, die von der Vertreterversammlung auf Vorschlag des Vorstandes gewählt werden und ihrerseits mit gewissen Beschränkungen dem Vorstand angehören, bedürfen bei landesunmittelbaren Versicherungsträgern der Bestätigung durch die Landesregierung und müssen Beamte des Landes oder Gemeindeverbandes sein, für dessen Gebiet die Versicherungsanstalt errichtet ist.

Perspektiven der Gewerkschaft ÖTV für eine arbeitnehmerorientierte Gesundheitspolitik, 28.9.1977

Die Versicherten sollen deshalb die Selbstverwaltung der Sozialversicherungsträger allein übernehmen. Dies gilt insbesondere für die gesetzlichen Krankenkassen, die zu umfassenden Einrichtungen der Gesundheitssicherung werden müssen.

Selbstverwaltung in der Sozialversicherung, DGB Bundesvorstand

Nun sitzen die Unternehmer – meist paritätisch – in den Selbstverwaltungsorganen. Haben sie dort etwas zu suchen? Das landläufige Argument, das sie vorbringen, lautet ‚Wir Unternehmer zahlen die Hälfte der Versichertenbeiträge'. Dieses Argument ist unsinnig. Der Arbeitgeberanteil kann nicht anders als ein fester Bestandteil des Lohns oder Gehalts betrachtet werden. Mit demselben Recht oder Unrecht könnten die Unternehmer auch verlangen, über die Verwendung anderer Teile des Lohns mitzubestimmen ... Die Gewerkschaften fordern deshalb eine alleinige Versicherten-Selbstverwaltung.

Grundsatzprogramm des DGB, Entwurf, 1979

Die Arbeitnehmer verwalten die Einrichtungen der sozialen Sicherung selbst. Dem Recht auf Selbstverwaltung gebührt Vorrang vor staatlicher Bevormundung. Das Recht der Arbeitnehmer, in der gesetzlichen Kranken-, Renten- und Arbeitslosenversicherung ihre Angelegenheiten in alleiniger Zuständigkeit zu regeln, ist unabdingbar. Der Grundsatz uneingeschränkter und alleiniger Selbstverwaltung durch die Arbeitnehmer gilt unteilbar sowohl für die Zusammensetzung der Organe als auch für ihre Aufgaben und den Umfang ihrer Befugnisse.

„Unfallrate gesunken" – Verschleiß gestiegen

Die Kapitalisten müssen für jede Schädigung der Arbeitskraft haftbar gemacht werden

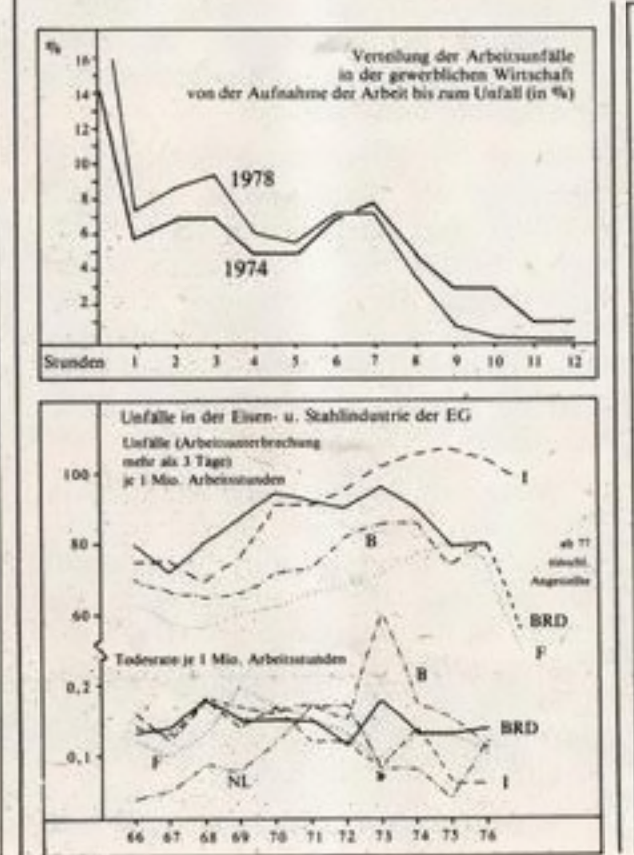
z.frb. Der diesjährige Bericht der Bundesregierung über den Stand der Unfallverhütung und das Unfallgeschehen in der BRD, veröffentlicht im Bundestag am 8. Februar als Drucksache 8/3650, ist aufgemacht als Rückblick auf „ein Jahrzehnt des Fortschritts im Arbeitsschutz". Einige Zahlen zur *zeitlichen Entwicklung* der Arbeitsunfälle, Unfälle auf dem Weg von und zur Arbeit sowie der Berufskrankheiten reichen allerdings aus, um den Glanz etwas verblassen zu lassen.

1949, als erstmals nach dem von der deutschen Monopolbourgeoisie begonnenen imperialistischen Weltkrieg wieder eine Statistik der die Unfallversicherung betreffenden Unfälle und Berufskrankheiten aufgestellt wurde, belief sich die Zahl der gemeldeten Unfälle und Berufskrankheiten auf 1193511. Die Zahl stieg Jahr für Jahr und erreichte 1961 mit 3187614 den höchsten Stand. Seither sinkt sie wieder, seit 1975 allerdings kaum noch. 1978 – bis dorthin reichen die neuesten jetzt veröffentlichten Zahlen – wurden 2057285 Unfälle und Berufskrankheiten gemeldet. Das ist bedeutend weniger als 1961 und auch 23% weniger als 1970. Aber es ist auch bedeutend mehr, fast doppelt soviel, wie die Unfälle und Berufskrankheiten am Ausgangspunkt des westdeutschen Im-

Ausgangspunkt des westdeutschen Im-
perialismus 1949.

Die Zunahme der Unfälle bis 1961 war zum Teil der Zunahme des von den Kapitalisten ausgebeuteten Arbeiterheeres geschuldet. Neue Teile der Bevölkerung und ausländische Arbeiter wurden in die Fabrik gepreßt. Auf die Wohnbevölkerung gerechnet betrug die Unfallrate 1978 33,5 je 1000 Einwohner, 1949 war die Rate 24,2. Auch die Rate berechnet auf das Arbeitsvolumen ist heute höher als 1949. Je 1000 Vollarbeiter wurden 1978 83 Unfälle und Berufskrankheiten gemeldet, 1949 waren es 66 gewesen, auf dem Höchststand 1961 131.

Auch noch längere zeitliche Vergleiche fallen nicht glänzend aus. Wie den Berichten im Reichsarbeitsblatt zu entnehmen ist, lag die Zahl der gemeldeten Unfälle 1932 bei 34 je 1000 Versicherte, stieg dann 1937 auf 56. Selbst wenn man die unterschiedliche Berechnungsweise berücksichtigt, ist dies bedeutend weniger als die heutige Unfallrate.



Schon diese Vergleiche zeigen also, daß die Zahl der Unfälle bloß relativ gesunken ist, bloß im Vergleich zu den Zahlen jener Jahre, in denen die westdeutschen Kapitalisten im Zuge rascher Kapitalakkumulation bei ausgeweiteter Produktion die Verkrüppelung der Arbeiter über alle Maßen gesteigert hatte und hatte steigern können, weil sie die Kämpfe der Arbeiter unter ihre politische und ideologische Kontrolle hatten bringen können. Um 1960 war die Phase der scheinbar unbegrenzten Expansion des westdeutschen Imperialismus zu Ende. 1961 war das letzte Jahr mit deutlicher Zunahme der abhängig Beschäftigten, und es wundert daher nicht, daß in jenem Jahr eine Umkehr in der Entwicklung der Arbeitsunfälle eintritt.

Dennoch, obwohl das Niveau der Unfallrate hoch und zu hoch ist, Tatsache ist auch, daß die Zahl der Unfälle abgenommen hat und zwar deutlich, obwohl die Intensität der Arbeit wie die Ausbeutungsrate weiter zugenommen haben. Eine Erklärung hierfür ist notwendig. Die Bundesregierung hat die ihre schon parat, ohne daß sie einer Untersuchung dazu bedürfte: Es sei das Verdienst ihrer Maßnahmen, daß die Zahl der Unfälle gesunken ist. Als ob jemals ein Ministerhintern selbst etwas in Bewegung gesetzt hätte, und

was in Bewegung gesetzt hätte, und
nicht erst kräftig getreten werden müßte, ehe er etwas in Bewegung kommt.

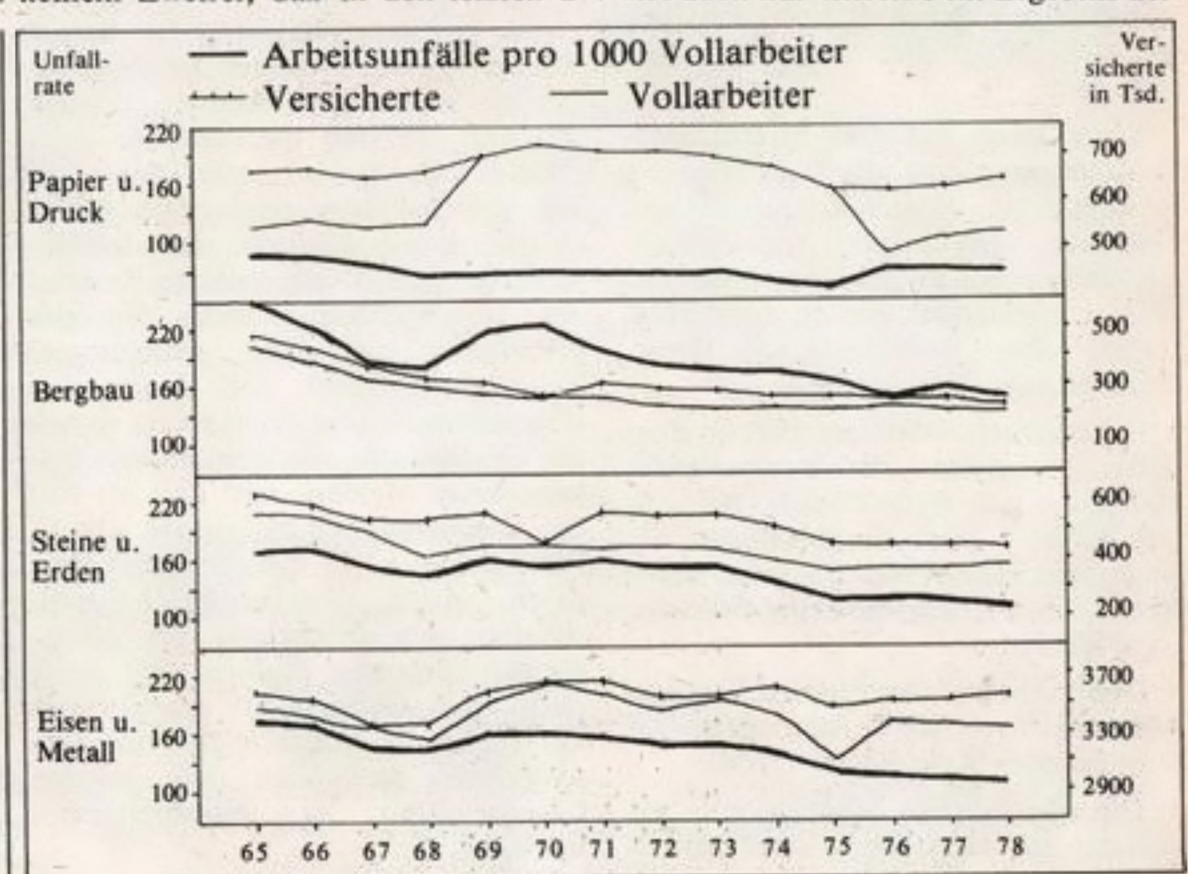
Häufigste Berufskrankheit ist die *Lärmschwerhörigkeit*. 1970 wurden 2007 Fälle angezeigt, 1978 18121. Schulterklopfend vermerkt der Unfallverhütungsbericht, daß der Höhepunkt von 20592 im Jahr 1977 damit überschritten sei. Die Wahrheit ist wohl eher, daß die Zahl der Meldungen zurückgeht, ohne daß die Zahl der Erkrankungen zurückgegangen ist, weil von sechs gemeldeten Schwerhörigkeiten nur eine entschädigt wird. Die größte Zunahme der Schwerhörigkeit ist gerade in jenen Frequenzbereichen zu verzeichnen, die knapp außerhalb des Bereichs liegen, der regierungsamtlich für die Anerkennung zur Berufskrankheit verlangt ist. Lärmschäden machen 40% der Berufskrankheiten aus. In einer Studie der Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Unfallverhütung von 1974 (E. Wend: Schwerpunkte der Berufskrankheiten in der BRD) heißt es: „Es unterliegt keinem Zweifel, daß in den letzten 2 Jahren in zunehmendem Maße aus Wirtschaftszweigen Lärmschadensfälle gemeldet wurden, die früher nicht betroffen waren (z.B. 95 Fälle aus der Holz- und Papierverarbeitung und 25 Fälle aus dem Nahrungs- und Genußmittelgewerbe (automatische Getränkeabfüllung!))."

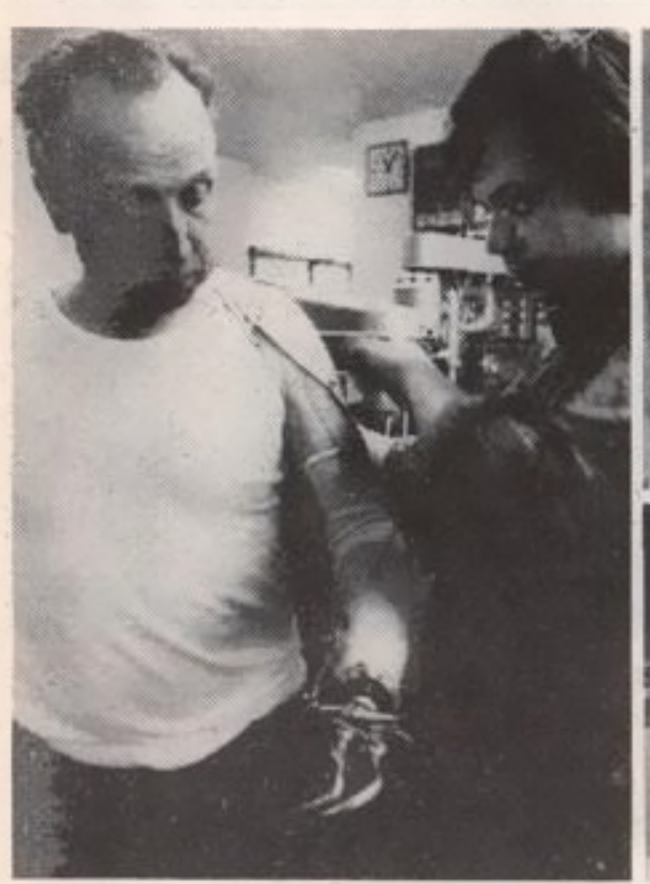
Zweithäufigste Berufskrankheit sind *Hauterkrankungen*. 1970 wurden hiervon 6642 gemeldet, 1978 10259. Am häufigsten betroffen sind Bauarbeiter (Zementverarbeitung), Lohnabhängige im Bereich Dienstleistungen, Maschinen- und Fahrzeugbau, Elektrotechnik und Feinmechanik, Eisen und NE-Metall. Bei den Frauen sind es vor allem Friseusen, Krankenschwestern und Putzfrauen, die an Hautkrankheiten erkranken.

Verschiedene schwere Krankheiten, deren Ursache seit Jahren bekannt ist, nehmen laufend zu, aber Kapitalisten und Regierung warten zu in der Hoffnung, daß die Zahl der betroffenen Arbeiter klein genug ist, um ihre Forderungen zu unterdrücken. Die Asbestlungenerkrankungen haben sich in fünf Jahren von 158 auf 332 erhöht, Erkrankungen der tieferen Luftwege und der Lunge durch Aluminium von 9 auf 49, Erkrankungen an Lungenfibrose durch Metallstäube bei der Herstellung und Verarbeitung von Hartmetal-

se durch Metallstäube bei der Herstellung und Verarbeitung von Hartmetal-
len von 16 auf 30, jährlich werden 260 bis 300 Erkrankungen durch Blei neu gemeldet, 44 durch Chrom, 260 durch Kohlenmonoxyd, 250 durch Halogenkohlenwasserstoff, 30 durch Phosphorverbindungen.

Praktisch alle diese Schädigungen sind bekannt oder, wo sie neu auftraten, vorhersehbar, aber die Kapitalisten lassen erstmal drauflos produzieren, und Schutzvorschriften müssen erst der Regierung abgerungen werden. Skrupellos lassen die Kapitalisten Schmier- und Reinigungsmittel verwenden, deren schädliche Wirkung bekannt ist, skrupellos lassen sie noch schneller laufende Maschinen und Fertigungsstraßen erstellen, obwohl an fünf Fingern abzuzählen ist, daß hunderte Arbeiter davon taub werden. Sicher, wahrscheinlich sind die Schutzbestimmungen kaum in einem Land so relativ streng wie in Westdeutschland. Aber es ist eine Erfindung der regierungsamtlichen Pressereferenten, daß dies auch nur entfernt ein Ergebnis der













,,Einheitliche Versicherung für alle Lohnabhängigen · Vollständiger Schutz für alle Arten des Verlustes oder der Minderung der Arbeitsfähigkeit durch Krankheit, Unfall, Invalidität, Alter, Mutterschaft und für den Fall der Arbeitslosigkeit · Herabsetzung des Rentenalters auf 50 Jahre bei Frauen, 55 Jahre bei Männern · Erhöhung der Renten auf mindestens 75% eines Facharbeiterlohnes; regelmäßige und gleichzeitige Erhöhung der Renten mit den Löhnen · Zahlung eines Arbeitslosengeldes von mindestens 80% des Lohns für die gesamte Dauer der Arbeitslosigkeit · Unentgeltliche ärztliche Hilfe und Versorgung mit allen Arzneimitteln · Übertragung des Gesundheitswesens an eine sich selbst verwaltende Krankenkasse, deren Leitung von den versicherten Lohnabhängigen gewählt wird · Bestreitung aller Versicherungskosten ausschließlich durch die Kapitalisten; sofern es sich um Lohnabhängige in staatlichen Betrieben oder Einrichtungen handelt, durch den Staat · Vollständige Selbstverwaltung der Versicherten in allen Versicherungsinstitutionen." (Programm des Kommunistischen Bundes Westdeutschland)

Regierungstätigkeit wäre. Im Gegenteil.

Sowenig die Vorschriften der Unfallverhütung Verdienst der Regierungsbeamten sind, sowenig die gesunkene Unfallrate. Vielmehr spricht viel dafür, daß sie – außer natürlich auch durch die Wirkung der erkämpften Schutzvorschriften – durch zweierlei begründet ist. Erstens drückt sich hierin die *gestiegene Produktivkraft der Arbeit*, worin gesteigerte Geschicklichkeit eingeschlossen ist, aus; zweitens nimmt zwar die Zahl der Unfälle ab, gleichzeitig aber *steigt der allgemeine Verschleiß* der Arbeitskraft. Ersteres ist ausschließlich Verdienst der Arbeiterklasse, zweiteres kann sich die Kapitalistenklasse als Verdienst zurechnen.

Wenngleich ein schlüssiger Beweis schwer ist, so gibt es doch ein gutes Dutzend Tatsachen, die die Richtigkeit dieser Erklärung unterstreichen und die Brutalität der Kapitalisten gegenüber der Arbeiterklasse belegen. Am ehesten sind die Unfälle dort zurückgegangen, wo die Bearbeitung des Arbeitsstoffes automatisiert werden konnte. An einer rechnergesteuerten Drehbank etwa vermindert sich die Verletzungsgefahr durch Metallspäne.

Deutlich gesunken ist die Unfallrate in folgenden Bereichen: Eisen und Metall; Elektrotechnik, Feinmechanik, Optik; Steine und Erden. Etwas gefallen ist sie im Bergbau, Handel, Verkehr. Etwa gleich geblieben ist sie im Bereich Holz und Schnitzstoffe; Papier und Druck; Textil und Leder; Nahrungs- und Genußmittel (seit 1974 steigend); Gesundheit. Die Schwankungen beim Bau sind so, daß eine Aussage kaum möglich ist, zumal hier die statistischen Kühnheiten der Berufsgenossenschaften besonders ins Gewicht fallen. Die Unfallraten werden nämlich auf ,,Vollarbeiter" berechnet, nicht auf Versicherte. Damit soll ausgeglichen werden, daß einige Versicherte nicht das ganze Jahr oder nicht die volle normale Arbeitszeit tätig sind. Tatsächlich aber steht es im Belieben der einzelnen Berufsgenossenschaft, wie sie die Berechnung handhabt, weshalb auf den Schaubildern unten sich die Kurven für Versicherte und Vollarbeiter zuweilen decken. Insgesamt ist es so, daß die Unfallrate mit dem Rückgang der Produktion in aller Regel zunächst auch sinkt. Es ist also die Anspannung der kapitalistischen Produktion, die die Unfallrate weit über technische oder natürliche Mängel hinaustreibt.

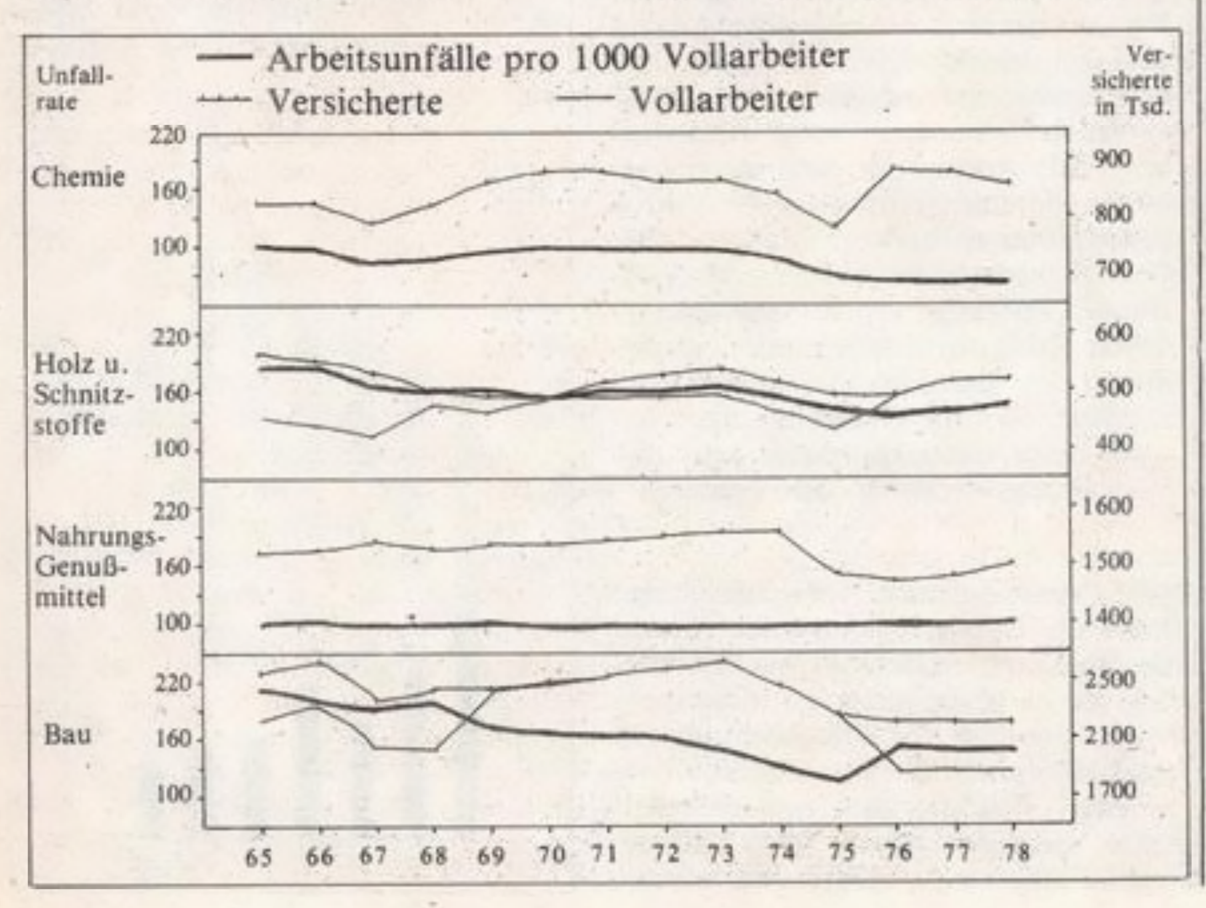
Unterscheidet man die Unfälle nach dem Alter der Versicherten, so kommt man zu folgender Aufstellung für 1978 und für 1974 in Klammern:

Alter Jahre	Anteil Unfälle	Anteil Beschäftigte
bis 30	48% (41%)	34% (32%)
31 – 40	25% (28%)	24% (27%)
41 – 50	17% (18%)	23% (21%)
üb. 50	9% (13%)	18% (20%)

1974 ereigneten sich 17% aller Unfälle in der ersten Stunde nach der Arbeitsaufnahme, 1978 waren es 24,7%. (vgl. Schaubild) Von den tödlichen Arbeitsunfällen ereigneten sich sogar 42,5% in der ersten Arbeitsstunde, 10,7% nach der achten Arbeitsstunde. Sicherlich sind es natürliche Schranken, daß die Unfallgefahr unmittelbar nach Aufnahme der Arbeit am höchsten ist. Es ist aber die Gewalt des kapitalistischen Fabriksystems, das eine geregelte Arbeitsaufnahme unmöglich macht und einen Blutzoll von 42,5% der Getöteten in der ersten Arbeitsstunde, wie auch 10,7% nach Ende des Normalarbeitstages, verlangt. Wahrscheinlich ist auch die Zunahme der Schichtarbeit verantwortlich für den höheren Anteil der Unfälle zu Beginn der Arbeit.

Ist es die ungehobelte Brutalität, mit der Arbeiter neu und der Arbeiter überhaupt täglich in die Fabrik gepreßt werden, die für das hohe Niveau der Unfallrate verantwortlich ist, so ist es die dauernde Verdichtung der Arbeit, die für die Zunahme des allgemeinen Verschleißes verantwortlich ist. Nur unvollkommen wird letzteres in der Zunahme der ,,Berufskrankheiten" ausgedrückt, weil eben die meisten Folgen des Verschleißes nicht als solche gelten. 1970 wurden 25960 Berufskrankheiten angezeigt, 1978 45484. Vor zehn Jahren waren ischämische Herzkrankheiten in 12,9% die Todesursache, 1977 in 19,3%. Krankheiten wie Bluthochdruck nehmen zu, das Rentenalter sinkt, die Zahl der Erwerbsunfähigkeitsrenten nimmt zu, für die über 40jährigen liegt die statistische Lebenserwartung wieder unter dem Stand von 1949/51. Dies ist die Wahrheit der ,,gesunkenen Unfälle".

Gerade weil dies so ist, müssen die Kapitalisten die Kosten nicht nur der Unfallversicherung voll tragen, sondern für alle Versicherungen. Das wird sie unter Druck setzen, den Raubbau an der Arbeits- und Lebenskraft der Arbeiter einzudämmen. Ohne diese Bedingung aber wäre auch die Selbstverwaltung der Versicherungen durch die Versicherten eine halbe Sache.



Sozialismus à la Bismarck: Sozialversicherung

Nichts als Ausweitung der Bevormundung / Liquidierung der Arbeiter-Hilfskassen

z.mif. Der Schulbuchstandpunkt zur Frage der Sozialversicherung ist weiterhin der, sie sei ein Geschenk Bismarcks. ,,Bismarck hatte gespürt, daß man nicht nur Zwang und Gewalt gegen das Streben von Millionen setzen konnte. Auch er sah, wie berechtigt viele ihrer Forderungen waren. So erließ er eine Reihe von *Arbeiterschutzgesetzen*. Es traten in Kraft: 1883 ein *Krankenversicherungsgesetz* ...; 1884 ein *Unfallversicherungsgesetz* ...; 1889 ein *Invaliden- und Altersversicherungsgesetz*" (Ebeling/Birkenfeld: Die Reise in die Vergangenheit, Band 4, Westermann-Verlag 1973).

Nicht einmal soviel ist daran richtig, daß er sie *erließ*. Sie wurden vom Reichstag verabschiedet, und zwar gegen die Stimmen der Sozialdemokratischen Partei. Den Krautjunkern und Bourgeois war es darum zu tun, das Versicherungswesen, soweit es die Arbeiter mit Hilfskassen aufgebaut hatten, zu zerschlagen, damit ein wichtiges Instrument der Sozialdemokratie zur Organisierung des Kampfes der Arbeiterklasse gegen die Kapitalistenklasse zu liquidieren und staatliche und privatkapitalistische Fonds an deren Stelle zu setzen. Der Plan ist alt und nicht von Bismarck erfunden. In einer ,,Denkschrift über Allgemeine Hülfskassen für Arbeiter mit gesetzlicher Beitragspflicht der Arbeitgeber und Arbeiter" schreibt ein Königlicher Ober-Amtmann namens Wilhelm Wagner im Jahre 1851 zu Berlin: ,,Zufriedenheit mit seinem Lose, genährt durch die tröstliche Aussicht auf ein gemächliches Alter, wird die nächste Folge einer solchen Einrichtung sein. Ist aber der Arbeiterstand, dieser an Zahl überwiegende Theil des Volkes, zufrieden, wo ist dann noch der Boden für Wühler und Verführer, wo der Heerd für Revolution, für Auflehnung gegen Gesetz und Ordnung!!"

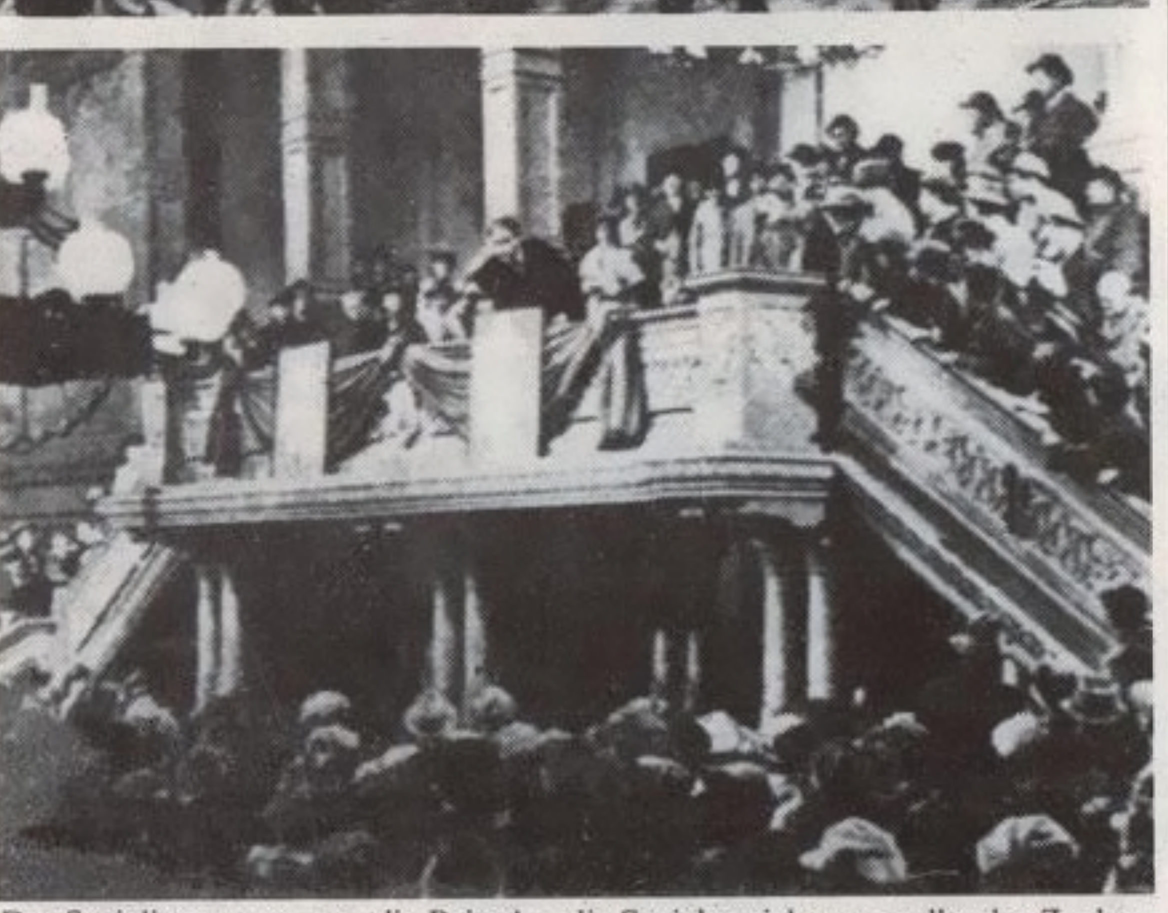
In der Thronrede des Kaisers 1881 hat die Bourgeoisie diesen Plan aktualisiert: ,,Diese Heilung wird nicht ausschließlich im Wege der Repression sozialistischer Ausschreitungen, sondern gleichmäßig auf dem der positiven Förderung des Wohles der Arbeiter zu suchen sein ... Se. Majestät der Kaiser hofft, daß derselbe" (ein Gesetzentwurf zur Unfallversicherung) ,,im Prinzip die Zustimmung der verbündeten Regierungen finden und dem Reichstag als eine Vervollständigung der Gesetzgebung zum Schutze gegen sozialdemokratische Bestrebungen willkommen sein werde."

,,Vervollständigung" – der erste Teil dieser ,,Gesetzgebung" war das Sozialistengesetz 1878. Mit der Peitsche allein war die Herrschaft der Bourgeoisie nicht zu sichern, das Zuckerbrot mußte dazukommen. Mit dem Krankenversicherungsgesetz von 1883 wurde ein Großteil der Arbeiter zwangsversichert, aufgesplittert nach Orts-, Betriebs-, Bau-, Innungs-, Knappschafts- und Gemeindekassen. ,,Als Krankenunterstützung ist zu gewähren: 1. vom Beginn der Krankheit ab freie ärztliche Behandlung, Arznei, sowie Brillen, Bruchbänder und ähnliche Heilmittel; 2. im Falle der Erwerbsunfähigkeit vom dritten Tage nach dem Tage der Erkrankung ab für jeden Arbeitstag ein Krankengeld in Höhe der Hälfte des ortsüblichen Tagelohnes gewöhnlicher Tagearbeiter. Die Krankenunterstützung endet spätestens mit dem Ablauf der 13. Woche nach Beginn der Krankheit." (§6) ,,Die Beiträge zur Krankenversicherung entfallen bei versicherungspflichtigen Personen zu ⅔ auf diese, zu ⅓ auf ihre Arbeitgeber. Eintrittsgelder belasten nur die Versicherten." Die Eintrittsgelder durften die Höhe von 6 Wochenbeiträgen haben; Leistungen waren in der Regel erst nach einer gewissen Zeit zu beanspruchen. Damit wurden die Arbeiter in der freien Wahl des Arbeitsplatzes eingeschränkt. Hatte ein Kapitalist eine Betriebskrankenkasse gegründet, so waren nach einem 1892 vom Reichstag verabschiedeten Musterstatut ,,alle in genannter Fabrik (und im Comptoir derselben) gegen Gehalt oder Lohn beschäftigten Personen" Zwangsmitglieder dieser Kasse, ausgenommen ,,Betriebsbeamte, Werkmeister und Techniker" sowie Lehrlinge. Die Organe der Krankenkasse waren Generalversammlung und Vorstand, in der Generalversammlung hatten die Kapitalisten ⅓ der Stimmen, im Vorstand ⅓ der Sitze, die Vorstandsmitglieder waren ,,ehrenamtlich" tätig – also war in der Regel Vermögen erforderlich.

Bismarcks Kalkül war es, über den staatlich betriebenen Aufbau von Versicherungen die Arbeiterbewegung zu spalten, und zwar entlang der Auffassungen über den Staat. Bismarck gab die Sozialversicherungsgesetzgebung als ,,Staatssozialismus" aus. In seinen ,,Gedanken und Erinnerungen" schreibt er: ,,Wenn man mir dagegen sagt, das ist Sozialismus, so scheue ich das gar nicht. Es fragt sich, wo liegt die erlaubte Grenze des Staatssozialismus? Ohne einen solchen können wir überhaupt nicht wirtschaften. Jedes Armenpflegegesetz ist Sozialismus." Er zielte damit auf die reformistische Strömung in der Sozialdemokratie, auf die Lassalleaner. In Lassalles ,,Arbeiterprogramm" von 1862 hieß es: ,,Der Arbeiterstand aber, die unteren Klassen der Gesellschaft überhaupt, haben schon durch die hilflose Lage, in welcher sich ihre Mitglieder im einzelnen befinden, den tiefen Instinkt, daß eben dies die Bestimmung des Staates sei und sein müsse, dem einzelnen durch die Vereinigung aller zu einer solchen Entwicklung zu verhelfen, zu der er als einzelner nicht befähigt wäre."

Im Gothaer Programm von 1875 wurde die ,,volle Selbstverwaltung für alle Arbeiter-Hilfs- und Unterstützungskassen" gefordert. Die Zahlung von Beiträgen durch die Kapitalisten wurde von Bebel als ein Versuch bekämpft, die Kontrolle über die Arbeiterkassen zu erlangen; die Frage der Haftung der Kapitalisten für die gesundheitlichen Schäden der Lohnarbeiter wurde von der Sozialdemokratie nicht programmatisch aufgeworfen. Im Erfurter Programm von 1891 wird die Forderung ,,Übernahme der gesamten Arbeiterversicherung durch das Reich mit maßgebender Mitwirkung der Arbeiter an der Verwaltung" erhoben. Die Forderung nach Selbstverwaltung ist damit aufgeweicht, die Finanzierung offengelassen.





Das Sozialistengesetz war die Peitsche, die Sozialversicherung sollte das Zuckerbrot abgeben. Die Arbeiterbewegung – Streik der Bergarbeiter 1889 – kämpfte gegen staatliche Unterdrückung und Bevormundung, die Sozialdemokratie lehnte Bismarcks Sozialgesetze ab – Bebel auf einer Kundgebung 1890.









Die Forderung nach Selbstverwaltung der Versicherungen und Bezahlung durch die Kapitalisten ist die Klammer der Kämpfe der Arbeiterklasse gegen die Gesetzesmaßnahmen zur „Arbeitsförderung". Die Forderung der ÖTV, nach gleichen Rechten bei Teilzeitarbeit ist die richtige Antwort auf die Versuche der Kapitalisten, die ganze Arbeitskraft für den halben Preis zu kaufen.

„. . . Auswirkungen gekannt und gebilligt"

r.mab. Am 28. März findet vor der Staatsschutzkammer Lüneburg erneut der Ehrenbergprozeß gegen Dirk Steenken statt. Der Bundesgerichtshof hat der Revision des Staatsanwalts Ibbeken von der Staatsschutzkammer Oldenburg für rechtens erklärt und das Urteil, in dem der Genosse Steenken wegen Beleidigung von Minister Ehrenberg zu 7 Monaten Gefängnis auf Bewährung verurteilt wurde aufgehoben. Der Auftrag an die Staatsschutzkammer Lüneburg lautet, den Genossen nach § 90 b StGB zu verurteilen: „Wer öffentlich . . . ein Gesetzgebungsorgan, die Regierung des Bundes . . . oder eines ihrer Mitglieder in dieser Eigenschaft in einer das Ansehen des Staates gefährdenden Weise verunglimpft und sich dadurch absichtlich für Bestrebungen gegen den Bestand der Bundesrepublik Deutschland oder gegen Verfassungsgrundsätze einsetzt wird mit Freiheitsstrafe von 3 Monaten bis 5 Jahren bestraft."

Damit soll endgültig festgelegt werden, was die Staatsschutzkammer Oldenburg unter dem politischen Druck der Bewegung gegen die Ehrenberggesetze der Bundesregierung nicht festlegen wollte. „Der Angeklagte hat mit den Äußerungen „Endlöser der Rentnerfrage und Sterbehelfer, Schreibtischmörder, Erpresser, Dieb und Hehler" den Bundesminister Ehrenberg beleidigt . . . Unabhängig von der Frage, ob die genannten Gesetze in Extremfällen die Heilungsaussichten eines kranken Versicherten der gesetzlichen Krankenversicherung, insbesondere eines Rentners, erheblich mindern, ist der Vergleich des Bundesministers, der diese Gesetze vorbereitet und ihre Auswirkungen gekannt und gebilligt hat, mit einem Schreibtischmörder oder auch einem anderen Straftäter schwer beleidigend und verunglimpfend. Bundesminister Ehrenberg hat im Rahmen der Vorbereitung dieser Gesetze rechtmäßig gehandelt, weil diese Gesetze verfassungsgemäß zustande gekommen und Anhaltspunkte für ihre Verfassungswidrigkeit, insbesondere wegen Grundrechtsverletzung oder Verletzung des sogenannten Kernbereichs des Rechts, nicht zutagegetreten . . . sind. Es ist grundsätzlich Sache des Rechtsstaates, für seinen Bereich im Rahmen der Verfassung zu bestimmen, was Recht und Unrecht sein soll . . ." So heißt es im Urteil der Staatsschutzkammer Oldenburg.

Mit dieser Begründung, aus der der Zweck des staatlichen Unterdrückungsapparates deutlich wird, zeigt sich der Bundesgerichtshof als „äußeren Sachverhalt" befriedigt. Was geändert werden soll ist die Verurteilung. So heißt es im Oldenburger Urteil zum Strafmaß: „. . . Es handelt sich um eine Tat im Zusammenhang mit der erstmaligen Kürzung der Renten in der Bundesrepublik Deutschland. Wenn kurz nach einer solchen Maßnahme die Grenzen zulässiger Kritik weit überschritten werden, wird die Rechtstreue der Bevölkerung durch solch einen Einzelfall und dessen Ahndung mit einer 7-monatigen Freiheitsstrafe, . . . nicht gefährdet."

Seit 1975 ist Ehrenberg im Amt des Ministers für Arbeit und Soziales. Seit 1976 türmt sich ein Gesetz und eine Verordnung auf die nächste. Allesamt konzentrieren sie sich auf die vollständige und rechtlose Zurverfügungstellung der Arbeitskraft für die schrankenlose Ausbeutung, auf die Sicherung der Ausbeutungsbedingungen, auf die Wiederherstellung der Arbeitskraft ausschließlich zur Arbeitsfähigkeit für die Kapitalisten und schließlich auf die Verkürzung des Lebens der zur Ausbeutung untauglich gewordenen Arbeiter. Allesamt füllen sie die Taschen der Kapitalisten und berauben die Versicherten ihrer Versicherungsgelder zum Zwecke der imperialistischen Expansion.

Forderungen, die im Kampf gegen die Ehrenbergsche Gesetzgebung erhoben werden seit es sie gibt, sind zum festen Bestandteil gewerkschaftlicher Forderungen geworden. Z.B. fordert die ÖTV die Selbstverwaltung der Versicherungen und Krankenhausbeschäftigte führten im Sommer 79 eine Aktion mit der ÖTV durch, die sich im Kern gegen die Auswirkungen des Krankenhausfinanzierungsgesetz und das Krankenversicherungskostendämpfungsgesetz richtete. Die Vereinheitlichung aller dieser Forderungen und Kämpfe zu einer Front gegen die Ehrenberggesetze soll verhindert werden. Dazu dient der neuerliche Anlauf des Ehrenbergprozesses gegen Dirk Steenken. Dies kann verhindert werden.

Ehrenbergs Zumutungen: früh ausgebeutet, frühverrentet

r.doz. Schaut man auf die Landkarte, will es einem eigentlich nicht in den Kopf, daß diese doch verhältnismäßig winzige Bundesrepublik Deutschland die drittgrößte Industrienation der Welt sein soll. Zumal selbst die ununterbrochenen Klagen der westdeutschen Bourgeoisie darüber aufklären, daß die Rohstoffbasis der BRD „doch reichlich schmal sei." Herbert Ehrenberg, mit dessen Ministerium und Politik wir uns eine Weile auf dieser Seite auseinandersetzen wollen, hat es auf einer Technologie-Tagung der IG Metall im Mai 1977 so formuliert: „Die Garanten unserer Wettbewerbsposition sind der Fleiß und die Präzisionsarbeit unserer Arbeitnehmer."

In der Tat, der Produktionsprozeß in der BRD und Westberlin ist hochorganisiert und hochintensiv. Es ist schade, daß die Gewerkschaften einen Vergleich der Arbeitsintensität in den verschiedenen Ländern der Welt bislang nicht anstellen, ihre Möglichkeiten wären ja bedeutend besser als die unserer Organisation beispielsweise. Zur „Humanisierung der Arbeitswelt" wäre dies jedenfalls ein äußerst interessanter Beitrag.

Die Zunahme dieser erzwungenen, die Lebenskraft vieler Millionen Arbeiterinnen und Arbeiter aussaugenden, Entwicklung von „Fleiß und Präzisionsarbeit unserer Arbeitnehmer" muß eine Veränderung des produktiven Körpers der Gesellschaft nach sich ziehen. Die ersten Auswirkungen in einem Zeitraum von nur acht Jahren haben wir in den nebenstehenden Schaubildern dargestellt: Verjüngung des gesamten Körpers einerseits und Frühverrentung andererseits.

Das 1969 verabschiedete Arbeitsförderungsgesetz und die damit verbundene Umwandlung der „Bundesanstalt für Arbeitslosenvermittlung und Arbeitslosenversicherung" in die „Bundesanstalt für Arbeit" ist ein wichtiges Instrument zur beschleunigten Steuerung dieses Prozesses. Ehrenberg umschrieb es in seinem Buch „Zwischen Marx und Markt" so: „Nicht mehr die 'versicherungsmäßige' Abdeckung des Risikos Arbeitslosigkeit stand im Mittelpunkt, sondern die Vorausschau auf die Arbeitswelt von morgen." Arbeitsmarktentlastend soll das Arbeitsförderungsgesetz wirken. Wie es tatsächlich wirkt oder wirken soll: alle Widerstände einreißend, die der mit Willen und Interessen begabte produktive Arbeiterkörper der Gesellschaft seiner schrankenlosen Vernutzung für die Profitproduktion entgegenbringt, um ihn elastisch, biegsam und in jeder Hinsicht „mobil" zu machen.

Das Haushaltsstrukturgesetz von 1975 hatte für die Annahme von Arbeit durch den arbeitslos gewordenen Arbeiter erstmals erneut erheblich verschärft. Das Ehrenbergministerium war aber auch in den nachfolgenden Jahren alles andere als untätig. Hieß es 1976 noch, daß „Beschäftigungen nicht allein deshalb unzumutbar" seien, „weil der Beschäftigungsort vom Wohnort des Arbeitslosen weiter entfernt ist als der bisherige Beschäftigungsort", wurde 1979 festgelegt, daß er nicht einmal täglich erreichbar sein muß. Außerdem wurde 1979 explizit verfügt, daß Dauer, Lage oder Verteilung der Arbeitszeit anders sein können als bei bisheriger Beschäftigung.

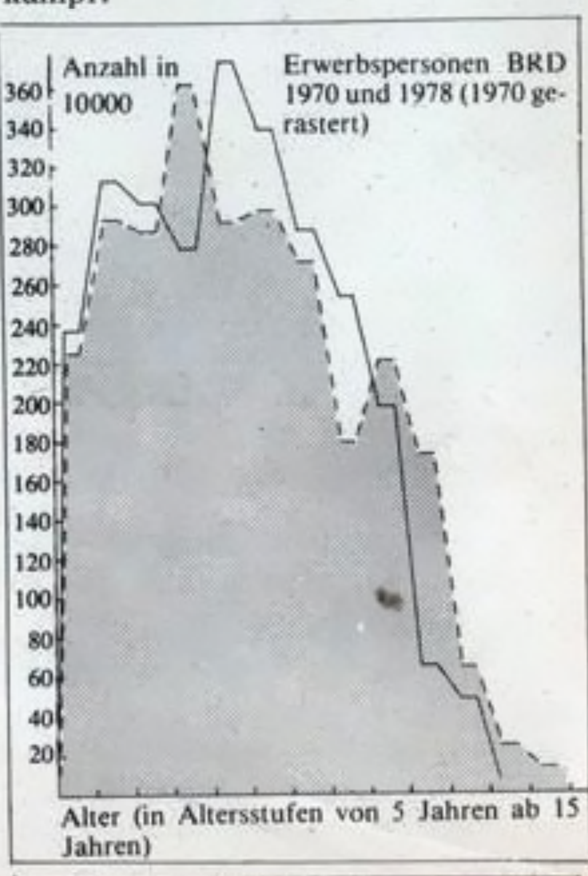
So erweisen sich die Arbeitslosigkeit und die von der Bourgeoisie ergriffenen „arbeitsmarktentlastenden" Maßnahmen nicht nur als Geißel für den aus dem Produktionsprozeß geworfenen Arbeiter und seine Familie, sondern auch für immer größere Teile der im Produktionsprozeß befindlichen Arbeiter: die Last der Intensität der Arbeit, die Arbeit bei Nacht und in Schichten nimmt zu, die Arbeit zu allen Bedingungen und zu niedrigstem Lohn soll durchgesetzt werden.

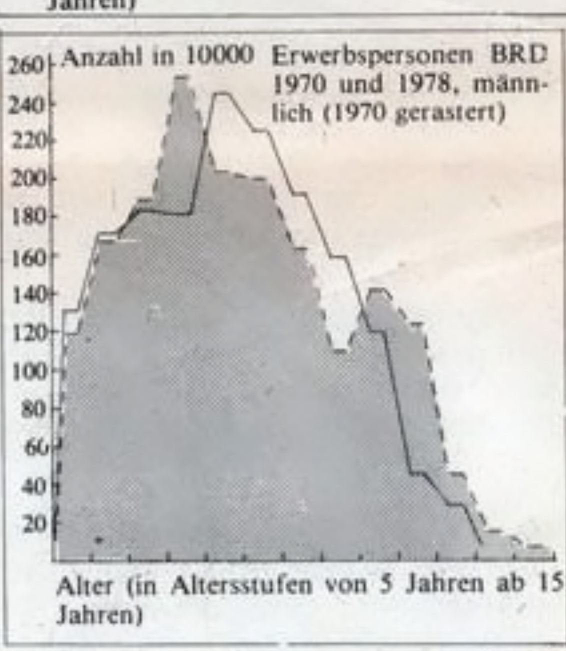
Junge unverbrauchte Bauernsöhne aus Anatolien, Pakistan oder Sizilien werden dafür angesaugt, ausgebeutet und wieder abgeschoben, wenn es geht. Zudem müssen die Schranken der Schulpflicht und des Jugendarbeitsschutzes eingerissen werden, um den jungen Arbeiter früh in die Produktion ziehen zu können. Maßnahmen, die sichtlich und weitgehend bekanntermaßen im Gange sind. Auf der

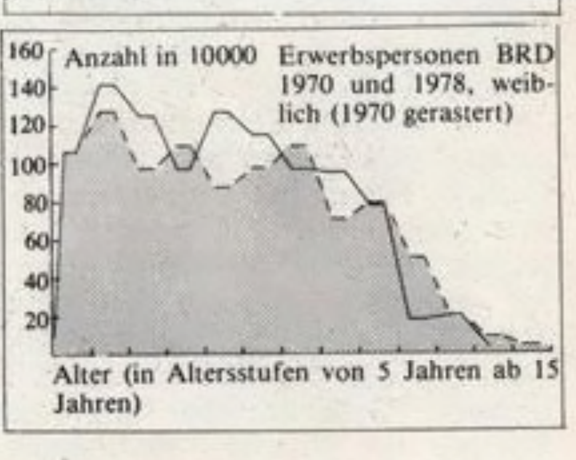
kanntermaßen im Gange sind. Auf der

anderen Seite wird der verschlissene Arbeiter immer früher aus der Produktion gedrückt: Frühverrentung.

Wie man hört, ist jetzt ein neues Haushaltssicherungsgesetz in Mache. Schon 1975 hatten wir geschrieben, daß das damals verabschiedete Haushaltsstrukturgesetz dazu dienen soll, die Kriegskassen der Bourgeoisie zu füllen. Die Kriegskassen sowohl für die Produktionsschlacht, die die Arbeiterklasse für die „Wettbewerbsfähigkeit" des westdeutschen Kapitals noch zu schlagen gezwungen ist, als auch für die Waffenschlacht, die vorbereitet wird. Der Zusammenhang ist im Jahr 1980 nur noch deutlicher und ernötigt die wachsende Verbindung des wirtschaftlichen und politischen Kampfes zum einheitlich geführten Klassenkampf.







Ehrenbergs „fortschrittliche Sozialpolitik" für Behinderte

r.ilh. „Fortschrittliche Sozialpolitik auch in wirtschaftlich schwierigen Zeiten" – dieser Devise folgt Herbert Ehrenberg in seinen Gesetzen gegenüber den Schwerbehinderten. Die erste Tat: 1978 wurde die flexible Altersgrenze für Schwerbehinderte von 62 auf 60 Jahre gesenkt. Im Oktober 79 wurde ein neues Schwerbehindertengesetz verabschiedet. Der Rahmen des von Arbeits- und Sozialminister Arendt 1974 eingebrachten Gesetzes blieb: – In die Erfassung wurden jetzt alle einbezogen, welcher Art und welchen Ursprungs ihre Behinderung auch war (§§ 1 und 2). – Die Kapitalisten müssen 4 bis 10 % ihrer Arbeitsplätze für Schwerbehinderte zur Verfügung stellen, ansonsten eine Ausgleichsabgabe von 100 DM je Arbeitsplatz zahlen (§§ 4 bis 9); – Einrichtung von Werkstätten für Behinderte, wo „wirtschaftlich verwertbare Arbeitsleistung" erbracht werden kann. Dort ist den Behinderten ein dem „Leistungsvermögen angemessenes Entgelt" zu bezahlen (§ 52); – Kapitalisten können Aufträge an die Werkstätten vergeben und sich somit von der Ausgleichsabgabe freimachen (§ 53).

Wie aus dem Schaubild ersichtlich, steigen die Rehabilitationsmaßnahmen der Arbeitsämter bei Behinderten bis zum 35. Lebensjahr; ab diesem Lebensjahr „lohnt" es sich ganz offensichtlich kaum noch. Ab dem 59. Lebensjahr ist der Behinderte so gut wie abgeschrieben. Das Ziel, das sich Ehrenberg bei der Novellierung des Schwerbehindertengesetzes gesteckt hat: aus der immens steigenden Anzahl der Behinderten (1978: 8,8 Mio.) die arbeitsfähigsten auszusortieren. Entsprechend sind auch seine Änderungen: Auf Antrag des Behinderten erhalten sie einen Ausweis über die Eigenschaften als Schwerbehinderter, die Gültigkeitsdauer ist zu befristen. „Die Bundesregierung wird ermächtigt, durch Rechtsverordnung mit Zustimmung des Bundesrates nähere Vorschriften über die Gestaltung der Ausweise, ihre Gültigkeitsdauer und das Verwaltungsverfahren zu erlassen."

(§ 3) Also: je nach Arbeitsmarktlage kann die Bundesregierung die Anzahl der anerkannten Behinderten drücken. So wie es gegenwärtig auch gemacht wird. Von den 8,8 Mio. Behinderten sind 1978 nur 10,2 % „rehabilitationswürdig", 7,9 Mio. müssen von Sozialhilfe, niedrigster Rente leben oder erhalten überhaupt nichts und werden von den Familienangehörigen mit versorgt.

